

**Auswärtige Sprachpolitik im Spannungsfeld
von Politik, Verwaltung und Fremdsprachendidaktik.
*Wie sich ein Instrument zur Förderung von DaF
in den EU-Institutionen gewandelt hat.***

Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Philosophie
an der Fakultät für Linguistik und Literaturwissenschaft der Universität Bielefeld

vorgelegt von

Agnieszka Putzier

Erstgutachter Prof. Dr. Uwe Koreik

Zweitgutachter Prof. Dr. Wolfgang Jütte

Bielefeld, den 2. Dezember 2015

Danksagung

Panthea rei – alles fließt.

Heraklit

Diese Arbeit entstand in einer Zeit des für mich persönlich geltenden Vergehens und Neuanfangs. Ohne emotionale und fachliche Unterstützung vieler Menschen hätte ich sie nicht vollendet.

An erster Stelle möchte ich meiner Familie danken. Meinem Mann, der mir trotz ständiger Rufbereitschaft den Rücken freihält, und immer Zeit für produktive Gespräche hatte. Meiner Mutter, die mich hingebungsvoll im Großunternehmen Familie entlastete. Meiner kleinen Tochter, die mir mein Lächeln zurückgab und meinem Sohn, der erst auf diese Welt kommen wollte, als seine Mama den allerletzten Satz ihrer Dissertation geschrieben hatte. Meiner Nichte, die mich in den letzten Schreib- und Schwangerschaftswochen unterstützte.

Meinem Doktorvater Prof. Dr. Uwe Koreik danke ich dafür, dass er von Anfang an an mich geglaubt hat und mich immer wieder zu Höchstleistungen anspornte. Für wertvolle methodologische Anregungen und Hinweise bedanke ich mich bei meinem Zweitbetreuer Prof. Dr. Wolfgang Jütte sowie bei Prof. Dr. Volker Schneider und Heike Brugger von der Universität Konstanz, Prof. Dr. Boris Holzer von der Universität Bielefeld und Dr. Jan Kruse von der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, der 2015 einer langen, schweren Krankheit erlag.

Nicht unerwähnt bleiben sollen alle Kolleginnen und Kollegen aus dem Doktorandenkolloquium; danke für eure kritischen Fragen und aufbauenden Worte.

Ich widme diese Arbeit all denjenigen, die Kraft brauchen, um einen Neuanfang zu wagen.

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier °° ISO 9706

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	I
Abbildungsverzeichnis	III
Tabellenverzeichnis	IV
Verzeichnis der Diagramme	V
1. Einleitung	1
1.1 Außenpolitische Förderung von Deutsch als Fremdsprache: Problemaufriss, Relevanz und Definition	1
1.2 Zielsetzung und Fragestellung	4
1.3 Aufbau der Arbeit	5
2. Sprach(en)politik als Gegenstand der Forschung	6
3. <i>Europanetzwerk Deutsch</i> im Kontext der außenpolitischen Förderung der deutschen Sprache	22
3.1 Einwirkung internationaler Strukturen und Ereignisse auf das außenpolitische Handeln der Bundesrepublik Deutschland	22
3.1.1 Stellung des Deutschen in der Welt am Beispiel des Handlungsfelds „Internationale Politik“	24
3.1.2 Status und Funktion der deutschen Sprache in den EU-Institutionen	28
3.1.3 Europäische Sprachenpolitik	32
3.2 Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKP) als „dritte Säule der Außenpolitik“ und übergeordneter Rahmen der Auswärtigen Sprachpolitik (ASP)	35
3.2.1 Schnittmengen zwischen deutscher Außenpolitik, Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik und Auswärtigen Sprachpolitik	37
3.2.2 Unbedeutend und doch ebenbürtig: Bundesmittel für die AKP in den Jahren 1994-2014	44
3.3 Außenpolitische Förderung der deutschen Sprache	47
3.3.1 Entwicklung der ASP seit Gründung der BRD	47
3.3.2 Akteure und Instrumente der ASP	54
3.4 <i>Europanetzwerk Deutsch</i> als Beispiel für die Implementierung der außenpolitischen Förderung der deutschen Sprache in der EU	68
3.4.1 Zielgruppe und Zielsetzung	70
3.4.2 Inhalte	73
3.4.3 Zur Implementierung und Wirkung des Programms	74
4. Handeln im politischen System: theoretische Verortung	79
4.1 Handeln von Akteuren	79
4.1.1 Handeln in Politikprozessen am Beispiel der Politikimplementierung	86
4.1.2 Organisatorische und funktionelle Vielfalt von politischen Akteuren	89
4.2 Politisches System und seine Strukturen	92
4.2.1 Ebenen des politischen Systems als Faktoren der äußeren und inneren Ausdifferenzierung	93
4.2.2 Politiknetzwerke zwischen Beziehungs- und Systemstrukturen	98
4.3 Konzeptionelle Dimensionen des politischen Systems als Teil eines universellen Beschreibungs- und Erklärungsrahmens von Politik	102
4.4 Handlungs- und systemtheoretischer Ansatz: Kritische Würdigung der Divergenz und eine Chance für Konvergenz	107
5. Zur Analyse der Implementierung eines politischen Programms: ein dreidimensionales Handlungs-System-Modell	109
5.1 Theorien-, Perspektiven- und Methoden-Triangulation	112
5.2 Datenerhebung: Experteninterviews und egozentrierte Netzwerkzeichnung mit VennMaker	114

5.3	Datenaufbereitung	121
5.3.1	Transkription der Interviews und Aufbereitung der Ego-Netzwerkkarten	121
5.3.2	Zusammenführung der Ego-Netzwerke zum Gesamtnetzwerk unter Berücksichtigung der erhobenen Relationen	126
5.4	Datenauswertung	127
5.4.1	Mikro-Ebene: motivationale Dimension des Handelns	127
5.4.2	Meso-Ebene: relationale Dimension des Handelns	130
5.4.3	Makro-Ebene: systemische Dimension des Handelns	133
6.	Empirische Ergebnisse	135
6.1	Akteurset	135
6.2	Interessen im Gesamtnetzwerk	136
6.3	Handlungsantriebe und Handlungswahlen	140
6.4	Zentrale Akteure nach Beziehungsarten	147
6.4.1	Kooperation im Netzwerk	148
6.4.2	Informationsaustausch im Netzwerk	152
6.4.3	Unterstützung im Netzwerk	155
6.5	Eigenschaften der ego-zentrierten Netzwerke	158
6.6	Teilfazit: Erstes Spannungsfeld bei der Programmimplementierung	163
6.7	Eigenleben und Handlungsorientierungen der Subsysteme	165
6.7.1	Subsystem 1: Förderung von DaF als politische Legitimations- und Brückenkopfstrategie	167
6.7.2	Subsystem 2: Netzwerk - vor DaF-Förderung und Verwaltungsapparat	170
6.7.3	Subsystem 3: abgekoppeltes professionelles Handeln	176
6.8	Teilfazit: Zweites Spannungsfeld bei der Programmimplementierung	185
6.9	Fazit	189
7.	Schlussbemerkungen und Ausblick	194
8.	Literaturverzeichnis	201

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
AKBP	Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik
AKP	Auswärtige Kulturpolitik
ASP	Auswärtige Sprachpolitik
AStV	Ausschuss der Ständigen Vertreter
AvH	Alexander-von-Humboldt Stiftung
BMBF	Deutsches Ministerium für Bildung und Forschung
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMFT	Bundesministerium für Forschung und Technologie
DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst
DaF	Deutsch als Fremdsprache
DAI	Deutsches Archäologisches Institut
DaZ	Deutsch als Zweitsprache
DiA	Deutschlandbild im Ausland
DW	Deutsche Welle
EAD	Europäischer Auswärtiger Dienst
EG	Europäische Gemeinschaft
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EP	Europäisches Parlament
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EWAS	Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EZB	Europäische Zentralbank
FaDaF	Fachverband DaF
GER	Gemeinsamer Europäischer Referenzrahmen
GEW	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
GI	Goethe-Institut e.V.
GIZ	Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit
GMA	Globale Minderausgabe
GTM	Grounded Theory Methodology
HIAT	halbinterpretative Arbeitsinterpretation
ifa	Institut für Auslandsbeziehungen
k.A.	keine Angabe
KOM	Europäische Kommission
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
MA	Akteure der Mittlerorganisation
MdEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
MLG	Multi Level Governance
MOE	Mittel-/Osteuropa
MSOE	mittel- und osteuropäische Staaten
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NGO	Non-governmental Organization
o.J.	ohne Jahr
OKM	Offene Koordinierungsmethode

PA	politische Akteure
PASCH	Schulen:Partner der Zukunft (Initiative des Auswärtigen Amts)
PV	Pädagogische Verbindungsarbeit
SA	sonstige Akteure
TA	Teamer
TN	Teilnehmer
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNO	United Nations Organization (auch UN – United Nations oder VN – Vereinte Nationen)
VE	Verfassung für Europa
VN	Vereinte Nationen
ZfA	Zentralstelle für Auslandsschulwesen

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Dreidimensionales Handlungs-System-Modell	111
Abbildung 2	Digitale, räumlich vorstrukturierte Netzwerkkarte.....	119
Abbildung 3	Beispiel eines Ego-Netzwerkes aus Interviewtensicht	120
Abbildung 4	Beispiel für ein visualisiertes Ego-Netzwerk	132

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1	Anteile der Sprachen an den in der EU-Kommission erarbeiteten Originaltexten	31
Tabelle 2	Für die auswärtige Sprachpolitik zuständige Abteilungen und Referate des Auswärtigen Amtes.....	39
Tabelle 3	Materielle Ressourcen für die Maßnahmen der AKP zwischen 1994 und 2014.....	46
Tabelle 4	Meilensteine in der Entwicklung einer deutschen Sprachaußenpolitik nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs.....	53
Tabelle 5	Instrumente der Bundesregierung zur Förderung des Deutschen in den EG/EU-Institutionen zwischen 1994 und 2014.....	67
Tabelle 6	Teilnehmer des Programms <i>Europanetzwerk Deutsch</i>	71
Tabelle 7	Implementierungsstruktur des Programms <i>Europanetzwerk Deutsch</i>	75
Tabelle 8	Möglichkeiten für die theoretische Ableitung der Einfluss-Indikatoren.....	113
Tabelle 9	Methoden-Triangulation bei der Datenerhebung und -auswertung	114
Tabelle 10	Interviewleitfaden mit integrierter Erhebung egozentrierter Netzwerke	115
Tabelle 11	Befragte Akteure.....	122
Tabelle 12	Ermittelte, nicht befragte Akteure	125
Tabelle 13	Bimodale Akteur-Akteur-Matrix zum Ego-Netzwerk von MA1 bezogen auf die Relation „Kooperation“	125
Tabelle 14	Symmetrisierte Matrix zum Kooperationsnetzwerk	127
Tabelle 15	Kodierung des Datenmaterials am Beispiel eines Interviews	134
Tabelle 16	Genannte Interessen: Selbstzuschreibungen	137
Tabelle 17	Genannte Interessen: Fremdzuschreibungen.....	138
Tabelle 18	Zentralitäten der Akteure im Netzwerk „Kooperation“ ermittelt mit VISIONE (in Prozent)	148
Tabelle 19	Zentralitäten der Akteure im Netzwerk „Kooperation“ berechnet mit R (absolute Zahlen).....	149
Tabelle 20	Zentralitäten der Akteure im Netzwerk „Informationsaustausch“ ermittelt mit VISIONE (in Prozent)	152
Tabelle 21	Zentralitäten der Akteure im Netzwerk „Informationsaustausch“ berechnet mit R (absolute Zahlen)	152
Tabelle 22	Zentralitäten der Akteure im Netzwerk „Unterstützung“ ermittelt von VISIONE (in Prozent)	155
Tabelle 23	Zentralitäten der Akteure im Netzwerk „Unterstützung“ berechnet mit R (absolute Zahlen).....	155
Tabelle 24	Funktionen und Ziele der Subsysteme.....	188

Verzeichnis der Diagramme

Diagramm 1	Interessenprofil des Gesamtnetzwerkes im Vergleich (Nennungen)	140
Diagramm 2	Handlungsantriebe im Gesamtnetzwerk im Vergleich (Nennungen)	142
Diagramm 3	Handlungswahlen der Akteure im Vergleich a) je Akteurskategorie (allgemein), b) Handlungswahlen je Akteurskategorie (detailliert)	144
Diagramm 4	Handlungswahlen der Akteure im Vergleich b) je Akteurskategorie (detailliert)	146
Diagramm 5	Zentralitäten im Kooperationsnetzwerk	151
Diagramm 6	Zentralitäten im Netzwerk „Informationsaustausch“	154
Diagramm 7	Zentralitäten im Netzwerk „Unterstützung“	157
Diagramm 8	Ego-Netzwerke der befragten Akteure innerhalb der Beziehungsart „Kooperation“	159
Diagramm 9	Ego-Netzwerke der befragten Akteure innerhalb der Beziehungsart „Informationsaustausch“	161
Diagramm 10	Ego-Netzwerke der befragten Akteure innerhalb der Beziehungsart „Unterstützung“	162

1. Einleitung

1.1 Außenpolitische Förderung von Deutsch als Fremdsprache: Problemaufriss, Relevanz und Definition

*Angesichts der rückläufigen
Deutschlernerzahlen im Ausland steht
die Deutschförderung vor großen
Herausforderungen¹.*

Die räumlich und zeitlich variierenden Dynamiken², denen die Deutschlernerzahlen unterliegen, sind die messbare Folge globaler Entwicklungstendenzen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft (Ammon 2015a; 2007; 2003), die unterschiedliche Effekte auf die Ausgestaltung und Umsetzung der Sprachpolitik als Teil der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKP)³ haben. Auf policy-Ebene setzt „(...) die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik mit verschiedenen Initiativen und Maßnahmen an“⁴. Dazu gehört beispielsweise das Programm *Europanetzwerk Deutsch*, mit dem das Auswärtige Amt das Ziel verfolgt, Deutsch als Arbeits- und Verfahrenssprache in den Europäischen Institutionen zu stärken⁵. Auf den Ebenen polity und politics sind im Kontext der fortschreitenden Globalisierung „(...) tiefgreifende Veränderungen sowohl in der ‚objektiven‘ Problemstruktur als auch in der Problemwahrnehmung und der Perzeption möglicher Problemlösungen“ (Giese 2003: 278ff) zu beobachten. Die Emanzipation gesellschaftlicher Akteure und einzelner Funktionsbereiche von staatlichen Organisationsbereichen oder die Zunahme des verhandelnden Staates (ebd.) sind zwei Beispiele dafür. Vor diesem Hintergrund werden „(...) außenpolitische Zielvorgaben (...) in einem an Komplexität und Heterogenität gewinnenden Spannungs-

¹ Auswärtiges Amt (o.J.): *Förderung der deutschen Sprache*.

² Während zum Zeitpunkt der Abgabe dieser Dissertation das Auswärtige Amt noch von „rückläufigen Deutschlernerzahlen“ (Auswärtiges Amt o.J.) sprach, zeigt das Ergebnis der 2015 durchgeführten weltweiten Datenerhebung, dass die Deutschlernerzahlen je nach Zeitraum und Ort der Erhebung unterschiedlich ausfallen. Während die Deutschlernerzahlen in Asien „bemerkenswert“ und in Europa in den Jahren 2010 bis 2015 insgesamt gestiegen sind, ist das Interesse am Erlernen der deutschen Sprache in den Ländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten „in der Summe rückläufig“ (Auswärtiges Amt o.J.: 3).

³ 2001 ist die Bezeichnung für AKP in Deutschland erweitert worden und lautet seitdem offiziell *Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik* (AKBP). Damit sollte verdeutlicht werden, dass ein wesentlicher Teil der finanziellen Mittel im Kulturhaushalt des Auswärtigen Amtes dem Bildungsbereich gewidmet ist (Hochschul-, Wissenschaftsaustausch, Auslandsschulen, Berufsausbildung) (Singer 2004: 3). In der vorliegenden Arbeit wird dessen ungeachtet wie von Ammon vorgeschlagen (Ammon 2015a) die bekannte kürzere Form *Auswärtige Kulturpolitik* (AKP) verwendet.

⁴ Auswärtiges Amt (o.J.): *Förderung der deutschen Sprache*.

⁵ Ausführlich dazu unter Kapitel 3.4.

verhältnis zwischen Interessen und Werten einerseits sowie Problemfeldern und Rahmenbedingungen andererseits“ (ebd.) entwickelt und umgesetzt.

Aus politikwissenschaftlicher Sicht wirft dieser Zustand einige Fragen auf. Wie komplex ist das Spannungsverhältnis und welchen Einfluss hat es auf das Handeln von politischen Akteuren und auf das politische System? Aus der Perspektive des Faches Deutsch als Fremd- und Zweitsprache (DaF/DaZ) stellt sich hingegen die Frage, ob die im Rahmen der Außenpolitik betriebene Sprachpolitik eine der Grundbedingungen erfüllt, „die das Lehren und Lernen von Deutsch überhaupt sichern und fördern“ (Fandrych et al. 2010: 10). Die vorliegende Arbeit widmet sich diesen Fragen am Beispiel des Programms *Europanetzwerk Deutsch*, dessen Rolle im Gesamtdiskurs um die Stellung der deutschen Sprache in der Welt bisher nur einmal und indirekt angesprochen wurde:

Wenn nämlich Deutsch als Arbeitssprache der EU auch in Zukunft nur eine untergeordnete Rolle spielt, könnte es einen Teil seiner Attraktivität als Fremdsprache verlieren, sowohl für europäische als auch für außereuropäische Sprachlerner. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage einer angemessenen Sprachenpolitik, die einerseits den Interessen der Deutschsprachigen und Deutschlerner gerecht wird und andererseits gegenüber Sprechern anderer Sprachen fair bleibt. (Ammon 2003a: 355)

Angesichts der vorgebrachten Interdependenzen ist es mehr als verwunderlich, dass die Sprachpolitik eine nur geringe Beachtung in der Forschung findet. Der Titel einer Tagung zur Auswärtigen Kulturpolitik, die 2001 am Institut für Auslandsbeziehungen in Stuttgart stattfand, bringt es auf den Punkt: *Auswärtige Kulturpolitik – ein Stiefkind der Forschung?* Obwohl die Auswärtige Kulturpolitik inzwischen diesen Ruf abgelegt hat (Bauer 2015), trifft dies auf die auswärtige Sprachpolitik noch nicht zu: Auf diesem Gebiet, „dessen Ausmaße geradezu babylonisch sind“ (Ammon 2001: 1) gibt es noch viel zu erforschen. Einen kleinen Lichtblick gibt es immerhin. Während es auf der Tagung noch hieß, dass das Defizit der Sprachpolitik bereits mit der eigenen Begriffsbestimmung beginne (ebd.), wurde die Terminologie der Politik zur Förderung der deutschen Sprache in der Welt systematisch von Ammon (2015a) aufgearbeitet.

Bezugnehmend auf Ammon wird in der vorliegenden Arbeit Sprachpolitik als außenpolitische staatliche Förderung von Deutsch als Fremdsprache verstanden, „die sich – als Teil der Außenpolitik – auf Staaten und Gebiete außerhalb des eigenen Staatsgebietes richtet“ (Ammon 2015a: 1169). Basierend auf seiner Terminologiearbeit werden hierfür folgende Begriffe synonym gebraucht: Auswärtige Sprachpolitik (ASP) (Andrej;

Rittberger 2015; Schneider 2000) sowie Auswärtige Sprachförderungspolitik⁶ mit den Differenzierungen Sprachverbreitungs- und Spracherhalt(ungs)politik (Ammon 2015a). Für die vorliegende Arbeit ist außerdem die in der Politikwissenschaft übliche Verwendung der englischen Termini (language-)policy, politics und polity zentral, mit denen eine schärfere Differenzierung der ASP vorgenommen werden kann:

Unter *policy* [Hervorhebung im Original] fallen dabei die konkreten Inhalte der Politik, die materiell-inhaltlichen Fragen und Probleme, auf die mit politischen Programmen und Maßnahmen reagiert wird, aber auch die Resultate der politischen Aktivitäten in den jeweiligen Politikfeldern [z.B. in der ASP, AP]. (...) Die Kategorie *politics* [Hervorhebung im Original] umfasst politische Prozesse, wie sie sich durch das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Meinungen, Interessen und Ziele, aber auch durch Absprachen, gegenseitige Abstimmungen, Kooperationen und Koalitionsbildungen ergeben. (...) Unter *polity* [Hervorhebung im Original] wird schließlich der Bereich der politischen Ordnungen und Verfassungen zusammengefasst und die sich daraus ergebenden Strukturen und Institutionen, also bspw. das Parteien- oder Regierungssystem, aber auch die politische Kultur eines Landes und die darin vorherrschenden Normen und Werte. (Blum; Schubert 2009: 14)

In diesem Zusammenhang ist noch eine definitorische Erweiterung zu leisten, die sich auf die beliebige Variation der Termini „Deutsch“, „deutsche Sprache“ und „Deutsch als Fremdsprache“ bezieht und zur terminologischen Unschärfe führen kann. Ein Beispiel: Auf den Internetseiten des Auswärtigen Amts wird einer der Schwerpunkte deutscher Außenpolitik vorgestellt, und zwar die „Förderung der deutschen Sprache“⁷. Ein paar Zeilen weiter wird von der „Begeisterung für Deutsch als Fremdsprache“, „Deutsch in der EU“ und den „Institutionen der Deutsch-Förderung“ berichtet. In allen diesen Fällen müsste von „Deutsch als Fremdsprache“ gesprochen werden, denn genau das wird im Gegensatz zu anderen Tätigkeitsbereichen⁸ der deutschen AKP gemeint, in denen die Förderung der deutschen Sprache im weiteren Sinne geleistet wird. So werden z.B. an deutschen Auslandsschulen sowohl deutsche als auch nichtdeutsche Kinder unterrichtet, d.h. es handelt sich um die Förderung des Deutschen als Mutter- und Fremdsprache. Bei der Förderung deutscher Minderheiten werden neben der deutschen Sprache auch andere Bereiche (z.B. Medien) gefördert: Dabei wird teilweise Deutsch als Muttersprache und teilweise Deutsch als Fremdsprache gefördert. Da sich diesel-

⁶ Obwohl Ammon in einer seiner Publikationen auf den Unterschied zwischen Sprachförderungspolitik und Sprachförderung hinweist – „Sprachförderung kann auch ungeplant von institutionell ungebundenen Individuen betrieben werden, während mit Sprachförderungspolitik spezieller das geplante Handeln gesellschaftlicher Institutionen, vor allem ganzer Staaten, bzw. der sie repräsentierenden Individuen gemeint ist“ (Ammon 2000: 136) – wird in seiner Publikation von 2015 der Begriff „Sprachförderung“ lediglich als Kurzform der Sprachförderungspolitik genannt. Für die vorliegende Arbeit ist die Unterscheidung von 2000 jedoch von fundamentaler Bedeutung, da ausschließlich das Handeln des Staates beschrieben und analysiert wird.

⁷ Auswärtiges Amt (o.J.): *Förderung der deutschen Sprache*.

⁸ Die Tätigkeitsbereiche werden im 17. Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik genannt (Bundesregierung o.J.: 2f).

ben Akteure an solchen Maßnahmen beteiligen (z.B. das Goethe-Institut), sollte umso klarer zwischen Deutsch als Muttersprache (...) und Deutsch als Fremdsprache (DaF) unterschieden werden. Aus dem genannten Grund wird in dieser Arbeit immer der Begriff Deutsch als Fremdsprache verwendet, wenn über die Förderung des Gebrauchs und des Lernens des Deutschen als Fremdsprache geschrieben wird.

1.2 Zielsetzung und Fragestellung

Der Anspruch dieser Untersuchung zielt – getreu dem Aphorismus von Emil Göttinger „Gefühl von Grenze darf nicht heißen: hier bist du zu Ende, sondern: hier hast du noch zu wachsen“ – auf die Überschreitung der Grenzen im Sinne der Weiterentwicklung des Faches DaF/DaZ. Im Vergleich zu etablierten Forschungsfeldern des Faches ist sowohl das Erkenntnisinteresse als auch der Ansatz der vorliegenden Arbeit neuartig und unkonventionell. Sie positioniert sich aber - wie viele Qualifikationsprojekte junger DaF-/DaZ-Forscher/innen⁹ - „zwischen Kontinuität und Innovation – zwischen gepflanztem »Anwuchs« und kaum steuerbarem »Wildwuchs« (...), [der] wie in der Pflanzenwelt (...) neue Arten hervorbringt [und] zur Diversität und Ökologie des Forschungsfeldes beitragen kann“ (Peuschel; Pietzuch 2009: 1ff).

Ein substantieller Beitrag zur Weiterentwicklung des Faches soll dadurch geleistet werden, dass zum einen gezieltes und vertieftes Wissen über die Umsetzung sprachpolitischer Ziele präsentiert wird, welches kaum vorhanden ist (vgl. dazu Kapitel 2) und zum anderen eine Untersuchungsmethode zum Einsatz kommt, die im Fach DaF/DaZ bis dato noch keinen Einzug gehalten hat. Die Rede ist von der quantitativen Netzwerkanalyse (vgl. dazu: Kapitel 5), die in Verbindung mit einer qualitativen Analyse in Anlehnung an die Grounded Theorie (GTM) zur Beantwortung folgender Teilfragen führen soll:

- Welche Akteure beteiligten sich an der Umsetzung?
- Auf welchen Interessen/Intentionen beruhen die Handlungen der Akteure bei der Umsetzung?
- Über welche sozialen Einflusspotentiale verfügen die Akteure?
- Inwiefern werden Akteure von Strukturen geprägt, in die sie eingebettet sind?
- Wie lassen sich die Strukturen beschreiben?

⁹ Gemeint sind die Qualifikationsarbeiten junger DaF-/DaZ-Nachwuchswissenschaftler/innen, die auf der zweiten FaDaF-Nachwuchstagung in Mai 2007 in Leipzig vorgestellt und diskutiert worden sind (Peuschel; Pietzuch 2009).

1.3 Aufbau der Arbeit

Nachdem zwei zentrale Termini dieser Arbeit bereits abgegrenzt worden sind (Kap. 1.1), widmet sich das 2. Kapitel dem relevanten Forschungsstand.

Kapitel drei befasst sich mit den internationalen, europäischen und nationalen Rahmenbedingungen der außenpolitischen Förderung von Deutsch als Fremdsprache (DaF) (Kap. 3.1). Dazu gehören die internationalen Entwicklungen in Politik und Wirtschaft sowie die Stellung der deutschen Sprache in der Welt und in Europa am Beispiel des Handlungsfeldes der Internationalen Politik. Die Betrachtung der europäischen Perspektive erfolgt anhand des Status und der Funktion der deutschen Sprache in den EU-Institutionen sowie der europäischen Sprachenpolitik¹⁰. Daran anschließend wird der nationale Rahmen der Politik zur Förderung von DaF beleuchtet, den die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKP) Deutschlands als dritte Säule der Außenpolitik bildet (Kap: 3.2). Nach der Darstellung der personellen, strukturellen und inhaltlichen Schnittmengen zwischen der Außenpolitik, der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik und der Auswärtigen Sprachpolitik sowie einer Betrachtung der Bundesmittel für die AKP zwischen 1994 und 2014 wird auf die außenpolitische Förderung der deutschen Sprache näher eingegangen (Kap. 3.3). Dazu gehört die Beschreibung der geschichtlichen Entwicklung der ASP seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland sowie ihrer Akteure, Instrumente und Handlungsfelder anhand zweier Beispiele. In Bezug auf die Akteure wird die Rolle des Goethe-Instituts in der außenpolitischen Förderung von DaF umrissen. Die Instrumente und Handlungsfelder der ASP werden am Beispiel der deutschen Politik zur Förderung von DaF in den EU-Institutionen aufgezeigt. Anschließend wird das Programm *Europanetzwerk Deutsch* als Beispiel für die Implementierung der außenpolitischen Förderung von DaF in EU-Institutionen vorgestellt (Kap. 3.4).

Im Kapitel vier werden zunächst die Möglichkeiten der Verwendung des Handlungsbegriffs zwecks Beschreibung der Implementierung in der auswärtigen Sprachpolitik diskutiert. Unter Rückgriff auf Konzepte, Modelle, analytische Rahmen und Theorien der Soziologie, Policy- und Netzwerkforschung wird ein Analysemodell des Handelns im politischen System entwickelt, das die Divergenz zwischen dem handlungs- und systemtheoretischen Blickwinkel nutzt.

Im fünften Kapitel werden die Methoden der Datenerhebung, -aufbereitung und -auswertung vorgestellt. Daran schließt sich mit Kapitel sechs die Analyse des empirischen Materials an, die quantitative und qualitative Verfahren integriert. Im Kapitel sie-

¹⁰ Sprachenpolitik bezeichnet den Aspekt des Verhältnisses einer Sprache zu anderen aufgrund kultureller, wirtschaftlicher und politischer Ziele (Kruse 2012: 14), wie dies bei der EU der Fall ist.

ben werden die Erkenntnisse sowohl in Bezug auf das Fach DaF/DaZ als auch gesamtgesellschaftlich reflektiert. In diesem Zusammenhang wird die Frage nach einer geschickten und erfolgreichen Sprachpolitik (Fandrych et al. 2010: 10) thematisiert.

2. Sprach(en)politik als Gegenstand der Forschung

Die Forschung zur Sprach(en)politik als Teil der Auswärtigen Kulturpolitik wird in mehreren Wissenschaftsdisziplinen zugleich betrieben und ist „überaus fragmentiert“ (Bauer 2015: 410), sodass in diesem Kapitel kein chronologischer Überblick über die wichtigsten Publikationen gegeben werden kann: Zu groß ist die Spannbreite der sprach(en)politischen Themen, zu unterschiedlich sind die Disziplinen und Blickwinkel, aus denen sie untersucht werden (Ammon 2015a: 1169). Stattdessen wird die Forschungslage nach den für die vorliegende Arbeit relevantesten Fachdisziplinen geordnet, damit am Ende ein daraus erwachsenes Desideratum präzisiert werden kann. Eine besondere Berücksichtigung hierbei finden Veröffentlichungen, die für die Forschungs(teil)frage(n) der vorliegenden Arbeit von besonderer Bedeutung sind.

Die zwischen 1978 und 2015 erschienenen sprach(en)politischen Arbeiten auf dem Gebiet der Fremdsprachenforschung¹¹ haben entweder einen konzeptionellen¹² (exemplarisch Christ 1980; Sixt 1989; Krumm 1992; Meißner 1993; Schröder 1995; de Cillia 1995; Candelier 1996; Sekretariat der KMK 1998; Sokolowsky 2004) oder einen empirischen Charakter (exemplarisch Bausch 1978; Alix 1989; Gellert-Novak 1993; Frietman et al. 1999; Bosch Roig 1999; Vandermeeren 1998, 2002, 2003; Hoffmann 2014). Die sog. Länderanalysen zur Stellung des Deutschen als Fremdsprache und der Germanistik in den einzelnen Ländern¹³, die zwischen Fremdsprachenforschung und Soziolinguistik anzusiedeln sind, verfügen weder über gemeinsame Beschreibungs-

¹¹ Zur Abgrenzung siehe: Timm; Vollmer (1993); Hernig (2005) und Edmondson; House (2006).

¹² Die Unterscheidung zwischen konzeptionellen und empirischen Arbeiten basiert auf Christ (2007), der die sprachpolitische Diskussion in Deutschland am stärksten geprägt und mitgestaltet hat (Bosch Roig 1999: 13). Innerhalb der konzeptionellen Arbeiten unterscheidet er zwischen Grundlagenpapieren/Manifesten, Publikationen, in denen es um konkrete (historische oder aktuelle) (Weiter-)Entwicklung des Fremd- und Zweitsprachenunterrichts innerhalb eines Landes geht sowie Arbeiten über den Status von Schulsprachenpolitik inkl. ihr Verhältnis zur Fremdsprachenforschung. Empirische Arbeiten hingegen beschäftigen sich mit folgenden Themen: Sprachenbedarf, Sprachverwendung, Austauschforschung, Nutzung von E-Mail und Internet, Entwicklung des Fremdsprachenunterrichts im In- und Ausland sowie Wirkung schulsprachenpolitischer Entscheidungen auf das Wahlverhalten von Schülern.

¹³ Es handelt sich hierbei um 56 Berichte über *Deutsch an Schulen und Hochschulen in nichtdeutschsprachigen Ländern: Bestandsaufnahme und Tendenzen* im Internationalen Handbuch Deutsch als Fremd- und Zweitsprache (Krumm et al. 2010, 2. Hbd., 1602-1842).

kriterien, noch beziehen sie sich auf eine kohärente Theorie des Stellungserhalts von Fremdsprachen und ihrer Philologien und Linguistiken in einer Gesellschaft oder in einem Land (Ammon 2015a: 993).

Sixt (1989) diskutiert die konzeptionellen Probleme der auswärtigen Sprachpolitik. In ihrer Untersuchung geht sie von der These aus, dass die klassischen Sprachpolitik-Konzepte der Bundesrepublik Deutschland nicht einer policy-orientierten Sprachpolitik entsprechen, und definiert diese als eine Politik, die an konkrete Problemstellungen anknüpft und nach Problemlösungen für vorgegebene und eigene Ziele sucht (Sixt 1989: 30). Am Beispiel der Spracharbeit des Goethe-Instituts, unter der implizit die Sprachpolitik zu verstehen ist (ebd.: 45), zeigt sie, dass die dort stattfindenden Entscheidungsprozesse von einem kontinuierlichen Wechselspiel in der Zusammenarbeit verschiedener Einheiten des Goethe-Instituts beeinflusst werden, die eine Vernetzung der verschiedenen Aufgaben und Verantwortlichkeiten widerspiegeln (ebd.: 109ff):

Für die Implementierung eines weltweiten Netzes in der Spracharbeit des Goethe-Instituts ist der Bezug von einer Abteilung zur anderen wichtig: Es handelt sich zunächst um die Vernetzung innerhalb des Goethe-Instituts. Die im Ausland tätigen Kollegen in der Pädagogischen Verbindungsarbeit (PV) des Goethe-Instituts sind mit den verschiedenen Referaten der Zentralverwaltung verbunden und akzeptieren die Vorrangstellung der Abteilung 50, Abteilung Spracharbeit Ausland. (...) [Eine weitere Vernetzung besteht] zwischen der PV und ihren Partnern und Kunden im Ausland. (ebd.)

Sie bemerkt, die Entscheidungs- und Organisationsstruktur des Goethe-Instituts sei als Hemmnis bei jeder Implementierung zu werten: Darüber hinaus werde von der Zentralverwaltung die Schlüsselrolle des sog. Innovators (z.B. Lehrer oder Lehrerfortbilder) bei der Umsetzung einer policy nicht berücksichtigt, der sich im Ergebnis überfordert fühlt, denn er ist es, der seiner Zielgruppe die korrekte Perspektive der Implementierung zu verdeutlichen hat (ebd.). Als Grundvoraussetzungen für eine Neuorientierung der auswärtigen Sprachpolitik nennt Sixt deshalb die Neubestimmung des Aufgabebereichs des Innovators verbunden mit einer Konzeption von verbesserten (Lehreraus- und -fortbildungs-)Programmen (ebd.: 197).

Bosch Roig (1999) rekonstruiert in ihrer Arbeit über Sprachenpolitik und Deutschunterricht in Spanien die Theorie des kommunikativen Handelns nach Habermas (1981, 1984, 1996) und verwendet diese unter dem Aspekt ihrer sprachenpolitiktheoretischen Aussagekraft, um Verbesserungsvorschläge für die Fremdsprachenausbildung in Spanien zu formulieren. Sie kommt zu der Erkenntnis, dass eine enge „Zusammenarbeit mit der Fremdsprachendidaktik und der Sprachlehrforschung hinsichtlich einer Harmonisierung der sprachenpolitischen, pädagogisch-didaktischen und lernpsychologischen Ziele im institutionellen Bildungsbereich“ vonnöten ist (Bosch-Roig 1999: 136), denn nur so können sprachenpolitische Ziele überprüft und weiterentwickelt werden (ebd.).

Obwohl mittlerweile als anerkannt gilt, dass „Sprachenpolitik (...) eine der Dimensionen des Lehrens und Lernens fremder Sprachen [ist]“ (Krumm 1992), fehlt es heute immer noch sowohl an einer kohärenten sprach(en)politischen Theoriebildung als auch an der Einbettung der Sprach(en)politik in die Gesamtpolitik oder in den Gesamtzusammenhang von Fremdsprachenforschung, Linguistik, angewandter Linguistik, Soziolinguistik und Philologie (Edmondson/House 2006: 65). Die folgende Aussage ist also immer noch gültig:

(...) [Die Sprach(en)politik] ist in der Vergangenheit von der Fremdsprachendidaktik und der Sprachlehrforschung sowie von den Fremdsprachenlehrern und -lernern häufig übersehen oder mit Schweigen übergangen worden. Das verbietet sich jedoch, da sie den Fremd- und Zweitsprachenunterricht beeinflusst und bestimmt, die ihrerseits zu den wichtigsten Agenturen gehören. (Christ 2007: 102)

Innerhalb der Sprachwissenschaft sind vor allem in den Jahren 1977-1985 sprachpolitische Fallstudien zur Sprachenpolitik, Sprachenrecht und Sprachplanung in diversen Ländern erschienen, die dokumentierend und theoriefern waren (exemplarisch Willemyns 1977; Wigger 1977; Loh 1977; Pleines 1980; Sternagel 1984). 1981 stellte Helmut Glück zwar fest, dass Forschungen über Sprachenpolitik Konjunktur hätten, aber das zunehmende Interesse nicht erfreulich sei:

Es ist nämlich unübersehbar, daß es keineswegs zu verstärkten Bemühungen um die Entwicklung theoretischer Konzepte für die Sprachenpolitikforschung geführt hat oder zum Aufbau rationalerer und kontrollierterer Methodologien. Die Lage ist vielmehr charakterisiert durch die eher unreflektierte Adaptation der gängigen U.S.-amerikanischen Modelle und Begrifflichkeiten.(...) [T]heoretische und methodologische Probleme der Forschung über Sprachpolitik [werden] vorwiegend innerhalb der spezifischen und meist unübertragbaren Zusammenhänge des jeweils untersuchten Falls erörtert und – wenn überhaupt – dann auf ihn zugeschnitten gelöst (...). (Glück 1981: o.S.)

Auf seine Anregung hin sollte die Forschung „bewußt über das Stadium der Fallstudien (...) hinaus[...]kommen und damit an[...]fangen, definitiv theoretische und konzeptionelle Probleme zu diskutieren, die sich inzwischen als dringlich erwiesen haben“ (ebd.).

Soziolinguisten liefern durch zahlreiche Studien zur internationalen Stellung des Deutschen, zur Sprachenwahl in diversen Kontexten (u.a. Wirtschaft, Wissenschaft und Diplomatie) und zur Sprachenpolitik der EU-Institutionen einen wesentlichen Beitrag zur Sprach(en)politikforschung. Nachfolgend werden diejenigen Arbeiten dargestellt, die für den Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Arbeit besonders relevant sind.

Coulmas (1985) beschäftigt sich in seinen Studien zur Sprachplanung und Sprachpolitik mit dem Verhältnis von Sprache und Staat, „der traditionell nicht im Mittelpunkt soziolinguistischer Forschung steht, sich aber im letzten Jahrzehnt zu einer eigenen umfangreichen Forschungsdomäne ausgeweitet hat“ (ebd.: 3). In Bezug auf die

Sprachplanung differenziert er zwischen Korpusplanung, die sich auf Veränderungen am System der Sprache beziehen (bspw. Rechtschreibreform), und Statusplanung, die den Status einer Sprache oder Varietät in einer Gesellschaft zum Ziel hat (ebd.: 80). Seine zentrale Erkenntnis hinsichtlich der Statusplanung formuliert er wie folgt:

Bei den Determinanten der Statusbestimmung von Sprachen in einer Gesellschaft greifen politische Entscheidungen, rechtliche Bedingungen sowie soziale Vorurteile und Spracheinstellungen ineinander. Den Status einer Sprache durch einen bloßen Verwaltungsakt aufzuwerten, ist deshalb äußerst schwierig. (ebd.: 81)

Sprachpolitik definiert er als „(...) die zielgerichtete Intervention in die Entwicklung der Sprache(n) einer Gesellschaft. Sie operiert oft unter Prämissen, die keine ideale Lösung, sondern allenfalls die Minimierung negativer Entwicklungstendenzen erlauben (...)“ (ebd.: 260). In seiner sprachsoziologischen Studie (1992) zeigt er am Beispiel der Sprachexportförderung auf, dass sich die zielgerichtete Intervention in die Förderung der eigenen Sprache im Wesentlichen dreier Instrumente bedienen kann: „(1.) Vergrößerung des Angebots, (2.) Stimulierung der Nachfrage und (3.) Preissubventionierung“ (ebd.: 151ff):

ad 1. Das Angebot kann vergrößert werden, indem die Möglichkeit eine Sprache zu lernen, an Orten gegeben wird, wo sie bisher nicht oder nur in geringem Maße bestand. Z.B. wurde 1988 ein neues Goethe-Institut in Beijing eröffnet, das die chinesischen Anstrengungen zur Vermittlung der deutschen Sprache unterstützt. (...) Eine weitere Möglichkeit der Vergrößerung des Angebots ist die Differenzierung der Produktpalette. Deutsch wird heute vielfach mehr aus ökonomischen als auch kulturellen Gründen als Fremdsprache gelernt und ist unter anderem auch eine «Hochtechnologiesprache». Diesen Trend hat auch das Goethe-Institut erkannt, das seit 1988 in Zusammenarbeit mit der Handelskammer der BRD und der Carl-Duisberg-Gesellschaft Kurse und ein Zertifikat für *Wirtschaftsdeutsch* [Hervorhebung im Original] anbietet und sich damit einen neuen, da spezifischen Markt eröffnet hat. (ebd.)

ad 2. Allein das Angebot zu vergrößern, hat freilich nicht immer die gewünschte Wirkung. Die Stimulierung der Nachfrage wird deshalb manchmal für sinnvoll gehalten. (...) Während es im öffentlichen Sektor hauptsächlich politische Mittel sind, die zur Stimulierung der Nachfrage eingesetzt werden – i.e. diplomatische Versuche, die Bildungspolitik anderer Länder zu beeinflussen – spielt im privaten Bereich die Werbung eine beträchtliche, wenn auch umstrittene Rolle. (ebd.)

ad.3. Preissubventionierung ist das dritte Mittel der Sprachexportförderung, das in unterschiedlicher Form angewandt wird. Einerseits werden andere Staaten unterstützt (...) z.B. (...) durch die Entsendung von Lehrkräften und Fachberatern. Andererseits kommen auch Individuen in den Genuß staatlicher Preissubventionierung, wenn bspw. von Goethe-Instituten (...) Sprachkurse zum Selbstkostenpreis oder noch billiger angeboten werden, die dennoch qualitativ mindestens so gut sind, wie die wirtschaftlich arbeitender Sprachschulen. (ebd.)

Haselhubers (1991) Untersuchungsergebnisse zur Sprachensituation in der EG-Kommission, die er unter deren Praktikanten in Brüssel durchgeführt hat, zeigen vordergründig, dass die tatsächliche Bedeutung der einzelnen (Amts-)Sprachen innerhalb der EG von ihrer theoretischen Gleichrangigkeit weit abweicht. Zur Stellung des Deutschen sagt er Folgendes:

Am Deutschen läßt sich das Auseinanderklaffen zwischen der Bedeutung als Erst- bzw. als Zweit- oder Fremdsprache am deutlichsten ablesen: Als zahlenmäßig größte EG-Mutter- oder Erstsprache kann es seinen dritten Rang innerhalb der EG-Sprachen nur mühsam gegen das Spanische behaupten, wenn ihm aller Voraussicht nach die jüngsten, noch in den Anfängen befindlichen politischen Entscheidungen zugutekommen dürften. (ebd.: 49)

In seiner Studie zur Theorie und Praxis der EU-Sprachenregelung (2012) geht Haselhuber „auf die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Geschichte der deutschen Sprachförderungspolitik, ihren Zielen und den Interessen Deutschlands und anderer Staaten“ (ebd.: 247ff) ein und unterscheidet insgesamt fünf Phasen der deutschen Sprachförderungspolitik v.a. im Hinblick auf die EU: (1) Wiedereingliederung Deutschlands in die Staatengemeinschaft nach dem Zweiten Weltkrieg, (2) zurückhaltende Politik der Sprachförderung, (3) neue Initiativen, (4) Beschwerden über Diskriminierung der deutschen Sprache sowie (5) aktive Maßnahmen der Bundesregierung und das neue Ziel, Deutsch in der EU als Zweitsprache zu stärken (ebd.: 250). Ähnlich wie Ammon (2004) kritisiert er die Fülle der Akteure der deutschen Sprachenpolitik, es läge nahe, „deren *Zuständigkeiten zu entwirren und neu zu bündeln* [Hervorhebung im Original]“ (Haselhuber 2012: 326). Aus seiner Sicht wäre es außerdem sinnvoll, einen bereits 1967 von der Bundesregierung vorgeschlagenen Rat für deutsche Sprache einzurichten, dessen Aufgaben jedoch weiter gefasst werden und u.a. darin liegen sollten „in Deutschland selbst das Bewusstsein für die eigene Muttersprache zu schärfen (...) [und] die Stellung des Deutschen in internationalen Organisationen (...) in einem fairen Interessenausgleich mit den anderen Mitgliedstaaten und in Absprache mit den Institutionen selbst zu fördern“ (ebd.: 327).

Obwohl Stickels (2002) Überlegungen in seinem Aufsatz *Eigene und fremde Sprachen im vielsprachigen Europa* weitgehend Plausibilitätsbetrachtungen bleiben (ebd.: 15), sieht er die Anerkennung des Wertes der eigenen und der anderen Sprachen als Antwort auf die grundsätzliche Frage:

Wie läßt sich der Gegensatz zwischen der Forderung nach Kommunikationsökonomie in Europa einerseits und dem Wunsch nach Erhalt und Weiterentwicklung der eigenen Sprachen der Europäer und der darauf gründenden kulturellen Vielfalt Europas andererseits überwinden? (ebd.: 32)

Kruse (2012) entwirft in seiner Arbeit Modelle für eine veränderte Mehrsprachigkeit in der Europäischen Union und zieht dabei einige sprachwissenschaftliche Ansätze zur Beschreibung einer nationalen Sprachenpolitik heran (Christ 1991; Gessinger 1981; Garvin 1981), die er zu einer beschreibenden Theorie der internationalen Sprachenpolitik integriert. Als Bausteine dieser Theorie grenzt er die Termini Mehrsprachigkeit und Vielsprachigkeit voneinander ab, da ihre Verwendung seiner Ansicht nach die Sprachenpolitik der EU prägt (Kruse 2012: 7). Basierend auf der Analyse von zahlrei-

chen EU-Dokumenten wie z.B. Rechtssetzungsakten und Gründungsverträgen nennt er drei Säulen der Politik der Mehrsprachigkeit: „(1) Die auf die Fremdsprachenkenntnisse übertragene «sprachliche Vielfalt», (2) die «europäische Dimension im Bildungswesen«, (...) und (3) die nationalen Interessen der Mitgliedstaaten“ (ebd.: 248). Seine Studie enthält zudem Empfehlungen hinsichtlich der EU-Zielverwirklichung: Erstens wird eine stärkere Beachtung der Motivation genannt, die Individuen zum Erlernen von Fremdsprachen bewegen soll (ebd.: 234). Zweitens wird vorgeschlagen, vorhandene EU-Initiativen zur Förderung der Sprachlernmotivation (z.B. ein internationales vielsprachiges Vorlesefestival mit u.a. erotischen Geschichten) (ebd.: 237) vom Ansatz her zu ändern, da sie am bloßen Kennenlernen statt Erlernen einer Fremdsprache ansetzen würden:

Europäer, deren Leben sich mit Menschen aus anderen Ländern mischen, werden eine stärkere Motivation verspüren, deren Sprachen zu lernen, als die, bei denen dies nicht der Fall ist. Ohne eine direkte und länger anhaltende Kontakterfahrung wird es nur die englische Sprache sein, die eine ausreichende Motivationskraft entfalten kann. (...) Durch die von der EU angeführten Motivationen wird sich diese Entwicklung nicht ändern können. Jedenfalls dann nicht, wenn eine vollumfängliche Kompetenz in den gelernten Sprachen angestrebt wird. Für ein bloßes Kennenlernen reicht es im geeigneten Fall aus, ein wenig Neugierde auf die Unionspartner mitzubringen. Um diese Motivationen zu stärken, müsste daher eine Anpassung der motivationsfördernden Umstände an die Motivationen erfolgen. Das hieße Menschen zusammenbringen, Auslandsaufenthalte stärker fördern sowie die Arbeitsmigration stärken und fördern. (ebd.: 241f)

Ammons Grundlagenwerk zur Stellung der deutschen Sprache in der Welt (2015a) „knüpft an vorausgehende Bücher und Aufsätze von (...) [ihm] an, geht jedoch thematisch und methodisch beträchtlich darüber hinaus“ (ebd.: V). Der *Politik der Förderung der deutschen Sprache in der Welt* widmet er ein ganzes Kapitel, in dem zuerst die Differenzierung zwischen den Begriffen Sprachförderung, Sprachverbreitung(spolitik) und Auswärtige Sprachpolitik als Teil der Außenpolitik vorgenommen wird (ebd.: 1069f), bevor seine Position kundgetan wird:

Ich verstehe unter *Auswärtiger Sprachpolitik* (oder *Sprachförderungspolitik*) [Hervorhebungen im Original] nur eine Politik mit entsprechender Absicht. Nicht dazu gehören Arten von Politik, die ohne entsprechende Absicht spracherhaltend oder -verbreitend wirken (als unbeabsichtigte Politikfolge; Wirkungen der «unsichtbaren Hand») (...). Ein anderer Fall ist Auswärtige Sprachpolitik, die nicht als solche deklariert oder sogar bewusst verheimlicht wird. Fragwürdige deutsche Beispiele oder Versuche liefern die *Geheime Denkschrift des Auswärtigen Amtes über das deutsche Auslandsschulwesen* vom April 1914 (...) oder Georg Schmidt-Rohrs Plan vom Jahr 1940 für ein *Geheimes politisches Sprachamt*, [Hervorhebungen im Original] mit dem Ziel, Deutsch zur «Weltsprache» zu machen. (ebd.: 1072)

Am Beispiel des Handlungsfeldes *Deutsch in der Diplomatie und in der Europäischen Union (EU)* zeigt er auf, dass Deutsch im Schatten von Vielsprachigkeit und Lingua franca steht (ebd.: 752ff) und betont die immense Bedeutung der Sprachinteressen für die Konzipierung einer erfolgreichen Sprachenpolitik:

Für die deutsche Sprache geht es in erster Linie um die Stellung (Status und Funktion) einer EU-Arbeitssprache. Diese Stellung des Deutschen ist nämlich (...) prekär. Für eine Sprachenpolitik, die auf Stellungserhalt oder sogar Stützungsstärkung der eigenen Sprache abzielt, ist es nicht nur wichtig, die Erfolgchancen abzuschätzen, sondern auch die mit eventuellen Erfolgen verbundenen Vorteile bzw. mit Misserfolgen verbundene Nachteile richtig vorauszusehen. (...) Der unmittelbare Vorteil von Deutsch als EU-Arbeitssprache besteht in der effizienteren Kommunikation der deutschsprachigen Staaten und aller deutschsprachigen Personen mit den EU-Institutionen wie auch der erleichterten Arbeit deutschsprachiger EU-Beamter oder EU-Abgeordneter. Jedoch ist (...) ein unauffälligerer, mittelbarer Vorteil vielleicht noch bedeutsamer. Er beruht auf der (...) Annahme, dass sich die EU mit der Zeit zu einem Staat, vermutlich einer Art Föderation weiter entwickelt und dass dann die bisherigen EU-Arbeitssprachen die vorrangigen Sprachen der Zentralregierung dieses föderalen (...) Staates einschließlich seines Parlamentes werden. (...) Wäre die deutsche Sprache nicht bei diesen Sprachen dabei, so würde ihre internationale Funktion in der Diplomatie vollends hinfällig (...). Außerdem würde der Ausschluss des Deutschen aus den Arbeitssprachen der Föderation seine Stellung innerhalb der EU schwächen. (...) Eine weitere anzunehmende Folge einer solchen Entwicklung wäre die Zurücksetzung von Deutsch in den Fremdsprachencurricula der Schulen in vielen Ländern und die schwindende Bereitschaft bei Schülern. (...) Als Folge einer solchen Entwicklung würde Deutsch als Fremdsprache (DaF) wahrscheinlich auch erhebliche Teile seiner sonstigen Verbreitung in der Welt verlieren. Die Motivation zum Deutschlernen wäre nämlich um wesentliche pragmatische Komponenten (die Notwendigkeit von Deutschkenntnissen für den direkten Kontakt mit den deutschsprachigen Staaten und ihren Bürgern) geschwächt und würde weitgehend auf bloß noch «kulturelles Interesse» reduziert – wie schon heute in vielen englischsprachigen Staaten. (ebd.: 774f)

Die Betrachtung der o.g. soziolinguistischen Arbeiten macht deutlich, dass diese meist deskriptiv und/oder quantitativ angelegt sind: Ansätze einer erklärenden Theorie Auswärtiger Sprachpolitik finden sich lediglich in zwei Publikationen von Ammon (2000; 2003/2004).

In seinem Aufsatz *Auf welchen Interessen beruht Sprachförderungs politik* versucht Ammon (2000) die Interessen hinter einer Sprachverbreitungspolitik mit den Ansätzen einer erklärenden Theorie offenzulegen. Obwohl unklar bleibt, wie er Interessen begrifflich eingrenzt und wie diese vom politischen Handlungskontext beeinflusst und von politischen Akteuren umgesetzt werden, arbeitet er drei Interessentypen der Sprachförderungs politik heraus: das Interesse an Expansion der eigenen Gesellschaft, das Interesse an interner Sprachvereinheitlichung und das Interesse an externer Sprachverbreitung. Am Handlungsfeld der Politik verdeutlicht er die dieser Sprachförderungs politik zugrunde liegenden Interessen:

So erklärt sich auch das notorische Gerangel der deutschen und österreichischen Diplomatie um den Arbeitssprachenstatus von Deutsch in den Institutionen der EU, über das in den Medien ständig berichtet wird (...). Es ist Teil der – im Eigeninteresse geführten – externen Sprachförderungs politik Deutschlands und Österreichs. (ebd.: 144)

In dem Aufsatz *Sprachenpolitik in Europa unter dem vorrangigen Aspekt von Deutsch als Fremdsprache* versucht Ammon (2003; 2004) die Präferenzen der europäischen Staaten in Bezug auf die Sprachenfrage der EU unter Zuhilfenahme eines spieltheore-

tischen Ansatzes zu erklären. Bezüglich der Sprachenpolitik der EU ist er der Meinung, dass diese „(...) zumindest teilweise (...) von der auswärtigen Kulturpolitik der zugehörigen Staaten [geprägt ist], spezieller ihrer Sprachförderungs politik, die im Falle der EU auch die Förderung der eigenen Sprache in den EU-Organen beinhaltet“ (Ammon 2003: 200). Seine nach dem Vorbild von de Swaan (1999) modifizierte Präferenztafel für fünf EU-Arbeitssprachen und 16 Mitgliedstaaten liefert u.a.,

(...) einen Erklärungsansatz dafür, warum Spanien und Italien sich verschiedentlich gegen Deutsch als dritte Arbeitssprache oder für die Einbeziehung der eigenen Sprache starkgemacht haben (...). Sie zeigt[t] auch die Übereinstimmung der Sprachinteressen derjenigen Länder, die von den Arbeitssprachen ausgeschlossen sind (...), mit denen der englischsprachigen Länder. Außerdem prognostiziert[t] sie, dass Deutschland dann lieber nur eine einzige Arbeitssprache hätte (und zwar Englisch, aus nahe liegenden Gründen), wenn Deutsch als Arbeitssprache entfielen. (ebd.: 202)

Deutsche Politik der Förderung der deutschen Sprache bezeichnet er als „zurückhaltend“ (Ammon 2004: 3) und sieht darin einen Grund dafür, dass „die deutsche Sprache speziell in den EU-Organen viel Terrain verloren hat“ (ebd.). Als Gegenmaßnahme empfiehlt er ein in Anlehnung an van Els (2001) über die finanzielle Kompensation hinausgehendes Modell für die Arbeitssprachregelung für die EU:

(...) die Muttersprachler einer Arbeitssprache [sollten] in der Regel nicht die eigene Sprache, sondern eine Fremdsprache sprechen (...). Ihr Verzicht auf den Sprachvorteil sei eine Frage des ganz «gewöhnlichen Anstandes» (...). Van Els lässt auch den Einwand, darunter leide die Qualität der Kommunikation, nicht gelten. Vielmehr sei nachweislich das Gegenteil der Fall: Erst in der Fremdsprache lernten die bisher verwöhnten Gesprächsteilnehmer sich so auszudrücken, dass andere Fremdsprachler sie verstehen. Gegen das Gebot «alle verwenden eine Fremdsprache!» spreche nichts, als die mangelnde Bereitschaft auf Sprachprivilegien zu verzichten. (van Els 2001: 340f, 350f zitiert nach Ammon 2004: 8)

Ammons Vorschlag entsprechend sollte außerdem „flankierend zukünftig von allen EU-Beamten die Kenntnis zweier fremdsprachlicher Arbeitssprachen“ (ebd.: 8) verlangt werden.

Von der Geschichtswissenschaft wurde die Auswärtige Kulturpolitik bis 2005 „eher stiefmütterlich behandelt“ (Kathe 2005: 25), die Geschichte der AKP weist chronologische und thematische Lücken auf (ebd.: 451). Obwohl die Kulturpolitiker zwischen 1945 und 1951 durchaus aktiv waren, lagern die Aktenbestände aus dieser Zeit beinahe vergessen in den Archiven und selbst die wenigen Fachleute wissen nichts darüber zu berichten (ebd.). Vorhandene Untersuchungen zur bundesdeutschen Außenpolitik konzentrieren sich hauptsächlich auf die sog. Diplomatiegeschichte und blenden die AKP völlig aus. Es fehlt an Untersuchungen zur Geschichte der Deutschen Akademie als Vorgängerorganisation des Goethe-Instituts sowie zur Geschichte aller

anderen Mittlerorganisationen, die sich mit der auswärtigen Sprachförderung beschäftigen (ebd.: 439; 451).

Vor allem aber steht eine profunde Überblicksdarstellung zur Geschichte der Auswärtigen Politik noch immer aus. Gibt es für die Außenpolitik inzwischen hunderte monographische Überblicke, so lässt sich für die Auswärtige Kulturpolitik kein einziger finden. (ebd.: 453)

Düwell (1976) zeigt in seiner Untersuchung zur Geschichte der deutschen Auswärtigen Kulturpolitik 1918-1932, dass in der Vorkriegszeit die Verbindungen mit dem Deutschland im Ausland eine geringe Rolle gespielt haben, woraufhin folgende Änderungen in der Nachkriegszeit umgesetzt wurden: Um die Pflege der Verbindungen kümmerten sich zunehmend private Institute, Gesellschaften und Vereinigungen. Die Pflege der kulturellen Beziehungen zu den deutschen Grenz- und Auslandssiedlungen bildete die Grundlage für die Tätigkeit der Kulturabteilung im Auswärtigen Amt (ebd.: 104ff). In der Sprachpolitik wurde eine damals neue Grundposition sichtbar, die auf zwei Grundpfeilern fußte: einer ersten Abkehr vom Propagandaprinzip und dem „Aufbau eines staatlichen Dienstes an der Kultur, der besonders im neuen Auslandsschulwesen der zwanziger Jahre zum Ausdruck kam“ (ebd.: 124).

Hamm-Brücher (1981) bringt das Dilemma der deutschen Auswärtigen Nachkriegskulturpolitik auf eine Formel: „Wir sind wieder wer – ohne recht zu wissen, wer wir sind“ (ebd.: 9).

Diese These lässt sich an der Kulturpolitik im allgemeinen und unserer Auswärtigen Kulturpolitik im besonderen anschaulich belegen. Ja, sie erweist sich als ein Schlüssel für das Verständnis von Glanz und Elend unseres Kulturbetriebes. (...) Das äußere Erscheinungsbild unserer kulturellen Existenz mit Theatern und Orchestern, Buchmessen und Festspielen, Wissenschaft und Kunstförderung ist glanzvoll und beeindruckend. Es lässt sich erfolgreich «exportieren». Aber lässt sich in unseren Kulturbeziehungen miteinander und mit anderen die Diskrepanz zwischen unserem kulturellen Haben und unserem kulturellen Sein – zu dem vor allem unser geistig-politisches Grundverständnis gehört – vertuschen? (...) Haben wir überhaupt so etwas wie ein gemeinsames kulturelles Selbstverständnis? Dieses unser Dilemma offenbart sich auch in unserer Auswärtigen Kulturpolitik. Es lässt sich weder von den besten «Mittlerorganisationen» noch von dem in letzter Instanz verantwortlichen Auswärtigen Amt wegretuschieren. So zeigen sich in Theorie und Praxis unserer auswärtigen Kulturbeziehungen immer wieder unser labiles staatliches, gesellschaftliches und kulturelles Selbstverständnis, unsere geistige und kulturelle Egozentrik, unsere daraus resultierende unzureichende Fähigkeit zu unbefangener Begegnung und zu offenem Austausch. (ebd.)

Als ehemalige Staatsministerin im Auswärtigen Amt (1976-1982) zeigt sie am Beispiel der Förderung von Deutsch als Fremdsprache, dass diese ursprünglich im Wesentlichen in der Erteilung von Deutschunterricht bestand, und sich zunehmend auf die Aus- und Fortbildung von Deutschlehrern als den wichtigsten Multiplikatoren verlagert hat (ebd.: 95). Die Frage, ob die auswärtige Sprachpolitik angesichts der Vormacht-

stellung des Englischen überhaupt noch betrieben werden soll, beantwortet sie mit einem klaren Ja:

Dennoch bin ich der Meinung, daß wir nicht darauf verzichten sollten, ja nicht darauf verzichten dürfen, Deutsch als Fremdsprache in der Welt immer dann zu fördern, wenn Interesse und Nachfrage vorhanden sind. – Allerdings sollten wir dies nicht mit missionarischem Sendebewußtsein, sondern aus nüchterner Einsicht tun. Denn: Deutsch ist nach wie vor vor allem als «Wirtschaftssprache», aber auch als Kultur- und Wissenschaftssprache, in der Welt gefragt (...). (ebd.: 101)

Kathe (2005) arbeitet als Kernergebnisse seiner umfassenden Untersuchung zur Geschichte des Goethe-Instituts von 1951 bis 1990 (a) die Kontinuitäten, (b) den Wildwuchs, (c) die Perzeptionsintensivierung und (d) die Diskrepanz in der deutschen Auswärtigen Kulturpolitik (ebd.: 439ff) heraus:

- a) In der deutschen Auswärtigen Kulturpolitik gab es keine «Stunde Null». Die nachgewiesenen Anknüpfungspunkte gingen weit über die *Kontinuität alter Strukturen* [Hervorhebung im Original] hinaus und umfassten daneben ebenso die *personellen Kontinuitäten* und die der alten Ideen. Das Münchner Goethe-Institut entstand somit nicht in einem luftleeren Raum, sondern wurde von erfahrenen Kulturpolitikern der Weimarer und NS-Zeit wiederbelebt. (...)
- b) Der gesamten bundesdeutschen Verwaltung bescherten die sechziger Jahre ungeheuerliche Zuwachsraten sowohl in den Haushalten als auch in den *äußeren Strukturen* [Hervorhebung im Original]. Das Münchner Goethe-Institut machte da keine Ausnahme. (...) Die *inneren Strukturen* expandierten ebenfalls ohne Kontrolle. Die zunehmende Spezialisierung einzelner Abteilungen führte zu einer Zersplitterung der Kompetenzen und schließlich beinahe zur Handlungsunfähigkeit des ganzen Apparates. (...) Neben dem strukturellen setzte auch ein *politischer Wildwuchs* ein. Die nötigen Verhandlungen mit Großorganisationen wie der GEW überforderten den Vorstand nachhaltig. Er wurde letztlich aus allen wichtigen Gesprächen von der Ministerialbürokratie herausgedrängt. Der Vorstand des Instituts verlor so ebenfalls die Kontrolle über die politischen Auseinandersetzungen und wurde immer mehr vom Auswärtigen Amt und der Gewerkschaft fremdbestimmt.
- c) Seit 1969 (...) [beganng die Öffentlichkeit], das Goethe-Institut verstärkt wahrzunehmen. (...) Erst gegen Ende der siebziger Jahre schwand langsam das Wohlwollen der Öffentlichkeit gegenüber dem Institut. Mit der Regierungsübernahme durch den CDU-Bundeskanzler Helmut Kohl schlugen bisherige Affinitäten endgültig in eine andauernde *Aversion* [Hervorhebung im Original] um. (...) Für das Goethe-Institut besserte sich die Situation ein wenig, als es im Rahmen seiner «Osterweiterung» zunächst nach China, später im gesamten Ostblock, glänzen konnte.
- d) Die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit zeigte sich in der Geschichte des Goethe-Instituts auf drei Ebenen: 1.) bei der Zusammenarbeit mit anderen Mittlern, 2.) im Alltag der einzelnen Zweigstellen und 3.) bei Bemühungen, für eine Verbreitung der deutschen Sprache zu sorgen. Die Verantwortlichen im Goethe-Institut scheiterten immer wieder an der von ihnen gewollten Kooperation mit anderen bundesdeutschen Mittlern. (...) Die Zweigstellen des Goethe-Instituts arbeiteten oftmals unter recht abenteuerlichen Umständen. (...) Dass die deutsche Kultur überhaupt ins Ausland transportiert werden konnte, verdankte sie viel zu oft dem Engagement einzelner Mitarbeiter und viel zu selten den geschaffenen Rahmenbedingungen. (...) Die deutsche Sprache verlor trotz des gewaltigen Aufwands und trotz der eingesetzten Gelder seit 1951 immer mehr an Bedeutung. (...) Das Goethe-Institut hat zwar stets betont, sein Hauptinteresse läge in der weiteren Verbreitung des Deutschen, tatsächlich führte es seit seiner Gründung ein ständiges Rückzugsgefecht. (ebd.)

Das Interesse der Sozialwissenschaften an der Auswärtigen Kulturpolitik als übergeordneter Rahmen der Auswärtigen Sprachpolitik schien mit den frühesten soziologischen Studien zur AKP und zu den internationalen Beziehungen in den sechziger und siebziger Jahren (Bauer 2015: 409) geweckt worden zu sein.

In Dokas (1956) Bilanz der Schweizer AKP werden die Außenkulturpolitiken von 27 Ländern (u.a. der Bundesrepublik Deutschland) und drei Staatenbünden (u.a. Arabische Liga) verglichen. Seine Analyse der deutschen AKP weist auf die Problematik der ineinandergreifenden Kompetenzen von Bund und Ländern hin. Aufgrund bilateraler Kulturabkommen kann der Bund den Sprachunterricht bei ausländischen Vertragspartnern fördern, im Inland beruht die Einführung und Ausgestaltung der Schulfächer aber auf dem Landesrecht und bedarf daher der Zustimmung der Länder (ebd.: 98).

Emge (1965) bezeichnet die kulturelle Auslandsarbeit in seiner soziologischen *Analyse einiger ihrer Funktionen, Bedingungen und Formen* der AKP als „Ausdruck und Deckmantel politischer Interessen“ (ebd.: 120 ff) und weist darauf hin, dass die Sprachwerbung nicht mehr ausschließlich als „Mittelpunkt der Kulturwerbung im Ausland“ (ebd.: 220) zu betrachten ist:

Man wird vielleicht sagen können, daß sich in unserer Zeit der äußere Akzent von der Fremdsprache als Kulturausdruck mehr auf die Fremdsprache als technisches Verständigungsmittel verlagert, denken wir z.B. an die Rolle des Englischen im Flugwesen oder als Militärsjargon der NATO. (ebd.)

Als wichtigste Erkenntnis hinsichtlich Auswärtiger Sprachpolitiken gilt seine Aussage, dass durch Sprachentscheidungen „große politische und wirtschaftliche Weichen für die Zukunft“ (ebd.) gestellt werden. In Bezug auf Deutschland konstatiert er:

Daß die deutsche Sprache als Weltsprache noch diskriminiert wird, ist eine der schwersten Hypothesen für unsere auswärtige Kulturarbeit. Es erweckt zudem nicht ungefährliche Ressentiments, obwohl die Entwicklung selbst verschuldet war. (ebd.: 220 f)

Gemeint ist hier die „Kompromittierung des Deutschen infolge der unzähligen Verbrechen des Naziregimes“ (ebd.: 220), die zwar nachgelassen habe, aber immer noch dazu führe, dass man die deutsche Sprache von den „(...) in Frage kommenden Regierungen als internationale Verkehrs- und Kongreßsprache auf höheren, vor allem europäischen Ebenen (z.B. in Europarat) nicht couragierter vertreten [will]“ (ebd.: 221). Als mögliche Konsequenz einer solchen Handlung nennt Emge die Abwertung des Deutschen zur Lokalsprache sowie die trotz aller Geschäftigkeit mit den deutschen Auslandsschulen schwindende Motivation für ausländische Oberschüler, Deutsch zu lernen (ebd.).

Peisert (1978) analysiert in seinem sozialwissenschaftlichen Gutachten zur auswärtigen Kulturpolitik bisherige Strukturen im Bereich auswärtiger Kulturaktivitäten und erarbeitet Planungsinstrumente für die zukünftige Arbeit der Kulturabteilung (ebd.: 26). In seiner Bestandsaufnahme analysiert er zunächst die AKP von Frankreich, Italien, Großbritannien und der USA mit dem Ziel, sich in einer Phase der Neuorientierung auswärtiger Kulturpolitik der BRD „ein möglichst breites Bild der Möglichkeiten und Alternativen zu verschaffen“ (ebd.: 55). Basierend auf der Analyse der Mittel für die AKP formuliert er folgende Empfehlungen:

- Den in der auswärtigen Kulturarbeit tätigen Personen und Institutionen sollen für ihre eigene Detailplanung synoptische Darstellungen und Informationen über die länderspezifischen Aktivitäten aller beteiligten Institutionen zur Verfügung gestellt werden. (...)
- Die eigene länderspezifische Planung des Amtes sollte neben der eigenen aktiven kulturpolitischen Strategie, auch Regulativ sein im Hinblick auf die Diskrepanzen, die sich aus den praktizierten Schwerpunktsetzungen der BRD insgesamt gegenüber dem außenkulturpolitischen Konzept ergeben. (Peisert 1978: 104)

In seiner vier Adressatenkreise (diplomatische Vertretungen der BRD, die an den Auslandsschulen und Goethe-Instituten Tätigen sowie DAAD-Lektoren und Wissenschaftler) umfassenden Umfrage zu den Inhalten der AKP werden die Konzeptions- und Planlosigkeit als die größten Kritikpunkte (ebd.: 125) der auswärtigen Kulturarbeit genannt:

Am System der Goethe-Institute wird [bspw.] für änderungsbedürftig gehalten, daß ‚Gesamtkonzeption und Zielvorstellungen‘ fehlen [und] daß es keine ‚klare Konzeption einer deutschen Kulturpolitik und eine Abgrenzung der Funktion des Goethe-Instituts‘ gibt. (ebd.: 12)

Erst in den 1990er Jahren rückt die AKP wieder ins Forschungsinteresse der Sozialwissenschaftler, „[s]eit Ende der neunziger Jahre ist (...) [sie sogar AP] zu einem beliebten Forschungsgegenstand geworden, was sich in einem deutlichen Anstieg von Publikationen und universitären Abschlussarbeiten niederschlägt“ (Andrei; Rittberger 2015: 13).

Als Beispiel hierfür können Arbeiten gelten, die sich mit dem *deutschen Modell Mittlerorganisationen*¹⁴ beschäftigen und ihre Vor- und/oder Nachteile nennen. Witte (1993) versteht Flexibilität als einen einfacheren Zugang für Partner im Ausland und gemeinsam mit praktiziertem Pluralismus - z.B. bzgl. politischer Meinungen - als Hauptvorteile der Mittler. Laut Kaiser und Mildner (1998) würden Mittler u.a. der gesellschaftlichen Unterfütterung außenpolitischer Prioritäten dienen: „Die durch diese Organisationen eingerichteten transnationalen Koalitionen verbinden Personengruppen

¹⁴ Die Bezeichnung geht auf Maaß (2005) zurück.

mit ähnlichen Zielsetzungen, die sich gemeinsam in ihren Gesellschaften durchzusetzen versuchen.“ (ebd.: 214) Bartsch (1998) untersucht die Auslandsarbeit deutscher politischer Stiftungen und kommt zu dem Ergebnis, dass diese u.a. einen wichtigen Beitrag zur Pluralisierung deutscher Außenpolitik leisten:

Sie erweitern deren gesellschaftliche Fundierung, das Spektrum der außenpolitisch relevanten Akteure, die Informationsbasis und das Kommunikationsnetz der offiziellen Außenpolitik, die Präsenz, das Politikangebot und das Profil Deutschlands im Ausland, die Vermittlung von Werten, Ideen und Ordnungsvorstellungen und summa summarum: die Einflußwege und –möglichkeiten deutscher Außenpolitik. (ebd.: 192)

Schneider und Schiller (2000) untersuchen in ihrer empirischen Analyse die Standortpolitik des Goethe-Instituts und kommen zu dem Ergebnis,

(...) dass vor allem machtpolitische und wirtschaftliche Erwägungen die weltweite Präsenz der zentralen Mittlerorganisationen der Auswärtigen Kulturpolitik leiten. So ist das Goethe-Institut vor allem in Staaten aktiv, die wirtschaftlich entwickelt und handelsorientiert sind. Kaum einen Einfluss auf die Politik des Goethe-Instituts haben hingegen Entwicklungskriterien und die Respektierung von Menschenrechten. Bei der neuerlichen Schließungsrunde von Instituten beschreitet die Mittlerorganisation den Weg des geringsten Widerstands. So setzen die Kürzungen vor allem in Ländern an, in denen bis jetzt mehr als eine Zweigstelle bestand. (ebd.: 5)

Als weiteres Beispiel ist die politikfeldbezogene Verwaltungsanalyse von Giese (2003) zu nennen, in der die Implementierung in der Außenpolitik analysiert wird. Die Ergebnisse von zwei Fallstudien, in denen die internationale Konferenzdiplomatie und das *Beratungsprogramm TRANSFORM zur Fortbildung von Führungskräften der Wirtschaft der Russischen Föderation* untersucht werden, zeigen, dass die Außenpolitik bezüglich der Steuerungsproblematik die gleichen Entwicklungstendenzen aufweist, wie sie in den innenpolitischen Politikfeldern zu beobachten sind, und zwar fortschreitende funktionale Differenzierung, Entterritorialisierung funktionaler Räume und Emanzipation gesellschaftlicher Akteure und einzelner Funktionsbereiche von den staatlichen Regierungen (Giese 2003: 303). Als Konsequenz für die Steuerungsfähigkeit des Staates nennt Giese Folgendes:

- Verlust der hierarchischen Steuerungskompetenz, Zunahme des ‚verhandelnden Staates‘
- Zunahme von International Governance und Institutionalisierung der zwischenstaatlichen Kooperation
- Herausbildung einer Mehrebenenpolitik
- Aufhebung der Differenz zwischen Innen/Außenpolitik. (ebd.)

Trotz eines deutlichen Anstiegs von politikwissenschaftlichen Publikationen zum Thema Auswärtige Kulturpolitik heißt es 2005:

Wenige Politikwissenschaftler beschäftigen sich überhaupt mit dem Gegenstand, und noch weniger versuchen, mit Hilfe politikwissenschaftlicher Theorien die

Auswärtige Kulturpolitik als Teilbereich der Außenpolitik im Allgemeinen und Deutschlands im Besonderen zu erklären. Im Fall der empirisch-analytischen Außenpolitikforschung trifft die Charakterisierung als »Stiefkind der Forschung« noch immer zu. Zahlreichen Veröffentlichungen aus den Bereichen Soziolinguistik, Philosophie und Germanistik zur Auswärtigen Kulturpolitik Deutschlands stehen nur wenige politikwissenschaftliche Arbeiten gegenüber. (Rittberger; Andrei 2005: 31)

Die von Rittberger und Andrei angesprochene Charakterisierung, die 2002 auf einem Workshop am Institut für Auslandsbeziehungen von den Vertretern der Mittlerorganisationen, dem Auswärtigen Amt und Wissenschaftlern aus einschlägigen Disziplinen diskutiert wurde (Bauer 2015: 410), hat einen neuen Anstoß für die Politikwissenschaftler gegeben, sich mit der AKP zu beschäftigen.

Schreiner (2008) weist in seiner Studie auf zahlreiche Steuerungsprobleme der deutschen auswärtigen Kulturpolitik hin, die sich im Kern auf zwei Faktoren zurückführen lassen (ebd.: 28):

Zum ersten sind die Mittlerorganisationen mit ungenauen oder unklaren Konzepten konfrontiert. Die Entscheidungsdimensionen, denen ihre Kulturarbeit im Ausland unterworfen ist, erfordern auf operativer Ebene Problemlösungen, die auf einer strategischen Ebene und im öffentlichen Diskurs keine Berücksichtigung finden können. Zum zweiten sehen sich die Mittlerorganisationen einem übertrieben umfangreichen, in Teilen widersprüchlichen Sammelsurium an Zielen gegenüber. Die wenigen Ansätze zu einer politischen Prioritätensetzung, die sich beobachten lassen, orientieren sich dabei stärker an politisch-medialen Themenkonjunkturen als an den Erfahrungen der in der operativen Auslandskulturarbeit Tätigen oder an den Verhältnissen in den Zielländern. Beides erschwert es dem Politikfeld auswärtige Kulturpolitik, Rahmenfunktionen der Kulturarbeit im Ausland für andere außenpolitische Politikfelder und Querschnittsaufgaben realistisch zu konzipieren und zu erfüllen. (ebd.)

In seiner Dissertation plädiert Schreiner (2011) für den Erklärungswert des Poststrukturalismus und bedient sich in seiner Analyse der deutschen Außenkulturpolitik der interpretativen Sozialwissenschaft sowie der Semiotik, um aufzuzeigen, dass „[d]as Paradox des zugleich politischen und nicht politischen Charakters von Kultur in außenkulturpolitischen Prozessen (...) letztlich nicht auflösbar [ist]“ (ebd.: 373).

Andrei und Rittberger (2015) greifen auf die Erkenntnisse von Andrei (2008) zurück und zeigen am Beispiel von zwei Fallstudien zur deutschen auswärtigen Sprachpolitik (Sprachförderpolitik in den Staaten Mittel- und Südosteuropas sowie die Förderung der deutschen Sprache als Arbeitssprache in der EU), wie die neorealistic, utilitarisch-liberale und konstruktivistische Außenpolitiktheorien für die Analyse der Auswärtigen Kulturpolitik fruchtbar gemacht werden können. Mithilfe der neorealisticen Theorie lässt sich ihrer Ansicht nach die deutsche AKP nach 1990 als „Form einer intensiveren Machtpolitik im Sinne kultureller Einfluss- und Abwehrpolitik“ (Andrei/Rittberger 2015: 37) erklären.

(...) [d]ie Fälle der Arbeitssprachenpolitik der EU, in denen die Bundesregierung (...) ein moderates machtbewussteres Verhalten an den Tag legte, verweisen auf ähnlich gelagerte Fälle, in denen Sprache als Mittel der Einflussnahme in internationalen Organisationen genutzt werden kann. (ebd.: 27)

Die utilitaristisch-liberale Theorie kann die Präferenzen der Akteure prognostizieren, die in die jeweilige Sprachförderpolitik involviert sind: „Hier zeigt sich, dass auch die Auswärtige Kulturpolitik maßgeblich von rational-eigennütigen Gewinn- und Verlustkalkülen mitbestimmt wird.“ (ebd.: 32) Der Konstruktivismus trägt insofern zur Erklärung der AKP bei, als

(...) einerseits zentrale Aspekte der Deutschförderung in Staaten Mittel- und Südosteuropas auch mit starken Normen zum Kultur- und Sprachaustausch sowie zur Unterstützung der kulturellen Entwicklung und Demokratisierung der Länder (...) erklärt werden. Die deutsche Sprachpolitik in der Europäischen Union richtet sich dagegen auch nach den gesellschaftlichen Gewinninteressen und bekräftigt damit den Erklärungswert der utilitaristisch-liberaren Theorie. (ebd.: 37f)

Die in diesem Kapitel dargestellte Forschungslage zur Sprach(en)politik als Teil der AKP macht deutlich, dass in Bezug auf Sprach(en)politik in allen Disziplinen Forschungsbedarf sowohl in theoretischer als auch in forschungspragmatischer Hinsicht besteht. Die Beobachtung Bauers (2015), die sich primär auf die Politikwissenschaften bezieht, gilt deshalb für alle in diesem Kapitel dargestellten Forschungsdisziplinen:

Doch ungeachtet der bisherigen Forschungsbemühungen und der wissenschaftlichen Diskussionen innerhalb der beteiligten Einzeldisziplinen ist es bislang nicht zur Herausbildung eines eigenständigen, nach außen hin konturierten Forschungsschwerpunkts oder gar einer (Teil-)Disziplin samt zugehöriger Theorien und Methoden gekommen. Ebenso wenig hat sich ein interdisziplinärer Forschungsbereich zur Theorie und Praxis Auswärtiger Kulturpolitik herausgebildet. Und auch bei den Forschungsarbeiten, die den genannten ‚Fachkorpus‘ [Geschichts-, Sozial- und Politikwissenschaften] umfassen, handelt es sich bestenfalls um randständige Beiträge und Diskurse innerhalb der zugehörigen Bezugswissenschaften. (ebd.: 409)

Aus den wenigsten in diesem Kapitel vorgestellten Arbeiten (Sixt 1989; Giese 2003; Andrei 2008) geht direkt hervor, welche Politikdimension als Explanandum untersucht wird und in welcher Beziehung sie zu den Explanantes steht. Es fällt auf, dass die politics-Dimension (Konfliktaustragung und Aushandlung zwischen Akteuren des politischen Prozesses) fast durchgehend vernachlässigt wird. Giese konstatiert dazu:

Für das Politikfeld Außenpolitik ist diese Betrachtungsweise [Verhältnis von Problem und Programmzielen einerseits, zu den benutzten Instrumenten und Implementationsstrukturen andererseits] untypisch. Der überwiegende Teil der zu diesem Politikfeld vorliegenden wissenschaftlichen Arbeiten gibt wenig bis keinen Aufschluss über die administrative Umsetzung von außenpolitischen policies. Hier besteht eindeutig ein Forschungsdefizit. (Giese 2003: 295)

Darüber hinaus ist wenig darüber bekannt, was politische Akteure der auswärtigen Sprach(en)politik tun, warum sie es tun und was sie letztlich bewirken. Die vorliegende Arbeit greift die genannten Defizite auf, indem sozialwissenschaftliche Konzepte und Theorien zum Handeln im politischen System als Grundlage für die Entwicklung eines Analysemodells herangezogen werden. Der zentrale Fokus liegt auf der empirischen Erfassung von Handlungsdynamiken derjenigen Akteure, die sich an der Umsetzung der auswärtigen Sprachpolitik beteiligen, ihrer Handlungsantriebe und der daraus entstehenden Rückwirkung - sowohl auf ein sprachpolitisches Instrument als auch auf das politische System.

3. *Europanetzwerk Deutsch* im Kontext der außenpolitischen Förderung der deutschen Sprache

*Seit es eine deutsche auswärtige Kulturpolitik gibt, gibt es auch eine deutsche Sprachpolitik, und sie hat mit unterschiedlicher Nuancierung immer eine hervorragende Rolle in der auswärtigen Kulturpolitik gespielt.
(Bundesregierung 1985: 11)*

Im Gegensatz zur theoretischen Verortung, die im Kapitel vier dieser Arbeit nach dem Bottom-Up-Prinzip vorgenommen wird, erfolgt die Kontextualisierung des Programms *Europanetzwerk Deutsch* in diesem Kapitel aus der Top-Down-Perspektive. Dazu werden zunächst die relevanten Perspektiven und strukturellen Veränderungen auf der internationalen und europäischen Ebene aufgezeigt, bevor im zweiten Schritt die Darstellung der Auswärtigen Kultur und Bildungspolitik als übergeordneter Rahmen der außenpolitischen Förderung der deutschen Sprache erfolgt. Danach wird auf die geschichtliche Entwicklung einer deutschen Politik zur Förderung der deutschen Sprache seit Gründung der BRD eingegangen, wobei der Fokus auf der Förderung der deutschen Sprache in den EU-Institutionen liegt. Abschließend werden die Ziele und Inhalte sowie die Umsetzung und Wirkung des Programms *Europanetzwerk Deutsch* dargestellt.

3.1 Einwirkung internationaler Strukturen und Ereignisse auf das außenpolitische Handeln der Bundesrepublik Deutschland

In der sechzigjährigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland lassen sich fünf Determinantenfelder erkennen, die das außenpolitische Handeln materiell, ideell, geopolitisch und machtpolitisch determiniert haben und immer noch determinieren (Pfetsch 2012: 18).

Erstens: die mittelbare und unmittelbare nationale Geschichte, ihre Belastungen, aber auch von ihr ausgehende Lerneffekte.

Zweitens: die als Ergebnis des Zweiten Weltkriegs sich einstellende Teilung Deutschlands in zunächst fünf verschiedene Gebietskörperschaften, wobei die Diskussion um die zur Sowjetunion/Russland und Polen gehörenden Teile im Laufe der Nachkriegsentwicklung immer mehr obsolet geworden ist und die zwei deutschen Staaten BRD und DDR sowie West-Berlin den eigentlichen Kern dessen ausgemacht haben, was als nationale Frage diskutiert worden ist. Dieses Problemfeld wurde nach der Vereinigung verschoben hin zur Frage nach dem Standort der „neuen“ Bundesrepublik.

Drittens: das aus der zweitgeteilten Lage an der Grenzscheide zu zwei Blöcken resultierende besondere militärische Sicherheitsproblem, das für die Bundesrepublik vor allem mit Berlin verbunden war. (...)

Viertens ergeben sich wichtige Determinanten für das außenpolitische Handeln der Bundesregierungen aus den ökonomischen Prosperitätsbedingungen einer immer mehr in den Weltmarkt verflochtenen kapitalistischen Industriegesellschaft.

Diese das materielle wie immaterielle Innenpotential kennzeichnende Faktoren (...) des Exportlandes Bundesrepublik sind schließlich fünftens um die internationalen Akteure zu erweitern, weil insbesondere in der ersten Nachkriegszeit alle Grundbedingungen von den Siegermächten (mit)bestimmt oder entscheidend beeinflusst worden sind. (...) Der Handlungsspielraum ist in den integrierten Systemen der EG/EU, der NATO sowie der UNO größer geworden und hat darin mehr Verantwortung gefordert (...). (ebd.)

Während die genannten Determinantenfelder sich größtenteils auf die in die Gegenwart hineinwirkende Vergangenheit beziehen, sind als sechstes Determinantenfeld gewaltige gegenwärtige Umbrüche im internationalen System zu nennen, die durch den Terroranschlag am 11. September 2001 hervorgerufen wurden. Als siebtes Determinantenfeld sehe ich den eingeschränkten Handlungsspielraum Deutschlands innerhalb der EU, die 2012 als funktionsfähig und wirtschaftlich redynamisiert¹⁵ (Hippler 2012: 27ff) bezeichnet wurde und sich momentan in einer ernsthaften Krise¹⁶ befindet.

Die Umbrüche im internationalen System sind in erster Linie von der Pluralisierung neuer Machtzentren und der damit schleichenden Erosion der US-Dominanz gekennzeichnet. Zu neuen Mächten sind aufgrund imposanter Wachstumsraten vor allem China und Indien aufgestiegen. Aber auch Brasilien, Südafrika und die Türkei verfolgen eine immer selbstbewusstere Außenpolitik, die von Deutschland entsprechend wahrgenommen wird (ebd.). Neben politischen Veränderungen ist es die fortschreitende wirtschaftliche und technologische Globalisierung, die „zur Zunahme strategischer Gemeinschaftsinteressen in weltwirtschaftlichen Fragen [führt AP] (...), aber zugleich substrategische und taktische Interessengegensätze“ (ebd.: 29) nationaler Politiken verschärft.

Für die außenpolitische Förderung der deutschen Sprache sind meines Erachtens die Determinantenfelder „ökonomische Prosperitätsbedingungen im Zeichen der Globalisierung“ und „integrierte Systeme“ besonders relevant, denn sie „haben Sprache zu einem öffentlichen und politischen Thema gemacht“ (Fandrych et al. 2011: 15) und dazu geführt, dass um die Rolle der deutschen Sprache am weltweiten und europäischen Sprachenmarkt gerungen werden muss (ebd.).

¹⁵ Von einer „redynamisierten“ EU kann leider zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Arbeit aufgrund der Griechenlandkrise nicht mehr gesprochen werden. Auf die Auswirkung der Krise auf die Außenpolitik Deutschlands wird hier jedoch nicht näher eingegangen.

¹⁶ Die Rede ist von der zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Arbeit andauernden Griechenland-Krise, die den Euro unter Druck setzt.

3.1.1 Stellung des Deutschen in der Welt am Beispiel des Handlungsfelds „Internationale Politik“

Die internationale Stellung einer Sprache wird durch den Umfang der nationsübergreifenden Kommunikation zwischen Sprechern bestimmt und innerhalb der sog. Handlungsfelder als Verbreitung unter verschiedenen Nationen als Muttersprache oder Fremdsprache (Ammon 2015a: 18). Im Rahmen der vorliegenden Studie wird die Stellung des Deutschen in der Welt vor allem anhand des Gebrauchs und Bedarfs innerhalb des Handlungsfelds „(Internationale) Politik“ (Ammon 2010, 2002) bzw. „Diplomatie“ (Ammon 2015a) skizziert: Damit wird sowohl die Verbreitung des Deutschen als Muttersprache als auch ihre Stellung in den Handlungsfeldern „internationale Wirtschaftskommunikation“, „internationale Wissenschaftskommunikation“, „internationaler Tourismus“ und „Deutsch in Medien und Sprachkunst“¹⁷ ausgeschlossen, da diese Aspekte im Rahmen des Forschungsinteresses nicht relevant sind.

Eine präzise, allgemeingültige Bestimmung eines Handlungsfeldes gibt es nicht (Ammon 2015a: 408), wichtiger als eine trennscharfe Eingrenzung scheint die Unterteilung in Domänen zu sein, die sehr verschiedenartige Situationstypen umfassen und „durch übergreifende gesellschaftliche Aufgaben, durch Ziele und Werte der darin agierenden Individuen und eventuell durch spezifische rechtliche Bestimmungen zusammenhängen“ (ebd.). Zu den gängigsten Domänen des Handlungsfeldes Internationale Politik/Diplomatie gehört laut Ammon (2015a) der Gebrauch der deutschen Sprache in der Diplomatie sowie bei diplomatischen Kontakten, in inter- und supranationalen Organisationen sowie als zwischenstaatliche Vertragssprache. Eine weitere hierzu zählende Domäne ist der Gebrauch des Deutschen im höheren Ministerialdienst in der europäischen öffentlichen Verwaltung¹⁸, der in diesem Kapitel wegen fehlender wissenschaftlicher Erkenntnisse nicht berücksichtigt werden kann.

Als Sprachgebrauch wird die Sprachwahl verstanden, die von Fishman (1965) wie folgt bestimmt wurde: „Wer spricht welche Sprache mit wem, wann (in welcher Situation) – und warum?“ (Ammon 2015a: 52) Für das Handlungsfeld Politik sind folgende Typen von Sprachwahl relevant:

¹⁷ Dazu ausführlich in Ammon (2015a, 2010, 1991).

¹⁸ Es kann angenommen werden, dass Deutsch in dieser Domäne aufgrund etablierter Traditionen und Kooperationen zwischen einigen Ländern (z.B. Kroatien und Österreich oder Polen und Deutschland) sowie angesichts zunehmender Auswirkungen von Europäisierung und Internationalisierung auf die europäische öffentliche Verwaltung (Siedentopf; Speer 2003) seine starke Stellung noch nicht eingebüßt hat.

- Die Wahl von Sprachen zur Kommunikation in einzelnen Situationen. Dabei kann echte Kommunikation von bloß symbolischem Gebrauch und vom Gebrauch zum Lernen und Üben unterschieden werden, wenn auch das Auseinanderhalten in manchen Fällen schwierig ist. Außerdem ist es zweckmäßig, die Kommunikation zwischen einzelnen Individuen zu unterscheiden von der Kommunikation in größeren Gruppen (...).
- Die Wahl von Sprachen zum Erlernen als Fremdsprache(n).
- Die Wahl von Sprachen für die Kommunikation in Institutionen und Organisationen, also Arbeits- oder Amtssprachen von Vereinen, Behörden, Staaten oder internationalen [und supranationalen¹⁹ AP] Organisationen oder Verhandlungs- und Vertragssprachen zwischen ihnen. (ebd.)

In allen genannten Fällen kann die Sprachwahl von übergeordneten Instanzen geregelt sein. Bezogen auf solche geregelten Fälle in der internationalen Politik existieren Zahlen darüber, wie häufig Deutsch als Sprache für internationale Friedensabkommen und Verträgen zwischen 1492 und 1963 gewählt wurde und welche Stellung Deutsch in internationalen und supranationalen (Kap. 3.1.2) Organisationen hat.

Deutsch als Vertragssprache begann erst Mitte des 16. Jh. eine Rolle zu spielen, die Zahl der auf Deutsch verfassten Verträge nahm allerdings erst zwischen 1850 und 1899 sowie zwischen 1900 und 1949 zu. Zwischen 1950 und 1963 gehörte Deutsch zu den vier am häufigsten verwendeten Sprachen in zwischenstaatlichen autoritativen (rechtsverbindlichen) Verträgen (20) hinter Englisch (74), Französisch (54) und vor Russisch (10). Bezogen auf die Zahl der nicht-autoritativen meist multilateralen Verträge, bei denen Deutsch die Sprache mindestens einer Vertragspartei war, gehörte Deutsch in dem Zeitraum zwischen 1490 und 1963 zu den fünf meist verwendeten Sprachen hinter Chinesisch und vor Englisch, Französisch und Russisch. Bei Verträgen hingegen, die in einer Lingua franca verfasst wurden, hat Deutsch kaum eine Rolle gespielt (Ammon 2015a: 709ff).

Die Stellung des Deutschen in internationalen Organisationen wäre heute möglicherweise besser, hätten deutsche Regierungen eine nicht so zurückhaltende Politik betrieben (Ammon 2015b: 111). Der nach dem Ersten Weltkrieg gegründete Völkerbund hatte Französisch und Englisch in seiner Satzung als einzige Vertragssprachen festgelegt. Die Vereinten Nationen (VN), die den Völkerbund als Nachfolgeorganisation nach dem Zweiten Weltkrieg ersetzt haben, verständigten sich im Gründungsvertrag auf drei Arbeitssprachen (Englisch, Französisch und Spanisch) und fünf Nur-Amtssprachen (Englisch, Französisch, Spanisch, Russisch und Chinesisch - Arabisch

¹⁹ Während der Begriff „international“ das Handeln zwischen Staaten bezeichnet, das auf Zustimmung aller Beteiligten beruht, drückt „supranational“ eine höhere Qualität des zwischenstaatlichen Handelns aus, das mit Befugnissen und für alle beteiligten Staaten rechtlich bindenden Beschlüssen ausgestattet ist. Europaparlament (o.J.): *Definition Supranational*.

kam als sechste Sprache erst 1973 hinzu), die meist nur in der mündlichen Kommunikation verwendet werden (Ammon 2010: 98). Begründet wurde die Entscheidung mit der numerischen Stärke der Mitgliedstaaten-Sprachen (weltweite Anzahl der Muttersprachler und Zweitsprachesprecher). Obwohl die Vereinten Nationen einen Antrag auf Aufnahme des Deutschen als Amtssprache von deutscher Seite erwartet haben, stellte ihn diese nicht. Mit der Aufnahme beider deutscher Staaten im Jahr 1974 konnte Deutsch zwar den Status einer Dokumentensprache erlangen (die wichtigsten offiziellen Schriftstücke werden auf Kosten der deutschsprachigen Mitgliedstaaten ins Deutsche übersetzt), aber nicht den der Arbeits- oder Nur-Amtssprache (Ammon 2015a: 718ff). Auch in den sechs Hauptorganen und 17 Sonderorganisationen der Vereinten Nationen spielt Deutsch eine untergeordnete Rolle. Zwei Beispiele: Die Arbeitssprachen des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag sind Englisch und Französisch, gelegentlich auch Niederländisch. Die Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) mit Sitz in Paris arbeitet in fünf Arbeitssprachen (Englisch, Französisch, Spanisch, Russisch und Chinesisch), Deutsch findet nur in deutschen UNESCO-Büros Anwendung. Die Amts- und Arbeitssprachen sowohl des 1949 geschlossenen Nordatlantikpaktes (NATO) als auch der 1961 gegründeten Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sind Englisch und Französisch (Mohr; Schneider 1994: 614f).

In nicht geregelten Fällen entscheiden die Kommunikationspartner, welche Sprache im Kontakt miteinander verwendet wird, was zum asymmetrischen oder symmetrischen Sprachgebrauch (Vandermeeren 2003; Ammon 1991) führt. Vandermeeren (2003) nennt insgesamt vier Sprachwahlstrategien für die Diplomatie. Den asymmetrischen Gebrauch in der mündlichen Kommunikation, wenn z.B. eine Botschaft oder eine anderssprachige Regierung im Kontakt mit der deutschen Seite die Landessprache nur einer der beiden Parteien verwendet. Den symmetrischen Gebrauch in der mündlichen Kommunikation, wenn sowohl die Botschaft als auch die Regierung des Gastlandes die eigene Sprache, die Sprache der Gegenseite oder eine dritte von beiden Seiten gesprochene Sprache verwenden. Von symmetrischem Gebrauch in der schriftlichen Kommunikation ist dann die Rede, wenn jede Seite ihre Schriftstücke in der eigenen Sprache, in der Sprache der anderen Seite oder in einer Lingua franca verfasst und eine Kombination auf der Makro-Ebene symmetrischen und auf der Mikro-Ebene asymmetrischen Sprachgebrauch in der schriftlichen Kommunikation entsteht. Dies ist z.B. der Fall, wenn die deutsche Regierung und die französische Botschaft in Berlin auf Deutsch korrespondieren, während die französische Regierung und die deutsche Botschaft in Paris hierfür die französische Sprache wählen (Vandermeeren 2003: 336). Zahlen darüber, wie oft Deutsch in solchen nicht geregelten Kommunikationsfällen

gewählt wird, sind nicht vorhanden, im Anschluss an Ammon (2015a) lassen sich aber einige Faktoren nennen, die die Sprachwahl in der Politik beeinflussen können. Die Popularität der Deutschkenntnisse in einigen Ländern ist bspw. Grund dafür, dass in diplomatischen Kontakten mit Ländern kleinerer Sprachgemeinschaften nach wie vor Deutsch häufiger verwendet wird, „[d]ies gilt für Kontakte mit den Benelux- sowie mit ostmitteleuropäischen und teilweise auch skandinavischen Staaten“ (Ammon 2015a: 808). Allerdings ist diese Tatsache zu relativieren, es gäbe mittlerweile diverse Indizien dafür, „dass Deutschkenntnisse auch dort unter Diplomaten der jüngeren Generation beschränkter sind als in der älteren Generation“ (ebd.). Solche Verschiebungen sind möglicherweise der unbedachten Sprachwahl deutschsprachiger Politiker und Diplomaten geschuldet, die selbst in Kontexten, in denen die Verwendung des Deutschen legitim und durchaus wünschenswert wäre, bewusst darauf verzichten. Die von Ammon gesammelten Beispiele dafür sorgen für Verwunderung und Unverständnis:

Auch bei ausdrücklich aus dem Publikum geäußertem Begehren, Deutsch zu sprechen, stellen sich Politiker aus Deutschland nicht selten taub und antworten auf in Deutsch gestellte Fragen eisern nur auf Englisch. So beschränkte sich offenbar z.B. Altbundeskanzler Helmut Schmidt bei seinem Vortrag zu einem Deutschlehrerkongress im Jahr 1999 in Korea ganz aufs Englische (Trabant 2008: 2012). Auch der deutsche Botschafter in Südkorea in Seoul, Michael E. A. Geier, soll im April 2005 vor koreanischen, japanischen und deutschen Hochschullehrern seine Rede „komplett in englischer Sprache gehalten [haben]“ (...). (ebd.: 813)

Ferner kann Deutsch aus Höflichkeit – etwa als Anpassung an die Kommunikationspartner (Giles 1977) - oder aus kulturellen und ökonomischen Motiven (Ammon 2015a: 56) gewählt werden.

Die kulturellen und ökonomischen Motive spielen nicht nur für den Gebrauch des Deutschen in der Politik eine wichtige Rolle, sondern auch für den Sprachbedarf in diesem Bereich. Leider sind diesbezüglich noch keine systematischen Analysen durchgeführt worden. Vandermeeren präsentierte 2003 zum ersten Mal Zahlen zum Bedarf an DaF-Kenntnissen und -Unterricht ausländischer Vertretungen in Deutschland: Auf die Frage, wie viele Mitglieder des diplomatischen Personals DaF-Kenntnisse wie häufig benötigen, zeigt sich, dass 35% der Mitarbeiter diese für weniger als die Hälfte ihrer Arbeitszeit für erforderlich halten, während ca. 65% der Mitarbeiter sie für mehr als die Hälfte ihrer Arbeitszeit brauchen (30% zu 70% beim administrativen und technischen Personal). Dabei werden DaF-Kenntnisse vordergründig für folgende Tätigkeiten benötigt: Presse lesen, Reden verstehen, Gespräche bei Arbeitsessen führen, Formulare ausfüllen, Vorträge verstehen, Briefings folgen und Smalltalk halten, politischen Debatten im Fernsehen folgen, Briefe verfassen, Pressekonferenzen folgen und Verträge lesen (Vandermeeren 2003: 359). Zu ähnlichen Ergebnissen kommt Hunstiger (2010), die den Bedarf an DaF-Kenntnissen und -Unterricht von europäischen Beamten analy-

sierte. Diese gaben an, Deutsch für Diskussionen/Verhandlungen, Telefongespräche, Korrespondenz, Verträge/Dokumente und Berichte zu benötigen (ebd.: 458). Diese Beobachtungen machen Informationsdefizite im Gebrauch des Deutschen in der Politik deutlich, die nicht nur ein Forschungsdesiderat aufzeigen, sondern auch eine unentdeckte Marktlücke für DaF-Unterricht (Vandermeeren 2003: 369). Die Defizite sind insofern unverständlich, als der Bedarf und die Stellung einer Sprache eng zusammenhängen und die Verbreitung der Sprache im Interesse ihrer Sprecher liegt.

Im Rahmen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik versucht die Bundesrepublik Deutschland die Stellung des Deutschen vor allem in der Domäne *Deutsch in den EU-Institutionen* zu stärken und setzt dazu materielle und machtpolitische Mittel ein, die im Kapitel 3.3.2.2 näher beschrieben werden.

3.1.2 Status und Funktion der deutschen Sprache in den EU-Institutionen

Der Status des Deutschen in den EU-Institutionen geht aus den rechtlichen Regelungen der EU zum sog. Sprachenregime hervor, deren Grundlage das Primär- und das Sekundärrecht der EU ist. Im Primärrecht ist das Prinzip der Sprachgleichheit im Art. 314 EG (ex Art. 248 EWGV) der Gründungsverträge niedergelegt (Mayer 2006: 2):

Dieser Vertrag ist in einer Urschrift in deutscher, französischer, italienischer und niederländischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; er wird im Archiv der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt; diese übermittelt der Regierung jedes anderen Unterzeichnerstaats eine beglaubigte Abschrift. Nach den Beitrittsvertragen ist der Wortlaut dieses Vertrags auch in dänischer, englischer, finnischer, griechischer, irischer, portugiesischer, schwedischer und spanischer Sprache verbindlich. (ebd.)

Mit den Verträgen von Amsterdam (1997), Nizza (2003) und Lissabon (2009) ist der Art. 314 angepasst worden, um den Erweiterungen 1973, 1981, 1986, 1995, 2004, 2007 und 2013 Rechnung zu tragen (ebd., Ammon 2015a: 737). Damit sind 24 europäische Sprachen sog. Vertragssprachen der EU und über eine Verfassung für Europa (VE) entsprechend Verfassungssprachen. Auch das Sekundärrecht der EU bestimmt die gleichrangige Mehrsprachigkeit der europäischen Sprachen. Gemäß Art. 290 (ex-Art. 217) EG kann der Rat allerdings selbst über das Sprachenregime jenseits des Vertrages entscheiden. Basierend auf dem Art. 290 verabschiedete der Rat im Jahre 1958 die Verordnung Nr. 1 zur Regelung der Sprachenfrage für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft²⁰, mit der das Prinzip der gleichrangigen Mehrsprachigkeit auf das Sekundärrecht und die Organe der EU ausgedehnt wurde. Die Konzeption des

²⁰ Verordnung Nr. 1 zur Regelung der Sprachenfrage für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Amtsblatt Nr. 017 vom 6. Oktober 1958, 0385–0386.

Sprachenregimes wurde dort in acht Artikeln ausformuliert und soll eine möglichst reibungslose Kommunikation zwischen den EU-Institutionen und den EU-Mitgliedstaaten gewährleisten:

- Artikel 1: Die Amtssprachen und die Arbeitssprachen der Organe der Gemeinschaft sind Deutsch, Französisch, Italienisch und Niederländisch.
- Artikel 2: Schriftstücke, die ein Mitgliedstaat oder eine der Hoheitsgewalt eines Mitgliedstaates unterstehende Person an Organe der Gemeinschaft richtet, können nach Wahl des Absenders in einer der Amtssprachen abgefasst werden. Die Antwort ist in derselben Sprache zu erteilen.
- Artikel 3: Schriftstücke, die ein Organ der Gemeinschaft an einen Mitgliedstaat oder an eine der Hoheitsgewalt eines Mitgliedstaates unterstehende Person richtet, sind in der Sprache dieses Staates abzufassen.
- Artikel 4: Verordnungen und andere Schriftstücke von allgemeiner Geltung werden in den vier Amtssprachen abgefasst.
- Artikel 5: Das Amtsblatt der Gemeinschaft erscheint in den vier Amtssprachen.
- Artikel 6: Die Organe der Gemeinschaft können in ihren Geschäftsordnungen festlegen, wie diese Regelung der Sprachenfrage im einzelnen anzuwenden ist.
- Artikel 7: Die Sprachenfrage für das Verfahren des Gerichtshofes wird in dessen Verfahrensordnung geregelt.
- Artikel 8: Hat ein Mitgliedstaat mehrere Amtssprachen, so bestimmt sich der Gebrauch der Sprache auf Antrag dieses Staates nach den auf seinem Recht beruhenden allgemeinen Regeln.

Rechtlich gesehen also ist Deutsch allen übrigen Sprachen der EU gleichgestellt (Ammon 1991: 80). Dass die Praxis anders aussieht und einige Sprachen gleicher sind als andere (Mayer 2006: 6) belegen zahlreiche Untersuchungen zur sprachlichen Benachteiligung des Deutschen in der EU (exemplarisch: Haarmann 1973, 1974; Coulmas 1991; Haselhuber 1991; Schloßmacher 1994, 1997; Oppermann 2001), die mittlerweile auch Folgen für die Arbeit des Deutschen Bundestags hat: Laut Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer seien

[v]iele Themen (...) so komplex, dass man sie in einer Fremdsprache nicht sicher verhandeln könne. Im Bundestag hätten «Ausschüsse bereits die Beratung über Vorlagen verweigert, weil sie nur in Englisch vorlagen«. Dies habe aber dann «leider zur Folge, dass Brüssel ohne deutsche Stellungnahmen Entscheidungen trifft«. Der Bundestag habe aber auch Probleme mit Texten, die übersetzt werden. Ein Beispiel sei der Fortschrittbericht der EU-Kommission zur Türkei. Dieser sei Mitte Oktober in Englisch erschienen. Die – noch nicht einmal autorisierte – deutsche Übersetzung habe es aber erst im Dezember gegeben, da sei die Debatte über den Bericht längst gelaufen. (Rossmann 2014: 7)

Die von Singhammer angesprochenen Probleme mit den EU-Vorlagen verdeutlichen auch die Ergebnisse der Studie von Kruse (2013). Auf die Frage „Wie häufig können Sie Ihre Aufgaben in vollem Umfang auch mit englischsprachigen EU-Vorlagen erfüllen?“ gab zwar die Mehrheit der 77 befragten Bundestagsabgeordneten an, ihre Aufgaben im vollen Umfang erfüllen zu können (46,75 % oft und 18,18 % immer): Über ein

Drittel (35,07 %) aller Befragten gaben aber an, dies selten (23,38 %) oder nie (11,69 %) tun zu können (ebd.: 317).

Der von der Idealvorstellung klar abweichende Status und die untergeordnete Funktion der deutschen Sprache innerhalb der EU-Institutionen ergeben sich vordergründig²¹ aus dem Art. 6 der o.g. Verordnung sowie aus den etablierten Traditionen, d.h. der vorherrschenden Verwendung von Englisch und Französisch, die nicht leicht zu ändern sind (Ammon 1991: 83). Mit dem Art. 6 wurde den EU-Institutionen eine Handlungsfreiheit bzgl. der Sprachenfrage eingeräumt,

(...) die die faktische Praxis der verschiedenen Organe (...) in erheblichem Maß bestimmte und bestimmt: Gegenüber der allgemeinen Rechtssituation wurde das Tor zu einer durch Geschäfts- und Verfahrensordnungen vorgenommenen Restriktion geöffnet, eine Grundkonfiguration, die sich zuungunsten der meisten EU-Sprachen auswirkte und weiterhin auswirkt. Hauptsächlichste Nutznießer dieser Situation sind das Französische und das Englische, wobei sich die Gewichte in der Praxis »Brüssels« mehr und mehr zugunsten des Englischen verschieben. (Knapp 1997; Ehlich 2010)

Im Europäischen Gerichtshof wird bspw. als ausschließliche Verkehrssprache zwischen den Richtern Französisch verwendet. Obwohl als Verfahrenssprache jede der Vertragssprachen in Betracht kommt und die Entscheidungen in den EU-Amtssprachen veröffentlicht werden, findet außerdem sowohl die vertrauliche Beratung zwischen den Richtern als auch der Austausch zwischen Richtern und deren Mitarbeitern nur auf Französisch statt. Die gängigen Arbeitssprachen der Europäischen Kommission sind zwar Französisch, Englisch und Deutsch, doch in vielen Arbeitseinheiten der Kommission wird nur eine Sprache verwendet, und zwar die des jeweiligen Leiters der Arbeitseinheit. Im Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV), dem Wirtschafts- und Finanzausschuss und dem Ausschuss für Wirtschaftspolitik werden Englisch ohne und Französisch/Deutsch mit Übersetzung verwendet. Die Arbeitssprache der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt am Main ist Englisch (sic!), obwohl das Sprachenregime bei Treffen des EZB-Rates Englisch, Französisch, Deutsch und Italienisch umfasst (Mayer 2006: 8ff). Das neueste Beispiel für die Schlechterstellung des Deutschen ist die faktische Beschränkung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) auf Englisch und Französisch. Trotz der Tatsache, dass Deutsch zumindest statuarisch zu den Arbeitssprachen des EAD gehört, wird diese in der Praxis kaum praktiziert: Die Stellenausschreibungen sowie die Homepage des EAD sind ausschließlich auf Englisch und Französisch verfasst (Ammon 2015a: 750f). Indizien für den weiten

²¹ Ehlich bezeichnet als weiteren Grund für die prekäre Position des Deutschen in den EU-Institutionen die selbstrestriktive Haltung der Bundesrepublik Deutschland in Bezug auf ihre sprachlichen Interessen in der EU als Folge der nach 1949 eingeschlagenen Politik der Zurückhaltung (Ehlich 2010: 129).

Rückstand von Deutsch hinter Englisch und Französisch betreffen nicht nur die mündliche Kommunikation in den EU-Institutionen: Betrachtet man allein die Zahlen der in der Kommission erarbeiteten Originaltexte, die der Generaldirektion Übersetzung allein in den Jahren 2002 und 2006 vorlagen, ist der Abstand beträchtlich (Ammon 2015a: 747):

	Jahr 2002	Jahr 2006
Englisch	57,4%	72%
Französisch	29,1%	14,4%
Deutsch	4,6%	2,8%

Tabelle 1 Anteile der Sprachen an den in der EU-Kommission erarbeiteten Originaltexten aus: Ammon 2015a: 747 basierend auf Hoheisel 2004: 81

Obwohl die übermäßige Benachteiligung des Deutschen von deutscher Seite immer noch beklagt wird und als Argument für eine Gleichberechtigung die Tatsache herangezogen wird, dass Deutsch in Europa die größte numerische Stärke als erste Mutter- und zweite Fremdsprache hat, bessert sich die Funktion des Deutschen in den EU-Institutionen nicht. Zufällige Entwicklungen, die für ein wenig Hoffnung sorgen, erweisen sich kurze Zeit später als ernüchternd. Als Beispiel sei die Neuregelung der EU-Beamtenförderung von 2004 zu nennen, in der es im Art. 45, Absatz 2 heißt:

Der Beamte muss vor seiner ersten Beförderung nach der Einstellung nachweisen, dass er in einer dritten der in Artikel 314 des EG-Vertrags genannten Sprachen arbeiten kann. Die Organe erlassen einvernehmlich gemeinsame Regeln für die Durchführung dieses Absatzes. Diese Regeln sehen für Beamte den Zugang zur Ausbildung in einer dritten Sprache vor und legen im Einklang mit Anhang III Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe d) die Einzelheiten für eine Beurteilung der Fähigkeit des Beamten fest, in einer dritten Sprache zu arbeiten²²

Sprechen EU-Beamten eine andere Muttersprache als Englisch, Französisch oder Deutsch, so werden Englisch und Französisch als Arbeitssprachen gewählt, da Kenntnisse dieser Sprachen in den EU-Gremien unverzichtbar sind. Die englisch- oder französischsprachigen Beamten wählen ihre Muttersprache und eine von 22 Amtssprachen der EU, von denen Deutsch nicht zu den meistgewählten gehört. Die nicht englisch-/französisch-/deutschsprachigen Beamten wählen hingegen Englisch und Französisch (Ammon 2015: 752): „Voraussichtlich stärkt also diese Neuregelung Deutsch als Arbeitssprache nur im beschränkten Maße“ (ebd.) und führt wieder zur Stärkung des Englischen sowie des Französischen.

²² Europäische Union (2004): *Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften und die Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Beschäftigten (in Kraft seit dem 01.05.2004).*

3.1.3 Europäische Sprachenpolitik

Die europäische Sprachenpolitik umfasst die Förderung des Sprachenlernens und der sprachlichen Vielfalt sowie die Verbesserung grundlegender sprachlicher Fertigkeiten aller EU-Bürgerinnen und -Bürger²³.

Auf der Grundlage von zwei der EU unterstellten Motivationsgrundlagen – einer elitär humanistischen und einer pragmatisch wirtschaftlichen – unterscheidet Kruse (2012) zwischen EU-Bildungspolitik für Mehrsprachigkeit und EU-Sprachenpolitik für Sprachenvielfalt, wenngleich es die Erstgenannte formal nicht gibt. Die Entscheidungskompetenzen im Bereich der Kultur- und Bildungspolitik liegen ausschließlich bei den Mitgliedstaaten, die EU übernimmt in diesem Politikfeld lediglich Koordinations- und Unterstützungsfunktionen (Becker/Primova 2009: 3) bei der Festlegung gemeinsamer Ziele und beim Austausch bewährter Verfahren²⁴: Dazu werden bildungspolitische Soft Law-Vorgaben²⁵ formuliert - in Form von Grün- und Weißbüchern, Aktionsprogrammen (z. B. Sokrates oder Leonardo da Vinci), Leitlinien, Strategien und Strategiepapieren, Mitteilungen, Schlussfolgerungen, Empfehlungen und Stellungnahmen sowie Entschlüsse und Erklärungen-, die von den Mitgliedstaaten befolgt werden sollen und mithilfe der sog. offenen Koordinierungsmethode (OKM)²⁶ umgesetzt werden. In der vorliegenden Arbeit wird die Auffassung vertreten, dass bildungspolitische Soft Law-Vorgaben eine Querschnittsaufgabe mit zahlreichen Berührungspunkten zu anderen Politikbereichen darstellen (ebd.), u.a. zur europäischen Sprachenpolitik.

Von substantieller Bedeutung für die Darstellung der europäischen Sprachenpolitik scheint mir hingegen der von Kruse aufgegriffene Unterschied zwischen den Begriffen „Vielsprachigkeit“ (synonym: „sprachliche Vielfalt“ und „Sprachenvielfalt“) und „Mehrsprachigkeit“ zu sein, denn diese werden vor allem in den Veröffentlichungen der EU beliebig verwendet (Kruse 2012: 24ff). Die Sprachenvielfalt wird von der EU als universelles Menschenrecht und Grundwert der EU verstanden, der u.a. in Art. 22 der Europäischen Grundrechte-Charta verankert ist: „Die Union achtet die Vielfalt der Kulturen, Religionen und Sprachen“. (Charta der Grundrechte der Europäischen Union (2000/C

²³ Europäische Kommission (o.J.): Strategischer Rahmen.

²⁴ Europäische Union (o.J.): Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend.

²⁵ Deutscher Naturschutzring (DNR) (o.J.): Rechtsakte und Soft Law.

²⁶ Die OKM ist ein Steuerungselement der EU für einige Politikfelder, die in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen (z.B. Sozialschutz, Bildung, Jugend und Ausbildung). Sie wurde im Rahmen der Beschäftigungspolitik als Instrument der Lissabon-Strategie (2000) ins Leben gerufen, mit der Europa zum „dynamischsten und wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ (KOM 2005, 24 vom 2.2.2005) gemacht werden soll. Sie beinhaltet konkret ausformulierte Leitlinien, Ziele, einen Zeitplan und Messindikatoren zwecks einheitlicher Kontrolle und Evaluierung der Umsetzung.

364/01, Art. 22) Maßnahmen zur Förderung der sprachlichen Vielfalt beziehen sich auf die Regional- und Minderheitensprachen, die von der EU wie folgt definiert werden:

(...) Sprachen, die herkömmlicherweise in einem bestimmten Gebiet eines Staates von Angehörigen dieses Staates gebraucht werden, die eine Gruppe bilden, deren Zahl kleiner ist als die der übrigen Bevölkerung des Staates, und die sich von der (den) Amtssprache(n) dieses Staates unterscheiden; (...)

[sowie] (...) Sprachen, die sich von der (den) von der übrigen Bevölkerung des Staates gebrauchten Sprache(n) unterscheiden, jedoch keinem bestimmten Gebiet innerhalb des betreffenden Staates zugeordnet werden können, obwohl sie herkömmlicherweise im Hoheitsgebiet dieses Staates gebraucht werden (Europarat 1992: 2).

Der Begriff „Mehrsprachigkeit“ hingegen umfasst die individuelle, gesellschaftliche und institutionelle Mehrsprachigkeit (Darquennes 2012: 2ff). Individuelle Mehrsprachigkeit „bezieht sich auf die Mehrsprachigkeit von Menschen. Diese sind mehrsprachig, wenn sie mehr als eine Sprache in ihrem Repertoire haben“ (ebd.). Dazu ist zu sagen, dass die EU in Zusammenarbeit mit den Regierungen der EU-Mitgliedstaaten auf das sog. Barcelona-Ziel „Muttersprache plus zwei“ hinarbeitet, d.h. die Fähigkeit, neben der Muttersprache in mindestens zwei Fremdsprachen zu beherrschen, die gleichermaßen für EU-Bürger, -Organisationen wie -Unternehmen gilt. Gesellschaftliche Mehrsprachigkeit „bezieht sich auf die Koexistenz von mehreren Sprachen in einer Gesellschaft. (...) Mit der gesellschaftlichen Mehrsprachigkeit sind unter anderem eine geographisch-politische und eine sozial-psychologische Dimension verbunden“ (ebd.). Die geographisch-politische Dimension dieser Manifestation der Mehrsprachigkeit spielt innerhalb der EU eine zentrale Rolle: Die Bedeutung der Mehrsprachigkeit für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft sowie für die Mobilität und Beschäftigungsfähigkeit der europäischen Bürger wurde 2008 in der Entschließung des Rates zu einer europäischen Strategie für Mehrsprachigkeit betont. In der Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen vom selben Jahr wird die Mehrsprachigkeit als Trumpfkarte Europas bezeichnet, es heißt:

Mehrsprachigkeit leistet einen wertvollen Beitrag zum interkulturellen Dialog, zum sozialen Zusammenhalt und zum Wohlstand. Sie spielt eine wichtige Rolle für das lebenslange Lernen, die Medien und die Informationstechnologie sowie für die Außenbeziehungen der EU. (KOM 2008/566 endg. o.S.)

Institutionelle Mehrsprachigkeit „bezieht sich auf die Koexistenz von mehreren Sprachen in Institutionen“ (Darquennes 2012: 4), im Gegensatz zur individuellen und gesellschaftlichen Mehrsprachigkeit, die zur externen Sprachenpolitik der EU gehören, ist sie ein Teil ihrer internen Sprachenpolitik (Gerhards 2012: 52). Zur Umsetzung der Mehrsprachigkeit haben die einzelnen EU-Institutionen unterschiedliche Regelungen erlassen, die in ihren Geschäftsordnungen verankert sind. Das Europäische Parlament

(EP) teilt z.B. auf seinen Internetseiten²⁷ mit, dass es sich von den anderen Organen der EU unterscheidet, da es verpflichtet sei, ein Höchstmaß an Mehrsprachigkeit zu gewährleisten. Da jeder Bürger der Union das Recht habe, sich in das EP wählen zu lassen, habe er laut der EP-Geschäftsordnung das Recht, Dokumente des Parlaments in seiner Muttersprache zu lesen und zu verfassen sowie Debatten in seiner eigenen Sprache zu verfolgen und vor dem Parlament in seiner eigenen Sprache zu sprechen. Darüber hinaus sorgen 75 Sprachjuristen des EP in Zusammenarbeit mit den Rechts- und Sprachsachverständigen des Rates dafür, dass Legislativtexte während des gesamten Rechtsetzungsverfahrens in alle 24 EU-Amtssprachen möglichst identisch übersetzt werden. Es ist auffällig, dass bezogen auf die institutionelle Mehrsprachigkeit von einer Verpflichtung zur Mehrsprachigkeit und nicht von ihren Vorteilen gesprochen wird. Die Nachteile liegen auf der Hand:

Das hohe Lied auf die Mehrsprachigkeit darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Vielzahl der Sprachen in der Arbeit der Europäischen Union als beschwerlich erweist. Die 23 offiziellen Sprachen der Mitgliedsländer bedeuten in der praktischen Arbeit des Übersetzens 506 Sprachkombinationen, einen festen Stab von 2500 Dolmetschern und eine Produktion von rund 1,8 Millionen Seiten im Jahr. Dass angesichts dieser Zahlen immer wieder der Ruf nach einem eingeschränkten Sprachregime laut wird, versteht sich fast von selbst. (Limbach 2012: 49f)

Sobald jedoch die Einschränkung des Sprachregimes durch die alleinige Benutzung des Englischen und den Ausschluss des Deutschen praktiziert wird, werden die benachteiligten Sprachen unter Bezug auf die europäische Mehrsprachigkeit verteidigt:

Je stärker der faktische Usus des Englischen in immer mehr der zentralen gesellschaftlich relevanten Domänen innerhalb der europäischen Institutionen ist, um so mehr geraten die nominell erklärten Ziele einer europäischen Mehrsprachigkeit ins Hintertreffen. (Ehlich 2010: 131)

Der Einfluss der europäischen Sprachenpolitik auf das außenpolitische Handeln der Bundesrepublik Deutschland hat sowohl einen ideellen als auch einen materiellen Charakter und lässt sich daran erkennen, dass in relevanten politischen Dokumenten Bezug zur europäischen Mehrsprachigkeit und Vielfalt der Sprachen hergestellt wird und konkrete Maßnahmen zur Förderung des Deutschen im Rahmen der europäischen Sprachenpolitik genannt werden:

Sprachförderung erschließt den Zugang zur deutschen Kultur, fördert Mehrsprachigkeit und Multikulturalität, festigt die Stellung der deutschen Sprache in den europäischen Institutionen, schafft Sympathie für und Bindungen an Deutschland. In Zeiten globaler Konkurrenz hilft die Förderung der deutschen Sprache im Ausland nicht zuletzt auch, die wirtschaftliche Position Deutschlands in der Welt zu sichern. (Auswärtiges Amt 2000: 11)

²⁷ Europäisches Parlament (o.J.): *Mehrsprachigkeit im europäischen Parlament*.

Die europäische kulturelle Vielfalt ist auch eine Vielfalt der Sprachen. Deutsch ist die meistgesprochene Sprache in Europa, die Muttersprache von weltweit annähernd 100 Millionen Menschen. Als Fremdsprache sprechen ca. 70-80 Mio Menschen weltweit Deutsch, davon ca. 55 Mio in der EU. Damit ist Deutsch in der EU als Fremdsprache nach Englisch am weitesten verbreitet. Fast 15 Mio Menschen lernen gegenwärtig Deutsch als Fremdsprache. Allerdings geht diese Zahl zurück. Die Förderung der deutschen Sprache ist daher ein Schwerpunkt und eine Querschnittsaufgabe unserer AKBP. (Auswärtiges Amt 2011: 4f)

3.2 Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKP) als „dritte Säule der Außenpolitik“ und übergeordneter Rahmen der Auswärtigen Sprachpolitik (ASP)

Die meisten politischen und wissenschaftlichen Darstellungen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik beginnen mit der gleichen Feststellung: Diese sei ein fester Bestandteil und neben der Sicherheits- und Außenwirtschaftspolitik die „dritte Säule²⁸“ der deutschen Außenpolitik (exemplarisch Auswärtiges Amt 2015²⁹; Maaß 2015: 47; Colschen 2010: 105). In diesem Zusammenhang wird außerdem darauf hingewiesen, dass die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik im Gegensatz zu Hard Power-Instrumenten, mit denen militärischer oder wirtschaftlicher Druck auf internationale Akteure ausgeübt werden kann – z.B. militärische Sicherung des Wiederaufbaus einer Schule im Rahmen zivil-militärischer Zusammenarbeit in Krisengebieten (Hayden 2012 zit. nach Auer et al. 2015: 40) – als klassisches Soft Power-Instrument deutscher Außenpolitik (ebd.; von Bredow 2006: 240ff) gilt, das auf drei zentralen Ressourcen basiert:

- der Kultur eines internationalen Akteurs (z. B. Tango in Argentinien),
- den politischen Wertorientierungen (z. B. Frieden, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als Grundprinzipien der Europäischen Union), insofern diese mit dem tatsächlichen Handeln des jeweiligen Akteurs übereinstimmen, sowie
- dem politischen Handeln im In- und Ausland, sofern dieses als legitim und moralisch integer bewertet wird. (Nye 2008: X)

Analog der Zuordnung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik zur Außenpolitik wird die auswärtige Sprachpolitik als ein Teilbereich der AKP angesehen (Andrei 2008: 15).³⁰

²⁸ Die Bezeichnung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik als „Dritte Säule der Außenpolitik“ stammt von Willy Brandt und Walter Scheel, die 1967 von der staatlichen Förderung internationaler Beziehungen als tragfähiger Pfeiler der Außenpolitik gesprochen haben (Colschen 2010: 105).

²⁹ Auswärtiges Amt (o.J.): *Auswärtige Kultur und Bildungspolitik. Ziele und Aufgaben.*

³⁰ Giese (2003) nennt sechs, gewisse Schnittmengen aufweisende Teilbereiche der Außenpolitik: Europapolitik, Auswärtige Kulturpolitik, Entwicklungspolitik, Außenwirtschaftspolitik, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie Internationale Umweltpolitik.

Die sich aus den Zuordnungen ergebenden Schwierigkeiten bei der Analyse der einzelnen Politik(teil)felder sind bisher nur in Bezug auf die Außen- und Kulturpolitik thematisiert worden:

Für auswärtige Kulturpolitik als Zusammenspiel von Außenpolitik und Kulturpolitik ergeben sich (...) zahlreiche definitorische, konzeptionelle und organisatorische Schwierigkeiten, Sie drehen sich im Kern um die Frage, inwiefern es sich bei der auswärtigen Kulturpolitik um ein selbständiges Politikfeld mit autonomen Ansprüchen und Zielsetzungen oder aber um ein nachgeordnete Querschnittsaufgabe mit positiven Wirkungen auf andere außenpolitische Politikfelder handelt. (Schulte 2000 zit. nach Schreiner 2008: 7)

Bezogen auf das Zusammenspiel von der AKP und der ASP ist eine vergleichbare Problematik feststellbar, wenn die Schwerpunkte der AKP betrachtet werden. Die Benennung und eine parallele Anordnung der „Förderung der deutschen Sprache“ zu allen anderen Schwerpunkten der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik³¹ würde nach Ammon den falschen Eindruck säuberlicher Trennbarkeit vermitteln, „als hätte sie mit den anderen Tätigkeitsbereichen nichts oder zumindest nichts Nennenswertes mehr zu tun“ (Ammon 2015a: 1075). Viel passender ist die Verwendung des Begriffs „Querschnittsaufgabe“, mit dem die Eigenschaft der sog. Transgredienz, also der Überschreitung oder Ausdehnung der Sprachförderung auf andere Aufgaben verdeutlicht werden kann (ebd.: 1073ff):

Auch in diesen übrigen Bereichen der AKP (ohne die Sprachförderung) spielt die Sprache, die Gegenstand der Sprachförderung ist, eine gewisse Rolle. Sie kann sogar in diesen Bereichen mitgefördert werden, entsprechend dem Bestreben auch in den Sachfächern ungepflegten sprachlichen Ausdruck (in der Unterrichtssprache). Jedenfalls lässt sich der Unterricht ohne die Unterrichtssprache nicht durchführen. Ähnlich können die Aktivitäten in verschiedenen Bereichen der AKP nichtdurchgeführt werden ohne die in der Sprachförderung geförderte Sprache. (...) [Es gibt AP] sprachunabhängige Teile von Kultur (...), wie Instrumentalmusik, Malerei oder (...) Sport und sonstige körperliche Akrobatik. Auch Textinhalte sind bis zu einem gewissen Grad ablösbar von ihrer ursprünglichen Sprache – durch Übersetzen oder Dolmetschen, die aber zusätzlichen Aufwand erfordern und außerdem die Stringenz, Präzision oder ästhetische Wirkung der ursprünglichen Äußerung beeinträchtigen können. Die Hoffnung darauf, dass Kommunikation mittels der eigenen Sprache diese Mängel einschränkt, ist ein Grund neben anderen, warum alle Sprachgemeinschaften, die es sich leisten können, Auswärtige Sprachpolitik betreiben, zusätzlich zur AKP. (ebd.)

³¹ Im 17. Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik werden folgende 15 Tätigkeitsbereiche genannt: 1. Wissenschafts- und Hochschulaustausch 2. Auslandsschulwesen 3. Berufliche Bildung und Weiterbildung 4. Deutsche Sprache 5. Kulturelle Programmarbeit 6. Interkultureller Dialog 7. Jugend 8. Sport 9. »kulturweit« der Freiwilligendienst des Auswärtigen Amts 10. Kulturerhalt 11. Förderung deutscher Minderheiten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa einschließlich nichteuropäischer Nachfolgestaaten der UdSSR 12. Internationaler Kulturgüterschutz und Kulturgüterückführung 13. Multilaterale Kultur- und Bildungszusammenarbeit 14. Deutschlandkommunikation/Deutschlandbild im Ausland (DiA) 15. Druck- und audiovisuelle Medien (Bundesregierung o.J.: 2f).

In der neuesten Konzeption zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (Auswärtiges Amt 2011) wird daran anknüpfend die Förderung der deutschen Sprache als ihr Schwerpunkt deklariert: Zum ersten Mal wird neben dem „Schwerpunkt“ der Begriff „Querschnittsaufgabe“ verwendet (ebd.: 5), wobei der Unterschied zwischen den beiden Begriffen nicht erläutert wird.

Obwohl im Rahmen dieser Arbeit nicht geklärt werden kann, inwiefern es sich bei der AKP und insbesondere bei der ASP um selbständige Politikfelder oder nachgeordnete Querschnittsaufgaben handelt, so wird im folgenden Kapitel der Versuch unternommen, die Schnittmengen zwischen den drei Politiken darzustellen, um auf diese Problematik zu sensibilisieren.

3.2.1 Schnittmengen zwischen deutscher Außenpolitik, Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik und Auswärtigen Sprachpolitik

Die nachfolgend dargestellten personellen, strukturellen und inhaltlichen Schnittmengen zwischen deutscher Außenpolitik, Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik und Auswärtigen Sprachpolitik verdeutlichen die ungeheure Komplexität des übergeordneten Politikfeldes der Außenpolitik.

Colschen (2010) unterscheidet vier Akteursbereiche der deutschen Außenpolitik, die noch weiter differenziert werden müssen: Exekutive, Legislative, Judikative und das gesellschaftliche Umfeld (ebd.: 56ff). Die Exekutive setzt sich aus individuellen (Bundeskanzler, Bundespräsident und Außenminister) und kollektiven Akteuren (Bundeskanzleramt, Bundespräsidialamt, Auswärtiges Amt sowie ca. 250 Arbeitseinheiten anderer Fachministerien zusammen, die mit außen- und europapolitischen Fragen befasst sind) (Giese 2003: 285). Zur Legislative gehören der Bundestag, der Bundesrat und die Bundesländer, während die Judikative von dem Bundesverfassungsgericht repräsentiert wird. Da Außenpolitik keineswegs die ausschließliche Angelegenheit des Bundes ist, beeinflussen gesellschaftliche Akteure die außenpolitischen Entscheidungsprozesse mit, zu denen die öffentliche Meinung der Bürger, Medien, Politikberatung (z.B. Centrum für angewandte Politikforschung, München), parteinahe Stiftungen (z.B. Konrad-Adenauer-Stiftung), Verbände (z.B. Bundesverband der Deutschen Industrie), Gewerkschaften (z. B. Internationaler Bund freier Gewerkschaften) und Nichtregierungsorganisationen (z.B. Jugendwerke und kirchliche Organisationen, die sich mit Entwicklungspolitischen Fragen befassen) gezählt werden (Colschen 2010: 82ff; Pogorelskaja 2015: 278ff).

Die Zahl der in die Auswärtige Kulturpolitik involvierten Akteure ist zwar im Vergleich zur Außenpolitik geringer, aber nach wie vor groß (Maaß 2015: 9). Neben dem Aus-

wärtigen Amt sind folgende Akteure mit der AKP beschäftigt: Der Bundestag, vier Bundesministerien (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung/BMZ, Bundesministerium des Innern, Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie/BMFT, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend), Bundesländer, NGOs sowie zahlreiche politische und private gemeinnützige Stiftungen (z.B. Robert Bosch Stiftung). Neben den genannten Akteuren sind noch zwei weitere zu nennen, deren Zuordnung nicht ganz eindeutig ist, da sie weder der staatlichen noch der gesellschaftlichen Ebene klar zugeordnet werden können. Die Rede ist hier von Kommunen, die als „Zwittter einerseits Staat, andererseits Zivilgesellschaft (...) verkörpern“ (Maaß 2015: 258) und nicht nur auswärtige Beziehungen zu anderen Städten im Rahmen von Städtepartnerschaften anbahnen und pflegen, sondern auch vieles umsetzen, „was international aktuell ist, in Ökologie, Klimaschutz, Sozialpolitik, Umweltschutz, Sicherheit, aber auch in Kunst und Kultur“ (ebd.). Darüber hinaus gehören zu den AKP-Akteuren Hunderte von Mittlerorganisationen, z.B. das Goethe-Institut oder die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, die als „Institutionen der zwischen Gesellschaften angewachsenen transnationalen Beziehungen sowie der Demokratisierung der Außenpolitik“ (Kaiser; Mildenerger 1998: 199) verstanden werden: „einerseits als deren Produkt, andererseits als Kräfte, die diese Prozesse weiter vorwärts treiben“ (ebd.).

Auch in Bezug auf die Auswärtige Sprachpolitik wird „eine fast unüberschaubare Zahl von Institutionen und Organisationen“ (Ammon 2015b: 106) genannt. Obwohl fünf direkt oder indirekt zuständige Abteilungen, die eng mit den Mittlerorganisationen kooperieren (Kap. 3.3.2), den Nukleus der Sprachförderung des Auswärtige Amtes bilden (vgl. Tabelle 2), sind sowohl in der Bundesregierung als auch in den Bundesministerien vielerlei Stellen in die auswärtige Sprachförderung involviert (ebd.).

Abteilungen	Referate
Abt. 1 Zentralabteilung	105 Sprachendienst inkl. Sprachlernzentrum
Abt. E Europaabteilung	E01 Europäische Union (inkl. Sprachenpolitik in europäischen Organisationen)
Abt. 4 Abteilung für Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung	405 Internationale Verkehrs-, Forschungs-, Innovations- und Tourismuspolitik
Abt. 6 Abteilung für Kultur und Kommunikation	600 Strategie und Planung Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, Kommunikation und Deutschlandbild im Ausland (DiA); Europäische Kultur- und Medienpolitik 601 Kultur- und Medienbeziehungen Europa, USA, Kanada, Russland, Türkei, Zentralasien, Kaukasus; deutsche Minderheiten im Ausland 602 Kultur- und Medienbeziehungen Afrika, Asien, Australien, Pazifik, Lateinamerika, Karibik und Kulturerhalt weltweit 603 Multilaterale Kultur- und Medienpolitik; überregionale Kulturprojekte; Künste, Literatur- und Filmförderung; Kulturgüterrückführung; Freiwilligendienst „kulturweit“ 604 Wissenschaft und Hochschulen, Deutsches Archäologisches Institut (DAI) 605 Auslandsschulen, Sport 606 Goethe-Institut, Institut für Auslandsbeziehungen (ifa), deutschausländische Kulturgesellschaften 608 Auslandskommunikation; Deutschlandbild im Ausland 609 Kultur-, Bildungs- und Medienbeziehungen Maghreb, Nah- und Mittelost; Dialog mit der islamischen Welt, Auslandskulturarbeit der Religionsgemeinschaften 610 Netzwerk Deutsch, Partnerschulinitiative (PASCH)
Abt. 7 Protokoll	700 Besuche von Staatsoberhäuptern, Regierungschefs und Außenministern sowie Auslandsreisen des Bundespräsidenten, der Bundeskanzlerin und des Bundesministers des Auswärtigen 701 Betreuung diplomatischer und konsularischer Vertretungen: 702 Internationale Konferenzen, multilaterale Veranstaltungen und Gipfeltreffen

Tabelle 2 Für die auswärtige Sprachpolitik zuständige Abteilungen und Referate des Auswärtigen Amtes (Eigene Darstellung³²)

Die immense Akteursvielfalt auf der staatlichen Ebene sowie die zunehmende Heterogenität der gesellschaftlichen und hybriden Akteure (Kommunen und Mittlerorganisationen) mit ihren Interessenlagen und Einflusschancen wie auch ihrer oft parallelen Tätigkeiten (Colschen 2010: 105) in allen drei in diesem Kapitel behandelten Politikfeldern, sind einerseits ein Indiz für die zunehmende Ausdifferenzierung des politischen

³² Basierend auf Ammon (2015b) und dem Organigramm des Auswärtigen Amtes: Auswärtiges Amt (o.J.): *Organisationsplan*.

Systems, andererseits wird mittlerweile von einer Vergesellschaftung der Außenpolitik ausgegangen, da „[d]ie Bedeutung zivilgesellschaftlicher Akteure (...) tendenziell gestiegen ist, (...) sie beeinflussen verstärkt die Gestaltung von Außenpolitik“ (ebd.).

Auf der strukturellen Ebene der Macht und Einflusspositionen von Akteuren (ebd.: 50) wird von Versäumnissen gesprochen. Die Aussage, dass Außenpolitik von Regierungen gemacht wird, „ist grundsätzlich korrekt, aber an ihren Rändern franst sie ein wenig aus“ (von Bredow 2006: 44). Um den homogenen Kern herum, den das Auswärtige Amt mit seinen Auslandsvertretungen bildet, „ist ein heterogenes (...), horizontal eher fragmentiertes Implementationsnetz (...) zu beobachten (Giese 2003: 288). Unzureichende Koordination, Aufgabendopplung und Ressourcenverschwendung sind die Folge (Harnischfeger 2007: 718). Obwohl die Formulierung, Durchsetzung und Implementierung von Außenpolitik der Exekutive obliegt, sind die Mitwirkungsmöglichkeiten der Legislative und der Judikative seit den 1990er Jahren immer weiter ausgebaut worden. Zu den traditionellen Kompetenzfeldern des Bundestages - wie die Ratifikation völkerrechtlicher Verträge und die Übertragung von Hoheits- und Kontrollrechten - kam die Zustimmungspflicht zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr und Mitwirkungsrechte für den Verteidigungsfall und Friedensschluss hinzu. Außerdem wirkt der Bundestag bei außenpolitischen Fragen zunehmend auch vorbereitend und initiiierend mit (Schulte 2000: 81ff.). Die Bundesländer beteiligen sich an der Ratifikation internationaler Verträge und durch ihre Mitwirkungsrechte im Bereich der EU-Angelegenheiten. Das Bundesverfassungsgericht gehört aufgrund des Grundgesetzes zu den Akteuren der Außenpolitik, denn es vertritt normativ Vorgaben zu denen die Wahrung des Friedens, das Verbot eines Angriffskriegs und die Bereitschaft zu offenem, kooperativen Internationalismus zählen (Andersen; Wichard 2013). Es wird also oft die Frage entschieden, ob eine spezifische außenpolitische Entscheidung grundgesetzkonform ist (Colschen 2010: 49ff).

Ähnlich wie die Außenpolitik fällt die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik in den Handlungsbereich der Bundesregierung. Die Federführung obliegt zwar dem Auswärtigen Amt, aber Koordinierung und politische Steuerung gehören zu den Aufgaben der *Abteilung für Kultur und Kommunikation*. Der Bundestag beeinflusst die AKP vor allem durch seine indirekten, konsultativen und diskursiven Funktionen (Singer 2015: 229ff). Zu den indirekten Kompetenzen zählt vor allem das Budgetrecht, das insbesondere bei der finanziellen Ausstattung der Mittlerorganisationen eine wichtige Rolle spielt. Mit den konsultativen Funktionen sind Informations- und Kontrollmöglichkeiten gemeint, die z.B. in Form von Kleinen oder Großen Anfragen von Parlamentariern eingesetzt werden. Als Beispiel sei hier die *Große Anfrage der Abgeordneten Ulla Schmidt, Rainer Arnold, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD*

zum Paradigmenwechsel im Konzept zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik des Auswärtigen Amtes vom September 2011 (Deutscher Bundestag 2012) zu nennen, mit der die Sorge vor einer Neuausrichtung der AKP zum Ausdruck gebracht wurde. Die diskursive Funktion des Bundestags zeigt sich durch seine Mitwirkung an der konzeptionellen Ausrichtung der AKP: Wesentliche Themen der AKP - wie die Deutsche Einheit und der Dialog mit der islamischen Welt - sind in zahlreichen parlamentarischen Debatten angeregt und diskutiert worden (Singer 2004: 4). Das Verhältnis von Legislative und Exekutive stellt einen Fall der kombinierten bzw. gemischten Gewalt dar und ist nicht ganz unumstritten, denn nach traditioneller staatsrechtlicher Auffassung wird die Außenpolitik ausschließlich von Regierungen verantwortet. Trotzdem hat sich in Deutschland eine enge Verknüpfung zwischen diesen beiden Gewalten durchgesetzt, wobei das Schwergewicht weiterhin bei der Exekutive gesehen wird. Noch ein weiterer Sonderfall ist zu konstatieren: Die AKP kann entweder durch staatliche oder privatrechtliche Organisationsformen umgesetzt werden; Mischformen sind in Europa die gängigste Lösungsform. Deutschland hingegen arbeitet von Beginn an mit sog. Mittlerorganisationen. In der Regel sind dies privatrechtliche Vereine oder Stiftungen, sie gelten als rein deutsches Modell mit weitestgehender Staatsferne (Maaß 2015: 263). In den Richtlinien des Auswärtigen Amtes für die Tätigkeit der deutschen Auslandsvertretungen auf dem Gebiet der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (ebd.: 264) wird diesen weitgehende Freiheit der Programmgestaltung zugesichert. Obwohl sich die dezentrale Umsetzung laut Aussagen des Auswärtigen Amtes in langjähriger Praxis bewährt hat (ebd.), werden in der Forschung nicht nur Vorteile, sondern auch Nachteile genannt. Auch wenn sich das deutsche Modell durch ein hohes Maß an Flexibilität (Witte 1993), durch Übernahme von Aufgaben und Initiativen, die die staatliche Außenpolitik nicht selbst umsetzen könnte (Kaiser; Mildenerger 1998), sowie eine verbesserte Informationsbasis und umfangreichere Präsenz im Ausland (Bartsch 1998) positiv hervorhebt, liegen die Nachteile auf der Hand: „Die Zielsetzung und Steuerung durch das Auswärtige Amt ist schwieriger, auch die Koordinierung verschiedener Programmträger aufwändiger“ (Maaß 2015: 269). Auch wird betont, dass die Vielfalt der Mittlerorganisationen zu einer Unübersichtlichkeit bei den „Kunden“ im Ausland führt (ebd.).

Auch für die Auswärtige Sprachpolitik gilt, dass diese strukturell nur zu einem kleinen Teil in die Außenpolitik der Bundesrepublik eingebettet ist und eine echte Koordinationsstelle fehlt (Colschen 2010: 109). Erst seit Kurzem, so kritisiert Ammon, gibt es „Bemühungen der Koordination und Netzwerkbildung, sowohl in Form verstärkter Zusammenarbeit unter den vielen zuständigen Referaten und Abteilungen als auch in der Implementation der Politikplanung bei den Mittlerorganisationen“ (Ammon 2015b: 107).

So würden z.B. im *Netzwerk Deutsch* unter der Leitung des Auswärtigen Amts der DAAD, das Goethe-Institut und die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen in der Förderung von DaF zusammenwirken (ebd.).

Auf inhaltlicher Ebene wird ebenfalls Kritik geübt. Es wird auf konzeptionelle Defizite (Colschen 2010: 386), mangelnde Konsistenz sowie Diskrepanz zwischen den Zielen der Akteure und den übergeordneten Zielen der Außenpolitik hingewiesen (Giese 2003: 286), was möglicherweise damit zusammenhängt, dass Interessen, Werte und Handlungsprogramme nicht wie in anderen Politikfeldern aus Gesetzen und Verordnungen, sondern vor allem aus Grundsatzreden, Regierungserklärungen, Parteiprogrammen und Koalitionsverträgen hervorgehen (ebd.: 280). Es scheint oft vergessen zu werden, dass die Ziele der AKP und der ASP den außenpolitischen Zielen untergeordnet sind: „Es geht nicht einfach um die Förderung der Kultur im Ausland, sondern darum, wie Kulturarbeit die Ziele der Außenpolitik unterstützt“ (Maaß 2015: 47). Diese haben sich im Lauf der Zeit immer wieder verändert und heißen laut der Konzeption 2011 *Europa stärken, Frieden sichern und Alte Partnerschaften pflegen, neue Partnerschaften gründen* (Auswärtiges Amt 2011).

Die AKP leistet ihren Beitrag zur Umsetzung außenpolitischer Ziele, indem sie:

- Dialog, Austausch und die Zusammenarbeit zwischen Menschen und Kulturen fördert: Partner und Freunde in anderen Ländern gewinnt, Netzwerke von Menschen bildet und stärkt, die an Deutschland, unseren Ideen und Werten interessiert und in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst oder den Medien ihrer Länder unsere langfristigen Partner sind,
- ein positives und wirklichkeitsgetreues Deutschlandbild im Ausland vermittelt, für den Wirtschafts-, Wissenschafts- und Innovationsstandort Deutschland wirbt,
- Beiträge zur Lösung regionaler und lokaler Konflikte leistet, insbesondere dort, wo sie auf kulturelle, religiöse oder weltanschauliche Gegensätze zurückzuführen sind,
- Menschen nach Deutschland bringt, die temporär oder dauerhaft hier bleiben wollen. (ebd.: 3)

Das war nicht immer so:

Die Auswärtige Kulturpolitik versuchte inhaltlich nicht unbedingt, die außenpolitischen Interessen der Bundesrepublik zu wahren. Die Inhalte konnten zum größten Teil selbst ausgewählt werden und hatten mit den tagespolitischen Auseinandersetzungen der Bundesrepublik mit dem oder im Ausland selten etwas gemein. (Kathe 2005: 450)

Sie haben sich, so Kathe, sogar oftmals im Jahrestakt verändert, sodass angenommen werden kann, dass bestimmte Vorstellungen der verschiedensten Akteure die AKP geprägt haben und versuchten, solche Inhalte umzusetzen, die gerade *en vogue* waren (ebd.).

Inwieweit sich die ASP an den außenpolitischen Zielen orientiert, kann im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht ermittelt werden.

Die Analyse der Gründe für auswärtige Sprachförderung ist erschwert durch den Hang zur Beschönigung, der so weit gehen kann, dass die Akteure selbst an ihre überwiegend altruistische Motivation glauben. Inwieweit Sprachförderung tatsächlich konstruktivistisch, d.h. an übergeordneten Werten ausgerichtet, oder nur utilitaristisch, d.h. von Eigeninteressen geleitet ist, lässt sich oft schwer eruieren. (Ammon 2015b: 103)

Sicher ist, dass in politischen Dokumenten an der Bedeutung der ASP für die AKP festgehalten wird. 1985 schrieb der damalige Bundesminister des Auswärtigen Hans-Dietrich Genscher Folgendes: „Die Förderung der deutschen Sprache im Ausland war und ist *eines der zentralen Anliegen* [Hervorhebung der Autorin] unserer auswärtigen Kulturpolitik“ (Bundesregierung 1985: 7). Ferner wies er auf die Stellungnahme der Bundesregierung zum Enquête-Bericht hin, in dem es hieß:

Die deutsche Sprache ist und bleibt *ein zentraler Bestandteil* [Hervorhebung der Autorin] unserer Kultur und ein wichtiger Mittler zur Verständigung zwischen den Völkern. (...) Deshalb kann es – nach Meinung der Bundesregierung – keine auswärtige Kulturpolitik ohne sinnvolle Sprachpolitik geben (...). (Bundesregierung 1977: 7)

In der neuesten AKP-Konzeption bleibt die Förderung der deutschen Sprache ein deklariertes Ziel und eine Querschnittsaufgabe der AKP (Auswärtiges Amt 2011).

Obwohl die Schnittmengen im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht bezeichnet werden können, kann davon ausgegangen werden, dass die für die Jahre 1951 bis 1990 von Kathe (2005) abgegebene Bewertung der AKP als dritte Säule der Außenpolitik nicht mehr zutreffend ist:

Fasst man die genannten Schnittmengen [zwischen der Außenpolitik und der AKP, AP], also die personelle, strukturelle und inhaltliche, zusammen, so ergibt sich, dass von der rein quantitativen Ein-Drittel-Annahme wenig verbleibt. Die Auswärtige Kulturpolitik, obwohl unbestritten ein Teil der Außenpolitik, füllte diese weder personell, noch strukturell, noch inhaltlich zu einem Drittel aus. Die eigentliche Schnittmenge war deshalb wesentlich kleiner, lässt sich aber nur schwer in Prozentzahlen wiedergeben. Dies würde ihrer Bedeutung auch nicht gerecht werden, und könnte nicht mehr aussagen, als dass die Auswärtige Kulturpolitik ein beinahe geschlossenes System war, das sich nicht einfach in die Außenpolitik integrieren ließ. (ebd.: 450)

Eine mit der „dritten Säule“-Metapher vergleichbare Bezeichnung für die ASP fehlt übrigens, sodass in Bezug auf dieses Teilpolitikfeld überhaupt keine quantitativen Aussagen getroffen werden können. Eins ist jedenfalls sicher: Es nimmt nicht nur der Querschnittscharakter der Außenpolitik (Giese 2003: 280), sondern sowohl der der AKP als auch der ASP zu.

3.2.2 Unbedeutend und doch ebenbürtig: Bundesmittel für die AKP in den Jahren 1994-2014

Zum Verhältnis zwischen der Qualität und Quantität der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik schreibt Kathe Folgendes:

Auswärtige Kulturpolitik war immer ein Teil der Außenpolitik, wenn oftmals auch nur ein eher unbedeutender. Die klassische und jedem Diplomaten geläufige Zusammensetzung der Außenpolitik nannte sie an dritter Stelle nach der Diplomatie und den Außenhandelsbeziehungen. Rein quantitativ betrachtet war die Auswärtige Kulturpolitik dabei den anderen beiden Teilen der Außenpolitik immer ebenbürtig und verbrauchte etwa ein Drittel des Budgets, konnte über nahezu ein Drittel der Stellen verfügen und stand wohl nur in den Sachkosten ein wenig hinter ihnen zurück. (Kathe 2005: 449)

Zur Qualität der AKP ist zu sagen, dass die Bundesregierung an deren Bedeutung für die Außenpolitik mehr denn je festhält:

Es geht für Deutschland darum, Einfluss in der Welt zu sichern und die Globalisierung verantwortlich mitzugestalten. Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) kann als ‚cultural diplomacy‘ mehr denn je einen substanziellen Beitrag dazu leisten. (...) Die Bundesregierung hat die Bedeutung der AKBP als einer tragenden Säule der deutschen Außenpolitik im Koalitionsvertrag besonders gewürdigt; sie soll finanziell bestmöglich ausgestattet werden. Mit Cornelia Pieper ist nach langer Zeit wieder eine Staatsministerin im Auswärtigen Amt schwerpunktmäßig für die AKBP zuständig. (Auswärtiges Amt 2011: 2)

Zur Quantität der AKP lässt sich sagen, dass gerade ein Jahr nach der Veröffentlichung der *Konzeption 2011* der Anteil des Auswärtigen Amtes mit einer Gesamthöhe von 784,79 Mio. Euro den größten AKP-Haushalt in der Geschichte des Amtes darstellte und gegenüber dem Haushalt 2011 um 9,9% gestiegen war³³. Damit ist der Stellenwert der AKP im Vergleich zu der *Konzeption 2000* deutlich gestiegen, kam es doch in den Jahren 2001 bis 2003 zu Kürzungen und Auflagen, die die involvierten Organisationen der auswärtigen Sprachpolitik am stärksten betrafen (Ammon 2015a: 1098). Auch die Jahre 2004 und 2005 waren alles andere als günstig für die Umsetzung der AKP. Im Jahr 2004 wurde die sog. Globale Minderausgabe (GMA) zur Konsolidierung der Rentenfinanzen beschlossen, die 2005 im Haushaltsgesetz als Haushaltssperre sichtbar wurde. Für die AKP-Ausgaben bedeutete dies einen Rückgang von 3,9 Prozent im Vergleich zu 2004 und 14 Prozent im Zeitraum 1993 bis 2005³⁴, sodass Beobachter die finanzielle Unterausstattung beklagten (von Bredow 2009: 242). Erst mit der Amtszeit der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD (2005-2009) wurde die Finanzausstattung substantiell verbessert: Die Kürzungen wurden zurückgenommen und die Mittlerorganisationen wieder großzügiger ausgestattet (Ammon 2015a:

³³ Bericht der Bundesregierung zur AKP 2011/2012 (Bundesregierung o.J.: 13).

³⁴ Bericht der Bundesregierung zur AKP 2007/2008 (Bundesregierung o.J.: 3).

1098). Allein in den Jahren 2007 und 2008 stieg der Kulturhaushalt des Auswärtigen Amts um insgesamt 15,7 Prozent an³⁵, im Jahr 2009 wurde zum dritten Mal in Folge eine Zunahme im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet³⁶. Im Jahr 2010 förderte das Auswärtige Amt insgesamt acht Mittlerorganisationen mit Zuwendungen von insgesamt knapp einer halben Milliarde Euro, wovon das Goethe-Institut als größter Zuwendungsempfänger über 208 Mio. Euro (inkl. Überträge aus dem Vorjahr von mehr als 14 Mio. Euro) erhalten hat. Laut Aussagen des Bundesrechnungshofs³⁷ sind damit die Zuwendungen an das Goethe-Institut im Vergleich zum Jahr 2007 um über 20 Prozent (36 Mio. Euro) gestiegen.

Die Betrachtung der AKP-Gesamtmittel der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1994 und 2014 (Tabelle 3) zeigt zwei unterschiedliche Phasen bezüglich der AKP-Quantität: Bis einschließlich 2005 waren die Ausgaben von abwechselnden Rückgängen und Zuwächsen gekennzeichnet, während ab 2006 bis auf zwei leichte Rückgänge ein nahezu kontinuierlicher Aufwärtstrend erkennbar ist, vor allem im Hinblick auf die AKP-Mittel des Auswärtigen Amts, was als Zeichen der Aufwertung der AKP für die bundesdeutsche Außenpolitik gedeutet werden kann.

³⁵ Bericht der Bundesregierung zur AKP 2007/2008 (Bundesregierung o.J.: 5).

³⁶ Bericht der Bundesregierung zur AKP 2008/2009 (Bundesregierung o.J.: 7).

³⁷ Bundesrechnungshof (o.J.): *Auswärtiges Amt (Einzelplan 05)*.

Jahr	AKP Bund insgesamt in Mrd EUR	Anteil AKP am Bundeshaushalt in Prozent	Veränderung ggü. Vorjahr in Prozent	davon AKP des AA in Mio EUR (inkl. Förderung der dt. Sprache im Ausland) ³⁸	davon Zuwendungen an das GI in Prozent/Mio EUR ³⁹
1994	1.171,3	k.A.	-1,2	608,2	k.A.
1995	1.153,1	k.A.	-1,6	599,1	k.A.
1996	1.171,4	k.A.	+1,6	609,2	k.A.
1997	1.166,5	k.A.	-0,4	607,3	k.A.
1998	1.151,4	k.A.	-1,3	590,4	k.A.
1999	1.147,6	k.A.	-0,3	592,3	236 Mio
2000	1.111,1	k.A.	-3,2	564,7	222 Mio
2001	1.139,9	k.A.	+2,6	576	241 Mio
2002	1.127,6	k.A.	-1,1	566,9	170 Mio
2003	1.126,1	k.A.	-0,1	558,8	164,9 Mio
2004	1.135,2	0,44	+2,6	557,6	30%
2005	1.092,4	0,42	-3,9	546,1	30%
2006	1.173	0,43	+3,9	548	30%
2007	1.237	0,46	k.A.	566	30%
2008	1.308	0,46	+9,5	658	31,8%
2009	1.436	0,47	k.A.	726	30,2% (210,2 Mio)
2010	1.513	0,48	+5,4	723	30,5% (208 Mio)
2011	1.478	0,49	k.A.	713,9	200,1 Mio
2012	1.591	0,49	+9,9	784,79	201,5 Mio
2013	1.571	k.A.	k.A.	738,8	28,5% (193,4 Mio)
2014	1.591	k.A.	k.A.	761,9	198,1 Mio

Tabelle 3 Materielle Ressourcen für die Maßnahmen der AKP zwischen 1994 und 2014⁴⁰
(Eigene Darstellung)

³⁸ Die in den Berichten präsentierten Zahlen beziehen sich auf das sog. Kapitel 0504 des Auswärtigen Amtes, mit dem der Kernbereich des Kulturhaushalts des AA gemeint ist, bestehend aus vier großen Bereichen: 1. Allgemeine Auslandskulturarbeit (Projektförderung) 2. Förderung des deutschen Schulwesens im Ausland und der internationalen Zusammenarbeit im Schulbereich (Schulfonds) 3. Baumaßnahmen im kulturellen und schulischen Bereich im Ausland (Baufonds) 4. Allgemeine Auslandskulturarbeit (Institutionelle Förderung). Bundesfinanzministerium (2015): *Bundeshaushalt 2015*.

³⁹ In den gesichteten Berichten werden die Zahlen abwechselnd in Prozent oder in Mio. Euro präsentiert.

⁴⁰ Die ermittelten Zahlen basieren auf drei Quellen: den Berichten der Bundesregierung zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, den Jahresberichten des Bundesrechnungshofes sowie den Jahresberichten des Goethe-Instituts.

3.3 Außenpolitische Förderung der deutschen Sprache

3.3.1 Entwicklung der ASP seit Gründung der BRD

Die Förderung der deutschen Sprache ist seit der Wilhelminischen Zeit fester Bestandteil der Auswärtigen Kulturpolitik Deutschlands (Ammon 2015b: 101). Durch die Instrumentalisierung der Auswärtigen Kulturpolitik zu ideologischen und propagandistischen Zwecken in der Zeit des Nationalsozialismus stand die Bundesrepublik Deutschland vor der schweren Aufgabe, eine neue Politik zur Förderung der deutschen Sprache zu konzipieren. Diese nahm mit der Gründung der Abteilung für Auswärtige Politik im Auswärtigen Amt (1951) konkrete Gestalt an und weist seitdem unterschiedliche Nuancierungen auf (Bundesregierung 1985: 11).

Als Schwerpunkte der neuen auswärtigen Kulturpolitik, mit denen das durch den Zweiten Weltkrieg verlorengegangene Vertrauen anderer Völker zurückgewonnen werden sollte, wurden Musik, bildende Künste und Literatur, Wissenschaftsaustausch und Förderung der deutschen Sprache gesetzt (ebd.: 9). Diese Vorstellung herrschte bis Mitte der 1960er Jahre und änderte sich 1967 mit der Herausgabe des Berichts über *Die Situation der deutschen Sprache in der Welt* durch die Bundesregierung. Diese Bestandsaufnahme zeigte, „daß die deutsche Sprache noch ein gewisses Gewicht hat. Es bedarf allerdings raschen und energischen Bemühens, um ihr die ihr zukommende Stellung in der Welt zu verschaffen“ (ebd.: 12). Es wurde Reformwille angekündigt, der sich darin ausdrückte, dass die auswärtige Kulturpolitik ab sofort auf wissenschaftlicher Grundlage und in Form von Bedarfsanalysen geplant werden sollte. Die starke Bedarfsorientierung zeigte sich u.a. darin, dass die Förderung des Deutschen den feststellbaren Bedarf abdecken und nur soweit umgesetzt werden sollte, wie es der Verständigung sowie dem Austausch zwischen den Völkern dienlich ist. In den *Leitsätzen zur auswärtigen Kulturpolitik* hieß es:

Die deutsche Sprache ist Träger, nicht Ziel unseres Wirkens im Ausland. Es gibt traditionelle Sprachgebiete, in denen die Förderung des Deutschen verstärkt werden kann; in anderen Teilen der Welt dürfte es für die Ziele des Austausches zweckmäßiger sein, sich der jeweils gebräuchlichsten Sprache als Kommunikationsmittel zu bedienen. (Auswärtiges Amt 1970: 10)

Nur fünf Jahre später wurde die Bedeutung der deutschen Sprache durch die Enquête-Kommission⁴¹ aufgewertet. Eine stärkere Gewichtung der Sprachförderung als „wesentliches Element der kulturellen Außenpolitik“ (Enquête-Kommission 1975: 24) wurde gefordert, die aus dem erweiterten Kulturbegriff resultierte:

Kultur ist heute nicht mehr ein Privileg elitärer Gruppen, sondern ein Angebot an alle. Sie ist ein Teil des dynamischen Prozesses der Veränderungen in unserer Gesellschaft, der den Weg zu internationaler Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Gruppen vorzeichnet. Das bedeutet eine beträchtliche Ausdehnung und weitere Differenzierung unserer Kulturarbeit im Ausland. Die Pflege kultureller Beziehungen im Sinne der bisherigen Konzeption bleibt auch in Zukunft ein wesentliches Element unserer Auswärtigen Kulturpolitik. Bisher hat die Auswärtige Kulturpolitik sich vornehmlich auf die Förderung der Beziehungen zum Ausland im akademischen und künstlerischen Bereich, auf die Verbreitung der deutschen Sprache und die Unterstützung von deutschen Schulen im Ausland erstreckt. Diese Aufgaben bleiben wichtig: Mittel und Formen müssen jedoch einer veränderten Welt angepasst werden. (Auswärtiges Amt 1972: 782)

Neue Formen der Sprachförderung sollten demnach nicht nur den Bedarf, sondern auch die Aufnahmebereitschaft berücksichtigen und folgende Maßnahmen umfassen:

Im Ausland muss die Förderung des Deutschunterrichts in den einheimischen Bildungseinrichtungen im Vordergrund stehen. Im Inland ist die Vermittlung deutscher Sprachkenntnisse für die große Zahl der ausländischen Arbeitnehmer zu verstärken. Der Unterricht in Deutsch als Fremdsprache bedarf einer besseren wissenschaftlichen und didaktischen Vorbereitung. Hierzu muss ein Lehrstuhl und ein Hochschulinstitut für deutsche Sprache sowie eine Zentralstelle für Didaktik errichtet werden. Das Auswärtige Amt muss die Beobachtung der Entwicklung der deutschen Sprache in Europa und der übrigen Welt sicherstellen. Zusammen mit anderen interessierten Staaten muß der berechtigte Anspruch auf Berücksichtigung der deutschen Sprache in internationalen Organisationen und Konferenzen vertreten werden. (Enquête-Kommission 1975: 24)

Die zusätzlichen Maßnahmen neben der bewährten auswärtigen Sprachförderung wurden in der Stellungnahme der Bundesregierung zum Enquête-Bericht anerkannt: Es wurden zwei Bereiche genannt, mit denen die Bemühungen um die erweiterte Sprachförderung umgesetzt werden sollten: *Die Verbesserung der Infrastruktur zur inhaltlichen und didaktischen Gestaltung des Sprachunterrichts* sowie *Die Verstärkung und Verbesserung der Sprachförderung im Ausland*. Bezüglich des erstgenannten Bereichs wurden von der Bundesregierung konkrete Maßnahmen angekündigt:

⁴¹ Die Enquête-Kommission *Auswärtige Kulturpolitik des Deutschen Bundestages* wurde auf Anregung des Abgeordneten Berthold Martin (CDU/CSU) gegründet. Anlass hierfür „war eine als unkoordiniert und ineffektiv empfundene und durch eine Vielzahl weitgehend selbständig gegenüber der Regierung handelnder Mittlerorganisationen durchgeführte Auswärtige Kulturpolitik“ (Metzger 1995: 148). Ihre Aufgabe bestand darin, einen umfassenden Bericht zur auswärtigen Kulturpolitik zu erarbeiten, der als Grundlage für ihre weitere Planung dienen sollte.

Hierzu gehören: a) Ein Lehrstuhl für ‚Deutsch als Fremdsprache‘. Er wird im Herbst 1977 an der Universität München errichtet. Hier soll die erforderliche Grundlagenforschung betrieben, Sprachdidaktik entwickelt und Lehrmaterial erprobt werden. b) Andere Einrichtungen, die der Sprachforschung und Vermittlung dienen, werden von der Bundesregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Mittel gefördert. Das gilt auch für den Sprachunterricht für ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland. c) Die Förderungsmaßnahmen für den Deutschunterricht im Ausland werden zwischen den auf diesem Gebiet tätigen Mittlerorganisationen (Goethe-Institut, Zentralstelle für das Auslandsschulwesen, Deutscher Akademischer Austauschdienst) untereinander und mit dem Auswärtigen Amt in einer ständigen Arbeitsgruppe ‚Deutsch als Fremdsprache‘ koordiniert. d) Ein Referat in der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes widmet sich besonders der Erarbeitung von Vorschlägen für die Förderung des Deutschen als Fremdsprache und der ständigen Beobachtung der Entwicklung der deutschen Sprache im Ausland. — Die laufende Begutachtung des im Sprachunterricht verwendeten Lehrmaterials durch Sachverständige soll verstärkt fortgesetzt, ihr Ergebnis an die Sprachmittler weitergegeben werden. (Bundesregierung 1977: 7)

Bezogen auf die Sprachförderung wurde konstatiert, dass die Nachfrage nach Deutschunterricht größer sei als das derzeitige Angebot und dementsprechend die beste Breitenwirkung nur dann erzielt werden könne, „wenn die Förderung des Deutschunterrichts in den Bildungseinrichtungen (Schulen, Hochschulen, Erwachsenenbildung) des Gastlandes ansetzt und wenn die begrenzten personellen und finanziellen Mittel vorrangig zur Ausbildung der Sprachlehrer statt für den Sprachunterricht selbst verwandt werden“ (ebd.). Vor diesem Hintergrund verpflichtete sich die Bundesregierung, folgende Schritte zu unternehmen:

Die Bundesregierung wird der Förderung der deutschen Sprache im Ausland auch weiterhin größte Aufmerksamkeit zuwenden und — wenn nötig — neue Initiativen ergreifen oder unterstützen, um die begrenzt zur Verfügung stehenden Mittel wirkungsvoller einsetzen zu können. Sie unterstützt darum zum Beispiel die Arbeit an einem operativen Konzept für die differenzierte Förderung des Deutschunterrichts je nach Ländern und Zielgruppen. Hierzu ist die von der Enquete-Kommission angeregte laufende ‚Beobachtung der Entwicklung des Interesses an der deutschen Sprache‘ eine notwendige Voraussetzung. Auch wird die Bundesregierung darauf hinwirken, daß Sprachunterricht und Sprachförderung künftig stärker als bisher auch zur besseren Information über die Bundesrepublik Deutschland und damit zur besseren Verständigung zwischen den Völkern und Menschen genutzt werden. Schließlich setzt sich die Bundesregierung im Rahmen der Möglichkeiten nachdrücklich für die Berücksichtigung des Deutschen als Amts-, Konferenz- und Arbeitssprache ein. Dies gilt in besonderem Maße für den Bereich der Europäischen Gemeinschaft, aber auch für die gesamteuropäische Zusammenarbeit (KSZE) und die Vereinten Nationen. (ebd.:7ff)

Ein Jahr später wurde von dem Bundeskabinett der *Rahmenplan für die auswärtige Kulturpolitik im Schulwesen – Auslandsschulen, Sprachförderung und internationale Zusammenarbeit* verabschiedet, im September 1978 stellte das Auswärtige Amt den *Sprachatlas* über die Situation der deutschen Sprache in der Welt vor, der eine erste Planungsgrundlage für die verstärkte auswärtige Förderung des Deutschen dienen sollte. Von ihrem neuen Kurs ist die Bundesregierung auch in den 1980er Jahren nicht abgewichen und bekräftigte ihre Bemühungen um die auswärtige Sprachförderung

nochmals in der Regierungserklärung vom 4. Mai 1983: „Wir werden neue Anstrengungen unternehmen, um die deutsche Sprache im Ausland wieder mehr zu verbreiten“ (Bundesregierung 1985: 7). Die neuen Anstrengungen, die ab sofort die Sprachpolitik der Bundesregierung bestimmen sollten, wurden 1985 in 21 *Thesen zur Förderung der deutschen Sprache* zusammengefasst (ebd.: 46ff). Darüber hinaus wurden 12 Behörden und Organisationen mit Aufgaben der Förderung der deutschen Sprache genannt (ebd.), die das Auswärtige Amt bei der Umsetzung der Sprachpolitik unterstützen sollten.

Die in den 1970er und 1980er Jahren erarbeiteten Grundlagen der Auswärtigen Sprachpolitik wurden in den 1990er Jahren infolge geo-politischer Entwicklungen in Europa mit einer neuen Schwerpunktsetzung und einigen Neuerungen auf der Verwaltungsebene fortgeführt. Die Auflösung der Sowjetunion und die Befreiung der Ostblockstaaten von der sowjetischen Hegemonie weckte die Hoffnung, dass die deutsche Sprache nach dem Wegfall des Russischen als Pflichtsprache stärker Fuß fassen könnte und führte zu einer intensivierten Zusammenarbeit mit den mittel- und osteuropäischen Ländern: Allein 1999 floss ein Viertel aller Mittel in kulturelle Aktivitäten in dieser Region (Colschen 2010: 108). Die deutsche Wiedervereinigung führte zur vollständigen Abwicklung der Sprachförderungs politik der DDR aus politisch-ideologischen, finanziellen und strukturellen Gründen. Lediglich das Herder-Institut⁴² blieb erhalten, wurde aber vollständig umstrukturiert (Praxenthaler 2000: 58). Da bis 1994 Berichte zur Auswärtigen Kulturpolitik nur in unregelmäßigen Abständen von der Kulturabteilung des Auswärtigen Amts vorgelegt wurden, wurde die Bundesregierung auf Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und FDP und mit Beschluss des Deutschen Bundestages vom 15.06.1994 (Ammon 2015a: 1075) dazu aufgefordert, jährliche Berichte vorzulegen, was erstmalig 1996 mit dem Bericht für die Jahre 1994/1995⁴³ geschehen ist (Singer 2004: 9). Auch weitere politisch-parlamentarische Dokumente zur Auswärtigen Kulturpolitik, die in den 1990er Jahren verfasst wurden, z.B. *Zehn Thesen zur Auswärtigen Kulturpolitik* (Bundesregierung 1997b), hatten keine Veränderungen der außen- und sprachenpolitischen Ziele zur Folge: Der 1978 verabschiedete *Rahmenplan für die auswärtige Kulturpolitik* (Bundesregierung 1978) blieb bis Ende 1999 die verbindliche Grundlage neuer bundesdeutscher Auswärtiger Kulturpolitik.

⁴² Das Herder-Institut war bis Ende 1990 eine Hochschuleinrichtung der Leipziger Karl-Marx-Universität, das ein Pendant zum westdeutschen Goethe-Institut darstellen sollte und innerhalb der ostdeutschen Sprachförderungs politik zwei Funktionen erfüllte: Es war die „Vorstufe für ausländische Studierende in der DDR“ sowie die „Stätte zur Förderung deutscher Sprachkenntnisse im Ausland“ (Praxenthaler 2000: 58).

⁴³ Neben dem Bericht der Bundesregierung 1994/1995 wurden Berichte der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes (Dreijahresbericht 1993-97 sowie Berichte aus dem Jahr 2002 und 2003) vorgelegt (Singer 2004: 9).

Erst mit der *Konzeption 2000* wurde die Auswärtige Kulturpolitik neujustiert: Vor dem Hintergrund der veränderten Rahmenbedingungen auf deutscher, europäischer und globaler Ebene wurde die Förderung der deutschen Sprache als eine Kernaufgabe der Auswärtigen Kulturpolitik proklamiert. In der Erhaltung und Stärkung der deutschen Sprache sah die Bundesregierung den Schlüssel zur deutschen Kultur, dem viele Maßnahmen, u.a. Sprachunterricht sowie Aus- und Fortbildung von Deutschlehrern, dienen sollten. Die Einwirkung der neuen Rahmenbedingungen drückte sich vor allem in der Erkenntnis aus, dass die Sprachförderung nicht nur den Zugang zur deutschen Kultur erschließt und die Stellung der deutschen Sprache in den europäischen Institutionen festigt, sondern auch die Mehrsprachigkeit und Multikulturalität fördert, Sympathien für und Bindungen an Deutschland schafft sowie die wirtschaftliche Position Deutschlands in der Welt sichert (Auswärtiges Amt 2000: 2, 11). Des Weiteren sollte die Sprachförderung angesichts knapper Mittel und der unverändert großen Nachfrage nach Deutschkursen im Ausland optimiert werden, indem bspw. *Länderkonzeptionen zur Förderung der deutschen Sprache*⁴⁴ von deutschen Botschaften und vor Ort tätigen Mittlerorganisationen erarbeitet werden sollten. Zum ersten Mal in der Geschichte der auswärtigen Sprachförderung ist ausdrücklich die Forderung nach einer konkreten sprachinnenpolitischen Maßnahme ausgesprochen worden:

Die Förderung der deutschen Sprache im Ausland ist nur dann als deutscher Beitrag zur kulturellen Vielfalt glaubwürdig, wenn auch in Deutschland die Mehrsprachigkeit als Ziel ernstgenommen wird. Eine Ausweitung des Fremdsprachenunterrichts an den Schulen in Deutschland ist deshalb als komplementäre Maßnahme erforderlich. (ebd.: 13)

11 Jahre später wurde von der Bundesregierung die *Konzeption 2011* vorgestellt. Sämtliche Sorgen um einen Paradigmenwechsel im Konzept zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, die einige Abgeordnete und die Fraktion der SPD vorgebracht haben (Deutscher Bundestag 2012), sind von der Bundesregierung als unbegründet zurückgewiesen worden. Es wurde von ihr bekräftigt, dass die neue Konzeption in der Kontinuität bisheriger Grundsätze steht und die Gewichtung zwischen den Bereichen der AKBP sich dadurch nicht verändert hat (Bundesregierung 2012c: 2). Einige wichtige Veränderungen wie die Anpassung von Strukturen und Instrumenten der AKPB

⁴⁴ Die regional differenzierten Konzepte für die Förderung der deutschen Sprache wurden erstmalig 1997 vom damaligen Außenminister Klaus Kinkel in seinen *Zehn Thesen zur Auswärtigen Kulturpolitik* (Bundesregierung 1997b) verlangt und u.a. in der *Zeitschrift für Kulturaustausch* kritisiert: „Das hört sich gut an, doch wie muß man sich das vorstellen? Wer entwickelt solche Konzepte und wer analysiert und evaluiert den jeweils gegebenen Stand, was ja die Voraussetzung für ersteres wäre? Nach welchen Kriterien muß man Prioritäten setzen? (...) Sprachförderung [ist AP] ein integraler Bestandteil der auswärtigen Kulturpolitik, sie läßt sich nicht zerlegen in Kulturpolitik einerseits, Sprachpolitik andererseits.“ (Glück 1997: 107)

müssten angesichts der voranschreitenden Globalisierung vorgenommen werden (Bundesregierung 2012c: 2; Auswärtiges Amt 2011: 3): Welche dies im Einzelnen hinsichtlich der Förderung von Deutsch als Fremdsprache sein sollten, wurde in der Konzeption nicht konkretisiert, es heißt allgemein:

Fast 15 Mio Menschen lernen gegenwärtig Deutsch als Fremdsprache. Allerdings geht diese Zahl zurück. Die Förderung der deutschen Sprache ist daher ein Schwerpunkt und eine Querschnittsaufgabe unserer AKBP. Wer Deutsch lernt, erwirbt den wichtigsten Schlüssel zu unserer Kultur. Wir wollen junge Menschen für die deutsche Sprache begeistern und ihnen so Türen zur Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur öffnen. (Auswärtiges Amt 2011: 5)

Zusammenfassend kann konstatiert werden, dass die auswärtige Sprachpolitik seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland „Phasen intensiver Diskussion, aber auch solche stillen Wirkens gekannt [hat]“ (Waldburg-Zeil 1998: 5). Rückblickend lassen sich vier Phasen der Entwicklung feststellen (Tabelle 4): Zu Beginn der Bundesrepublik war die auswärtige Sprachpolitik ein Mittel der Auswärtigen Kulturpolitik, die darauf ausgerichtet war, das verlorene Vertrauen zu Deutschland in der Welt zurückzugewinnen. In den 1970er und 1980er Jahren erfuhr sie eine Aufwertung, die in der Ausfaltung der Kulturpolitik als dritte Säule der Außenpolitik und in der Bezugnahme auf den erweiterten Kulturbegriff begründet liegt. Die dritte Phase gilt als Ausarbeitung veränderter Rahmenbedingungen für die AKBP, die infolge der deutschen Wiedervereinigung, der Gründung der Europäischen Union und der weltweiten Veränderungen durch das Ende des Ost/West-Konflikts entstanden sind. In der vierten Phase, eingeleitet durch die *Konzeption 2000*, werden nun Veränderungen auf globaler Ebene verarbeitet, wobei die außenpolitische Förderung der deutschen Sprache ein Schwerpunkt der AKP bleibt. Insgesamt kann festgestellt werden, dass sowohl die Auswärtige Sprachpolitik als auch die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik zu keiner Zeit ihrer Entwicklung von einem aggressiven Expansionswillen geprägt waren. Ganz im Gegenteil. Beiden haften bis heute eine gewisse Bescheidenheit (von Waldburg-Zeil 1998: 5) und auffällige Momente nationaler Zurückhaltung (Ammon 2015; Zimmer 1996) an, die als Folge „der politischen und moralischen Hypothek des Nationalsozialismus“ (Ammon 2015b: 102) nie gänzlich überwunden worden sind.

Jahr	Meilenstein	Phasen und Schwerpunkte der deutschen Sprachenaußenpolitik
1951	Gründung der Abteilung für Auswärtige Politik im Auswärtigen Amt	Phase 1: Sprachförderung ist Voraussetzung für den Zugang zur deutschen Kultur und dient der Selbstdarstellung deren Sprachförderung bedeutet Sprachverbreitung bedarfsorientierte Sprachförderung ist ein Mittel zur Verständigung und zum Austausch zwischen den Völkern
1967	Erster Bericht des Auswärtigen Amtes zur Sprachpolitik (Bundesregierung 1967)	
1970	Leitsätze für die auswärtige Kulturpolitik (Auswärtiges Amt 1970)	
1972	Erweiterter Kulturbegriff: Sprachförderung sollte Formen annehmen und Mittel umsetzen, die der veränderten Welt entsprechen	Phase 2: zur Sprachförderung gehören auch DaF-Unterricht und die Stärkung des Deutschen in internationalen Organisationen und Konferenzen Umsetzung und weitere Planung der „neuen“ Sprachpolitik basierend auf dem erweiterten Kulturbegriff Anpassungen und Ergänzungen der Sprachförderung zwecks zukunftsorientierter Sprachpolitik
1975	Enquête-Bericht zur Auswärtigen Kulturpolitik (Enquête-Kommission 1975)	
1977	Stellungnahme der Bundesregierung zum Enquête-Bericht (Bundesregierung 1977)	
1978	Rahmenplan für die auswärtige Kulturpolitik (Bundesregierung 1978)	
1979	Sprachatlas über die Situation der deutschen Sprache in der Welt (Auswärtiges Amt 1979)	
1982	Zehn Thesen zur kulturellen Begegnung und Zusammenarbeit mit Ländern der Dritten Welt (Auswärtiges Amt 1982)	
1983	Regierungserklärung vom 4. Mai 1983 (Kohl 1983)	
1985	Bericht der Bundesregierung zur Stellung der deutschen Sprache in der Welt inkl. 21 Thesen zur Förderung der deutschen Sprache (Bundesregierung 1985)	
1990er Jahre	Keine neuen Konzeptionen oder Rahmenpläne der Bundesregierung	Phase 3: Fortführung der auswärtigen Sprachpolitik mit regionaler Schwerpunktsetzung (Mittel- und Osteuropa) und einigen verwaltungstechnischen Neuerungen
2000	Erste Konzeption der AKBP seit 1978 (Auswärtiges Amt 2000)	Phase 4: Sprachförderung als Teil der europäischen Vielfalt der Sprachen
2011	Neue Konzeption der AKBP (Auswärtiges Amt 2011)	

Tabelle 4 Meilensteine in der Entwicklung einer deutschen Sprachaußenpolitik nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs (Eigene Darstellung)

3.3.2 Akteure und Instrumente der ASP

In Anlehnung an Eberlei (2001) lassen sich fünf Aufgaben des Auswärtigen Dienstes unterscheiden, von denen die erste und die vierte relevant für die ASP sind (Eberlei 2001 zit. nach Giese 2003: 284ff):

- klassische internationale Aufgaben (berichten, verhandeln und repräsentieren) und klassische Diplomatie: Bilateral (z.B. Kontakte zu ausländischen Partnern) und multilateral (z.B. EU)
- Informations- und Service-Aufgaben sektorale politische Aufgaben, z.B. Friedens- und Sicherheitspolitik
- direkte operative Aufgaben, z.B. humanitäre Hilfe, Auswärtige Kulturpolitik
- Kohärenz und Koordination der Außenbeziehungen der BRD zu einer möglichst einheitlichen Außenpolitik.

Im Bereich der klassischen internationalen Aufgaben ist der Auswärtige Dienst der wichtigste Implementierungsträger, der in erster Linie Politikvorbereitung und Zuarbeit für die Implementierung anderer Aufgaben (u.a. verbesserte Außendarstellung im Rahmen von sog. Public Diplomacy⁴⁵) leistet. Während die genannten Aufgaben eine kurze Implementierungsprozedur aufweisen, innerhalb deren die Implementierungsstruktur geschlossen und homogen ist, ist diese bei den direkten operativen Aufgaben offen, heterogen und fragmentiert (ebd.: 285).

Die programmatische Umsetzung von Policies im Bereich der ASP wird vom Auswärtigen Amt hauptsächlich mithilfe sog. Mittlerorganisationen⁴⁶ vollzogen, unter denen das Goethe-Institut (GI), der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD), das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) und die Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH) am stärksten in die Auswärtige Sprachpolitik (ASP) involviert sind (Ammon 2015a: 1111).

Je nach Aufgabe des Auswärtigen Dienstes variieren auch die Instrumente. Giese (2003: 281) unterscheidet zwischen Instrumenten des persuasiven Modus, des Dienstleistungsmodus und des Modus der Anreize. Der persuasive Modus, der als politische Einflussnahme auf Meinungsbildner und Entscheidungsträger einerseits und das Einbringen eigener Positionen und Interessen inklusive Bereitstellung personeller, materieller und finanzieller Ressourcen (Beispiele im Kapitel 3.3.2.2) andererseits eingegrenzt werden kann, wird vor allem in Bezug auf die erste Aufgabe eingesetzt. Der Dienstleistungsmodus (Beurteilungen und Expertisen für Politik, Rechts- und

⁴⁵ Mit Public Diplomacy sind Werbemaßnahmen gemeint, die von Diplomaten eingeleitet werden und einen Beitrag zur Meinungsbildung in den Gastländern leisten sollen (Giese 2003: 296).

⁴⁶ Neben den Mittlerorganisationen sind hauptsächlich zwei weitere Akteure in die ASP involviert, und zwar die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) sowie die Deutsche Welle (DW).

Konsulararbeit, Erteilung von Deutschunterricht im Ausland⁴⁷) und der Modus der Anreize (ökonomische Instrumente z.B. in Form von Stipendien) gehören, kommen hingegen bei der Umsetzung der vierten Aufgabe zum Einsatz.

Die in diesem Kapitel vorgenommene Charakterisierung der ASP im Kontext der Aufgaben des Auswärtigen Dienstes wurde bisher weder in der Fremdsprachenforschung noch in der Soziolinguistik vorgenommen. Ammon nennt stattdessen sog. Handlungsfelder⁴⁸ als Schwerpunkte der ASP, die zwar eine wichtige Grundlage für wissenschaftliche Analysen darstellen, aber den Einsatz der o.g. Instrumente inkl. ihres Wandels nicht verdeutlichen.

3.3.2.1 *Zu den Aufgaben, Handlungsspielräumen und Strukturen des Goethe-Instituts in der außenpolitischen Förderung von DaF*

Von allen im Kapitel 3.3.2 genannten Mittlern ist das Goethe-Institut „die einzige Mittlerorganisation im engeren Sinn, deren Satzung die ASP unzweifelhaft als eine ihrer Aufgaben benennt, sogar an erster Stelle“ (Ammon 2015a: 1114). Aus diesem Grund wird in diesem Kapitel auf das Goethe-Institut näher eingegangen, zumal es die einzige Mittlerorganisation ist, die bei der Umsetzung des Programms *Europanetzwerk Deutsch* involviert ist.

Die Zwecke des Goethe-Instituts sind seiner Satzung entsprechend

(...) die Förderung der Kenntnis deutscher Sprache im Ausland, die Pflege der internationalen kulturellen Zusammenarbeit und die Vermittlung eines umfassenden Deutschlandbildes durch Informationen über das kulturelle, gesellschaftliche und politische Leben. (...) Es fördert Wissenschaft und Forschung, Bildung und Erziehung, Kunst und Kultur sowie die Völkerverständigung. Der Satzungszweck wird insbesondere durch die Erfüllung der Aufgaben verwirklicht, die sich aus dem Rahmenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Goethe-

⁴⁷ Giese (2003: 282) und Rahmenvertrag zwischen der BRD und dem GI von 2004 (Seite 14).

⁴⁸ Als erstes Handlungsfeld nennt Ammon den Unterricht von Deutsch als Fremdsprache, dessen zentraler Akteur das Goethe-Institut sei. Neben Deutschunterricht wird die pädagogische Verbindungsarbeit als zweites Instrument genannt, welches die Beratung der ausländischen Sprachplaner und -lehrer von deutschen Experten des Fachs DaF als auch die Erstellung und Beschaffung von Lehrmaterialien umfasst. Das zweite Handlungsfeld, die deutschen Schulen im Ausland, wird von der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) organisatorisch betreut. Als drittes Handlungsfeld gelten laut Ammon die deutschstämmigen Minderheiten, die durch Zuwendungen des Auswärtigen Amtes, der Bundesländer und diverser Institutionen (z.B.: Institut für Auslandsbeziehungen) gefördert werden. Der Hauptakteur des vierten Handlungsfeldes, Deutsch als internationale Wissenschaftssprache, ist der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD). Für das fünfte Handlungsfeld, Deutsch als internationale Mediensprache, ist hauptsächlich die von der Bundesregierung finanziell gestützte Deutsche Welle (DW) verantwortlich. In das sechste Handlungsfeld, Deutsch als Sprache der Diplomatie, vor allem in den EU-Organen, sind die Bundesregierung, das Auswärtige Amt, der Deutsche Bundestag sowie das Goethe-Institut involviert (Ammon 2015b: 107ff).

Institut e.V. in seiner jeweils geltenden Fassung ergeben. (§2 Abs. 1 der Satzung in der Fassung vom 29. November 2009⁴⁹⁾)

Seine Aufgaben in Bezug auf die „Förderung der Kenntnis deutscher Sprache“ sind in dem Rahmenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Goethe-Institut von 2004⁵⁰ §1, Abs. 1 geregelt:

- a) Erteilung und Förderung von Deutschunterricht im Ausland
- b) Zusammenarbeit mit Unterrichtsverwaltungen, Institutionen und Lehrkräften im Ausland
- c) fachliche Förderung ausländischer Sprachlehrer und Germanisten
- d) Entwicklung und Verbesserung von Unterrichtsmethoden, Materialien und Sprachprüfungen sowie Mitwirkung an entsprechenden Maßnahmen Dritter
- e) Verteilung von Stipendien zum Erlernen der deutschen Sprache

Bei der Umsetzung der vertraglich festgelegten Aufgaben stehen dem GI drei Einnahmequellen zur Verfügung. Als größter Zuwendungsempfänger des Auswärtigen Amtes⁵¹ bekommt es staatliche Mittel sowie Mittel zur Projektförderung. Als Beispiel für Letzteres sind die Mittel für das Programm *Europanetzwerk Deutsch* zu nennen:

Die Mittel für Sondersprachkurse für EU-Bedienstete und Beamte aus EU-Mitglieds- und Beitrittsländern werden erst seit 2002 gesondert im Bundeshaushalt ausgewiesen (...). Davor erfolgte die Förderung projektabhängig aus Mitteln der allgemeinen Spracharbeit des Goethe-Instituts (...). Die Aufstockung in den Jahren 2005 und 2006 erfolgte mit Blick auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007. Mit den zusätzlichen Mitteln wurden die Einführung fachsprachlicher Intensivkurse in Deutschland, VIP-Intensivkurse für EU-Kommissare, MdEP und politische Entscheidungsträger aus EU-Mitgliedsländern sowie der Auf- und Ausbau von Ministerialsprachkursen in mehreren europäischen Hauptstädten finanziert. (Bundesregierung 2006: 7ff)

In den Jahren 2002 bis 2005 beliefen sich die Mittel auf 1.791.000 Euro: 398.000 Euro in den Jahren 2002 und 2003, 442 Tsd. Euro in 2004 und 553 im Jahr 2005. Für die Jahre 2006 und 2007 waren jeweils 704.000 Euro dafür vorgesehen (ebd.). Seit 2008 wird das GI auf Vorschlag des Bunderechnungshofs über einen sog. Produkthaushalt⁵² budgetiert, der als neues Steuerungsinstrument der AKP im Bericht der Bundesregierung 2005/2006 angekündigt wurde:

Ziel der neuen Steuerungsinstrumente ist es, das Auswärtige Amt in die Lage zu versetzen, den Aufwand und die Ergebnisse der Arbeit der Kulturmittler besser beurteilen und messen zu können. *Im Gegenzug kann die operative Ausgestaltung*

⁴⁹ Goethe-Institut (2009): *SATZUNG vom 21. September 2000 i. d. F. vom 20. November 2000.*

⁵⁰ Goethe-Institut (o.J.): *Rahmenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister des Auswärtigen und dem Goethe-Institut e.V..*

⁵¹ Bundesrechnungshof o.J. (Hrsg.): *Auswärtiges Amt (Einzelplan 05)*

⁵² Dafür werden sog. Zielvereinbarungen zwischen dem AA und dem GI getroffen. Die erste Zielvereinbarung wurde für die Jahre 2008-2010, die zweite für die Jahre 2011-2014 getroffen (Goethe-Institut e.V. 2013).

der Kulturarbeit stärker als bisher den Mittlern selbst überlassen werden [Hervorhebung der Autorin]. Ein wesentlicher Bestandteil hierfür ist die verbesserte, zeitnahe Erfassung und Darstellung der Ausgaben der AKBP durch die Kultur- und Bildungsabteilung des Auswärtigen Amtes. Parallel dazu arbeitet eine Arbeitsgruppe aus BMBF, BMF und anderen Ressorts an der Einrichtung einer Zuwendungsdatenbank, in der voraussichtlich ab 2005 alle Aufwendungen des Bundes, u.a. im Bereich der AKBP, erfasst werden sollen. Diese Datenbank könnte der Bundesregierung zur verbesserten Steuerung der AKBP-Programme insgesamt dienen. Darüber hinaus könnten Doppelförderungen leichter vermieden werden und Zuständigkeitsabgrenzungen genauer erfolgen. (Bunderegierung o.J.: 12)

Zusätzlich zu den staatlichen Mitteln werden vom GI Zusatzinnahmen aus Deutschunterricht und Erträge aus der 2005 errichteten Anna-Lindh-Stiftung erwirtschaftet sowie Drittmittel eingeworben.

Die finanziellen und vertraglichen Abhängigkeiten des GI vom AA erzeugen Ambivalenzen in der Beurteilung der Handlungsspielräume des Erstgenannten. In dem o.g. Bericht der Bundesregierung wird von einer größeren Freiheit des GI bezüglich der operativen Ausgestaltung der Kulturarbeit gesprochen. Die von Ammon aufgeworfene Frage, ob die Zusatzeinnahmen des GI aus Deutschunterricht zu einer größeren Selbstständigkeit gegenüber dem Staat führen, bleibt unbeantwortet (Ammon 2015a: 1114). Kathe sieht in den Zuweisungen des AA sowie in der vertraglichen Anbindung des GI an das AA⁵³ zwei Faktoren, die die tatsächlichen Handlungsspielräume der „Goetheaner“⁵⁴ einschränken (Kathe 2005: 443ff). Es würden lediglich rechtliche Handlungsspielräume in der Form bestehen, dass jedes der Vorstands- oder Präsidiumsmitglieder mit seinem Verein nach Gutdünken verfahren kann und niemandem außer ihrem Vorstand weisungs- und rechenschaftsgebunden ist (das Letztere gilt auch für alle Mitarbeiter des Vereins). Die rechtlichen Handlungsspielräume wären jedoch nie ausgenutzt worden (ebd.). Unabhängig von der finanziellen und vertraglichen Abhängigkeit und bezogen auf ein konkretes Handlungsfeld der ASP – die Förderung des Deutschen in den EG/EU-Institutionen – spricht Andrei davon, dass die Rolle des GI im Gegensatz zu den anderen Mittlerorganisationen, die eher unbedeutend sind, eine Ausnahme bildet und begründet es wie folgt:

Eine Ausnahme bildet das *Goethe-Institut* (GI), das als größter Sprachmittler u.a. Deutschunterricht für Beamte der EG/EU anbietet und mit seinem Kursangebot in Brüssel, Strassburg und Luxemburg vertreten ist. Auch wirkt es bereits vor 1990 an der Förderung des Deutschen als Arbeitssprache mit, indem es einen Sprachko-

⁵³ Gemeint ist hier §4 des Rahmenvertrages zwischen der BRD und dem GI. In dem Abs. 1 heißt es bspw. „Für die Errichtung oder Schließung von Kulturinstituten ist die Zustimmung des Auswärtigen Amtes erforderlich. Vorschlägen des Auswärtigen Amtes zur Errichtung oder Schließung von Kulturinstituten wird das Goethe-Institut entsprechen“.

⁵⁴ Als „Goetheaner“ werden „die eigentlichen Hausherrn im Goethe-Institut“ (Kathe 2005: 447) bezeichnet, „die ihre Arbeit unterhalb eines Abteilungsleiters, eines Zweigstellenleiters oder unterhalb der Präsidenten und Direktoren verrichteten“ (ebd.: 443).

ordinator in Brüssel stellt, der mit der Sprachfortbildung für Deutsch in der Kommission beauftragt ist. (Andrei 2008: 231)

Während die Handlungsspielräume des Goethe-Instituts noch viele Fragen aufwerfen, ist seine Außen- und Innenstruktur größtenteils bekannt. Im Jahr 2013 verfügte es über 158 reguläre Institute (einschl. Verbindungsbüros) in 93 Ländern mit rund 3.040 Mitarbeiter sowie 39 Goethe-Zentren in 23 Ländern (Ammon 2015a: 1115). Die inneren Strukturen expandierten durch die zunehmende Spezialisierung einzelner Abteilungen und führten zu einer „Zersplitterung der Kompetenzen und schließlich beinahe zur Handlungsunfähigkeit des ganzen Apparates“ (Kathe 2005: 440). Die im Rahmen der vorliegenden Arbeit durchgeführten Interviews bestätigen das Anwachsen des Verwaltungsapparates im GI (vgl. Kap. 6.7.2) und machen zudem deutlich, dass die Spracharbeit, die laut Satzung die erste Priorität haben soll, diese in der Praxis nicht unbedingt besitzt:

Ansonsten ist in den Goethe-Instituten die Sprachabteilung immer ein bisschen stiefmütterlich behandelt (...). Ich glaube, dass man immer das [Kultur]Programm, die Literatur, die Ausstellungen, was auch immer ... DAMIT glänzen möchte und die Spracharbeit, das ist die HARTE Arbeit. Ich sage immer, wir sind wie in der Armee das FUSSVOLK, die Infanterie, wir können auf dem Boden kämpfen, wenn die Luftwaffe des [Kultur]Programms die Bomben abschmeißt. (END_I10: 524-530)

Ob neben dem strukturellen Wildwuchs, der heute identifizierbar ist, ein politischer⁵⁵ existiert, bleibt an der Stelle offen.

3.3.2.2 *Deutsche Politik zur Förderung der deutschen Sprache in den EG/EU-Institutionen*

Die Förderung des Deutschen in den EG/EU-Institutionen⁵⁶ ist ein relativ neues Handlungsfeld der Auswärtigen Sprachpolitik, das erstmalig 1977 in der Stellungnahme der Bundesregierung zum Enquête-Bericht erwähnt wurde. Dort sprach die Bundesregierung davon, sich nachdrücklich für die Berücksichtigung des Deutschen als Amts-, Konferenz- und Arbeitssprache u.a. in der Europäischen Gemeinschaft einsetzen zu wollen (Bundesregierung 1977: 7).

Politische Instrumente zur Förderung der deutschen Sprache in der EU können - ähnlich wie die der AKP (vgl. Kap. 3.3.2) - zwei Typen zugeordnet werden: dem persuasiven Modus, zu dem diverse Sprachstatus- (Haugen 1966; 1987) und einflusspolitische Maßnahmen (Andrei 2008: 295) gehören sowie dem Dienstleistungsmodus

⁵⁵ Als Beispiel für den politischen Wildwuchs nennt Kathe die Verhandlungen des GEW mit dem Vorstand des GI, der aufgrund seiner Überforderung aus allen Gesprächsrunden vom AA weggedrängt wurde und so die Kontrolle über die politischen Auseinandersetzungen verlor (Kathe 2005: 440).

⁵⁶ Bis 1990 spricht man von der EG, seit 1991 hingegen von der EU.

und dem Modus der Anreize, zu denen meines Erachtens die Förderung der Deutschkenntnisse gehört. Während die Maßnahmen des ersten Typs auf den Gebrauch der deutschen Sprache ausgerichtet sind, zielen die Maßnahmen des zweiten Typs auf ihr Erlernen ab.

Instrumente des persuasiven Modus können auf drei Ebenen ansetzen:

Sie können darauf zielen, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu reformieren, die nach Art. 290 EGV vom Rat einstimmig beschlossen werden müssen⁵⁷. Oder sie setzen bei den Geschäftsordnungen von Rat und Kommission an, für deren Veränderung ebenfalls einstimmige Beschlüsse der Organe notwendig sind. Beide Ansätze setzen entweder eine übereinstimmende Einsicht aller Beteiligten in die Notwendigkeit von Reformen voraus oder können nur durch geschickte Überzeugungsarbeit und politischen Druck gelingen. (...) Eine dritte Ansatzebene der deutschen ASP besteht in der Einflussnahme auf die Sprachenpraxis unterhalb der rechtlichen Regelung, um auf eine Verbesserung des Status von Deutsch als Arbeitssprache hinzuwirken. (Andrei 2008: 202)

Bis Mitte der 1980er Jahre hat sich die Bundesregierung kaum mit der Förderung der deutschen Sprache in der E(W)G auseinandergesetzt, denn ihre Stellung war zunächst noch stark (ebd.: 201). Die Maßnahmen resultierten aus dem Anspruch der Bundesregierung, die Stellung der deutschen Sprache in internationalen Organisationen einschließlich Europäischer Gemeinschaft und bei internationalen Konferenzen zu verbessern (Bundesregierung 1985: 38ff) und setzten zunächst auf der zweiten Ebene an:

Die Bedeutung einer Sprache als Amtssprache hängt (...) nicht nur von ihrem formalen Status ab, sondern auch vom tatsächlichen Gebrauch in der täglichen Arbeit. Hier steht es nicht immer zum Besten, auch nicht in der Europäischen Gemeinschaft. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, daß auf internationaler Ebene Deutsch entsprechend den bestehenden Regelungen tatsächlich auch angewandt wird. Der Bundeskanzler hat diese Forderung in einem Schreiben vom 14. September 1984 an den Präsidenten der EG-Kommission verdeutlicht. Die tatsächliche volle Anwendung von Deutsch in der Europäischen Gemeinschaft ist nicht zuletzt auch eine Voraussetzung dafür, daß sich die deutschen Bürger mit der europäischen Einigung identifizieren können. (ebd.)

1984 richtete der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl ein Schreiben an den Kommissionspräsidenten, in dem er die „in den letzten Jahren immer mehr zu beobachtende Tendenz der Kommissionsdienststellen, sich auf den Gebrauch der französischen und der englischen Sprache in der Gemeinschaft“ zu konzentrieren kritisierte und „die gleichberechtigte Anwendung der deutschen Sprache in der Gemeinschaft“ einforderte (Volz 1994: 95, Andrei 2008: 295). Darüber hinaus wurde die „Vernachlässigung der deutschen Sprache in nicht wenigen Arbeitsunterlagen der Kommission“ bemängelt und die Tatsache, dass „Stellungnahmen und Dokumente sowie Schreiben der Kom-

⁵⁷ Hiermit ist die sog. Sprachenfrage bzw. die Sprachregelung im Rahmen der Organe und Einrichtungen der Europäischen Union gemeint, die auf Art. 290 EG-Vertrag (jetzt Artikel 342 über die Arbeitsweise der EU) beruht und die Verwendung von Amts- und Arbeitssprachen in den Organen der EU regelt.

mission an deutsche Dienststellen und an private Unternehmen“ nicht in deutscher Sprache abgefasst seien (ebd.). Trotz der Zusage des Kommissionspräsidenten „sich für die gleichberechtigte Verwendung aller Gemeinschaftssprachen einzusetzen“ (Bundesregierung 1986b: 5) verbesserte sich die Lage des Deutschen als Amtssprache nicht merklich, sodass in den Jahren 1990 bis 1998 machtbewusstere Maßnahmen folgten, die eine Besserstellung des Deutschen als Amt- und Arbeitssprache zum Ziel hatten. In diesem Zusammenhang ist der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zur *Gleichstellung der deutschen Sprache als Amtssprache in europäischen Gremien* vom 1.12.1989 zu nennen, in dem die Bundesregierung dazu aufgefordert wird, „mit Nachdruck darauf hinzuwirken, dass auch in der Praxis der EG (...) die deutsche Sprache der französischen und englischen gleichgestellt wird“ (Deutscher Bundestag 1989: 2). Ferner solle sie sich „mit Nachdruck um eine gleichberechtigte Anwendung der deutschen Sprache (...) bemühen. EG-Beamte sollen am Arbeitsplatz – soweit möglich – ihre Muttersprache benutzen. In der täglichen Arbeits- und Verhandlungspraxis des Ministerrates sollen deutsche Vertreter Deutsch sprechen“ (ebd.). Als der Antrag am 19. Januar 1990 in der Debatte zum *Status der deutschen Sprache in europäischen Gremien* im Deutschen Bundestag beraten wurde, thematisierte der SPD-Abgeordnete Bruck auch die Besserstellung des Deutschen als Arbeitssprache und sprach davon, dass die deutsche Sprache zwar formell Amtssprache, aber tatsächlich keine Arbeitssprache sei:

Das heißt, wir können nicht hinnehmen, dass in den Behörden der EG mit der deutschen Sprache nicht gearbeitet wird, dass in vielen Sitzungen nicht Deutsch gesprochen wird. Wir hören immer Berichte, dass Texte im internen Gebrauch der Kommission zuerst in Französisch und Englisch vorliegen und es oft lange dauert, bis die deutsche Übersetzung vorliegt. Dabei kann es hier (...) auch um wirtschaftlich handfeste Dinge gehen. (zit. nach Andrei 2008: 265)

Die Debatte hat verdeutlicht, dass zwischen den drei großen Fraktionen des Bundestags Konsens darüber besteht, dass sich die Bundesregierung für die Gleichstellung des Deutschen als Arbeitssprache in der EG stärker einsetzen muss, was auch geschah: Diese hat „gegenüber Ratssekretariat und Kommission die strikte Einhaltung der Sprachenregelung angemahnt sowie im Verhältnis zu Französisch und Englisch die gleichberechtigte Verwendung der deutschen Sprache gefordert“ (Bundesregierung 1990: 15 und in den danach folgenden Jahren immer wieder bekräftigt (Bundesregierung 1991: 18; 1992a: 19; 1992b: 19; 1993a: 19; 1993b: 21; 1994: 11; 1995: 12; 1996b: 18; 1998a: 14).

Neben Appellen und Beschwerden bzgl. Besserstellung des Deutschen in den EU-Institutionen wurden sog. Sprachweisungen erteilt, die der dritten Ebene der Förderung im weiteren Sinne zuzurechnen sind. Laut einer Dienstanweisung für alle Bundesmini-

sterien von 1985 (Andrei 2008: 298f) waren die Beamten u.a. dazu aufgefordert, nur dann an EU-Sitzungen teilzunehmen, wenn alle Dokumente „rechtzeitig in deutscher Fassung vorliegen“ und wenn das „Dolmetschen ins Deutsche und aus dem Deutschen sichergestellt ist“ (ebd.). Des Weiteren sollten die deutschen Vertreter bei der EU selbst Deutsch sprechen und alle Benachteiligungen der deutschen Sprache umgehend der Ständigen Vertretung der BRD bei der EG in Brüssel melden (ebd.). 1988 wurde vom Auswärtigen Amt eine interne Dienstanweisung für die Angehörigen der Ständigen Vertretung erlassen, nach der diese angewiesen wurden, „mit der EG in deutscher Sprache zu verkehren und bei Sitzungen Deutsch zu sprechen, sowie auf deutschen Sitzungsdokumenten zu bestehen“ (Ammon 1991: 81). Der anfänglich milde Ton wurde insofern verschärft, als dass Boykottdrohungen von Sitzungen ohne deutsche Unterlagen und Dolmetscherdienst tatsächlich umgesetzt wurden, auch wenn davon nur sehr zurückhaltend Gebrauch gemacht wurde (Mohr/Schneider 1994: 626; Ammon 1991: 81f; Stark 2002: 57; Andrei 2008: 299).

So nimmt etwa das Bundesarbeitsministerium aus diesem Grund nicht an einer Sitzung über das Verwaltungsverfahren des Europäischen Sozialfonds teil. Ebenso ist es Vertretern des Statistischen Bundesamtes im ersten Halbjahr 1990 ‚nicht möglich‘, den Sitzungen und Ausschüssen im Statistischen Amt der EG beizuwohnen. (Andrei 2008: 299)

Zwischen 1998 und 2001 hat sich die Bundesregierung jeglichen Versuchen widersetzt, die den Status quo in den EU-Institutionen zulasten der deutschen Sprache hätten verändern können. Deutschland und Frankreich vereinbarten im Juni 2000 eine *Gemeinsame deutsch-französische Sprachenweisung*, die nicht nur eine gegenseitige Unterstützung in der Sprachenfrage in den EU-Institutionen auf den Weg brachte, sondern auch die Dreisprachenpraxis (Englisch/Französisch/Deutsch) in der Kommission gegen alle Widerstände besiegelt hatte (Auswärtiges Amt 2003⁵⁸). Angewandt wurde die Sprachenweisung allerdings kaum: Ein Jahr später regte der französische Außenminister sogar an, Deutsch als Arbeitssprache aus dem Ausschuss der Ständigen Vertreter des EU-Ministerrates auszuschließen, was zum Protest seines deutschen Amtskollegen führte (Ammon 2015: 749).

Ebenfalls auf der dritten Ebene der Förderung im weiteren Sinne sind solche Bemühungen Deutschlands angesiedelt, die hauptsächlich zwischen 1990 und 2002 stattgefunden haben, und auf die Personalangelegenheiten der EU gerichtet waren. Dazu gehört z.B. der gemeinsame deutsch-französische Vorschlag bzgl. einer Änderung der sprachlichen Einstellungs Voraussetzungen bei den EU-Organen, wonach „Bewerber

⁵⁸ Auswärtiges Amt (2003): *„Deutsch als dritte Arbeitssprache auf europäischer Ebene - Verstärkte Förderung der deutschen Sprache im Ausland“* - Rede von Staatsminister Hans Martin Bury im Deutschen Bundestag, 22. Mai 2003.

neben ihrer Muttersprache (...) zufriedenstellende Kenntnisse in zwei weiteren Gemeinschaftssprachen nachweisen müssen“ (Bundesregierung 1996b: 18). Damit hoffte Deutschland, den weiteren Aufstieg von Englisch als Arbeitssprache zu verhindern und darauf, dass von künftigen EU-Bediensteten Französisch- oder Deutschkenntnisse mitgebracht werden (Andrei 2008: 299).

Obwohl mit den geschilderten Maßnahmen der Kohl- und Schröder-Regierung versucht wurde, der deutschen Sprache mehr Geltung zu verschaffen, zielten die Bemühungen schwerpunktmäßig auf eine Besserstellung des Deutschen und nicht auf die Reformierung der Sprachenfrage (Ammon 2001; Konrad 2003), die der ersten Ebene der Förderung im weiteren Sinne zuzurechnen ist. Zu Maßnahmen dieser Art zählten hauptsächlich der Antrag auf eine Reform des Sprachregimes von 1994 sowie ein misslungener Vorstoß von 2002⁵⁹ (Mohr; Schneider 1994; Auswärtiges Amt 2003):

Für den Europäischen Rat und die Ministerräte soll es bei einer Dolmetschung in alle EU-Amtssprachen bleiben. Das entspricht der Wichtigkeit dieser Organe und wird auch in Zukunft unproblematisch zu gewährleisten sein. Auch viele der anderen Organe, Institutionen und Gremien der Union können ihr bisheriges Sprachregime beibehalten. So sollen zum Beispiel Deutsch, Englisch und Französisch weiterhin die Arbeitssprachen der Kommission und des Ausschusses der Ständigen Vertreter bleiben. Veränderungen sind allerdings notwendig bei den 181 Arbeitsgruppen des Rats, die jedes Jahr zu über 4000 Sitzungen zusammenkommen. Denn bei zwanzig Arbeitssprachen und 380 denkbaren Sprachkombinationen stößt das bisherige Vollsprachenregime hier zwangsläufig an seine logistischen und finanziellen Grenzen. (...) Die Bundesregierung unterstützt hier das sogenannte ‚Marktmodell‘. Dessen Kerngedanke ist, dass das Recht auf Dolmetschung erhalten bleibt, jeder Mitgliedstaat jedoch für die Dolmetschungen zahlt, die er auch beantragt hat. Dabei sollte es eine ‚feste Basisgruppe‘ von Sprachen geben, die immer gedolmetscht werden. Hierzu zählt neben deutsch, englisch, französisch, spanisch und italienisch. (Auswärtiges Amt 2003: o.S.).

Während im Bereich der Maßnahmen zur Förderung der deutschen Sprache im weiteren Sinne verschiedene Instrumente diplomatischer und politischer Einflussnahme (Bundesregierung 2003b: 4) auf unterschiedlichen Ebenen eingesetzt wurden, sind die Möglichkeiten der Förderung des Gebrauchs und des Erlernens von DaF vergleichsweise gering, auch wenn sie möglicherweise in ihrer Wirkung nachhaltiger sind. Gemeint sind hauptsächlich die seit den 1990er Jahren von der Bundesregierung geschaffenen Anreize zum Deutschlernen für Bedienstete der EU-Institutionen (Andrei 2008: 299), die mit dem 1994 ins Leben gerufenen *Programm zur Förderung des Deutschen in den EU-Institutionen*⁶⁰ gebündelt wurden. Neben diesem Programm wurden 1997 spezielle Ausbildungsprogramme für künftige Diplomaten aus den Ländern

⁵⁹ Der Antrag von 1994 erreichte nicht die notwendige Stimmenmehrheit. Der Antrag von 2002 wurde hingegen aufgrund vermuteter Aussichtslosigkeit nicht zur Abstimmung gebracht (Ehlich 2010: 100).

⁶⁰ Es handelt sich um das Programm *Europanetzwerk Deutsch* (ehemals *DeutschLand*), das ausführlich im Kapitel 3.4 beschrieben wird.

Mittel- und Südosteuropas (MSOE) geschaffen, die aus Intensivsprachkursen und Hospitanzen in Ministerien bestehen, sowie Ausbildungsförderung von Deutschdolmetschern aus den MSOE-Ländern (ebd.). Ob damit die Doppelstrategie der Bundesregierung – einerseits die „Förderung von Deutschkenntnissen in den EU-Organen“ und andererseits die Verbreitung von Deutsch „in den außen- und europapolitischen Diensten der Mitgliedstaaten“ (Andrei 2008: 301) tatsächlich zur Etablierung des Deutschen als dritter Arbeitssprache führt, lässt sich nicht ermitteln, da entsprechende Erhebungen diesbezüglich nicht durchgeführt werden.

Mit Ausnahme der Deutschkurse für EU-Beamte, die in fast allen Berichten der Bundesregierung zur AKP erwähnt werden, ist eine kontinuierliche Strategie zur Förderung des Deutschen in den EG/EU-Institutionen nicht erkennbar. Ein im Rahmen dieser Arbeit befragter Interviewpartner sagt zu den Deutschkursen Folgendes:

(...) [M]it der politischen Konstellation hat das nichts zu tun, da glauben wir, ist man sich in der BUNDESpolitik ganz einig, dass man was für Deutsch macht in Europa, also DA glaube ich, hat die EINE Regierung wie die andere das Gleiche auf die Fahne geschrieben. [END_I10, Z.168-171]

In den Berichten der Bundesregierung zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik wird zwar rückblickend dokumentiert, welche anderen Instrumente punktuell eingesetzt wurden, doch in den Koalitionsverträgen der Bundesregierung wird die Förderungspolitik sehr allgemein dargestellt: Die Besserstellung des Deutschen in den EU-Institutionen wird bspw. erst seit 2005 in den Koalitionsverträgen explizit genannt, konkrete Instrumente werden dabei nicht aufgeführt (vgl. Tabelle 5).

Deutsche Bundesregierungen	In den Koalitionsverträgen der Bundesregierungen genannte Bemühungen um die Förderung des Deutschen in den EU-Institutionen	In den Berichten der Bundesregierungen ⁶¹ genannte Instrumente zur Förderung des Deutschen in den EU-Institutionen
1994-1998 Kabinett Kohl, CDU/CSU und FDP	Keine expliziten Nennungen im Koalitionsvertrag	<p><i>Deutsch in der EU</i> spezielle Sprachkurse in Deutschland für höhere Bedienstete der europäischen Institutionen in Deutschland (Bericht der Bundesregierung 1994/95: 6; Bericht der Bundesregierung 1996/97: 10). „Darüber hinaus bemüht sich die Bundesregierung um eine Änderung der Einstellungsvoraussetzungen bei den Organen der Gemeinschaft, so daß ein Bewerber bei Einstellung neben seiner Muttersprache (...) zwei zusätzliche Gemeinschaftssprachen beherrschen muß“ (ebd.)</p> <p><i>Deutsch im Europarat</i> „Der Bundeskanzler hat im September 1995 erneut in der Beratenden Versammlung des Europarates das Ziel der Bundesregierung bekräftigt, daß «das Anliegen auf eine Gleichstellung der deutschen Sprache im Europarat nicht irgendein, sondern ein ganz zentraler Wunsch« der Deutschen ist. Die Einbeziehung des Deutschen als Amtssprache (...) setzt eine ratifizierungsbedürftige Änderung der Satzung mit Zweidrittelmehrheit voraus und kann daher nur langfristig realisiert werden“ (Bericht der Bundesregierung 1994/95: 6). „In der Parlamentarischen Versammlung und im Kongreß der Gemeinden und Regionen Europas ist zusätzlich Deutsch (...) Arbeitssprache. Die intensiven gemeinsamen Bemühungen der Bundesregierung mit den drei anderen deutschspra-</p>

⁶¹ Es werden Berichte aus den folgenden Jahren berücksichtigt: 1994/95, 1996/97, 1999, 2000, 2001, 2002, 2003, 2004, 2005/06, 2006/07, 2007/08, 2008/09, 2009/10, 2010/11, 2011/12, 2012/13, 2013/14.

		<p>chigen Mitgliedstaaten des Europarates (Liechtenstein, Österreich, Schweiz) haben zu einer häufigeren Verwendung des Deutschen als Arbeitssprache auch im intergouvernementalen Bereich geführt. Im Rahmen eines neuen Titels zur Förderung nicht-offizieller Sprachen wird das Dolmetschen des Deutschen im Ministerkomitee, in den Fachministerkonferenzen und in den Plenartagungen der Lenkungsausschüsse aus dem Haushalt des Europarates finanziert. Nunmehr stehen auch Mittel für die Übersetzung wichtiger Dokumente in die deutsche Sprache zur Verfügung. Diese neue Regelung ist ein wichtiger Zwischenerfolg für das Ziel der Bundesregierung, Deutsch als Amtssprache des Europarats festzuschreiben“ (Bericht der Bundesregierung 1996/97: 10).</p>
Deutsche Bundesregierungen	In den Koalitionsverträgen der Bundesregierungen genannte Bemühungen um die Förderung des Deutschen in den EU-Institutionen	In den Berichten der Bundesregierungen⁶² genannte Instrumente zur Förderung des Deutschen in den EU-Institutionen
2002 -2006 Kabinett Schröder, SPD und Bündnis 90/Die Grünen	Keine expliziten Nennungen im Koalitionsvertrag	<p>Sprachkurse für Bedienstete der EU sowie Beamte aus EU-Beitrittsländern in Deutschland (Bericht der Bundesregierung 2002: 22; Bericht der Bundesregierung 2003: 27).</p> <p>Spezielle Deutschkurse für Regierungsbeamte an zahlreichen Goethe-Instituten in den Hauptstädten europäischer Partnerländer sowie Deutschfortbildungskurse für Mitarbeiter europäischer Institutionen am GI Brüssel (Bericht der Bundesregierung 2004: 24).</p>

⁶² Es werden Berichte aus den folgenden Jahren berücksichtigt: 1994/95, 1996/97, 1999, 2000, 2001, 2002, 2003, 2004, 2005/06, 2006/07, 2007/08, 2008/09, 2009/10, 2010/11, 2011/12, 2012/13, 2013/14.

Deutsche Bundesregierungen	In den Koalitionsverträgen der Bundesregierungen genannte Bemühungen um die Förderung des Deutschen in den EU-Institutionen	In den Berichten der Bundesregierungen ⁶³ genannte Instrumente zur Förderung des Deutschen in den EU-Institutionen
2009-2013 Kabinett Merkel, CDU/CSU und FDP	„Der Förderung der deutschen Sprache im Ausland werden wir besondere Beachtung beimessen. Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik soll Deutschland in seiner Vielfalt darstellen und das Interesse an unserem Land, unserer Sprache und unserer Geschichte und Kultur fördern. Dies sind die Grundvoraussetzungen für gute und vertrauensvolle Beziehungen zwischen Deutschland und seinen Partnern. Heute begreift Deutschland seine Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik noch stärker als Beitrag zur Krisenprävention, Menschenrechtsschutz und Freiheitsförderung“ (Koalitionsvertrag 2009: 127).	Deutschkurse für höhere Bedienstete der EU und höhere Ministerialbeamte der Mitgliedsländer in Deutschland, fachsprachliche Deutschkurse in den Hauptstädten der meisten Mitgliedsländer für Ministerialbeamte, die mit EU-Stellen zusammenarbeiten sowie sog. VIP-Individualkurse in Deutschland, z.B. für EU-Kommissare (Bericht der Bundesregierung 2008/2009: 30f). „Das Auswärtige Amt ermöglicht über das <i>Europanetzwerk Deutsch</i> jährlich ca. 1.000 höheren EU-Bediensteten und Ministerialbeamten aus EU-Mitgliedstaaten, ihre Deutschkenntnisse zu vertiefen. In diesem Rahmen bietet z.B. das Goethe-Institut maßgeschneiderte Kurse u.a. für Mitarbeiter im Europäischen Auswärtigen Dienst, in der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik und in der Außen- und Sicherheitspolitik an. Die Kursteilnehmer können so auch Kontakte zu Fachkollegen in Deutschland knüpfen. Das Europanetzwerk des Goethe-Instituts mit über 2.000 Alumni wird bei jährlichen Treffen in Berlin sowie in online-Auffrischkursen intensiv gepflegt und erweitert (Bericht der Bundesregierung 2012/2013: 34)

⁶³ Es werden Berichte aus den folgenden Jahren berücksichtigt: 1994/95, 1996/97, 1999, 2000, 2001, 2002, 2003, 2004, 2005/06, 2006/07, 2007/08, 2008/09, 2009/10, 2010/11, 2011/12, 2012/13, 2013/14.

Deutsche Bundesregierungen	In den Koalitionsverträgen der Bundesregierungen genannte Bemühungen um die Förderung des Deutschen in den EU-Institutionen	In den Berichten der Bundesregierungen ⁶⁴ genannte Instrumente zur Förderung des Deutschen in den EU-Institutionen
2013-2018 Kabinett Merkel, CDU/CSU und SPD	<p>„Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik bleibt die dritte Säule der deutschen Außenpolitik. (...) Das Goethe-Institut wird insbesondere für die Programm- und Spracharbeit adäquat ausgestattet und bleibt (...) fester Bestandteil der Auslandsaktivitäten der Bundesregierung. (...) Die Vermittlung und Förderung der deutschen Sprache im Ausland ist eine herausragende Aufgabe der auswärtigen Kultur und Bildungspolitik“ (Koalitionsvertrag 2013: 174).</p> <p>„Der Umgang mit der deutschen Sprache in den europäischen Institutionen muss ihre rechtliche Stellung und ihren tatsächlichen Gebrauch in der EU widerspiegeln. Deutsch muss auch in der Praxis den anderen beiden Verfahrenssprachen Englisch und Französisch gleichgestellt werden“ (ebd.: 157).</p>	Keine expliziten Nennungen im Bericht 2013/2014

Tabelle 5 Instrumente der Bundesregierung zur Förderung des Deutschen in den EG/EU-Institutionen zwischen 1994 und 2014 (Eigene Darstellung)

Versucht man die Bemühungen Deutschlands um die Besserstellung des Deutschen in den EU-Institutionen zu bewerten, so können die eingangs unterschiedenen Kategorien „Gebrauch“ und „(Er-)Lernen“ herangezogen werden:

Gebrauch und Lernen hängen miteinander zusammen: Letzteres ist Voraussetzung für Ersteres, und Ersteres motiviert zu Letzterem. Wenn auch der Gebrauch einer Sprache in Aussicht steht oder – was noch mehr motiviert – sogar notwendig ist, um höhere Ziele zu erreichen, z.B. einen Studien- oder Arbeitsplatz, erscheint der Aufwand des Lernens lohnender. (Ammon 2015a: 1074f)

Der Gebrauch des Deutschen in den EU-Institutionen entspricht nach 30 Jahren deutscher Bemühungen weder seiner Bedeutung in Europa noch der Wunschvorstellung deutscher Politiker. Es gibt jedoch einige Erfolge zu verzeichnen (u.a. die Besiegelung

⁶⁴ Es werden Berichte aus den folgenden Jahren berücksichtigt: 1994/95, 1996/97, 1999, 2000, 2001, 2002, 2003, 2004, 2005/06, 2006/07, 2007/08, 2008/09, 2009/10, 2010/11, 2011/12, 2012/13, 2013/14.

der Dreisprachenpraxis in der EU-Kommission), die es zu pflegen gilt, um potenzielle Deutschlerner zu motivieren.

Die bis jetzt geführte Politik zur Förderung der deutschen Sprache in den EU-Institutionen wird, ähnlich wie die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, als gemäßigt und vorsichtig bewertet (Andrei 2008), es wird von verpassten Chancen⁶⁵, mangelndem Selbstbewusstsein der deutschsprachigen EU-Beamten⁶⁶ und gefestigtem Sprachgebrauch⁶⁷ zugunsten von Englisch und Französisch (Ammon 1991: 83) gesprochen. Das alles wirkt sich bereits negativ auf das Programm *Europanetzwerk Deutsch* aus: Von einem Mitarbeiter einer deutschen Auslandsvertretung wird konstatiert: „Wir stellen fest, dass die Nachfrage nach dem Programm längst nicht dem entspricht, was wir uns wünschen, insbesondere aus den EU-Institutionen.“ (END_I5, Z. 80-82)

3.4 *Europanetzwerk Deutsch* als Beispiel für die Implementierung der außenpolitischen Förderung der deutschen Sprache in der EU

Beim *Europanetzwerk Deutsch*⁶⁸ handelt es sich um „eine sanfte, weitgehend unverbindliche Angebotsmaßnahme, die versucht, über die Schaffung von Anreizen die Verwendung von Deutsch [in den EU-Institutionen sowie in den nationalen Verwaltun-

⁶⁵ Gemeint ist hier bspw. die Hypothese des Fernsehjournalisten Franz Stark, laut der Deutschland der Zurückdrängung des Deutschen als Arbeitssprache infolge des EU-Beitritts von Großbritannien nicht entgegenwirken konnte. Befürworter des Englischen und Französischen als Arbeitssprache hätten eine aufgrund der Öffnung Osteuropas möglich gewordene Stärkung des Deutschen behindert, indem sie Osteuropäer, die Kontakte auf Deutsch suchten, regelmäßig auf die Verwendung von Englisch und Französisch festlegten (Ammon 2003a: 355).

⁶⁶ „Wenn man sich eine typische EU-Sitzung vor Augen hält, so könnte man sagen, dass abgesehen von den deutschen Muttersprachlern die Luxemburger, Niederländer, viele Belgier und Skandinavier Deutsch verstehen. Ganz zu schweigen von Vertretern aus den Ländern Ost- und Mitteleuropas, die einen EU-Beitritt anstreben und oftmals noch recht gut Deutsch verstehen. Ein Redner, der sich des Deutschen bediene, könnte mindestens genauso gut verstanden werden, als wenn er Englisch oder Französisch zu sprechen versuche, sagen Dolmetscher. Die dennoch zurückgehende Bedeutung der deutschen Sprache führen sie darauf zurück, dass die Deutschen und Österreicher ihre Muttersprache mit zu wenig Selbstbewusstsein praktizierten und sich stattdessen verleiten ließen, die Weltsprache Englisch zu sprechen, um als weltgewandt zu gelten.“ (Friedrich 1999: 29)

⁶⁷ Nach Meinung des ehemaligen Leiters des Übersetzungsdienstes der EG-Kommission, Eduard Brackeniens, kann man eine Arbeitssprache weder erzwingen noch vorschreiben. „Ein einmal gefestigter Sprachgebrauch, wie im vorliegenden Fall die vorherrschende Verwendung von Englisch und Französisch, ist selbst ein Faktor der Stabilität, da ihm ja entsprechende Sprachkenntnisse der beteiligten Individuen zugrunde liegen, die nicht leicht zu ändern sind“ (Ammon 1991: 83). Diese Aussage wird von einem Interviewten bestätigt: „So eine Arbeitssprache wird nicht formal gewählt, sondern es gibt bestimmte Traditionen, die sich etabliert haben und die fortgesetzt werden“ (END_I9, Z. 220-222).

⁶⁸ Die Informationen über das Programm *Europanetzwerk Deutsch* basieren größtenteils auf den Handreichungen und Leitfäden des Goethe-Instituts aus den Jahren 2003, 2012 und 2014.

gen, die mit EU-Stellen zusammenarbeiten AP] zu erhöhen“ (Andrei 2008: 308). Als Anreiz dient ein für höhere Bedienstete aus den EU-Institutionen und höhere Ministerialbeamte aus EU-Mitgliedsstaaten und weiteren Staaten Stipendienprogramm⁶⁹, das das Goethe-Institut seit 1994 im Auftrag des Auswärtigen Amts und in Zusammenarbeit mit einzelnen Bundesländern führt. Neben der Anreizkomponente werden im Rahmen des Programms mittlerweile drei Dienstleistungen angeboten: allgemein- und fachsprachliche Kurse, Vermittlung von Einzelgesprächen mit deutschen Vertretern von Ministerien sowie berufsrelevanten Spezialisten und Institutionen je nach Bedarf und Interesse der Kursteilnehmer/innen⁷⁰ sowie eine intensive Alumni-Arbeit im In- und Ausland (Goethe-Institut e.V. 2014: 7).

Das Sprachkursangebot wurde im Laufe der Zeit sukzessive erweitert. Im ersten Jahr wurden lediglich Gruppenkurse in Deutschland angeboten, 1995 kamen Individualkurse für interessierte Beamte in Schlüsselpositionen hinzu (Bundesregierung 1995: 12; 1996b:18; 1997a: 16) sowie sog. MOE-Kurse für höhere Bedienstete aus den MSOE-Ländern, die nach der EU-Erweiterung 2004 mit den EU-Kursen fusioniert wurden (Andrei 2008: 301). In den Jahren 2005 und 2006 sind die Kurse

(...) in Vorbereitung auf die deutsche Ratspräsidentschaft deutlich ausgeweitet worden. Neben Kursen in Deutschland werden mittlerweile von den Goethe-Instituten in den Hauptstädten der meisten Mitgliedstaaten fachsprachliche Deutschkurse für hohe Funktionsträger und Ministerialbeamte angeboten, die mit EU-Stellen zusammenarbeiten. (Bundesregierung o.J.: 20)

In diesem Rahmen wurde außerdem ein Sonderkurs für höhere Beamte mit EU-bezogener Tätigkeit aus südosteuropäischen Ländern, der Ukraine und Moldau angeboten (Bundesregierung 2006: 4). 2010 wurde der bis dahin geltende Name des Programms *DeutschLand: Deutsche Sprache in Deutschland in Europeanetzwerk Deutsch* geändert und um ein Nachbetreuungsprogramm im In- und Ausland ausgeweitet, „[d]amit der Sprachlernprozess nicht mit Kursende abgeschlossen ist und Kontakte nach Deutschland weiter ausgebaut werden (...)“ (Goethe-Institut 2014: 7). Die Alumni-Arbeit im Ausland beinhaltet das Angebot weiterführender Sprachkurse an den jeweiligen Goethe-Instituten, regelmäßige Informationen über Aktivitäten von Deutschen in den jeweiligen Ländern und Organisation von Nachkontakttreffen und Unterstützung bei der Netzwerkbildung sowie Unterstützung der multiplikatorischen Tätigkeit der Beamten (ebd.). Die Alumni-Arbeit in Deutschland besteht aus jährlichen Online-

⁶⁹ Je nach Quelle finden sich unterschiedliche Bezeichnungen des Programms: Während das Goethe-Institut von einem Fortbildungsprogramm (2003) oder einem Sprachkursprogramm (2014) spricht, benutzt das Auswärtige Amt die Bezeichnung Stipendienprogramm. Auswärtiges Amt o.J. (Hrsg.): *Förderung der deutschen Sprache*, womit deutlich gemacht wird, dass für die Programmteilnahme keine Gebühren erhoben werden.

⁷⁰ Goethe-Institut (o.J.): *Europeanetzwerk Deutsch*. E-Kurse.

Auffrischkursen nur für Alumni, einem jährlichen mehrtägigen Alumnitreffen in Deutschland für ausgewählte Jahrgänge sowie aus einem regelmäßigen Newsletter für alle ehemaligen Kursteilnehmer/innen (ebd.). Ebenfalls seit 2010 wurde das Angebot um die Kurse auf B1-Niveau nach dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen (GER) sowie um online-Kurse erweitert: Während neue Stipendiaten in Blended-Learning Kursen⁷¹ inhaltlich und sprachlich auf die Präsenzphase in Deutschland vorbereitet werden, können die Alumni aller bisherigen EU-Kurse ihre Deutschkenntnisse in reinen Online-Auffrischkursen wiederholen und vertiefen. Seit der Gründung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) im Jahr 2010 wird einmal jährlich ein 7-tägiger Kurs für dessen Mitglieder angeboten (ebd.: 6).

Die folgenden Ausführungen beziehen sich hauptsächlich auf die Gruppenkurse, die in Deutschland durchgeführt werden, und berücksichtigen die Jahre 1994 bis 2014. Dabei wird die Zielgruppe, die Zielsetzung, Inhalte, Umsetzung sowie die Wirkung des Programms geschildert.

3.4.1 Zielgruppe und Zielsetzung

Die Zielgruppe des Programms sind höhere Bedienstete aus EU-Institutionen sowie höhere Ministerialbeamte aus den EU-Mitgliedstaaten und EU-Beitrittskandidatenländern und weiteren europäischen Ländern (Island, Montenegro, Türkei, Mazedonien, Serbien, Albanien, Bosnien und Herzegowina sowie Kosovo) (Goethe-Institut e.V. 2014: 6). Genaue Angaben zu den Teilnehmerzahlen lassen sich schwer ermitteln, da sie zum Teil auf unterschiedlichen Quellen beruhen, in unregelmäßigen Abständen erhoben werden und verschiedene Kategorien fokussieren (vgl. Tabelle 6).

⁷¹ Aus Online- und Präsenzphase kombinierte Kurse, die dem Sprachkurs vorgeschaltet sind.

Jahr	Teilnehmer	Institutionelle Zugehörigkeit der TN	Rang der TN soweit angegeben	Die am stärksten vertretenen Herkunftsländer der TN
1994	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
1995	234 höhere Bedienstete aus EU-Institutionen (a)			
1996				
1997				
1998				
1999	318 höhere Ministerialbeamte aus Beitrittsländern der EU (b)			
2000				
2001	35 hochrangige EU-Beamte/Individualkurse (c)	66 EU-Kommission 27 Rat	62 Referenten 12 Abteilungsleiter	
2002				
2003	29 (a)	25 EP (1 MdEP)	12 Juristen	
2004	23 (a)	9 EuGH	12 Sprachjuristen	
2005	22 (a)	3 EWSA	5 Referatsleiter	
2006	24 (a)	1 Rechnungshof	2 stellv. Abt.leiter 2 Sachbearbeiter	
2007	k.A.	k.A.	k.A.	
2008	ca. 200 davon 16% EU-Bedienstete			davon 80% aus den Ländern in Mittelost- und Südosteuropa inkl. Kroatien und der Türkei
2009	k.A.			k.A.
2010				
2011				
2012				
2013	ca. 147 Stipendien			Bulgarien, Rumänien und Tschechische Republik
2014	Insgesamt haben seit Beginn des Programms im Jahr 1994 rund 2.100 Teilnehmer/innen einen EU-Kurs besucht.			k.A.

Tabelle 6 Teilnehmer des Programms *Europanetzwerk Deutsch* (Eigene Darstellung⁷²)

⁷² Die zusammengestellten Angaben beruhen auf folgenden Quellen: Jahre 1994-2002 (Goethe-Institut e.V. 2003); Jahre 2001-2006 (Bundesregierung 2006: 6); Jahre 1994-2014 (Goethe-Institut e.V. 2012 und 2014).

Bis 2010 galt als Zielsetzung des Programms Folgendes:

Generelles Ziel der Sprachkurse ist die Förderung der sprachlichen Kompetenz und die Erweiterung der Kenntnisse über Deutschland und seine Menschen, die über direkte Kontakte erfahrbar und erlebbar werden sollen. Die Kurse werden angeboten mit dem Ziel, die Verwendung von Deutsch als Arbeitssprache im beruflichen Kontext (z.B. innerhalb der Organe und Institutionen der EU) zu fördern. Entsprechend berufsrelevant für die Zielgruppe müssen die Inhalte des Sprachkurses sein. Er kann sich jedoch aufgrund der unterschiedlichen Tätigkeitsbereiche der Teilnehmer nicht im fachsprachlichen Bereich bewegen. Deshalb wird ein allgemeinsprachliches Kursprogramm angeboten, in das deutschlandkundliche Informations- und Begegnungsprojekte integriert sind und dessen sprachliche und landeskundliche Inhalte sich an den Interessen der Zielgruppe orientieren. Der Lernprozess beschränkt sich nicht auf die Unterrichtszeit in der Lerngruppe, sondern ist ein Eintauchen („total immersion“) in die deutsche Sprachwirklichkeit. Primäres Ziel des Kurses ist es, die sprachliche Handlungsfähigkeit in konkreten Situationen zu verbessern und den Teilnehmern mehr Sicherheit in der praktischen Sprachverwendung zu vermitteln. (Goethe-Institut e.V. 2003: 12)

2010 erfolgte die Erweiterung der bisherigen Zielsetzung um die Netzwerkkomponente:

Mit diesem Programm verfolgt das Auswärtige Amt das Ziel, Deutsch als Arbeits- und Verfahrenssprache in den europäischen Institutionen zu stärken und ein aktives Netzwerk zwischen hochrangigen europäischen und deutschen Partnern zu unterstützen. (Goethe-Institut e.V. 2014: 6)

Obwohl die ursprüngliche Zielsetzung beibehalten und um eine neue Komponente erweitert wurde, wirft die veränderte Kontextualisierung des Programms Fragen auf. Während zu Programmbeginn die Besserstellung des Deutschen in den EU-Institutionen und seine Verwendung als erste oder zweite Fremdsprache anvisiert war (Bundesregierung 1992d: 18), wird seit 2003 vordergründig von der Förderung des Deutschen im Rahmen der Mehrsprachigkeit gesprochen⁷³ und es ist unklar, welche Bedeutung die Schaffung eines Netzwerks zwischen europäischen und deutschen Beamten für die ASP haben soll. Eine mögliche Antwort auf die erste Frage sehe ich im Einfluss der Europäischen Sprachenpolitik auf die ASP der BRD sowie darin, dass Ideen und Forderungen aus der Wissenschaft, auch wenn mit einer gewissen Verspätung, doch Auswirkungen auf sprach(en)politische Entscheidungen haben können, denn die Thematisierung der auswärtigen Förderung von Deutsch im Kontext der Mehrsprachigkeit ist nicht neu:

Deutsch (...) ist heute nicht mehr als isolierte Fremdsprache zu vermitteln – die meisten Menschen haben entweder schon Englisch gelernt, wenn sie in unseren Deutschkursen auftauchen, oder sie tun dies parallel oder anschließend. Von Experten wird also erwartet, daß sie auch als Mitarbeiter des Goethe-Instituts nicht nur auf die deutsche Sprache beschränkt sind, sondern Deutsch im Rahmen von Mehrsprachigkeit sehen und fördern – nicht gegen, sondern in Kooperation mit anderen Fremdsprachen. (Krumm 1996: 166ff)

⁷³ Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2002 (Bundesregierung o.J.: 22).

Eine Antwort auf die zweite Frage steht noch aus.

3.4.2 Inhalte

Das Programm *Europanetzwerk Deutsch* besteht aus drei Komponenten: aus dem Sprachkurs, dem integrierten Begleitprogramm und dem kulturellen Rahmenprogramm.

Bei dem *Sprachkurs* handelt es sich ursprünglich um einen ein- oder zweiwöchigen allgemeinsprachlichen Deutschkurs mit spezifischem Berufsbezug für Lerner auf B2/C1-Niveau nach dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen (GER), der meistens an einem Goethe-Institut⁷⁴ stattfindet. Das aktuelle Kursangebot umfasst sowohl 9- bis 14-tägige allgemeinsprachliche als auch fachsprachliche Kurse (Goethe-Institut 2014 e.V.: 6). Darüber hinaus werden ausgewählte Kurse in Form von kombinierten Sprachkursen mit einer vorgeschalteten 2-wöchigen Online-Phase angeboten (ebd.). Da der Lernprozess im Sinne des Immersionskonzeptes als „ein völliges Eintauchen in die deutsche Sprachwirklichkeit“ aufgefasst wird (Goethe-Institut e.V. 2003), soll dieser sich nicht nur auf den Unterricht in der Lerngruppe beschränken: In den Sprachkurs werden Projekte integriert⁷⁵, die Begegnungen mit Vertretern deutscher Ministerien, Parlamenten, Unternehmen und kulturellen Institutionen umfassen. Da die Kurse an unterschiedlichen Standorten stattfinden und die Begegnungen mit dem jeweils kooperierenden Bundesland geplant werden, variieren die Gesprächspartner von Kurs zu Kurs. Neben dem Begleitprogramm, das die Inhalte des Kurses wesentlich beeinflusst, können die inhaltlichen Interessen der Teilnehmer/innen berücksichtigt werden, da im Vorfeld eines jeden EU-Kurses eine Bedarfsermittlung stattfindet. Die erhobenen inhaltlichen Wünsche der Teilnehmer/innen (Hunstiger 2010: 456), die zwischen 2005 und 2007 an den EU-Kursen teilgenommen haben, zeigen, dass die Themen *Europa und europäische Institutionen*, *aktuelle Themen* sowie *Politik und Wirtschaft in Deutschland* am relevantesten sind. Im Unterricht werden alle vier Fertigkeiten (Sprechen, Hören, Lesen und Schreiben) gefördert sowie Grammatik- und Wortschatzkenntnisse vermittelt. Die im diesem Bereich erhobenen Daten (ebd.: 456) zeigen, dass die Teilnehmer/innen der EU-Kurse den größten Wert auf das Sprechen legen, gefolgt von Lesen, Hören und Schreiben. Es ist ein Anliegen der für das Konzept Verantwortlichen, dass eine Erweiterung der sprachlichen, landeskundlichen, strategischen und interkulturellen Kompetenzen erzielt wird, die wie folgt definiert werden (Goethe-Institut e.V. 2014: 8):

⁷⁴ Z.B. Goethe-Institut in Berlin, Dresden, Hamburg und München. Kann ein Kurs nicht an einem Goethe-Institut stattfinden, werden externe Räumlichkeiten angemietet, z.B. in einem Hotel.

⁷⁵ Die Projekte werden im Sprachunterricht vor- und nachbereitet.

- Sprachliche Kompetenz auf Deutsch: Die Teilnehmer können sich in beruflichen Situationen auf Deutsch ausdrücken und ihre Ziele erreichen.
- Landeskundliche Kompetenz: Bei landeskundlichem Wissen handelt es sich um Faktenwissen hinsichtlich der Vorgänge, Abläufe, Regelungen und Strukturen in der Gesellschaft der Zielsprache. Dieses Wissen lässt sich nur bedingt einzelnen Lernzielen zuordnen. Vielmehr trägt der Sprachkursstandort Deutschland dem Wunsch nach landeskundlicher Kompetenzsteigerung Rechnung. Eine Kompetenzerweiterung findet in allen Kursteilen (Sprachkurs, Begleit- und Rahmenprogramm) statt.
- Strategische Kompetenz: Darunter ist einerseits der Umgang mit Wissensdefiziten und Kompetenzlücken in Sprechhandlungssituationen zu verstehen, andererseits der Erwerb/Ausbau der eigenen Lernstrategien. In den EU-Kursen ist besonders die Frage relevant: Wie kann ich nach Kursende weiterlernen, sowohl im Selbststudium als auch in organisierten Sprachkursen vor Ort?
- Interkulturelle Kompetenz: Eine wesentliche Voraussetzung für geglückte Kommunikation ist die Kenntnis von unterschiedlicher kultureller Markierung und die Reflexion bzw. Wahrnehmung von interkulturellen Unterschieden. Im Falle der EU-Kurse geht es insbesondere um kulturelle Besonderheiten der beruflichen Kommunikation, wobei auch Textsorten wie ‚smalltalk‘ relevant sind.

Das Ziel *des integrierten Begleitprogramms* besteht erstens in der „(...) Erweiterung der Kenntnisse über Deutschland und seine Einwohner, die über direkte Kontakte erfahrbar und erlebbar werden sollen“ (Goethe-Institut e.V. 2014: 8) und zweitens in der Ermöglichung der „Netzwerkarbeit mit deutschen Partnern“ (ebd.: 6). Bei der Ausgestaltung des Begleitprogramms werden die Organisationsleiter/innen der jeweiligen EU-Kurse⁷⁶ von dem Bundesland unterstützt, in dem ein EU-Kurs stattfindet. Die Kernelemente des Begleitprogramms wurden 2014 wie folgt formuliert (ebd.: 11):

- fachlich passende Individual- bzw. Kleingruppentermine in Ministerien bzw. Wirtschafts-/Kulturinstitutionen,
- mehrere Gruppentermine bei fachlich passenden politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Einrichtungen,
- wenn möglich ein offizieller Empfang durch das Bundesland.

Neben dem Sprachkurs und dem integrierten Begleitprogramm wird für die Kursteilnehmer/innen ein kulturelles Rahmenprogramm zusammengestellt, „das touristischen und unterhaltenden Charakter hat: Ausflüge, Wanderungen, Ausstellungen, Theater- und Konzertbesuche, etc.“ (Goethe-Institut e.V. 2014: 12).

3.4.3 Zur Implementierung und Wirkung des Programms

Bei der Implementierung muss zwischen Programm- und Sprachkursebene unterschieden werden, da je nach Ebene verschiedene Akteure, Aufgaben und Implementierungsteilschritte vorkommen.

⁷⁶ Vgl. dazu Kapitel 3.4.3.

Hinsichtlich der Implementierung auf Programmebene können sechs Akteure unterschieden werden, die mit unterschiedlichen Aufgaben betraut sind (vgl. Tabelle 7).

Akteur	Aufgaben
Auswärtiges Amt	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Finanzierung und Zielsetzung ✓ Konzeption in Absprache mit GI-Zentrale ✓ Teilnehmerauswahl in Absprache mit GI-Zentrale
Gastgebende Bundesländer	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Entwurf des integrativen Begleitprogramms ✓ Unterstützung der Organisationsleitung bei der Vermittlung individueller Termine für EU- und europäische Beamte
GI-Zentrale <i>Bildungskooperation Deutsch</i>	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Konzeption sowie Gesamtplanung der Kurse in Absprache mit AA ✓ organisatorische Durchführung der Kurse (in Zusammenarbeit mit der Region D) ✓ Qualitätsmanagement ✓ Hotelverträge ✓ Bereitstellung der erforderlichen Technik
GI-Zentrale <i>Sprachkurse und Seminare</i>	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Organisatorische Durchführung der Seminare ✓ Ausstellung der Verträge ✓ Reisekostenabrechnungen
Goethe Institute im Ausland ⁷⁷	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Teilnehmerrekrutierung ✓ Sprachtest und Bewerbung ✓ Teilnehmervorauswahl mit der Botschaft ✓ Teilnehmernachbetreuung
Kursteam (Organisationsleitung, Sprachkursleitung und Assistenz)	<ul style="list-style-type: none"> ✓ konkrete Planung und Durchführung des Kurses

Tabelle 7 Implementierungsstruktur des Programms *Europanetzwerk Deutsch* (Eigene Darstellung basierend auf den Handreichungen des GI aus dem Jahr 2003, 2012 und 2014)

⁷⁷ Belgien, Bulgarien, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Mazedonien, Montenegro, Niederlande, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Serbien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien, Türkei, Ungarn, Vereinigtes Königreich, Republik Zypern. Goethe-Institut e.V. (o.J.): *Europanetzwerk Deutsch. EU-Kurse*

Die Implementierung auf Programmebene besteht aus insgesamt zehn Schritten⁷⁸, die sich jährlich wiederholen:

- Gemeinsame (AA+GI) Evaluation des Vorjahres und Planung für das nächste Haushaltsjahr zwecks Ausschreibung der Kurse im Herbst jeden Jahres.
- Die zwischen dem AA und dem GI abgestimmte Ausschreibung mit den Anmeldefristen für die verschiedenen Kurse wird im November/Dezember für das Folgejahr an die Botschaften und die am Programm teilnehmenden Goethe-Institute im Ausland gesandt und im Internet veröffentlicht.
- Auswahl der Organisationsleitung, der Seminarleiter/innen sowie der Assistenz für die Sprachkurse des Folgejahres durch das GI.
- Die Bewerber melden sich; nach Ablauf der Frist erfolgt durch die jeweilige Botschaft und das GI vor Ort die Auswahl unter den Bewerbern.
- Das GI lädt ausgewählte Bewerber zu den Einstufungstest und Bedürfnisermittlungen ein.
- Das GI schickt alle Unterlagen an die Zentrale in München.
- Die Zentrale nimmt bis Ende Januar jeden Jahres die endgültige Auswahl vor in Absprache mit dem AA vor.
- Übermittlung der Teilnehmerunterlagen an das Team (Organisationsleitung, Sprachkursleitung und Assistenz).
- Kursbetrieb
- Übermittlung eines Kursberichts, der Teilnehmerevaluation und eines Dokumentationsordners von der Organisationsleitung an die Zentrale des Goethe-Instituts.

In die Implementierung auf Sprachkursebene sind vordergründig Kursteams involviert, die aus der Organisationsleitung, Kursleitung und Assistenz bestehen und von der Zentrale des GI koordiniert und abgewickelt werden (z.B. Honorare, Reise, Übernachtungs- und Verpflegungskosten). Das gesamte Kursteam ist während der Vorbereitungsphase, die spätestens acht Monate vor Kursbeginn startet, für folgende Aufgaben⁷⁹ zuständig:

- Einteilung der Teilnehmer anhand der Einstufungstests der GI im Ausland in Gruppen und Festlegung deren sprachlichen Niveaus.
- Auswertung der Bedarfsermittlung zwecks Ableitung und Bestimmung von Lernbedarf und Lernzielen.
- Erstellung des vorläufigen Sprachkursprogramms und dessen Anpassung an den sich im Verlauf des Kurses zeigenden Bedarf.
- Planung der Projekte als Teil des Sprachunterrichts und Erledigung aller dazu notwendigen Vorarbeiten: Kontaktaufnahme und Abstimmung mit dem gastgebenden Bundesland, Planung und Organisation. Wenn es kein einladendes Bundesland gibt, wird das gesamte integrative Begleitprogramm vom Kursteam selbstständig geplant, organisiert und durchgeführt.
- Sammlung geeigneter Unterrichtsmaterialien (interessante Zeitungsartikel und nach Möglichkeit TV-Sendungen) sowie rechtzeitige Anforderung der Unterrichtsmittel (sog. Bücherkoffer), die eingesetzt werden sollen, in der Zentrale des GI.

⁷⁸ Goethe-Institut e.V. (2003, 2012, 2014) sowie im Rahmen der vorliegenden Arbeit durchgeführte Interviews.

⁷⁹ Goethe-Institut e.V. (2003).

- Planung und Organisation aller Veranstaltung des kulturellen Rahmenprogramms.
- Verfassen von Einladungsschreiben an die Teilnehmer, das neben den allgemeinen und organisatorischen Informationen auch das (erläuterte) vorläufige Programm des Sprachunterrichts enthält.

Welchen Erfolg die von dem Auswärtigen Amt und dem Goethe-Institut entwickelte Implementierungstaktik zeigt, ist schwer zu sagen: Es gibt weder Zahlen darüber, ob die Alumni des Programms mehr Deutsch in ihrem beruflichen Kontext sprechen, noch kann erhoben werden, wo und in welchem Maße Deutsch in den EU-Institutionen gesprochen wird. Im Kontext einer Untersuchung zur situativen Mehrsprachigkeit in europäischen Institutionen wurde sogar deutlich, dass vor allem die EU-Kommission große Bedenken gegen die Offenlegung der EU-Sprachenpraxis durch ein deutsches Forschungsteam hatte: „Ursache für die Bedenken waren nicht zuletzt Gerüchte, das Projekt solle auch Argumente für die Durchsetzung des Deutschen als dritte Arbeitssprache der EG-Behörden liefern“ (Born; Schütte 1995:12). Im Endeffekt stellte sich heraus, dass die Kommission als Ort für eine teilnehmende Beobachtung im Rahmen der Untersuchung nicht infrage kommen würde:

Es ist uns offenbar nicht gelungen, überzeugend darzulegen, daß unser Projekt eben nicht als flankierende Maßnahme zu den Versuchen, Deutsch als dritte Arbeitssprache in der EG zu verankern, dienen sollte, sondern lediglich zum Ziel hatte, den Zusammenhang von Textgenese und mehrsprachiger Aushandlungssituation zu untersuchen. (ebd.: 36)

Neben den genannten Defiziten besteht noch ein weiteres: In der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Markus Löning, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP zum *Gebrauch der deutschen Sprache in den Institutionen der Europäischen Union* (Bundesregierung 2006) teilt diese mit, dass sie „keine gesicherten Erkenntnisse über die Motive von EU-Bediensteten [verfügt], Deutsch zu lernen“ (ebd.: 6ff). In diesem Zusammenhang werden jedoch einige Aspekte genannt, die sich möglicherweise positiv auf die Motivation der EU-Bediensteten auswirken: Dazu zählen deutschsprachige Vorgesetzte, informelle Kontakte bei der täglichen Arbeit in den EU-Institutionen, bei denen Deutschkenntnisse benötigt werden sowie die 2004 verabschiedete neue Laufbahnordnung der EU-Kommission, „die vorsieht, dass neu eingestellte Mitarbeiter vor der definitiven Verbeamtung und als Voraussetzung für die interne Karriere fähig sein müssen in einer dritten Sprache (neben ihrer Muttersprache und i.d.R. Englisch) zu arbeiten“ (ebd.: 7).

Als einziges Kriterium für die Erfolgsmessung des Programms nennt die Bundesregierung in der o.g. Antwort die Teilnehmerzahlen und berücksichtigt dabei sowohl die Deutschkurse in Deutschland als auch im Ausland:

Nach Angaben des Goethe-Instituts Brüssel hat sich die Zahl der Teilnehmer an den Grund- und Mittelstufenkursen in den EU-Institutionen in den letzten Jahren deutlich erhöht. Die Teilnehmerzahlen der seit 2004 angebotenen Spezialkurse für Juristen und Dolmetscher/Übersetzer sind in etwa konstant. Die in den EU-Mitgliedstaaten angebotenen Ministerialsprachkurse des Goethe-Instituts finden fast durchweg an der Kapazitätsgrenze statt, wobei vor allem in den neuen Mitgliedstaaten von einem erheblichen Nachfrageüberhang ausgegangen wird. Zu den in Deutschland stattfindenden Intensivkursen berichten die Botschaften und Goethe-Institute aus den neuen EU-Mitgliedstaaten, dass sie ungeachtet der hohen Anforderungen an die Deutschvorkenntnisse der Bewerber z.T. nur zurückhaltend Werbung machen, um Enttäuschungen bei einer zu großen Anzahl abgelehnter Bewerber zu vermeiden. (ebd.: 5).

Betrachtet man tatsächlich die Teilnehmerzahlen als Erfolgskriterium der Implementierungstaktik, so ist zu sagen, dass diese kontinuierlich gestiegen sind, was im Bezug auf die Zielsetzung tendenziell positiv zu bewerten ist: Zwischen 1995 und 2002 nahmen an dem Programm insgesamt 587 Teilnehmer, was einer Durchschnittsquote 73 pro Jahr entspricht (vgl. Tabelle 6). Im 17. Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik werden hingegen folgende Zahlen genannt:

Das Auswärtige Amt ermöglicht über das »Europanetzwerk Deutsch« jährlich ca. 1000 höheren EU-Bediensteten ebenso wie Ministerialbeamten aus EU-Mitgliedstaaten, ihre Deutschkenntnisse zu vertiefen. (...) Das Europeanetzwerk des Goethe-Instituts mit über 2000 Alumni wird bei jährlichen Treffen in Berlin sowie in online-Auffrischkursen intensiv gepflegt und erweitert. (Bundesregierung o.J.: 34)

4. Handeln im politischen System: theoretische Verortung

*Um Politik erklären zu können,
müssen alle Ebenen, Akteure und ihre
Interaktionen, Strukturen und
Prozesse berücksichtigt werden, dies
jedoch immer in Abhängigkeit und in
Bezug auf das politische System
(Czerwick 2011: 51).*

Die zentralen Begriffe der vorliegenden Arbeit, die in diesem Kapitel vorgestellt werden, finden gleichzeitig in unterschiedlichen Konzepten, Modellen, analytischen Rahmen und Theorien der Sozialwissenschaften, von der Soziologie über die Policy- zur Netzwerkforschung Verwendung. Neben der Festlegung auf ein begriffliches Gerüst, das für die Untersuchung der Implementierung in der auswärtigen Sprachpolitik als Teil der Außenpolitik erst entwickelt werden muss (vgl. dazu Kap. 1.1 sowie Kap. 2), ist eine Eingrenzung des übergeordneten Forschungsfeldes bzw. der übergeordneten Forschungsfelder für das zu untersuchende Phänomen vonnöten. Die Verwendung der Pluralform weist bereits darauf hin, dass in dieser Arbeit eine theoretische Triangulation vorgenommen wird: handlungs- und systemtheoretische Ansätze werden miteinander kombiniert. Für die Spezifik des Themas „Handeln im politischen System“ erscheint der Rückgriff auf diese unterschiedlichen Wissenschaftstraditionen sinnvoll und so wird hier versucht, „ein System von aufeinander bezogenen Aussagen“ (Blum; Schubert: 2009: 34) zu konstruieren, das die Divergenz zwischen dem handlungs- und systemtheoretischen Blickwinkel produktiv nutzen kann.

4.1 Handeln von Akteuren

*Politik wird von Menschen gemacht.
Menschen mit Interessen und Zielen,
Menschen in Ämtern und Positionen
(Schubert; Bandelow 2003: 1).*

Es scheint unstrittig zu sein, dass die Sozialwissenschaften insgesamt als Handlungswissenschaften bezeichnet werden können,

... denn die soziale Welt wird im Gegensatz zur Natur erst durch menschliche Handlungen hervorgebracht. (...) Konkretes menschliches Handeln ist allerdings von so hoher Komplexität, dass Versuche seine Ursachen und Determinanten mittels allgemeiner Theorien zu (re)konstruieren, zumeist zum Scheitern verurteilt sind. (...) Die aktuelle Diskussion ist im Grunde nicht weiter als Ende der 1970er Jahre und Anfang der 1980er Jahre, als Hans Lenk sechs Bände benötigte, um einen Überblick über die konkurrierenden Ansätze zu geben. (Massing 2012: 257ff).

Vor diesem Hintergrund werden hier schwerpunktmäßig nur diejenigen Handlungsbe-
griffe vorgestellt, deren Relevanz für die vorliegende Arbeit von Bedeutung ist.

In den 1960er Jahren hat sich in Deutschland die Policyforschung bzw. Politikfeldana-
lyse als eine neue Disziplin etabliert, die die inhaltliche Dimension von Politik – „policy“
– zum Gegenstand ihrer Auseinandersetzung machte. Die Beschäftigung mit dem Zu-
standekommen von politischen Programmen, um nur ein Beispiel zu nennen, setzt vo-
raus, dass die Resultate des Handelns im politischen Kontext als abhängige Variable in
Beziehung zu den Dimensionen polity (institutionelle Bedingungen politischer Ordnun-
gen) und politics (politische Konflikt- und Konsensprozesse zwischen politischen
Akteuren) gesetzt werden (Blum; Schubert 2009: 34).

Im Laufe der Jahre wurden mehrere miteinander konkurrierende theoretische Ansätze
der Policyforschung (Dye 1966; Wilensky 1975; Hibbs 1977; Elster 1981, 1987;
Schmidt 1982; Korpi 1985; Sabatier 1988, 1993; Immergut 1992; Nullmeyer 1993;
1997; Scharpf 1994; Mayntz; Scharpf 1995; Garrett 1998; Ostrom 1999; Hall/Soskice
2001; Swank 2002; Tsebelis 2002; Gellner; Hammer 2010) entwickelt, die darin
variieren,

(...) inwiefern sie die Prägekraft von institutionellen Vorgaben, die Auswirkung der
»Einbettung« von Policy-Interaktionen oder aber die Handlungsspielräume und
Präferenzwahlen der Akteure in den Vordergrund stellen bzw. als erklärende
Faktoren betonen. (Schneider; Janning 2006: 76)

Ein weiteres Unterscheidungsmerkmal liegt darin, dass Handeln unterschiedlich attri-
buiert wird. Als erster Theorierahmen ist dazu die vergleichende Staatstätigkeits-
forschung zu nennen, die den systemtheoretischen Ansatz von Easton (1965a; 1965b;
1971) umsetzt und die Binnenstrukturen oder die Umweltfaktoren des politischen
Systems fokussiert, um System-Outputs zu erklären. Das Handeln von Akteuren, zu
denen hauptsächlich staatliche Institutionen gezählt werden – z.B. in Form von natio-
nalen Regierungen –, wird als eine strukturelle Variable berücksichtigt, doch je nach-
dem, auf welchen der vier Unteransätze Bezug genommen wird – die Theorie der
sozio-ökonomischen Determination, die Parteienherrschaftstheorie, die Theorie der
Machtressourcen organisierter Interessen oder die politisch-institutionalistische Theorie
(Schneider; Janning 2006: 79ff) – kann Handeln strategisch-interessengeleitet, poli-
tisch, staatlich oder rational sein. Mit dem strategischen Interessenhandeln wird „inten-
tionales Handeln von Akteuren [verstanden A.P.], die ein großes Interesse daran
haben, bestimmte Ergebnisse zu erzielen“ (Scharpf 2000: 74). Als politisch wird
solches Handeln aufgefasst, das „nicht einfach nur durch die sozio-ökonomische Um-
welt determiniert, sondern auch von politisch-ideologischen Dynamiken sowie von
parteipolitischen Konstellationen abhängig“ (Schneider; Janning 2006: 81) ist. Im Un-

terschied dazu ist staatliches Handeln den sozialen und ökonomischen Entwicklungstrends sowie Zwängen, die daraus entstehen, unterworfen, während rationales Handeln immer nutzenmaximierend ist und sich auf die Zielfunktion eines politischen Akteurs bezieht. Im Unterschied zu der auf die Makrozusammenhänge ausgerichteten Staatstätigkeitsforschung konzentrieren sich die akteur- und strukturzentrierten Ansätze als zweites Sub-Theoriefeld der Policyforschung (ebd.: 76-101) auf die Mikro- oder Mesoebene der politischen Entscheidungsprozesse und begreifen die öffentliche Politik mit all ihren Komponenten – Thematisierung politischer Probleme, Formulierung und Implementierung eines darauf bezogenen politischen Programms – als Interaktionsergebnis bzw. Ergebnis des Zusammenhandelns mehrerer Akteure. Auch diese Ansätze liefern unterschiedliche Bestimmungen dazu, wer als Akteur anzusehen ist, wie die Akteure handeln, an welchen Kriterien sich ihr Handeln orientiert und auf welchen Ressourcen es basiert (ebd.: 85).

Innerhalb des Rational Choice-Institutionalismus (Ostrom 1999) und des akteurzentrierten Institutionalismus (Mayntz; Scharpf 1995) wurde dem Handeln die größte Aufmerksamkeit gewidmet. In ihrer Auseinandersetzung mit dem Handlungsbegriff verweist Ostrom zunächst darauf, dass Institutionen „von Menschen in wiederholbaren Situationen geteilte Konzepte“ (Schneider; Janning 2006: 89) seien, die „durch Regeln, Normen und Strategien organisiert werden“ (ebd.) und das Handeln determinieren. Die auf diesem Konzept basierende Institutionenanalyse begreift den politischen Entscheidungsprozess als eine aus strukturellen und normativen Faktoren zusammengesetzte Handlungsarena, die durch individuelle Interessen, Eigenschaften (Ressourcenausstattung, Zielorientierung, Informationsnutzung und Präferenzauswahl der darin agierenden Akteure) sowie unterschiedliche Merkmale der Handlungssituation (Über- oder Unterordnungskonstellationen der Akteure, Informationsnetzwerke sowie Kosten- und Nutzenpotentiale der zu erwartenden Handlungsergebnisse) bestimmt wird und somit divergierende Handlungen und Handlungsergebnisse hervorbringt, die in ihrer Effizienz bewertet werden (ebd.). Der akteurzentrierte Institutionalismus integriert die institutionalistische und handlungstheoretische Perspektive und definiert zunächst Institutionen als Kontext für das Handeln von korporativen (handlungsfähige Organisationen) und individuellen (Mitglieder von handlungsfähigen Organisationen) Akteuren. Kennt man den Kontext, so weiß man bereits viel über die Akteure, „nicht nur ihre Handlungs- und Unterlassungspflichten, zulässigen Handlungsoptionen und legitimen Ressourcen, sondern auch ihre organisatorischen Eigeninteressen und oft ihre charakteristischen Interaktionsorientierungen (...) und Wahrnehmungstendenzen“ (ebd.: 66). Um das Handeln von Akteuren zu erklären, müssen soziale Einheiten identifiziert werden, „aus deren Perspektive die jeweils wählbaren

Handlungsoptionen von den handelnden Individuen (und letztlich handeln auch korporative Akteure nur durch Individuen) betrachtet werden“ (ebd.: 52). Basierend auf der Zuordnung eines Individuums zu sozialen Einheiten (soziale Klasse, ethische Gemeinschaft, Organisation oder Staat) wird eine Differenzierung zwischen dem ich- und dem systembezogenen Handeln vorgenommen. Inhaltlich wird zwischen kognitiven und motivationalen Handlungsorientierungen weiter differenziert. Während kognitive Handlungsorientierungen „die Wahrnehmung der Handlungssituation und ihrer kausalen Struktur, der verfügbaren Handlungsoptionen und erwartbaren Ergebnisse“ (ebd.: 53) betreffen, handelt es sich bei den motivationalen Aspekten um individuelle Antriebsfaktoren für ein sinnhaftes Handeln oder um Auswahlkriterien bei der Handlungswahl durch korporative Akteure (ebd.).

Die Entstehung von handlungsleitenden Orientierungen der Akteure gilt jedoch als für die Erklärung von Makrophänomenen kaum relevant, auch wenn diese als Erklärungsfaktoren berücksichtigt werden müssen: Aus handlungstheoretischer Sicht sind Handlungssituationen als „handlungsrelevante, soziale und nichtsoziale Gegebenheiten umfassende Umwelt eines Akteurs“ (ebd.: 58) wichtiger, da sie Handlungen erst stimulieren und ermöglichen (aber nicht restringieren). Je nach Situation werden unterschiedliche latent vorhandene Handlungsorientierungen von Akteuren aktiviert, die miteinander in Interaktion treten. Dieser relationalen Komponente, die als „(typisierte) Interpretationen der Beziehung zwischen mehreren Akteuren“ (ebd.: 57) definiert wird, wird neben den Handlungsorientierungen eine ebenfalls große Bedeutung beigemessen, denn der institutionelle Kontext hat nicht nur darauf Einfluss, sondern auch auf Interaktionsstrukturen und -anlässe (ebd.).

Die Konzentration auf Regelungsaspekte für soziale Interaktionen, die aus dem engen Institutionenbegriff des akteurzentrierten Institutionalismus resultierte (Schneider; Janning 2006: 92), war Anlass zur Kritik und führte zur Ausweitung des Institutionenbegriffs in einigen theoretischen Ansätzen, die als kulturalistisch bezeichnet werden (ebd.: 96 ff). Renate Mayntz (Mayntz; Scharpf 1995) und Paul Sabatier (Sabatier 1988, 1993) ist es zu verdanken, dass Programmorientierungen und Problemperzeptionen als zusätzliche Variablen im Policy-Prozess berücksichtigt und nicht einfach a priori vorausgesetzt werden. In dem von Sabatier entwickelten Advocacy Koalitionsansatz werden Programmperzeptionen als „grundlegende moralische Wertbindungen, religiöse und ideologische Überzeugungen sowie grundlegende Politikverständnisse, die den »tiefen Kern« der Einstellungen (...) von Policy-Akteuren prägen“ (Schneider; Janning 2006: 97) verstanden. Auch Nullmeier (1993, 1997) bestreitet objektivistische Selektionsmodelle des Handelns und geht davon aus, dass „[d]er Raum der erreichbaren Handlungsalternativen (...) nicht institutionell, ökonomisch und sozial-

strukturell vorgegeben [ist, sondern AP] (...) durch Deutungsleistungen des Akteurs selbst konstruiert werden“ muss (Nullmeier 1993: 176). Die Übertragbarkeit der kulturalistischen Ansätze auf das für die vorliegende Arbeit relevante Politikfeld ist allerdings nur eingeschränkt möglich, da die Prägung des tiefen Kerns der Einstellungen von politischen Akteuren eine weitaus geringere Rolle in der auswärtigen Sprachpolitik spielt, als dies z.B. in der Umwelt- oder Sozialpolitik⁸⁰ der Fall ist. Außerdem werden die Ansätze als überkommene Konzepte der Policyforschung kritisiert, da sie die sinnhaften Vorstellungen von Politik sowie die Wahrnehmung der Ordnungen und Policies gar nicht oder zu wenig beachten (Gellner; Hammer 2010). Ob sich das von Gellner und Hammer (2010) vorgestellte Konzept politischer Kultur, das einerseits auf der Unterscheidung zwischen Sozio- und Deutungskultur und andererseits auf der anthropologisch begründeten Konstruktion verschiedener Kulturmuster basiert, für die Analyse aller Phasen politischer Prozesse eignet, ist empirisch noch nicht nachgewiesen und kann deshalb als fraglich gelten. Bezogen auf die im Rahmen dieser Arbeit zu analysierende Implementierungsphase ist es zumindest nicht brauchbar, denn die unterschiedlichen Beziehungen zur Natur, dem Menschenbild und der Auffassung vom Handeln (ebd.: 2010: 22) spielen hier möglicherweise eine geringere Bedeutung als in den Phasen der Problemwahrnehmung und Politikformulierung.

Eine anschlussfähige Ergänzung zu den vorgestellten handlungstheoretischen Ansätzen bieten hingegen aus meiner Sicht theoretische Werkzeuge der akteurtheoretischen Soziologie von Schimank (2000) als Vorläufer seiner akteurzentrierten Differenzierungstheorie (2005; 2006), mit denen das Wechselverhältnis von Handeln und Strukturen wie folgt beschrieben und erklärt werden kann: Handeln wird durch verschiedene Arten von Strukturen geprägt, die Handlungsbedingungen für die Akteure darstellen. Die Bedingungen werden von den Akteuren wahrgenommen und in Form von sog. Handlungswahlen interpretiert. Zwecks Erklärung von Handlungswahlen kann auf vier Akteurmodelle zurückgegriffen werden: den Homo Sociologicus, Homo Oeconomicus, den »emotional man« und den Identitätsbehaupter (Schimank 2010: 45). Der erste Akteurstyp, der Homo Sociologicus, modelliert sein Handeln an Normen, die insofern einen Zwang ausüben, als dieser dem Kontext bzw. der Situation entsprechend handelt. Der zweite Akteurstyp, der Homo Oeconomicus, sieht fokussiert die eigene Nutzenmaximierung sowie Aufwandminimierung. Das dritte Akteurmodell, der emotional man, handelt auf Basis emotional bewerteter Handlungswahlen. Beim vierten

⁸⁰ Jung (2004) zeigt am Beispiel kommunaler Sozialpolitik, dass aus dem Policy-Kern „(...) die Verpflichtung der Gemeinschaft [folgt], dem Einzelnen Hilfe in Notsituationen zu geben, ebenso wie das Subsidiaritätsprinzip und die Verpflichtung des Individuums, einen eigenen Beitrag zur Verbesserung der eigenen Situation zu leisten“ (ebd.: 23).

Akteurstyp, dem Identitätsbehaupter, wird das Streben nach Bestätigung seines Selbstbildes als Handlungsantrieb angenommen (Kron 2010; Schimank 2010). Bei der Umsetzung ihrer Intentionen geraten Akteure in eine der drei möglichen Konstellationen: Beobachten sie sich wechselseitig und passen sich entsprechend an, so spricht man von einer sog. Beobachtungskonstellation. Versuchen sie die Beobachtungskonstellation zu nutzen, um das Handeln anderer Akteure mittels Geld, Gewalt, Macht o.ä. zu beeinflussen, so liegt eine Beeinflussungskonstellation vor. Wird von den Akteuren angestrebt, aus der Beeinflussungskonstellation heraus bindende Vereinbarungen zu treffen, dann handelt es sich um eine Verhandlungskonstellation. Durch handelndes Zusammenwirken von Akteuren innerhalb der genannten Konstellationen werden neue Strukturen produziert: Schimank unterscheidet zunächst zwischen Deutungs-, Erwartungs- und Konstellationsstrukturen. Während die Konstellationsstrukturen die Art des Zueinandergestellt-Seins beschreiben, die sich v.a. in einer hierarchischen Ordnung widerspiegeln, basieren die Deutungsstrukturen auf gemeinsam geteilten kulturellen Leitideen, z.B. in Form von Wertvorstellungen oder teilsystemischen Handlungslogiken und deuten somit den Akteuren eine Richtung an, in die sie ihr Wollen ausrichten sollen. Demgegenüber richtet sich das Handeln innerhalb der Erwartungsstrukturen nach sozialen Regelungen informeller, formalisierter, institutionalisierter oder rechtlicher Art, die für die Akteure festlegen, mit welchen Konsequenzen sie im Falle eines bestimmten Handelns zu rechnen haben (Kron 2010: 17-33).

Basierend auf den bisherigen Ausführungen lässt sich als Handlungsbegriff Folgendes festhalten: Handeln im politischen Kontext richtet sich darauf, allgemeinverbindliche Entscheidungen vorzubereiten, zu treffen, durchzusetzen und zu rechtfertigen. Es wird vom politischen Kontext beeinflusst und kann durch diesen determiniert werden. Zwischen Handeln und Strukturen als Teil des politischen Systems besteht insofern eine Wechselwirkung, als „[w]ir (...) es einerseits mit handlungsfähigen Akteuren (...), andererseits mit (...) Strukturen zu tun [haben], die die Akteure in ihrem Handeln prägen“ (Kron 2010: 33). Um untersuchen zu können, warum politische Akteure in bestimmter Weise handeln, welchen Einflüssen sie dabei unterliegen und welche Strukturen sie durch ihr Handeln (re-)produzieren, ist die Betrachtung aller drei Dimensionen des Handelns – der motivationalen (Handlungsantriebe und Handlungswahlen), relationalen (Zusammenhandeln von Akteuren) und systemischen (Eigenleben und Rationalitäten von Systemen) Dimension – aufschlussreich, wobei die motivationale und systemische Dimension in Beziehung zueinander gesetzt werden sollten. Hierfür können die Überlegungen von Mead (1983) umgesetzt werden, der ausgehend von

einem Phasenmodell des Handelns⁸¹ auf die Zeitlichkeit und Reflexivität des Handelns hinweist. Ich folge seiner Auffassung, dass unterschiedliche Zeitperspektiven dem Handeln von Individuen inhärent sind:

Die Erfahrungen derselben Individuen beinhalten für jedes einzelne eine verschiedene Ereignisabfolge, insofern jedes Individuum einer Welt gegenübersteht, in der Objekte Handlungsentwürfe sind. Am einfachsten kann man dies an zwei Personen illustrieren, die sich einem vorbeifahrenden Auto nähern. Für den einen ist es ein sich bewegendes Objekt, das er passiert haben wird, bevor er jene Straßensstelle erreicht, an der sich die Wege beider treffen. Der andere hingegen sieht ein Objekt, das diesen Treffpunkt passiert haben wird, bevor er ihn erreicht. Jeder von ihnen gliedert die Welt vom Standpunkt eines anderen Zeitsystems aus. Objekte, die auf tausenderlei Weise für beide Individuen identisch sind, sind dennoch dadurch, daß sie auf verschiedenen raumzeitlichen Ebenen liegen, die ganz bestimmte Ereignisfolgen involvieren, fundamental voneinander unterschieden. Wenn wir die zeitliche Dimension eliminieren und alle Ereignisse auf einen zeitlosen Augenblick reduzieren, dann geht die Individualität dieser Objekte, die ihnen im Verhalten zukommt, verloren, es sei denn, sie repräsentieren die Resultate vergangenen Verhaltens. (Mead 1987: 309f).

Handlungsimpulse bzw. -antriebe verstehe ich als verschiedene Zeitperspektiven von Akteuren, die auf ein identisches Objekt bzw. einen identischen Handlungsentwurf gerichtet sind, während Handlungsorientierungen implizieren, dass zeitliche Perspektiven von mehreren Akteuren aufeinander bezogen und miteinander abgestimmt werden. Die Voraussetzung ist dabei, dass ein gemeinsames (soziales) Objekt als gemeinsames Handlungsziel existiert. Die Beziehung zwischen Handlungsorientierungen und Handlungsantrieben ist insofern wechselseitig, als von handelnden Individuen eine kontinuierliche Revision und konstruktive Erzeugung des zu verfolgenden Kurses zu leisten ist (Schubert 2003: 57).

Wird die Dreidimensionalität (motivationale, relationale und systemische Dimension), Reflexivität und Zeitlichkeit des Handelns vor dem Hintergrund der Prägungskraft von Strukturen beleuchtet, so ist es sinnvoll, den Begriff des politischen Systems als analytisches Konstrukt heranzuziehen: Dieses besteht aus „Subsystemen/Akteuren, Prozessen, Systemebenen, Strukturen (einschließlich Sinnstrukturen wie der politischen Kultur), Normen und Regeln und den zwischen diesen bestehenden Beziehungen sowie den jeweiligen Beziehungen zur Umwelt“ (Czerwick 2011: 289) und unterliegt dabei ständigen Veränderungen (Evolution), die von der Umwelt angestoßen werden oder systemintern bedingt sind. So gesehen ließe sich politisches Handeln weiter differenzieren bzw. eingrenzen, was nachfolgend anhand von zwei Komponenten (Prozesse und Akteure) geschehen soll.

⁸¹ Nach George Herbert Mead ist das individuelle Handeln stets an das Soziale gebunden, da das Individuum seinen Ursprung in der Gesellschaft hat und verläuft in fünf Phasen: 1. Handlungsimpuls, 2. Aktive Wahrnehmung, 3. Manipulation, 4. Rückkopplung und 5. Vollendung (Schubert 2003: 56f).

4.1.1 Handeln in Politikprozessen am Beispiel der Politikimplementierung

Der Gedanke, öffentliche Politik als Prozess zu betrachten, hängt eng mit der Fokussierung des menschlichen und dementsprechend auch politischen Handelns im Rahmen des Pragmatismus und Pluralismus⁸² zusammen. Die temporale Differenzierung einer öffentlichen Politik (Schneider 2003: 116) wurde von Lasswell (1956) in Form eines Konzepts des Policy-Making umgesetzt, auf dem alle weiteren Stufenmodelle (Brewer 1974; Anderson 1975; Mayntz 1977; Jenkins 1978 und May; Wildavsky 1978) basieren (Jann; Wegrich 2003: 77; Blum; Schubert 2009: 103). In seinem Phasenmodell geht Lasswell von sieben sequenziellen Phasen eines politischen Prozesses aus: intelligence (Sammlung und Verarbeitung von Wissen), promotion (Förderung und Unterstützung ausgewählter Alternativen), prescription (Entscheidung für eine Politik), invocation (Durchsetzung der gewählten Politik), application (Anwendung durch die Verwaltung), termination (Beendigung des Prozesses) und appraisal (Bewertung entlang der ursprünglichen Zielsetzungen) (Lasswell 1956; Jann; Wegrich 2003; Blum; Schubert 2009). Jann (1981) und Wegrich (Jann; Wegrich 2003) modifizierten das Konzept Lasswells, indem sie den Ablauf des politischen Prozesses aus folgendem Grund als Policy-Cycle verstehen:

Policy-Prozesse weisen eher selten eindeutige Anfänge und Abschlüsse auf. Zum anderen wird auch deutlich, dass selbstverständlich auch ohne systematische Evaluation Policies »schon immer« überprüft, kontrolliert und verändert – gelegentlich sogar abgeschafft – wurden. Policies, Politikinhalt werden ständig formuliert, durchgeführt, evaluiert und verändert, allerdings in einem vielfältig verflochtenen, nicht eindeutig abgrenzbaren und durchschaubarem Prozess, der prinzipiell nie abgeschlossen ist. (Jann; Wegrich 2003: 31)

Darüber hinaus schlugen Jann und Wegrich eine Vierteilung des politischen Prozesses vor (Blum; Schubert 2003: 103), und zwar: Problemwahrnehmung und Agenda Setting, Politikformulierung und Entscheidungsfindung, Politikimplementierung sowie Evaluierung.

⁸² Der Pragmatismus wurde um die Wende zum 20. Jahrhundert in den USA entwickelt. Als seine Begründer gelten William James, Charles Sanders Peirce und John Dewey. Im Zentrum dieser philosophischen Strömung rücken die praktischen, inhaltlichen Folgen menschlichen Handelns in den Mittelpunkt. Es wird danach gefragt, welche Wirkung und welchen Nutzen unterschiedlichen Handlungen bewirken. Der Pluralismus wurde 1917 von Harold Laski entwickelt. Das pluralistische Weltbild sieht die Wirklichkeit als unübersehbare Vielfalt von Dingen, Eigenschaften und Erfahrungen: Es wird davon ausgegangen, dass die Welt gestaltbar, veränderungs- und verbesserungsfähig ist (Blum; Schubert 2009: 17ff).

Im Folgenden wird auf die Phase der Politikimplementierung näher eingegangen, da ausschließlich diese relevant für die vorliegende Arbeit ist.

Obwohl die Phase der Politikimplementierung eine zentrale Bedeutung im politischen Prozess innehat⁸³, weil „politische Absichten in messbare Taten umgesetzt werden“, (Blum; Schubert 2003: 123), wurde sie erst ab den 1970er Jahren als eigenständige Phase konzipiert und im Rahmen mehrerer Studien (Pressman; Wildavsky 1973; Bardach 1977; Mayntz 1980; 1983; Wollmann 1980; Windhoff-Héritier 1980; Hohgräwe 1992; Böhret et al. 1982; Nägele 1996) untersucht (Jann; Wegrich 2003: 95). Obwohl anfänglich entweder die Top-down- oder die Bottom-up-Perspektive fokussiert wurde, wurde schon bald erkannt, dass die Umsetzungsergebnisse nur durch den Einbezug beider Perspektiven vollständig beschrieben und erklärt werden können. Während mit der Top-down-Perspektive Antworten auf die Frage gefunden werden können, an welcher Stelle verwaltungsinterner Prozesse es zu Abweichungen von ursprünglichen politischen Zielen gekommen ist, fokussiert der Bottom-up-Ansatz die Umsetzungsprozesse auf den unteren Ebenen⁸⁴ und die teils informellen Interaktionen und Akteursnetzwerke auf verschiedenen Ausführungsebenen (ebd.: 124).

Durch die Kombination beider Perspektiven konnten einige Faktoren ermittelt werden, die eine Implementierung negativ bzw. positiv beeinflussen können. Als erster Faktor ist die Hierarchie zu nennen. Laut der Principal-Agent-Theorie (Jensen; Meckling 1976) führt die Delegation des Handelns an untere Ebenen zu einem Principal-Agent-Dilemma, das in einer Informationsasymmetrie zum Ausdruck kommt. Darüber hinaus verfolgt die vom Gesetzgeber (Principal) mit der Umsetzung eines Programms beauftragte Verwaltung (Agent) eigene Interessen, hat ihre eigenen Vorstellungen bzgl. der Implementierung und ist durchaus in der Lage, das Implementierungsergebnis wesentlich zu verändern (ebd.: 125). Als weiterer Faktor sind die Steuerungsinstrumente zu nennen. Je nachdem ob Regulierung, Finanzierung, Strukturierung oder Überzeu-

⁸³ Dies ist vor allem der bahnbrechenden Studie von Pressman und Wildavsky (1973) zur Implementierung sozialpolitischer Programme in den USA zu verdanken, die den berühmten Untertitel trägt „How Great Expectations in Washington are Dashed in Oakland; Or Why it's Amazing that Federal Programs Work at all“. In dieser Studie wurde deutlich, dass die Implementierungsphase die wichtigste des politischen Prozesses ist, in der sich entscheidet, wie erfolgreich ein Programm werden kann, und in der kontroverse politische Entscheidungen überhaupt erst getroffen oder konkretisiert werden müssen (Bogumil; Jann 2009: 173f).

⁸⁴ Nach dem „Street-Level-Bureaucracy“-Konzept von Lipsky (1980) ist die Berücksichtigung der Ausführungen auf den unteren Ebenen besonders relevant für das Verständnis von Umsetzungsergebnissen: „Policy Implementation in the end comes down to the people who actually implement it“ (Blum; Schubert 2009: 124).

gung⁸⁵ als Instrument gewählt wird, ist mit unterschiedlichen Wirkungen zu rechnen. Wird bspw. die Finanzierung gewählt, was in der Kulturförderung oft der Fall ist, so kann dies zu einem Kosten-Nutzen-Kalkül bei betroffenen Akteuren führen (ebd.: 88). Diesbezüglich konstatieren Blum; Schubert: „Insgesamt zeigt sich, dass äußerst viele Faktoren Einfluss auf die Implementierungsphase haben *können* [Hervorhebung im Original], welche es jedoch tatsächlich tun, gilt es für diese Phase des Policy-Cycle herauszufinden“ (Blum; Schubert 2009: 125). Dieser empirisch schwer fassbare Faktorenkomplex illustriert beispielhaft die Problematik, die mit der Beforschung von Politikprozessen verbunden ist: „Der politische Prozess bleibt trotz aller Versuche, ihn als Folge rationaler Überlegungen oder Entwicklungen entsprechender Akteure zu konzeptualisieren, rätselhaft“ (Gellner; Hammer 2010: 12).

Im Unterschied zum Policy-Cycle betont die systemtheoretische Betrachtung des politischen Prozesses die Kausalität von vier Teilprozessen, fragt vordergründig nach den Outputs der einzelnen Prozessphasen und blendet die Akteure sowie Interaktionen zwischen ihnen völlig aus (Easton 1957; 1965b; 1966a; Parsons 1959): Damit bleibt der politische Prozess jedoch weiterhin rätselhaft und es ist die Frage, ob er überhaupt zu enträtseln ist, denn je nach Politikfeld und Policy (Gesetz, Budget, Verordnung, Regierungserklärung, Plan oder Programm) sind die einzelnen Phasen des politischen Prozesses unterschiedlich ausgestaltet. Beschränkt man sich also auf die Untersuchung einer Phase, so kann kein Anspruch auf Verallgemeinerung der gewonnenen Ergebnisse erhoben werden. Ich plädiere daher für eine zwischen den beiden Ansätzen vermittelnde Analyseperspektive, die die intermediäre Ebene zu rekonstruieren versucht und den Output der Implementierungsphase als Ergebnis der Wechselwirkung zwischen der Umsetzung einer politischen Entscheidung und ihren Strukturen sieht. Als intermediäre Ebene bezeichne ich ähnlich wie Schimank und Glagow (1986) die Strukturen des politischen Systems, verstehe darunter allerdings nicht „spezifische Rationalitäten der politischen Entscheidungsproduktion“ (ebd.: 1986: 5), sondern Regeln, Normen, Rollen, Verbindungen, Akteursinteraktionen, Prozesse, Systemebenen und Verhaltenserwartungen (Czerwick 2011: 290).

⁸⁵ Als „Regulierung“ sind die bürokratisch-rechtlichen Kompensations- und Steuerungsleistungen des Staates zu verstehen. Mit „Finanzierung“ sind staatliche Anreize (Einnahmen und Ausgaben) gemeint, um eine bestimmte Lenkungswirkung zu erzielen. Die „Strukturierung“ bezeichnet staatliche Maßnahmen, mit denen die Adressaten über die Bereitstellung von sog. sozialen Verhaltensarrangements beeinflusst werden sollen. Die „Überzeugung“ bezieht sich auf das aktive Bemühen seitens des Staates, andere Akteure dazu zu bewegen, eine bestimmte Meinung oder Absicht zu teilen (Blum; Schubert 2009: 82-89; Braun; Giraud 2003: 147-156).

4.1.2 Organisatorische und funktionelle Vielfalt von politischen Akteuren

Akteure in sozialwissenschaftlichen Analysen zu fokussieren, wurde in den 1980er Jahren sowohl von handlungs- als auch von systemorientierten Ansätzen aufgegriffen (Schneider 2003: 107; Nolte 1999: 93) und hat u.a. dazu geführt, dass die auf die Mikro-, Meso- und Makroebene ausgerichteten Analysen summarisch als akteurzentriert bezeichnet werden (Schneider; Janning 2006: 84), auch wenn sie sich vordergründig auf handlungsorientierte Theorien beziehen. Innerhalb akteurzentrierter Ansätze wurde die Forderung formuliert, dass „öffentliche Politik nicht mehr als Entscheidung eines singulären Akteurs (des Staates, des Gesetzgebers oder der Regierung) betrachtet wird, sondern aus der *Interaktion vieler Akteure* [Hervorhebung im Original] rekonstruiert werden muss“ (Schneider 2003: 107).

Dazu wurden zunächst die Akteure als Handlungseinheiten definiert, „die in die Formulierung und Umsetzung einer öffentlichen Politik involviert sind“ (ebd.: 109). Während die Involviertheit auf die Arbeitsteilung hindeutet, sollen zunächst die Handlungseinheiten definiert werden. Laut Typologie von Scharpf (Scharpf 2000: 95-107) handeln in politischen Prozessen individuelle und komplexe Akteure. Komplexe Akteure werden wiederum unterschieden in kollektive und korporative Akteure (Colemann 1979; Vanberg 1982; Scharpf 2000). Während kollektive Akteure aus eigenem Interesse handeln und dabei in unterschiedlicher Weise organisiert sein können (z.B. Bewegungen und Verbände), legen korporative Akteure ihre Ressourcen zusammen, um ihre Interessen als überindividuelle Rechtsperson durchzusetzen (z.B. Gewerkschaften, Parteien und öffentliche Organisationen wie Regierung und Verwaltung) (Schneider 2003: 109). Die Kategorisierung der Akteure bedeutet keinesfalls, dass diese als getrennt handelnde Einheiten der öffentlichen Politik zu betrachten sind. Zwischen ihnen bestehen Interaktionen, die je nach meta- und wissenschaftstheoretischer Einordnung als Akteurskonstellationen (Interessen- und Konfliktstrukturen sowie Tauschzusammenhänge) oder Netzwerke⁸⁶ (Beziehungsnetze) beschrieben und analysiert werden können (Schneider 2003: 107-141; Schneider 2009: 10). Damit kann sowohl die Mikro- als auch die Meso- und Makroebene der öffentlichen Politik erschlossen werden:

Es geht im Wesentlichen darum, Politikbereiche nicht nur aus der Akteurperspektive zu analysieren, sondern zu verstehen, wie übergreifende Politikstrukturen politische Problembearbeitungsprozesse ermöglichen, die sich durch die Interaktion multipler Policy-Akteure ergeben. (Schneider; Janning 2006: 157)

⁸⁶ Ausführlich zum Netzwerkbezug siehe Kapitel 4.2.

Neben der Organisationsvielfalt der Akteure spielt der Grad ihrer Involviertheit in die Produktion öffentlicher Politik eine Rolle, der von mehreren Theorien unterschiedlich ausgelegt wird.

Tauschtheorien gehen davon aus, dass diejenigen als Akteure einer öffentlichen Politik anzusehen sind, die

Leistungen erzeugen bzw. Ressourcen bereitstellen, die zur Produktion einer bestimmten öffentlichen Politik nötig bzw. vorteilhaft sind. (ebd.: 113)

In den moderneren tauschtheoretischen Varianten wie der von Laumann und Knoke (1987) wird die Wahrnehmung von Akteuren hervorgehoben:

Akteure halten sich offenbar dann gegenseitig für relevant, wenn in ihrer Perzeption die Ressourcen und Machtpositionen der anderen Akteure direkt und indirekt wichtig für die Formulierung und Umsetzung einer bestimmten Politik sind. (Schneider 2003: 114)

Im Gegensatz dazu gehen Institutionalisten davon aus, dass Akteure Positionen einnehmen, die ihnen von der institutionellen Struktur eines politischen Systems vorgegeben werden. Werden tauschtheoretische Auffassungen mit den institutionalistischen kombiniert, so kann von drei Akteurstypen ausgegangen werden, die eine wichtige Rolle in politischen Prozessen spielen. Dies sind:

- Akteure, die sowohl eine funktionelle als auch institutionelle Position im Politikprozess haben (bspw. Parlamente, Regierungen und Regierungsparteien).
- Des Weiteren handelt es sich um Akteure, die einen wichtigen funktionellen Beitrag bei der Politikproduktion leisten, aber keine institutionelle Position haben (z.B. Verbände und Großunternehmen).
- Darüber hinaus sind dies Akteure, die zwar mit ihrer Funktion keinen substantiellen Beitrag bei der Politikproduktion leisten, aber über eine institutionelle Einflussposition verfügen (bspw. Oppositionsparteien) (ebd.: 115).

Als Vertreter der lerntheoretischen Ansätze plädiert Sabatier (neben den beteiligten) auch für die Berücksichtigung von latenten Akteuren in der Politikproduktion (bspw. Umwelt- und/oder Verbraucherverbände), die bei der Auseinandersetzung mit einem Policy-Problem „eingreifen würden, wenn sie ausreichend Informationen hätten“ (Sabatier 1993: 126).

Im Gegensatz zu den bisher genannten akteurzentrierten Ansätzen beschäftigen sich sowohl die soziologischen als auch die politischen Systemtheorien kaum mit der Akteurskategorie (Czerwick 2011: 46), obwohl sie davon ausgehen, dass das Verhältnis von System und Akteur von konstitutiver Bedeutung sei. Bis auf einige wenige Ausnahmen wurde darauf bisher weder theoretisch noch empirisch näher eingegangen (ebd.: 60). Als eine der wenigen Ausnahmen sei die Theorie sozialer Differenzierung von Renate Mayntz (1988) genannt, in der Akteure als wichtige Variable der Innendiffe-

renzung gesellschaftlicher Teilsysteme⁸⁷ postuliert werden. Die in funktionellen Teilsystemen⁸⁸ agierenden Akteure werden als sozial Handelnde aufgefasst, nicht nur als Organisationsnetzwerke betrachtet, sondern auch nach Art und Ausmaß der unorganisierten Gruppenbildung klassifiziert: „Zu einem Teilsystem gehörende Akteure können auch als unorganisierte Berufsgruppe, als amorphes Klientel oder als verzweigtes Netzwerk nur informell verknüpfter Zirkel und Grüppchen existieren“ (Mayntz 1997: 51). Individuelle Akteure können durch die Ausübung verschiedener Rollen in verschiedenen Teilsystemen handeln und somit über mehrere Systemsprachen verfügen. Dabei nehmen sie die spezifischen Sinn Grenzen (Normen) innerhalb und außerhalb der Teilsysteme wahr und setzen diese kognitiv in Form von sog. Handlungslogiken bzw. -rationalitäten um.

Trotz zahlreicher akteurzentrierter Modelle bleibt die empirische Betrachtung des Verhältnisses zwischen System und Akteur defizitär (Czerwick 2011: 61), was ich vor allem darin begründet sehe, dass entweder Akteure und die Interaktionen zwischen ihnen, oder aber Akteure und ihr Handeln getrennt voneinander fokussiert werden. Eine Möglichkeit, die Wechselwirkung zwischen Akteuren, Handeln und Interaktionen konzeptionell einzuholen, sehe ich in dem systemtheoretisch begründeten Ebenenkonzept von Czerwick⁸⁹ (2011), das Strukturen und Akteure integriert:

Um das Verhältnis zwischen dem politischen System und seinen Akteuren zu bestimmen, muss man (...) davon ausgehen, dass die Akteure auf das politische System und seine Funktionen ausgerichtet sind und vom politischen System beeinflusst werden. (ebd.: 62)

Durch die Ausübung von Rollen, die ihnen im politischen Entscheidungsprozess zugewiesen und von ihnen übernommen werden, können die in den einzelnen Phasen des politischen Prozesses handelnden Akteure eingegrenzt werden. Politische Rollen bilden einen Rahmen, der einerseits bestimmt, wie Akteure in politischen Situationen systemgerecht handeln sollen bzw. müssen und andererseits festlegt, wie sie mit- bzw. gegeneinander handeln können. Obwohl der Rahmen vom politischen System vorgegeben wird, variiert er von Akteur zu Akteur, da seine Handlungschancen und -restriktionen unterschiedlich ausgeprägt sind. Auch kann dieser sich im Laufe der Zeit

⁸⁷ Zur Politik als gesellschaftliches Teilsystem siehe Kapitel 4.2.

⁸⁸ Diese werden laut Mayntz durch einen speziellen Sinn konstituiert, „der auf der normativ-kognitiven Ebene als besondere Handlungslogik oder Handlungsrationalität“ (Mayntz 1997: 45) und auf der Handlungsebene als reale soziale Phänomene (Tätigkeiten, Rollen, Organisationen, Institutionenkomplexe) identifiziert werden kann. Was allerdings als Konstitutionskriterium zu gelten hat, wird offen gelassen und muss empirisch herausgearbeitet werden.

⁸⁹ Ausführlich dazu im Kapitel 4.2.1.

verändern, was zur Modifizierung und/oder Herausbildung von neuen Rollen führt. Neben dem Einfluss des politischen Systems unterliegen Akteure

(...) zugleich auch Einflüssen aus der Umwelt des politischen Systems sowie der Dynamik ihrer eigenen Interaktionen. Von daher entwickeln sich sowohl das politische System als auch die politischen Akteure immer auch (in welchem Ausmaß lässt sich nur empirisch beantworten) unabhängig voneinander. Allerdings, und dies schränkt die Unabhängigkeit ein, nehmen das politische System und seine Akteure dabei zugleich ständig aufeinander Bezug. (ebd.)

Als politische Akteure seien dabei nur diejenigen zu bezeichnen, die innerhalb des politischen Systems handeln und durch das politische System sozialisiert sind, „also in ihren Handlungsmöglichkeiten auf das und durch das System geprägt sind“ (ebd.: 54). Ihr Handeln umfasst dabei, wie in den Kapiteln 4.1 und 4.2 dargelegt, motivationale, relationale und systemische Komponenten und ist darüber hinaus in seiner Zeitlichkeit und Reflexivität zu erfassen.

4.2 Politisches System und seine Strukturen

Der Begriff des politischen Systems ist viel zu komplex, als dass es angebracht wäre, ihn auf eine einheitliche Bedeutung zu reduzieren. Sinnvoller ist es, den Begriff möglichst genau in seinen verschiedenen Dimensionen zu beschreiben, um ihn für die Erklärung von politischen Entscheidungen nutzen zu können. (Czerwick: 2011: 39)

Geht man von Politik als System aus, so bedeutet dies zunächst, dass „Politik einen separierbaren Bereich des gesellschaftlichen Lebens darstellt, der über Eigenschaften verfügt, die sich deutlich von anderen gesellschaftlichen Lebensbereichen abgrenzen lassen“ (Czerwick 2011: 39). Diese Vorstellung basiert auf den Vorarbeiten Max Webers zum Prozess der funktionalen Ausdifferenzierung in den modernen Gesellschaften sowie auf Niklas Luhmanns Systemtheorie der Gesellschaft, in der Politik ein Teilsystem neben anderen ungleichartigen Teilsystemen wie Wirtschaft, Recht, Militär, Kunst, Religion, Wissenschaft, Journalismus, Bildung, Gesundheit, Sport und Intimbeziehungen darstellt (ebd. sowie Schimank 2013: 38).

Ungleichartig sind diese Teilsysteme in dem Sinne, dass es in jedem von ihnen um gänzlich andere, in keinem der je anderen Teilsysteme im Zentrum stehende Belange geht. (...) Anders gesagt: Der differenzierungstheoretische Blick entschlüsselt die moderne Gesellschaft im Ausgang von der Sachdimension: von der Verschiedenartigkeit der Aktivitäten und der dahinter stehenden, die Akteure bewegenden Belange (Schimank 2013: 38).

Während die Verschiedenartigkeit der Aktivitäten in der Arbeitsteilung begründet ist, sind die dahinter stehenden Belange als sog. evaluative Deutungsstrukturen zu bezeichnen, „die einem Akteur sagen, was in einer Situation erstrebenswert bzw. nicht erstrebenswert ist“ (vgl. ebd. 39). Die Idee der evaluativen Deutungsstrukturen wurde bereits 1988 von Mayntz als „spezieller Sinn“ verbalisiert:

Funktionelle Teilsysteme lassen sich als gesellschaftsweit institutionalisierte funktionspezifische Handlungszusammenhänge definieren. Ihr Konstitutionskriterium ist ein spezieller Sinn, der auf der normativ-kognitiven Ebene als besondere Handlungslogik oder Handlungsrationalität und auf der Handlungsebene als eine besondere Tätigkeit identifizierbar ist. (Mayntz: 1997: 44)

Wenn politische Systeme empirisch beschrieben werden sollen, muss also davon ausgegangen werden, dass diese eine eigene Realität repräsentieren, d.h. eine Reihe von spezifischen Eigenschaften aufweisen, die nur sie besitzen. Dazu zählen Regeln, Normen, Rollen, Verbindungen, Akteursinteraktionen, Prozesse, Systemebenen und Verhaltenserwartungen (Czerwick 2011: 290), die je nach Politikfeld und Phase des politischen Prozesses unterschiedlich zusammengesetzte Strukturen bilden können, die das Verhalten von Akteuren beeinflussen.

Es ist deshalb notwendig zwischen dem System und seiner Struktur zu unterscheiden, wobei das System im systemtheoretischen Denken der Struktur vorausgeht und insofern analytisch Vorrang genießt. Es muss aber auch betont werden, dass das politische System weder das Resultat seiner Struktur ist, noch dass es aus seiner Struktur hervorgeht, sondern die Struktur liefert nur eine Beschreibung seiner Besonderheiten als politisches System. Insofern lassen sich System und Struktur natürlich auch nicht voneinander trennen. (ebd.: 46)

Ausgehend von der Annahme, dass nicht nur jedes politische System, sondern auch jede Phase des politischen Prozesses eine typische Struktur hat (ebd.: 137), werden im Folgenden die Systemebenen und Akteursinteraktionen als die für die vorliegende Untersuchung besonders relevanten strukturellen Merkmale der Implementierungsphase näher beleuchtet.

4.2.1 Ebenen des politischen Systems als Faktoren der äußeren und inneren Ausdifferenzierung

In seinen auf politischen Systemtheorien basierenden Ausführungen zum politischen System konzeptualisiert Czerwick (2011) drei Ebenen, denen eine zentrale Bedeutung in Untersuchungen zusteht: die Analyse-, Entscheidungs- und Interaktionsebene. Unter dem Begriff der Analyseebene versteht Czerwick ein empirisches Werkzeug, mit dem sich „die Konstellationen aus Strukturen und Akteuren sowohl auf den einzelnen Subsystemebenen als auch zwischen ihnen“ (ebd.: 65) untersuchen und mit folgenden theoretischen Annahmen in Beziehung setzen lässt:

1. Je komplexer politische Systeme sind, über desto mehr Systemebenen verfügen sie und desto stärker sind die Systemebenen intern ausdifferenziert.
2. Jede Systemebene weist Merkmale auf, die sie von allen anderen Systemebenen unterscheidet. Jede von ihnen hat ihre eigenen, immer aber vom Gesamtsystem abgeleiteten und mit ihm zurückgekoppelten Spielregeln, Rationalitäten, Prinzipien, Verfahren, Ressourcen, Beobachtungsformen, Normen, Werte, Sprachen, Machtkonstellationen, Akteursnetzwerke, Sinn- und Relevanzkriterien, Rollen, Interaktionssysteme, Codes, Realitätskonstruktionen und Funktionen.
3. Unter dieser Voraussetzung werden das Verhalten politischer Systeme sowie ihre Eigenschaften vom Zusammenspiel dieser Faktoren innerhalb der Systemebenen beeinflusst.
4. Jede Systemebene wirkt auf das Verhalten der in ihrem Kontext agierenden individuellen und/oder komplexen politischen Akteure ein, ohne jedoch deren Verhalten determinieren zu können.
5. Die Ebenen des politischen Systems existieren nicht unabhängig voneinander, sondern zwischen ihnen bestehen Wechselbeziehungen, die entweder strukturell innerhalb des politischen Systems verankert und/oder über Akteursinteraktionen verlinkt sind.
6. Zwischen den verschiedenen Systemebenen besteht ein Komplexitätsgefälle. Danach ist die Komplexität umso geringer, je tiefer die Systemebene angesiedelt ist. »Tiefer« bedeutet hierbei, je enger die Systemebene mit der politischen Lebenswelt verbunden ist. (Czerwick 2011: 64)

Als Bestandteile des politischen Systems, die zu seiner gesellschaftlichen Funktion beitragen und parallel zur Gesellschaft einem Differenzierungsprozess unterliegen, gehören insgesamt sieben Systemebenen (Czerwick 2011: 64ff):

Erstens die „Ebene der politischen Lebenswelt“, welcher natürliche Personen zuzurechnen sind, die zwar keine formalisierten politischen Rollen ausüben, aber aufgrund ihrer aus der gesellschaftlichen Lebenswelt erwachsenen bzw. an den gesellschaftlichen Alltag zurückgebundenen Bedürfnissen, politischen Kenntnissen, Kommunikationen, Erfahrungen, Einstellungen und Überzeugungen Politik zum Gegenstand ihrer Kommunikation mit anderen Personen machen (ebd.).

Zweitens „einfache politische Interaktionssysteme“, auf der im Unterschied zu der untersten Ebene „soziale Einheiten“ agieren, z.B. in informellen Netzwerken oder Bürgerinitiativen, die „entweder formal oder informell nach Rollen strukturiert sind und über einen längeren Zeitraum hinweg existieren, ohne dass mit ihnen schon der Status der formalen Mitgliedschaft verbunden sein muss, wie dies bei politischen Organisationen der Fall ist“ (ebd.).

Drittens „Organisationen/Institutionen“, die auch als Subsysteme des politischen Systems bezeichnet werden, zu denen vor allem Parteien und Verbände gehören. Während die Interaktionssysteme der Akteure auf den Ebenen davor eher personalisiert waren, sind sie auf dieser Ebene stärker formal organisiert, ihre Handlungen müssen als Ergebnis organisatorischer Zwänge oder Möglichkeiten interpretiert werden, die im System begründet sind. (ebd.)

Viertens „nationale politische Subsysteme“, mit denen alle politischen Organisationen innerhalb eines Staates, also auch Staatsorgane, subsumiert werden. Da sich der politische Entscheidungsprozess auf dieser Ebene verdichtet und von den Akteuren ein Konsens angestrebt wird, sind die Interaktionen zwischen den Subsystemen sowie ihre Positionierungen im politischen System zentral. (ebd.)

Fünftens „nationale politische Systeme“, die sich aus den vier darunter liegenden Ebenen zusammensetzen, die im politischen System entsprechend ihrer Bedeutung für den Entscheidungsprozess positioniert sind. Ihre Strukturen und Regelungen gehen zum Teil aus nationalen Verfassungen hervor: Darin ist auch ihre Funk-

tion verankert, die in der Allgemeinverbindlichkeit der Entscheidungen und ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft liegt. (ebd.)

Sechstens „internationale politische Subsysteme“, die von komplexen politischen Akteuren (z.B. die EU und die NATO), Nichtregierungsorganisationen (z.B. Greenpeace), internationaler Regime (kooperative Institutionen, die Konflikte zwischen konkurrierenden Nationalstaaten bearbeiten (Müller 1993 in Czerwick 2011: 59) sowie politischen Friedens- und Konfliktkonstellationen (z.B. das System der Dritten Welt) gebildet werden, die Entscheidungen nach eigenen Regeln vorbereiten und treffen. Ihre Entscheidungen sollen zwar für die Ebene des weltpolitischen Systems allgemeinverbindlich sein: Diese kommen aber dort nur selten zustande. (ebd.)

Siebtens „weltpolitisches System“, das als komplexeste Systemebene gilt, auf der nur in Ausnahmesituationen allgemeinverbindliche Entscheidungen von Akteuren getroffen werden, die dort in geringer Anzahl agieren (z.B. die UNO) (ebd.).

Neben den sieben Systemebenen können noch sog. Zwischenebenen bzw. intermediäre Strukturen unterschieden werden, die zwar ihre Existenz den Systemebenen verdanken, sich diesen jedoch gegenüber verselbstständigt haben (ebd.). Sie können zwischen den sieben politischen Systemebenen vermitteln bzw. Übersetzungsaufgaben zwischen ihnen wahrnehmen. Gemeint sind sowohl korporative (z.B. die Föderalismuskommission, die zwischen Bund und Ländern vermittelt) als auch individuelle Akteure (z.B. ein Politiker, der aufgrund seiner Ämter zwischen unterschiedlichen Systemebenen vermittelt), die entweder früher oder später Teil eines politischen Subsystems werden, oder sich wieder auflösen und dem politischen System abhandenkommen.

Die Differenzierung des politischen Systems nach o.g. Systemebenen ermöglicht es nicht nur die Vielzahl von Strukturen, Prozessen, Handlungen und Akteuren deutlich voneinander zu unterscheiden, sondern auch die Beziehungen sowohl zwischen den Ebenen als auch innerhalb der jeweiligen Ebenen systematisch zu untersuchen (ebd.: 65). Da die politischen Systemtheorien allerdings keine Konzepte bieten, mit denen sich die Beziehungen untersuchen lassen, müssen sie sich intensiv mit Analysen auseinandersetzen, die Mehrebenenstrukturen fokussieren (ebd.: 67). Für die vorliegende Arbeit scheint die Anknüpfung an den Multi-Level Governance (MLG)-Ansatz von Gary Marks (1992), Marks et al. (1996) und Hooghe und Marks (2001) aus zwei Gründen besonders sinnvoll zu sein: Erstens hat die Umsetzung eines sprachpolitischen Programms wenig mit einer hierarchisch angelegten staatlichen Steuerung gemeinsam. Zweitens wird gerade die Förderung des Deutschen als Arbeitssprache in den EU-Institutionen ähnlich wie viele Politikfelder der EU, die aus ihrem sui generis Mehrebenencharakter hervorgehen, „nicht auf Regierungskonferenzen und (...) unter Augen der Öffentlichkeit fortgeschrieben, sondern in kleinen, scheinbar belanglosen Schritten hinter unserem Rücken erreicht“ (Knodt; Große Hüttmann 2006: 249, zitiert nach Jachtenfuchs/Kohler-Koch 2003:42). Zwar wird der MLG-Ansatz von Anfang an

kritisiert, weil er nicht viel mehr als ein eingängiges Bild biete: Gleichzeitig wird ihm aber ein großes Entwicklungspotenzial unterstellt, das noch nicht voll ausgeschöpft sei (ebd.: 239). Zentrale Prämissen des MLG-Ansatzes, der induktiv entwickelt und zunächst auf die Regionalpolitik der EU beschränkt war, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Im Modell der Multi-Level-Governance sind die Kompetenzen auf verschiedene Ebenen verteilt und werden von mehreren Akteuren ausgeübt – die mitgliedstaatlichen Regierungen spielen dabei (...) eine wichtige, aber nicht die alles entscheidende Rolle. Das Europäische Parlament, die Kommission und der Europäische Gerichtshof (EuGH) sind eigenständige Mitspieler in diesem Mehrebenensystem und keinesfalls nur die „Ausführungsgehilfen“ („agents“) der Mitgliedstaaten („principals“).

Das supranationale Entscheidungssystem bringt einen „signifikanten Verlust“ für die mitgliedstaatlichen Regierungen mit sich. Entscheidungen auf der Ebene des kleinsten gemeinsamen Nenners sind auf wenige Bereiche beschränkt, in denen Entscheidungen noch einstimmig gefällt werden. Bei einer wachsenden Zahl von Rechtsetzungsmaßnahmen gibt es – trotz der Versuche, einen Konsens zu finden – Mehrheitsentscheidungen und damit eindeutige Gewinner und Verlierer; Entscheidungen sind „Nullsummen“-Spiele, die zu schmerzlichen politischen „Niederlagen“ auch für große Mitgliedstaaten führen können.

Die politischen Entscheidungsebenen gelten als „interconnected“ und nicht als „nested“, das heißt, eine klare Trennung zwischen nationalen und supranationalen Entscheidungsebenen gibt es nicht; subnationale Akteure wie die Regionen und Länder operieren sowohl auf der europäischen wie auch auf der nationalen Ebene. (ebd.: 232f).

Während für die äußere Differenzierung die Unterscheidung der Systemebene von zentraler Bedeutung ist, ist bezogen auf den inneren Differenzierungsprozess die Unterscheidung zwischen der Interaktions- und Entscheidungsebene substantiell.

Während mit der Interaktionsebene Akteursbeziehungen in Form von Kompromiss- und Konsensbildungsprozessen auf den einzelnen Systemebenen und außerhalb von ihnen gemeint sind, umfasst die Entscheidungsebene sowohl strukturelle als auch normative Komponenten politischer Systeme, die aus den verfassungsrechtlichen oder vergleichbar verbindlichen⁹⁰ Vorgaben und Prinzipien hervorgehen. Als Konsequenz daraus ergibt sich auf der Entscheidungsebene eine grobe Arbeitsteilung, gemäß der „die oberen Entscheidungsebenen Aufgaben wie Information, Kommunikation, Steuerung, Bereitstellung von Ressourcen, Koordination, Kontrolle und Planung übernehmen (...), während „die unteren Ebenen die Aufgabe [haben], die lebensweltlich geprägten politischen und gesellschaftlichen Bedürfnisse, die besonders auf der kommunalen

⁹⁰ So hat z.B. die EU erst seit 2004 eine Verfassung, war aber schon davor als eine intermediäre Struktur anzusehen. Eine Grundlage hierfür war der Vertrag von Maastricht (1993), mit dem die Europäische Union aus der Zusammenführung der Europäischen Gemeinschaften, der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Zusammenarbeit in der Justiz und Innenpolitik entstanden ist (Diedrichs; Wessels 2002: 166-175).

Ebene zur Geltung kommen, zu artikulieren und zu aggregieren und zu den höheren Systemebenen zu transportieren“ (ebd.: 76).

Je nachdem, wie die Interaktions- und Entscheidungsprozesse verlaufen, werden unterschiedliche Verflechtungsformen zwischen den einzelnen Systemebenen gebildet. Eine „hierarchische Verflechtung“ liegt dann vor, wenn eine Systemebene mit einer darüber liegenden Ebene rechtlich eng verbunden ist⁹¹. Hingegen besteht eine „Sprungverflechtung“, wenn eine rechtlich bedingte Abhängigkeit fehlt und zwischen den Ebenen vordergründig Interaktionen stattfinden, die zu politischen Entscheidungen führen können, aber nicht müssen⁹². Eine „Punktverflechtung“ bezeichnet die Konstellation von gleichen Akteurstypen, die auf verschiedenen Entscheidungsebenen operieren⁹³, während eine „Querverflechtung“ dann vorliegt, wenn ein Akteur der höher liegenden mit einem der tiefer liegenden Systemebene in engem und auf längere Zeit angelegten Austausch zwecks einer gemeinsamen Entscheidungsfindung und Implementierung steht⁹⁴.

Während für Czerwick die Interaktions- und die Entscheidungsprozesse als Konstitutionskriterien der einzelnen Systemebenen gelten, ist es bei Mayntz (1997) ein „spezieller Sinn“, der zur Herausbildung von sog. „funktionellen Teilsystemen“ führt:

Funktionelle Teilsysteme lassen sich als gesellschaftsweit institutionalisierte, funktionsspezifische Handlungszusammenhänge definieren. Ihr Konstitutionskriterium ist ein spezieller Sinn, der auf der normativ-kognitiven Ebene als besondere Handlungslogik oder Handlungsrationalität und auf der Handlungsebene als eine besondere Tätigkeit identifizierbar ist. (Mayntz 1997: 18)

Innerhalb der funktionellen Teilsysteme unterscheidet sie drei Stufen der äußeren Ausdifferenzierung: die unterste Stufe als die der einzelnen Handlung, Handlungssituation oder Interaktion, die zweite als die, auf der spezielle Funktionsrollen existieren und die dritte, auf der spezialisierte größere soziale Gebilde auftreten, bei denen es sich oft um formale Organisationen handelt. Die äußere Ausdifferenzierung hat die innere zur Folge: Als wichtige Variable zur Kennzeichnung der Binnenstruktur von Funktionssystemen nennt Mayntz die Art und das Ausmaß der Gruppenbildung von sozial Handelnden. Statt von „Systemebenen“ (Czerwick 2011) oder „Teilsystemen“ (Mayntz 1997) spricht Sabatier (Sabatier 1993) von „Policy-Subsystemen“ und definiert diese als „ein Set von Akteuren, die sich mit einem Policy-Problem, wie beispielsweise der

⁹¹ Als Beispiel nennt Czerwick die Verflechtung zwischen der Bundes- und Landesebene in einem Politikfeld (Czerwick 2011: 77).

⁹² Z.B. die gemeinsame Durchführung einer politischen Aktion von Bürgerinitiativen auf kommunaler Ebene und einer Partei auf Bundesebene (ebd.).

⁹³ Z.B. Parlamente von Bund, Ländern und der EU (ebd.).

⁹⁴ Z.B. Austausch zwischen der Bundesregierung und mehreren Verbänden (ebd.).

Luftreinhaltepolitik, Programmen zur Förderung psychischer Gesundheit oder Energiepolitik auseinandersetzen“ (Sabatier 1993: 126). Um der theoretischen Zweckmäßigkeit willen entwickelt er ein analytisches Konzept, mit dem sich die Akteure zusammenfassen lassen und spricht von einer „Advocacy-Koalition“, innerhalb deren ein „belief system“ geteilt wird.

Für die Betrachtung der außenpolitischen Förderung von Deutsch als Fremdsprache am Beispiel des Programms *Europanetzwerk Deutsch* vor dem Hintergrund der äußeren und inneren Differenzierung ist ein detailliertes empirisches Werkzeug nötig, um der Vielschichtigkeit der dort herausgebildeten Struktur-Akteur-Konstellationen gerecht zu werden. Auf der Grundlage des Ebenenkonzepts von Czerwick können die an der Implementierung beteiligten Akteure zunächst den unterschiedlichen Systemebenen zugeordnet werden. Sind die Ebenen identifiziert, so können die innerhalb der Umsetzung des Programms vorhandenen Beziehungen zwischen ihnen bestimmt werden. Darüber hinaus müsste das Innenleben der miteinander verwobenen Systemebenen beleuchtet werden, wofür ich die drei Dimensionen des Handelns vorschlage. Da die motivationale und systemische Dimension bereits in den vorangegangenen Kapiteln dargestellt wurde, wird nachfolgend die relationale Dimension betrachtet.

4.2.2 Politiknetzwerke zwischen Beziehungs- und Systemstrukturen

Es liegt insbesondere am Metapherncharakter des Netzwerkbegriffs, dass dieser gewollte und ungewollte Assoziationen hervorruft (Brandes; Schneider 2009: 36). Allen Assoziationen⁹⁵ und Modellen gemeinsam ist allerdings die abstrakte Grundbedeutung des Netzwerks, die die Einbettung von Akteuren in ihre Beziehungsstrukturen anspricht und eine bedeutende Rolle bei der Erklärung und dem Verstehen staatlichen Handelns (Knill; Schäfer 2014: 195) spielt. Der Unterschied liegt im Fokus und in den daraus hervorgehenden Lesarten: Bezogen auf Politik unterscheiden Brandes und Schneider insgesamt sechs „Netzwerkbilder politischer Strukturen“, wovon drei die Beziehungen und drei das System fokussieren (Brandes; Schneider 2009: 37), die im Folgenden dargestellt werden. Die Konsequenz daraus ist, dass „[j]ede dieser Metaphern (...) mit einer oder mehreren Theorien [korrespondiert], die wiederum unterschiedliche Erklärungsebenen und -logiken bedingen“ (ebd.: 52). Trotz einer daraus resultierenden „babylonischen Unübersichtlichkeit, die unter anderem auf die Vermischung verschiedener Bedeutungsebenen des Netzwerkbegriffs zurückzuführen ist“ (ebd.), weist die netzwerkanalytische Perspektive eine Reihe von Vorteilen auf: „Beziehungsbilder“ können

⁹⁵ Politiknetzwerke werden in der politikwissenschaftlichen Literatur synonym auch als Policy-Netzwerke, Politikfeldnetzwerke oder Policy-Netze bezeichnet (Knill; Schäfer 2014: 189).

die vorteilhaften Effekte einer Netzwerkstruktur zwischen individuellen und/oder korporativen Akteuren in Form ihres sozialen Kapitals (Bourdieu 1983; Burt 1992; Jansen; Diaz-Bone 2014) darstellen, das aus ihren breiteren Handlungsmöglichkeiten und besserem Zugang zu Ressourcen (z.B. Geld, Information oder Unterstützung) folgt, oder auch die soziale Differenzierung verdeutlichen. Hingegen können „Systembilder“ unterschiedliche politische Performanz erklären, die anhand der Struktur des Interessenvermittlungs-, Steuerungs- oder Öko-Systems ermittelt wird. Diese Bilder sollen im Folgenden kurz vorgestellt werden, bevor im zweiten Schritt ihre Relevanz für die vorliegende Arbeit erörtert wird.

Den insgesamt drei Beziehungsbildern gemeinsam ist die Tatsache, „dass sie für die Gestalt der Gesamtnetze keine Begriffe haben“ (Brandes; Schneider 2009: 45) und Beziehungen als soziales Kapital betrachten (Jansen; Diaz-Bone 2014: 72). Die Thematisierung des sozialen Kapitals macht den Zusammenhang bzw. seine „Scharnierfunktion“ (ebd.) zwischen Handeln und Strukturen deutlich, in die politische Akteure eingebettet sind, denn

(...) [u]nter sozialem Kapital versteht man einen vorteilhaften Effekt der Netzwerkstruktur, der darin besteht, individuellen oder korporativen Akteuren breitere Handlungsmöglichkeiten oder Zugang zu Ressourcen zu eröffnen. (...) Ein weiterer vorteilhafter Effekt von Netzwerkstrukturen kann darin bestehen, dass ein Akteur mit einer zentralen Stellung in einem dichten Netzwerk mehr Einfluss auf andere ausüben kann als andere, die eine marginale Stellung innehaben. (...) Netzwerkstrukturen können auch nachteilige Effekte haben, zum Beispiel indem enge Netzwerke eher soziale Kontrolle auf einzelne Akteure ausüben und deren Handlungsfreiheiten einschränken. Bei diesem nachteiligen Effekt spricht man zu meist auch nicht mehr von sozialem Kapital – obwohl man diese ‚Kehrseite‘ des sozialen Kapitals berücksichtigen muss. (ebd.: 73)

Mit dem ersten Beziehungsbild – den Kontakten – sind gute und nützliche persönliche Beziehungen gemeint, zu denen u.a. flüchtiges persönliches Kennen, enge Freundschaftsbeziehungen, verwandtschaftliche Bande und geschäftliche Kooperation gezählt werden (Brandes; Schneider 2009: 37). In ihrer Studie zu politischen Prozessen sahen Laumann und Pappi (1976) gute Beziehungen als ein wichtiges Verfügungsmittel zur Gewinnung vertrauenswürdiger Informationen und Mobilisierung politischer Unterstützung (ebd.: 38). Doreian und Albert (1989) wiesen in ihrer Analyse politischer Prozesse in einem US-amerikanischen Bezirk auf den Zusammenhang zwischen guten Beziehungen und politischem Einfluss hin.

Anders als bei Kontakten werden beim zweiten Beziehungsbild – den Flüssen – mehrstufige Beziehungen fokussiert, die als ein System kommunizierender Röhren bezeichnet werden können, „(...) in denen sich ein spezifisches Gut verbreitet (Information, Energie oder irgendeine andere Ressource), das zwischen den Knoten übertragbar ist und manchmal über weite Strecken transportiert wird“ (ebd.: 39). Der Infor-

mationsaustausch als zentrale Vernetzungsdimension politischer Netzwerke wurde in mehreren Analysen (u.a. Deutsch 1963; Laumann; Pappi 1976; Laumann; Knoke 1987; Knoke et al. 1996; Coleman 1990) systematisch untersucht.

Als drittes und umfangreichstes Beziehungsbild sind sog. Wegenetze zu nennen, die als „Zugangspfade zu Entscheidungszentren bzw. zu politischen Arenen allgemein“ (Brandes; Schneider 2009: 41) definiert werden. Als Zugangspfade werden dabei persönliche und organisatorische Beziehungen zu politischen Entscheidungsgremien verstanden, für deren Nutzung ähnliche Einstellungen und/oder eine ähnliche geistige Orientierung (z.B. Religion oder Weltbild) förderlich sein können. Eine Kombination beider Aspekte findet sich in den Analysen von Carpenter et al. (1998; 2000), Zafonte und Sabatier (2004) sowie Weible und Sabatier (2005).

Im Gegensatz zu den Beziehungsbildern bieten insgesamt drei Systembilder ein Begriffsinstrumentarium, mit dem spezifische Strukturausprägungen der Gesamtnetze erfasst werden können.

Das erste Systembild – ein Vermittlungssystem – geht von einer Ausdifferenzierung des politischen Systems aus, das unterschiedliche, sich auf bestimmte Aufgaben spezialisierende Elemente hervorbringen kann (z.B. Akteure und Institutionen) (Brandes; Schneider 2009: 45). Darunter sind bspw. vier aus den Interessenvermittlungstheorien abgeleitete Makrokonfigurationen zu verstehen (Pluralismus, Etatismus, Staats- und Gesellschaftskorporatismus), die sich als unterschiedliche Netzwerkbilder darstellen lassen. Eine pluralistische Vermittlungsstruktur ist eine nicht vermittelnde Struktur, in der jeder politische Akteur mit jedem kommuniziert, interagiert und sich abstimmt, was einem Vollnetz entspricht. Unter Korporatismus wird die vermittelnde Beteiligung staatlich ausgewählter Interessengruppen an politischen Entscheidungsprozessen verstanden, die sich als Stern darstellen lässt. Brandes und Schneider (2009) nennen neben dem Pluralismus und (Staats-)Korporatismus zwei weitere Interessenvermittlungsstrukturen, und zwar den Etatismus und den Gesellschaftskorporatismus. Eine etatistische Systemstruktur ist eine vermittelnde Struktur, in der politische Akteure ihre Interessen gegenüber dem Staat direkt vertreten. Eine gesellschaftskorporatistische Systemstruktur mit intermediären Organisationen vermittelt unterschiedliche Gesellschaftssegmente, die gleichzeitig einen eigenen Verhandlungsverbund darstellen (Brandes; Schneider 2009: 45f; Blum; Schubert 2009: 57).

Das zweite Systembild – ein Steuerungssystem – basiert auf den Annahmen der Governance-Theorie, „wobei Governance als eine auf Institutionen basierende Koordinations- und Steuerungsstruktur begriffen wird, die für die involvierten Akteure unterschiedliche Anreiz- und Kontrollstrukturen bereitstellt“ (Brandes; Schneider 2009: 48).

Neben den Hauptsteuerungsformen Markt und Hierarchie werden Netzwerke als eine hybride Steuerungsform unterschieden: „Sie bilden Konfigurationen mit weitgehend autonomen Komponenten, die aber in selektiver Weise dauerhafte – häufig gegenseitige – Beziehungen eingehen, um beispielhafte gemeinsame Projekte zu koordinieren“ (Brandes; Schneider 2009: 48). In Studien, die die Struktur des Steuerungssystems untersucht haben (exemplarisch: Schneider und Kenis 1996; Benz 2002; Scharpf 1997), konnte die Abhängigkeit zwischen solchen Beziehungen und unterschiedlicher politischer Performanz aufgezeigt werden (z.B. Innovation und Stabilität).

Das dritte Systembild – ein Öko-System – stellt politische und soziale Zusammenhänge als integrierte, aber heterogene und multirelationale Mehrebenenstrukturen dar, die selbst wiederum Subsysteme bilden können (Brandes; Schneider 2009: 49ff):

Im Unterschied zu den beiden vorausgegangenen Bildern werden mit der Ökologie-Metapher jedoch keine spezifischen Formausprägungen verbunden, sondern eher makrostrukturelle Gestaltprinzipien in der Weise, dass es sich um komplexe Konfigurationen mit (1) Mehrebenenstrukturen, (2) heterogenen Komponenten, und (3) multiplexen Beziehungen handeln muss, die einen Zusammenhang trotz partieller Konflikte integrieren. (ebd.: 50)

Obwohl die Zahl von politikwissenschaftlichen Publikationen, die sich mit ökologischen Ansätzen auseinandersetzen, seit den 1990er Jahren kontinuierlich zugenommen hat (Lang 2009: 201), finden sich nur einige wenige Policy-Studien, die diese Analyseperspektive einnehmen. Grote (2008) zeigt in seiner Studie die ökologischen Beziehungen am Beispiel britischer Wirtschaftsverbände im Chemie-Sektor. Lang (2006) vergleicht die Verbandsökologien zwischen deutschem, britischem und spanischem Informations- und Kommunikationssektor. Einen möglichen Grund dafür, dass der ökologische Ansatz nur zögernd von Politikwissenschaftlern aufgenommen wurde, formulieren Lang et al. (2008):

Allein die Messung und Visualisierung dieses immer noch stark simplifizierten Verbände-Ökosystems macht deutlich, dass die traditionellen Ansätze der Verbände-forschung, die mit holzschnittartig vereinfachten Ordnungsvorstellungen operieren, der komplexen Realität moderner Gesellschaften nicht gerecht werden. (ebd.: zitiert nach Brandes; Schneider 2009: 51).

Auf der Grundlage der Ausführungen zur Differenzierung des politischen Systems nach sog. Systemebenen (vgl. Kap. 4.2.1) kann angenommen werden, dass die Perspektive der Systembilder fruchtbar für das Forschungsinteresse der vorliegenden Untersuchung sein könnte. Dafür spricht auch die Tatsache, dass Netzwerke in der Außenpolitik eher klein und geschlossen sind (Kevenhörster 2008: 334) und sich somit netzwerkanalytisch sehr gut erfassen lassen. Zudem kann damit die Kritik an Policy-Netzwerken als Erklärung für Politikergebnisse ausgeräumt werden:

Kritiker bemängeln, dass der Begriff Policy-Netzwerk oftmals nur metaphorisch verwendet und in vielen Policy-Netzwerkanalysen lediglich postuliert werde, dass eine Vielzahl von Akteuren in den Prozess der Politikgestaltung involviert sei; diese Strukturen würden jedoch beispielsweise mit Mitteln einer formalen Netzwerkanalyse nur selten untersucht. (...) Auch wird kritisiert, dass Studien mit dem Problem einer unüberschaubaren und analytisch schwer erfassbaren Zahl von Akteuren konfrontiert seien. (Knill; Schäfer 2014: 208)

4.3 Konzeptionelle Dimensionen des politischen Systems als Teil eines universellen Beschreibungs- und Erklärungsrahmens von Politik

Zwecks Beschreibung und Erklärung von Politik im konzeptionellen Rahmen einer universellen Perspektive schlägt Czerwick (2011: 83ff) zehn Dimensionen vor, die im Folgenden beschrieben und anschließend bezüglich ihrer Relevanz für die vorliegende Arbeit bewertet werden.

Als *politischen Prozess* definiert Czerwick in Anlehnung an die Modelle von Almond (Almond 1965), Easton (Easton 1957; 1965b; 1966a), Deutsch (Deutsch 1973; 1976) und Parsons (Parsons 1959) vier aufeinander bezogene Kausalprozesse, die dadurch in Gang gesetzt werden, dass das politische System auf die gesellschaftlichen Anforderungen der Umwelt eingeht. Dem „Input“⁹⁶ folgen politische Entscheidungen von am politischen Entscheidungsprozess beteiligten individuellen und korporativen Akteuren, die als „Konversion“ bzw. „Transformation“ bezeichnet werden. Innerhalb dieser Teilprozesse wird der Input aufgenommen und der „Output“ verarbeitet, der in Form von Gesetzen, Versprechungen von Maßnahmen zwecks Umsetzung gesellschaftlicher Forderungen, Inszenierung kontroverser Debatten zwischen konkurrierenden Parteien sowie sog. symbolischer Politik in Erscheinung tritt. Wird der Output von der gesellschaftlichen Umwelt wahrgenommen, so kommt es zu einer „Rückkopplung“, d.h. die Umwelt reagiert darauf entweder zustimmend, unterstützend, ablehnend oder indifferent und gibt dem politischen System damit die Möglichkeit, politische Korrekturen vorzunehmen und aus Fehlern zu lernen. Als fünfter Kausalprozess, der nicht auf die gesellschaftlichen Anforderungen gerichtet ist, und deswegen aus dem kausalen Zusammenhang der vier Teilprozesse ausgegliedert wird, ist der sog. „Withinput“, innerhalb dessen die Stärkung der relativen Autonomie des politischen Systems gegenüber anderen Teilsystemen, die Erhöhung seiner Leistungsfähigkeit oder die Verbesserung des gesellschaftlichen Status von politischen Akteuren stattfinden kann⁹⁷.

⁹⁶ Als Beispiel nennt Czerwick die gesellschaftliche Forderung nach Steuersenkung oder nach Rückzug der deutschen Truppen aus Afghanistan.

⁹⁷ Z.B. Forderungen von Parlamentsabgeordneten nach einer Diätenerhöhung.

Betrachtet man die *Funktionen des politischen Systems*, so muss zunächst der Begriff der Funktion geklärt werden. Czerwick fasst darunter „alle Aktivitäten des politischen Systems (...), die es einerseits zur Vorbereitung und Durchsetzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen und deren Rechtfertigung unternimmt und andererseits zur eigenen Systemreproduktion und Systemstabilisierung wahrnimmt“ (Czerwick 2011: 92). Mit der funktionalen Dimension von Politik eng verbunden ist die Vorstellung einer arbeitsteiligen Organisation des politischen Systems, woraus sich weitere (Teil-)Funktionen ergeben, die sich entweder der gesellschaftlichen oder der politischen (Ober-)Funktion des politischen Systems zuordnen lassen.

Neben den im Kapitel 4.2.1 dargestellten Systemebenen unterscheidet Czerwick als nächste Dimension des politischen Systems die sog. *Subsysteme*, mit denen nicht die Entscheidungs- und Interaktionsprozesse in verschiedener Intensität, sondern alle sozialen Einheiten in den Fokus rücken, „deren Handlungen auf die Vorbereitung, Durchsetzung, Implementation und Rechtfertigung politischer Entscheidungen gerichtet sind“⁹⁸ (Czerwick 2011: 111). Aufgrund der funktionalen und organisatorischen Ausdifferenzierung können sie innerhalb des politischen Systems unterschiedliche Funktionen übernehmen und besitzen dabei selbst Systemqualität. Im Normalfall sind diese nie vom Gesamtsystem zu trennen, sondern spiegeln bestimmte Teilaspekte wider. Werden die Subsysteme in Bezug zu den einzelnen Systemebenen gesetzt, kann nachvollzogen werden, auf welchen Systemebenen sie wie vorkommen, welchen Stellenwert sie im Hinblick auf die Gesamtfunktion des politischen Systems einnehmen und mit welchen Handlungen, Zielen und Mitteln sie den politischen Entscheidungsprozess beeinflussen.

⁹⁸ Die Zugehörigkeit der Subsysteme zu einem System ist laut Czerwick von politischen Entwicklungen und nationalen Systemen abhängig. Manche Subsysteme können in Folge einer politischen Entwicklung hybrid werden (z.B. die Deutsche Bundesbank, die im Kontext der Privatisierung sowohl zu dem politischen als auch dem ökonomischen System gehört). Manche sind je nach nationaler Systemform Teil des politischen oder Teil des ökonomischen Systems, so ist bspw. die Wirtschaft ein Subsystem des kommunistischen politischen Systems, aber ein Subsystem des sozialen Systems in kapitalistischen Staaten (Czerwick 2011: 110).

Als nächste Dimension nennt Czerwick das *Gedächtnis des politischen Systems*, dessen zentrale Bedeutung als Steuerungsressource des politischen Systems erstmals von Karl W. Deutsch (Deutsch 1973) thematisiert wurde. Basierend auf den Überlegungen von Deutsch geht Czerwick davon aus, dass das politische Gedächtnis besteht „aus einer Vielzahl von mehr oder weniger verbundenen Speichern unterschiedlicher Größenordnungen und Ausstattungen⁹⁹, in denen Wissen festgehalten ist, das sich aus Erfahrungen, Erfolge und Misserfolge des politischen Systems bezieht“ (Czerwick 2011: 116) und einem kontinuierlichen Wandel unterliegt, da neue Erfahrungen wahrgenommen, verarbeitet und gespeichert werden. Diese Dimension ist im Rahmen der Beschreibung und Erklärung der Implementierung in der auswärtigen Sprachpolitik besonders relevant, da das außenpolitische Handeln von den Belastungen der mittelbaren und unmittelbaren nationalen Geschichte sowie von der Integration in internationale politische Subsysteme (z.B. NATO und EG/EU) und das weltpolitische System (z.B. UNO) determiniert wird (Pfetsch 2012: 18). Dies wird besonders deutlich, wenn die Ziele der AKP betrachtet werden, die einem ständigen Wandel unterliegen sind (vgl. dazu Kap. 3.3.1). Die Relevanz dieser Dimension ist jedoch gering, da die mit dem Programm verfolgten sprachpolitischen Ziele erst 1994 formuliert wurden und seitdem mit minimalen Veränderungen umgesetzt werden. Darüber hinaus ist das Programm als Folge der sog. Europäisierung zu betrachten, die zwar weitreichende Veränderungen in der Außenpolitik bewirkt hat (Pfetsch 2012: 35), aber im Vergleich zu anderen Bedingungen - wie etwa der nationalen Geschichte - erst seit relativ kurzer Zeit die Außenpolitik bestimmt.

Eng verbunden mit dem Gedächtnis des politischen Systems ist seine *Autonomie*, seine nächste Dimension, die als „das Ausmaß der Unabhängigkeit der Politik gegenüber Anforderungen aus der Gesellschaft“ (Czerwick 2011: 119) und die „Fähigkeit politischer Systeme, regulierend in die gesellschaftlichen Subsysteme und deren Interaktionen einzugreifen“ (ebd.) definiert wird.

Ähnlich wie dem Gedächtnis und der Autonomie wurde der Dimension *Eigenzeit des politischen Systems* wenig Beachtung von klassischen und modernen Systemtheoretikern geschenkt. Dabei spielt diese Dimension eine wichtige Rolle im politischen Prozess, weil sie eine knappe, nicht reproduzierbare Ressource für das politische System darstellt. Als Beispiel führt Czerwick die Tatsache an, dass manche politische Entscheidungen unter enormen Zeitdruck getroffen werden (müssen) und die politischen

⁹⁹ Hierzu zählt Czerwick erstens Archive, Bibliotheken, Datenbanken, statistische Ämter, Tagebücher, Dokumentationszentren, Erinnerungsorte, Denkmäler, Bauwerke, Bilder Fotografien, Kunstwerke, Bücher und Schriften; zweitens Einzelpersonen bspw. Zeitzeugen und drittens das Internet (Czerwick 2011: 116).

Akteure, die an dem Entscheidungsprozess beteiligt sind, ihre Problematik nicht völlig verstehen. Darüber hinaus spielt die Eigenzeit des politischen Systems eine wichtige Rolle bei Rückkopplungsprozessen zwischen dem politischen System und seiner Umwelt: Damit sind zeitliche Verzögerungen gemeint, zu denen es auf dem Weg von einer politischen Entscheidung zu ihrer politischen sowie gesellschaftlichen Rückwirkung kommen kann. An einem weiteren Beispiel zeigt Czerwick außerdem, dass der Faktor Zeit das Handeln politischer Akteure maßgeblich einschränken und die Spielregeln im politischen System beeinträchtigen kann: Dies wird im Fall von Legislaturperioden besonders deutlich, die einen konkreten zeitlichen Rahmen darstellen. Innerhalb dieses Zeitrahmens müssen konkrete politische Maßnahmen vor allem dann umgesetzt werden, wenn sie den Wählern versprochen wurden (ebd.: 122).

Aus der Sicht politischer Systemtheorien ist die Dimension der *Rationalität bzw. Logik der Politik* eine Eigenschaft, die innerhalb sozialer Systeme entwickelt wird und für jedes einzelne davon kennzeichnend ist. In diesem Sinne lässt sich die Rationalität des politischen Systems, die auf die Vorbereitung und Durchsetzung allgemeinverbindlicher Entscheidungen ausgerichtet ist, in einzelne Rationalitätskriterien zergliedern. Darunter werden sog. bestimmte Handlungsorientierungen verstanden, „die sich auf die Durchsetzung von bestimmten Zielen richten“ (Lepsius 1991: 313, in: Czerwick 2011: 126). Innerhalb des politischen Systems entwickeln seine Subsysteme ebenfalls Handlungsorientierungen, die als Teil-Rationalitäten¹⁰⁰ verstanden werden. Diese können aufeinander abgestimmt sein oder aber sich widersprechen.

Mit den *Maßstäben erfolgreicher Politik* liegt eine weitere Dimension vor, mit der der Facettenreichtum des politischen Systems erfasst werden kann. Gemeint sind Systemerhaltung, Stabilität sowie die strukturelle und inhaltliche Kompatibilität bzw. das Gleichgewicht mit den gesellschaftlichen Umwelten, nach denen die Operationen politischer Systeme bewertet werden. Dabei geht es nicht darum, den Erfolg von Politik aus der Perspektive anderer gesellschaftlicher Subsysteme zu bewerten, sondern einzig und allein aus der Perspektive des politischen Systems selbst. Damit die Bewertung vollzogen werden kann, müssen politische Systeme bestimmte Eigenschaften aufweisen: Diese lassen sich als Aufrechterhaltung der Systemfunktion, Stabilität bzw. Gleichgewicht, Anpassungsfähigkeit, politische Autonomie, Lernfähigkeit, ein hohes Maß an unbestimmter Legitimität und die Fähigkeit zur Ressourcengenerierung formulieren (Czerwick 2011: 127ff).

¹⁰⁰ Folgende Teil-Rationalitäten des Subsystems der öffentlichen Verwaltung werden von Czerwick genannt: Orientierung an Gesetzen und Vorschriften, Sachbezogenheit, Routine, Geheimhaltung und Kollegialität sowie Wirtschaftlichkeit (Czerwick 2011: 127).

Unter *politischer Integration des politischen Systems* definiert Czerwick die Kovarianz systeminterner Beziehungen sowie die Kohäsion zwischen dem politischen System und seinen Elementen. Betont wird dabei der Prozesscharakter der Integration, die sich sowohl über Subsysteme als auch über individuelle und komplexe politische Akteure vollzieht. Dabei wird angenommen, dass das Hervorbringen allgemeinverbindlicher Entscheidungen umso besser und schneller gelingt, je integrierter politische Systeme sind (ebd.: 130ff).

Mit der *Evolution des politischen Systems* sei die letzte Dimension genannt, mit der „Wandlungsprozesse aus einem unkoordinierten (...) Zusammenspiel von politischen Ereignissen, Strukturen, Akteuren und Prozessen“ (ebd.: 133) zu verstehen sind. Mit der Evolution eng verbunden ist die Komplexitätszunahme des politischen Systems, die jedoch nicht immer als positiv gewertet werden kann. Wie die Evolution zu bewerten ist, kann nur im Nachhinein festgestellt werden, da evolutionäre Prozesse langsam und eher kontinuierlich verlaufen.

Bezogen auf das vorliegende Forschungsinteresse ist zu sagen, dass vier Dimensionen für die Beschreibung und Erklärung der Implementierung in der auswärtigen Sprachpolitik relevant sind und in Beziehung zueinander gesetzt werden können.

Erstens werden im Rahmen der Dimension *politischer Prozess* die Teilprozesse Input und Output fokussiert, indem der Frage nachgegangen wird, wie der Input (Forderung, mehr für das Deutsche in den EU-Institutionen zu tun) in den Output (Programm *Europanetzwerk Deutsch*) konkret transformiert wird und wie er vom politischen System verarbeitet wird.

Zweitens wird die Dimension der *Funktion* berücksichtigt: Welche Aktivitäten unternimmt das politische System, um die kollektiv verbindliche Entscheidung (Förderung von Deutsch in den EU-Institutionen) zu implementieren? Wie wird diese Entscheidung gerechtfertigt? Werden politische Entscheidungen auf andere Akteure verlagert, so wie es bspw. im Europäisierungsprozess geschah, wo eine Verlagerung von Zuständigkeiten zu konkurrierenden Fachministerien und den Staats- und Regierungschefs stattgefunden hat (Hoyer 1998; Janning 2007; Rinke 2010; Sattar 2010; Hellmann et al. 2014: 37)?

Drittens soll die *Dimension der Subsysteme* fokussiert werden: Welche Subsysteme lassen sich auf den für die vorliegende Untersuchung relevanten Systemebenen identifizieren und welche Akteurs- und Systemqualitäten haben sie? Besteht Konsistenz zwischen ihren Aktivitäten und Kompatibilität mit dem politischen System?

Viertens soll die Dimension *Rationalität der Politik* in den Beschreibungs- und Analyse-rahmen dieser Arbeit integriert werden, indem erstens der Frage nachgegangen wird, in welchem Verhältnis die Teil-Rationalitäten der ermittelten Subsysteme zueinander und in welchem Verhältnis sie zur Rationalität der Politik stehen.

4.4 Handlungs- und systemtheoretischer Ansatz: Kritische Würdigung der Divergenz und eine Chance für Konvergenz

Die Beziehungen zwischen System und Akteur haben immer wieder Anlass zu heftigen Kontroversen zwischen den Vertretern der politischen Systemtheorien und den Vertretern eines handlungstheoretischen Verständnisses von Politik gegeben, die bis heute nicht beseitigt, wohl aber entschärft worden sind. (Czerwick 2011: 37)

Die in den vorangegangenen Kapiteln vorgestellten Konzepte, Modelle und analytischen Rahmen illustrieren die Divergenz zwischen dem akteur- und systemtheoretischen Ansatz und dem daraus resultierenden Disput über Beziehungen zwischen der Mikro- und Makroebene von Politik (Pennock 1979; Glasgow; Schimank 1986; Beyme 1991; Archer 1995; Esser 1999; Konopka 1999; Braun 2000; Heintz 2004; Renn 2006; Schmid 2006 sowie Beiträge in Grewe et al. 2008), der in erster Linie dadurch sichtbar wird, dass entweder dem System oder aber dem Akteur je nach wissenschaftlicher Perspektive die größere Bedeutung für soziale Prozesse zugeschrieben wird (Czerwick 2011: 47). Bereits Mayntz und Scharpf wiesen darauf hin, dass „[d]ie Analyse von Strukturen ohne Bezug auf Akteure (...) genauso defizitär [bleibt AP], wie die Analyse von Akteurhandeln ohne Bezug auf Strukturen (...)“ (Mayntz; Scharpf 1995: 46). Ihre Sichtweise wird 12 Jahre später von Schimank bekräftigt. Seiner Auffassung nach sollten die beiden Perspektiven nicht in eine Synthese gebracht werden, zumal dieser Versuch schon einmal bei Parsons prominent misslungen sei¹⁰¹. Die Vorgehensweise, die den größten Erfolg verspreche, kombiniere beide Blickwinkel und nutze die fortbestehende Divergenz zwischen ihnen, um „aus jedem etwas zu sehen, was der andere nicht sieht“ (Schimank 2007: 249ff). Dementsprechend geht es dem Autor darum, „ein System von aufeinander bezogenen Aussagen“ (Blum; Schubert: 2009: 34) zu konstruieren, das die Vorteile einer Konvergenz für die Erforschung der Implementierung

¹⁰¹ Laut Parsons wird eine Handlung von vier systemischen Bedingungen (A=Ressourcen, G=Ziele, I=Normen und L=Werte) konstituiert. Da der Fokus seiner Betrachtung auf der Handlung und nicht auf dem System liegt, gilt sein Versuch einer Synthese als misslungen (Nolte 1999: 93; Miebach 2014: 80 und 201ff).

in der auswärtigen Sprachpolitik nutzen sollte. Dieser Ansatz wird im Folgenden zusammenfassend vorgestellt.

Politische Akteure handeln, um allgemeinverbindliche Entscheidungen im politischen Prozess vorzubereiten, zu treffen, durchzusetzen und zu legitimieren. Innerhalb jeder Phase des politischen Prozesses sind sie in jeweils unterschiedlich zusammengesetzte Strukturen eingebettet, die ihr Handeln prägen. Akteure und Strukturen bilden Systemebenen, in denen Akteure handeln. Während die äußere Differenzierung in sieben Systemebenen (einfache politische Interaktionssysteme wie Bürgerinitiativen bis komplexeste Systemebenen wie UNO) nach außen hin sichtbar ist, bleibt die innere Differenzierung zunächst ein unsichtbares Element des politischen Systems, das erst sichtbar gemacht werden muss. Eine Möglichkeit der Sichtbarmachung besteht darin, das Handeln von Akteuren zu verdeutlichen: Wenn Akteure handeln, werden sowohl spezifische Handlungsantriebe als auch Handlungsorientierungen verfolgt und umgesetzt. Die innere Differenzierung vollzieht sich außerdem in einem Wechselspiel von Entscheidungs- und Interaktionsprozessen, das z.B. je nach Politikfeld und Phase des politischen Prozesses unterschiedliche Verflechtungsformen annehmen kann.

Die in den einzelnen Politikfeldern und Phasen des politischen Prozesses vorfindbaren Formen der äußeren und inneren Differenzierung sind als Ursachen divergierender Politikergebnisse zu werten und, obwohl sie von Politikfeld zu Politikfeld und von Phase zu Phase unterschiedlich sind, verdeutlichen sie das prägendste Merkmal der modernen Gesellschaft, deren Teil sie sind, nämlich funktionale Differenzierung.

Anders gesagt: Der differenzierungstheoretische Blick entschlüsselt die moderne Gesellschaft im Ausgang von der Sachdimension: von der Verschiedenartigkeit der Aktivitäten und der dahinter stehenden, die Akteure bewegenden Belange. (Schimank 2013: 38)

Es kommt nun darauf an, wie die Implementierung eines sprachpolitischen Programms system- und handlungstheoretisch konzeptualisiert wird, was im nachfolgenden Kapitel ausführlich dargestellt werden soll.

5. Zur Analyse der Implementierung eines politischen Programms: ein dreidimensionales Handlungs-System-Modell

*Das Außerordentliche entsteht nicht
auf glatten, gewöhnlichen Wegen
(J.W. von Goethe)*

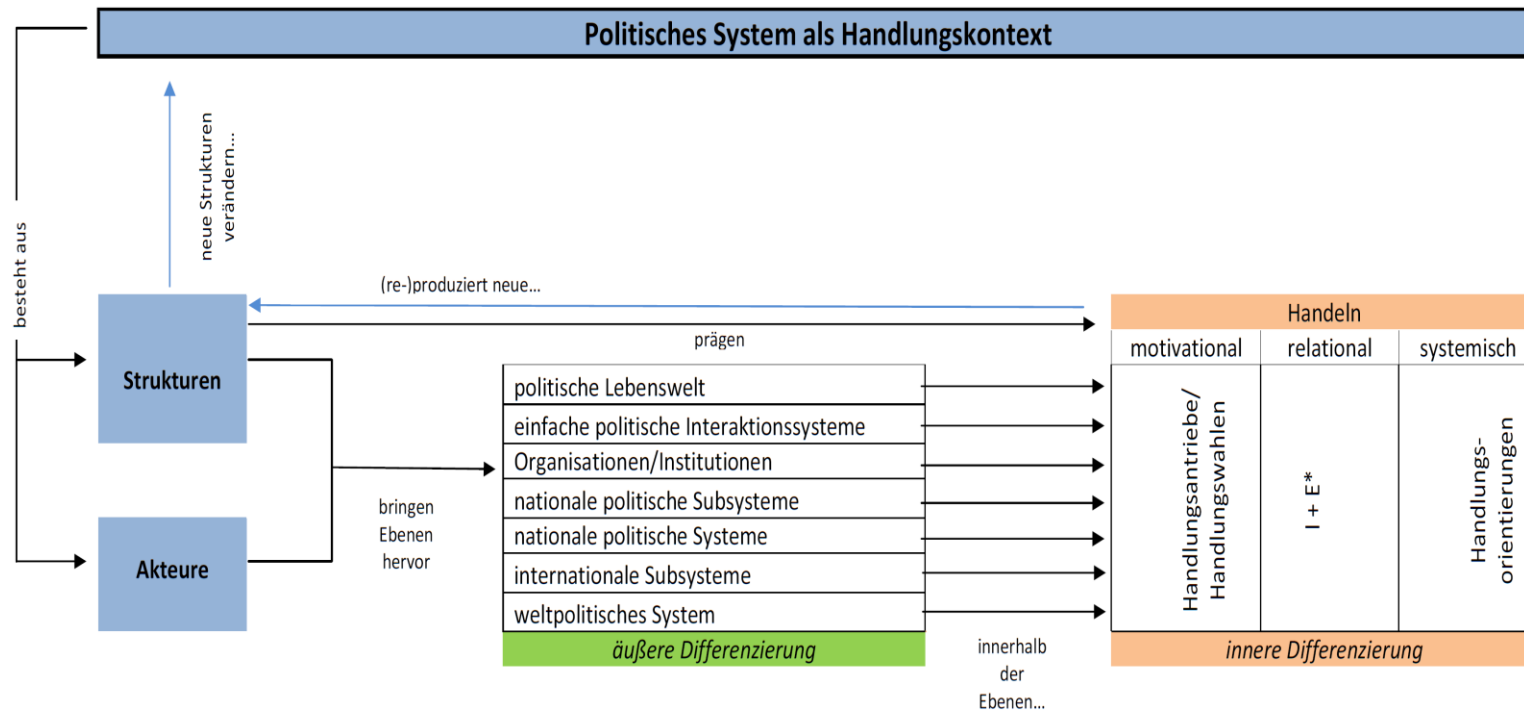
Der zur Entwicklung des dreidimensionalen Handlungs-System-Modells führende Weg war alles Andere als glatt und mit forschungsmethodologischen Entscheidungen verbunden, die zwischen dem qualitativen und quantitativen Forschungsparadigma oszillieren. Nach Durchsicht zahlreicher Studien, die die Implementierung politischer Entscheidungen¹⁰² sowie soziale und politische Netzwerke in diversen systemischen, überwiegend politischen Handlungskontexten¹⁰³ untersucht haben, ist am Ende ein triangulatives komplementäres (Grotjahn 2006: 260) Analysemodell entstanden, das drei Handlungsdimensionen im politischen System fokussiert (vgl.: Abbildung 1) und reichhaltige Einsichten in den Forschungsgegenstand ermöglichen soll (Riemer; Settineri 2010: 768).

Die Fokussierung der vorgenannten Dimensionen weist eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Mehr-Ebenen-Analysemodell von Jütte (2002) auf, mit dem die individuelle Ebene, die Ebene sozialer Interaktion und die Struktur- bzw. Systemebene des Interaktionssystems Weiterbildung untersucht wurde. Der Unterschied zu dem im Rahmen dieser Arbeit entwickelten Analysemodell besteht u.a. in den gewählten Erhebungsinstrumenten und Auswertungsstrategien sowie in der Schwerpunktsetzung. Während es in der Studie von Jütte um die Gewinnung von Einsichten in die Funktions- und Wirkungsweisen des Beziehungsgeflechts in einem bestimmten (Interaktions)System geht, geht es in der vorliegenden Arbeit darum, Erkenntnisse über die Umsetzung sprachpolitischer Ziele zu generieren, indem die Abhängigkeit zwischen dem Handeln von Akteuren und dem System, in das sie eingebettet sind, analysiert wird.

¹⁰² Exemplarisch: Pressman; Wildavsky 1973; Mayntz 1980; Böhret et al. 1982.

¹⁰³ Exemplarisch: Politiknetzwerke der Chemikalienkontrolle/Schneider 1988, Schneider; Leifeld 2009; Beziehungen zwischen Regierung und Verwaltung in der amerikanischen Gesundheitspolitik/Laumann et al. 1987, Halbherr 2008; Akteurskonstellationen in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik Pappi et al. 1995; Heinelt; Weck 1998; Entscheidungsstrukturen der Schweizer Außenpolitik/Klöti et al. 2000, 2005; Beziehungsgeflechte und institutionelle Netzwerke in einer lokal-regionalen Weiterbildungsinstitutionenlandschaft/Jütte 2002; Beziehungsgeflecht zwischen öffentlichen und privaten, nationalen und europäischen Akteuren im Bologna-Prozess/Nagel 2006; Interorganisationales Netzwerk um die innovationspolitischen Beratungsgremien der Bundesregierung/Orlowski 2009).

Nachdem im vorangegangenen Kapitel dargelegt wurde, wie die Implementierung eines politischen Programms mithilfe von handlungs- und systemorientierten Ansätzen theoretisch verortet werden kann, soll in diesem Kapitel eine Verknüpfung zwischen der theoretischen und der methodologischen Perspektive erfolgen. Dabei wird davon ausgegangen, dass die einer Fallstudie anhaftende fehlende Generalisierbarkeit dadurch behoben werden kann, dass mit einem allgemein ansetzenden differenzierungstheoretischen Erklärungsmodell gearbeitet wird und somit prinzipielle Mechanismen politischer Entscheidungsprozesse herausgearbeitet werden können, die sich auf andere Politikfelder übertragen lassen. Das tatsächliche Potenzial sowie die Grenzen dieser Forschungsstrategie werden in den Schlussbemerkungen (Kapitel 6) reflektiert.



- * 1. Beziehungen zwischen Interaktionen und Entscheidungsprozessen auf jeder Systemebene.
- 2. Beziehungen zwischen den einzelnen Ebenen bezogen sowohl auf die Interaktionen als auch auf die Entscheidungsprozesse.

Abbildung 1 Dreidimensionales Handlungs-System-Modell (Eigene Darstellung)

5.1 Theorien-, Perspektiven- und Methoden-Triangulation

Die Entscheidung für eine triangulierende Vorgehensweise liegt in deren Potenzial begründet: Durch die Kombination von Forschungsparadigmen lassen sich „unterschiedliche Perspektiven (...) verbinden und möglichst verschiedene Aspekte des untersuchten Gegenstandes (...) thematisieren“ (Flick 1995: 433). Im Vorfeld der Untersuchung sind drei Triangulationsarten gewählt worden, die auf das Forschungsinteresse abgestimmt sind und deren Wahl nachfolgend begründet wird.

Wie bereits im Kapitel 4 verdeutlicht, soll die Divergenz zwischen der handlungs- und systemtheoretischen Perspektive produktiv genutzt werden. Die Berücksichtigung der unterschiedlichen theoretischen Perspektiven bei der Betrachtung der Implementierung eines politischen Programms soll der Fundierung der Erkenntnismöglichkeiten dienen und den Blick für alternative Erkenntnisse erweitern (Denzin 1970: 301f).

Wird ein politisches Programm untersucht, an dessen Umsetzung mehrere Ebenen des politischen Systems mitwirken (vgl. Kapitel 4.2.1), so ist davon auszugehen, dass unterschiedliche Akteursperspektiven berücksichtigt werden müssen. Schreiner (2008) bestätigt die Existenz von divergierenden Perspektiven im Bereich der auswärtigen Kulturarbeit und spricht in diesem Zusammenhang von der politisch-strategischen Ebene (das Auswärtige Amt, die zuständigen Abgeordneten des Bundestags, die Parteien und zumindest partiell auch die Spitzen der Mittlerorganisationen) und der operativen Ebene (Mitarbeiter der Mittlerorganisationen) (Schreiner 2008: 26). Daher wurde die Untersuchung von vornherein so konzipiert, dass die Sichtweisen der politischen Akteure, der Mittlerorganisation und der Teamer (vgl. Kapitel 5.1) im Sinne einer Perspektiven-Triangulation (Müller 2011: 115) erfasst werden sollten, um Einblicke in das Zusammenspiel von motivationaler, relationaler und systemischer Dimension des Handelns im übergeordneten politischen System widerzugeben.

Wie bereits im Kapitel 1.4 dargestellt, ist ein Wissensstand zur Umsetzung sprach(en)politischer Ziele kaum vorhanden, sodass Hypothesen für eine quantitative Herangehensweise nicht formuliert werden können (Riemer; Settineri 2010: 768). Geht man von den beziehungsstrukturellen Annahmen und Erkenntnissen der neueren politikwissenschaftlichen Theorieansätze aus (vgl. Tabelle 8), dann lassen sich allerdings Hypothesen zu einem Teilaspekt des Forschungsgegenstands – der relationalen Dimension des Handelns – aufstellen. Diese werden im Kapitel 5.4.2 entwickelt.

Theorie, Ansatz	Relation	Methode	Analyse
Tauschtheorie	Ressourcenaustausch	Zentralitätsmaße, Blockmodelle	Kontrolle von Politikereignissen
Elitentheorie	Ko-Mitgliedschaft, Kontakt	Zentralitätsmaße, Subgruppenanalyse	Kohäsion, Partizi- pation (und deren Auswirkungen)
Partizipation, Sozialkapital	Ko-Mitgliedschaft, Kontakt	Dichtemaß, Subgrup- penanalyse	Kohäsion, Partizipation und deren Auswirkungen
Governance, Interessenvermittlung	Ressourcenaustausch, Kontakt	Zentralitätsmaße, Dichtemaß, Blockmodelle	Hierarchie, Einfluss, Macht
Kulturalistische Ansätze	Kooperation, Konflikt, Überzeugungen	MDS Korrespondenzanalyse	Inhaltliche und relationale Ähnlichkeit
	Ideen, Wissenstransfer	Zentralitätsmaße	Diffusion, Lernen

Tabelle 8 Möglichkeiten für die theoretische Ableitung der Einfluss-Indikatoren
Quelle: Lang; Leifeld 2008: 237

Alle verbleibenden Forschungsfragen, die sich auf die motivationale (a) und systemische (b) Dimension des Handelns beziehen, sind nur im Rahmen einer qualitativen Vorgehensweise zu bearbeiten, da diese sich besonders gut dafür eignen, „Deutungen der Akteure, subjektive Wahrnehmungen, individuelle Relevanzstrategien und handlungsleitende Orientierungen“ (Hollstein 2006: 21) zu erfassen.

- a) Auf welchen Interessen/Intentionen beruhen die Handlungen der Akteure bei der Umsetzung?
- b) Inwiefern werden Akteure von Strukturen geprägt, in die sie eingebettet sind? Wie lassen sich die Strukturen beschreiben?

Aus den genannten Gründen wurde für die Datenerhebung eine Within-method-Triangulation (Denzin 1970) konzipiert, also die Triangulation innerhalb einer Methode (qualitativ oder quantitativ), z.B. qualitative Experteninterviews und qualitative Netzwerkzeichnung. Bei der Datenauswertung hingegen wird eine Between-Method-Triangulation (ebd.) eingesetzt, d.h. es werden mehrere Methoden miteinander kombiniert, z.B. formale quantitative Netzwerkanalyse und interpretatives Auswertungsverfahren in Anlehnung an die Grounded Theory (vgl. Tabelle 9). Auf diese Weise soll eine ganzheitliche Betrachtung unterschiedlicher Aspekte eines Untersuchungsgegenstandes (Lamnek 2005; Engler 1997) erzielt werden.

	Datenerhebung (qualitativ)	Datenauswertung (qualitativ + quantitativ)
Motivationale Dimension des Handelns	Qualitative Interviews	Empirisch begründete Typenbildung und Hypothesengenerierung
Relationale Dimension des Handelns	Egozentrierte Netzwerkzeichnung	Formale Netzwerkanalyse und Netzwerkvisualisierungen
Systemische Dimension des Handelns	Qualitative Interviews	Interpretatives Auswertungsverfahren in Anlehnung an die GTM

Tabelle 9 Methoden-Triangulation bei der Datenerhebung und -auswertung (Eigene Darstellung)

Ob die durch den Einsatz der Theorien-, Perspektiven- und Methodentriangulation zu erwartenden Vorteile gegenüber anderen nicht triangulativen Ansätzen tatsächlich eintreten, kann erst nach der Darstellung der Ergebnisse im Kapitel 7 reflektiert werden.

5.2 Datenerhebung: Experteninterviews und egozentrierte Netzwerkzeichnung mit VennMaker

Nachdem die Auseinandersetzung mit der theoretisch-methodologischen Facette des Forschungsgegenstands (Helfferich 2004: 148) und dem damit zusammenhängenden Forschungsablauf handfeste Konturen angenommen hat, werden im nächsten Schritt die Form sowie die Inhalte der Datenerhebung festgelegt. Zwecks Erfassung der motivationalen, relationalen und systemischen Dimension des Handelns wurde aus vielen Varianten qualitativer Interviewformen (ebd.: 24ff; Hollstein 2006) das ExpertInneninterview (Meuser; Nagel 1991) ausgewählt. Dies geschah aus den nachfolgend genannten Gründen.

ExpertInneninterviews kommen oft im Rahmen eines Methodenmix zum Einsatz (ebd.: 441) und im Rahmen der vorliegenden Untersuchung sollte die egozentrierte Netzwerkzeichnung in das Interview integriert werden, um die relationale Dimension des Handelns zu erfassen. Bernardi, Keim und von der Lippe (2006) berichten, dass „[d]ie Visualisierung der sozialen Beziehungen mithilfe der Netzwerkkarte (...) sich als sehr hilfreich für die Befragten [erwies], um ihre verschiedenen Netzwerkpartner zusammenzutragen“ (ebd.: 381). Da es sich hierbei allerdings um ein immer noch relativ unbekanntes Instrument handelt, das bei Befragten zu Irritationen führen kann¹⁰⁴,

¹⁰⁴ Scheibelhofer berichtet zu den auf Papier gezeichneten Netzwerkkarten, die sie bei der Untersuchung von in den USA arbeitenden österreichischen WissenschaftlerInnen eingesetzt hat, Folgendes: „Die Reaktionen auf diese Aufforderung, eine grafische Darstellung anzufertigen, wurden von den Interviewpartnern unterschiedlich aufgenommen: Zwar hat

wurde der Interviewleitfaden so konzipiert, dass die Netzwerkdaten erst gegen Ende des Interviews (vgl. Tabelle 10) am Laptop erhoben und von der Interviewenden eingezeichnet wurden.

Interviewblock	Themen	Erhebungsverfahren
I	Eigene Rolle im Programm Weg zum Programm Aufgaben/Zuständigkeiten bei der Programmimplementierung	offene Fragen
II	Wahrnehmung des Programms Programmziele Programmname Programmphasen	
III	Umsetzung des Programms Programmphasen Kommunikationswege	
IV	Umsetzungsakteure formale Beziehungen (Kooperation) zwischen den Akteuren informelle Beziehungen (Information und Unterstützung) zwischen den Akteuren Interessen der genannten Akteure	Erhebung von Netzwerkdaten + offene Fragen
V	Individuelle Einstellung zum Programm eigene Interessen Verbesserungsvorschläge bzgl. Umsetzung des Programms	offene Fragen

Tabelle 10 Interviewleitfaden mit integrierter Erhebung egozentrierter Netzwerke (Eigene Darstellung)

Vor der Entwicklung des Leitfadens war noch eine Entscheidung zu treffen, da bei der Erhebung von Netzwerken zwischen Gesamt- und Ego-Netzwerken unterschieden wird:

kein/e Interviewpartner/in die Aufforderung zu zeichnen abgelehnt, allerdings zogen drei Interviewpartner die Wissenschaftlichkeit dieser Methode in Zweifel und verlangten nach näheren Erklärungen für dieses Vorgehen. Von ähnlichen Reaktionen berichten Kearney und Hyle (2004: 364), die Zeichnungen erbeten haben, um Veränderungsprozesse am Arbeitsplatz zu analysieren. Die Untersuchten gaben in einem anschließenden Interview an, dass ihnen der methodische Ansatz unwissenschaftlich erschien und sie zunächst Vorbehalte gegen das Zeichnen empfanden – nicht zuletzt, weil sie ihre künstlerischen Fähigkeiten als unzureichend einschätzten. Nossiter und Biberman (1990) beobachteten hingegen, dass ihre InterviewpartnerInnen mit Freude auf die Aufforderung zu zeichnen einstiegen, und halten fest, dass das Zeichnen sogar die Offenheit und Ausführlichkeit der Schilderungen im Verlauf des Interviews gesteigert hat.“ (Scheibelhofer 2006: 317ff)

Notwendige Voraussetzung für eine valide Erhebung von Gesamtnetzen ist die exakte Systemabgrenzung sowie die Identifikation der für die jeweilige Forschungsfrage relevanten Beziehungsinhalte. Dies setzt insbesondere ein umfangreiches Vorwissen über das jeweilige Bezugssystem voraus, da bei der Befragung neben der Akteursmenge auch das Relevanzsystem, d.h. hier vor allem die Beziehungsinhalte, exakt vorgegeben werden. (...) Besteht hingegen eine geringe Vorkenntnis hinsichtlich des Bezugssystems und/oder variieren die Relevanzsysteme der einzelnen Akteure stark, entsteht die Gefahr, Daten zu produzieren, bei denen wesentliche Aspekte systematisch ausgeblendet werden. Eine Möglichkeit, bei der Erhebung von Netzwerkdaten offener vorzugehen, stellen egozentrierte Netze dar. (Franke; Wald 2006: 156)

Da über das zu erforschende Bezugssystem nur eine geringe Vorkenntnis herrschte und selbst nach einer ausführlichen und gründlichen Internetrecherche nur einige wenige Informationen über die an der Umsetzung des Programms beteiligten Akteure gesammelt werden konnten, fiel die Entscheidung, offen vorzugehen und sog. ego-zentrierte Netzwerke zu erheben, die wie folgt definiert werden:

Unter einem ego-zentrierten Netzwerk versteht man das um eine fokale Person, das Ego, herum verankerte soziale Netzwerk. Zu diesem Netzwerk gehören die sogenannten Alteri, die Beziehungen zwischen Ego und den Alteri, und die Beziehungen zwischen den Alteri. Des Weiteren werden zusätzlich absolute Eigenschaften Egos und seiner jeweiligen Alteri erhoben. (Jansen 2006: 80)

Für die Erhebung der ego-zentrierten Netzwerke sprach außerdem die Erkenntnis, dass „[e]rst mit Einbeziehung qualitativer Verfahren (...) die Deutungen und Wahrnehmungen der vernetzten und sich vernetzenden Akteure in der Netzwerkanalyse erfasst werden“ können (Diaz-Bone 2008: 323).

Die Wahl der ego-zentrierten Datenerhebung hatte zur Folge, dass eine Stichprobe festgelegt werden musste. Die Netzwerkabgrenzung erfolgte gemäß dem realistischen Ansatz (Laumann et al. 1983). Im Gegensatz zum nominalistischen Ansatz, in dem der Forscher aufgrund seines Forschungsinteresses selbst definiert, wer zum Netzwerk gehört und wer nicht, setzt der realistische Ansatz an der Wahrnehmung oder dem Verhalten der Akteure selbst an: „wer dazugehört oder als dazugehörig betrachtet wird, soll zum Netzwerk gehören“ (Jansen 2006: 73). Aus mehreren Möglichkeiten der realistischen Abgrenzung eines Netzwerkes wurde das Schneeballverfahren ausgewählt:

Ausgehend von einer Stichprobe wird die sogenannte erste Zone der Stichprobenpersonen, mit denen diese z.B. politische Informationen austauschen, festgelegt. Diese Personen werden dann als zweite Zone ihrerseits nach denjenigen Kontakten befragt, mit denen sie politische Dinge besprechen. Auch die Personen in der dritten Zone können wieder befragt werden usw.. (ebd.: 74)

Bezogen auf die vorliegende Arbeit sollte ein wenig öffentliches Implementierungsnetzwerk des Programms *Europanetzwerk Deutsch* ausgehend von der Projektverantwortlichen sukzessive über von ihr genannte Alteri ausgeweitet werden. Ausgehend von einer Untersuchung über die Implementierung einer Frauenförderrichtlinie im

öffentlichen Dienst (Meuser 1989), in der die sog. Schaltstellen (Verwaltungsleiter und Personalchefs) und nicht die Spitzen der Macht (Minister- bzw. Staatssekretärebene) untersucht wurden, wurde die für das Programm zuständige Ansprechperson im Auswärtigen Amt angeschrieben, die in dem Antwortschreiben auf zwei weitere zuständige Akteure bei der Zentrale des Goethe-Instituts in München verwies. Diese drei Personen bildeten den Kern der Stichprobe und sollten als Erste befragt werden, um das Netzwerk mithilfe der sog. Namensgeneratoren¹⁰⁵ abzugrenzen. Darüber hinaus sollten vor dem Hintergrund der Perspektiven-Triangulation und analog zur Strategie von Meuser¹⁰⁶ (ebd.) einige Teamer (Seminar- und Organisationsleiter) befragt werden. Die Entscheidung für die genannte Zielgruppe fiel im Einklang mit der Entscheidung für das ExpertInneninterview als Erhebungsform:

Oft ist es nicht die oberste Ebene in einer Organisation, auf der ExpertInnen zu suchen sind, sondern die zweite oder dritte Ebene, weil hier in der Regel Entscheidungen vorbereitet und durchgesetzt werden und weil hier das meiste und das detaillierteste Wissen über interne Strukturen und Ereignisse vorhanden ist. (Meuser; Nagel 1991: 443ff)

Bei allen Interviewpartnern handelte es sich um Experten, deren Wissen über die Umsetzung eines sprachpolitischen Programms erschlossen werden sollte (Gläser; Laudel 2010: 12ff), die für die Programmimplementierung in irgendeiner Weise Verantwortung tragen (Meuser; Nagel 1991: 443), und die über einen privilegierten Zugang zu Informationen über Entscheidungsprozesse verfügen (ebd.):

Von Interesse sind ExpertInnen als FunktionsträgerInnen innerhalb eines organisatorischen oder institutionellen Kontextes. Die damit verknüpften Zuständigkeiten, Aufgaben, Tätigkeiten und die aus diesen gewonnenen exklusiven Erfahrungen und Wissensbestände sind die Gegenstände des ExpertInneninterviews. ExpertInneninterviews beziehen sich mithin auf klar definierte Wirklichkeitsausschnitte, darüber hinausgehende Erfahrungen, vor allem solcher privater Art, bleiben ausgespart. In ExpertInneninterviews fragen wir *nicht* [Hervorhebung im Original] nach individuellen Biographien, untersuchen wir keine Einzelfälle, sondern wir sprechen die *ExpertInnen als RepräsentatInnen* [Hervorhebung im Original] einer Organisation oder Institution an, insofern sie die Problemlösungen und Entscheidungsstrukturen (re)präsentieren. (...) In der Implementationsforschung sind VerwaltungsbeamtInnen, RichterInnen, ReferentInnen in Verbänden in ihrer Funktion als UmsetzerInnen bzw. BlockiererInnen politischer Programme Gegenstand der Untersuchung. (ebd.: 444ff)

¹⁰⁵ Ein Namensgenerator „(...) besteht aus einem oder mehreren Beziehungstypen, zu denen Ego seine Netzwerkpersonen nennen soll. Welche Beziehungen dabei zur Netzwerkabgrenzung relevant sind, muss inhaltlich begründet werden“ (Jansen 2006: 80f). Als mögliche Beziehungen nennt Jansen (2006) Folgendes: Informationsaustausch, Ressourcenaustausch, Reputation für Exzellenz oder Einfluss, Mitgliedschaftsbeziehungen, Verwandtschafts- und Abstammungsbeziehungen, affektive Beziehungen und konkrete Interaktionen (ebd.: 75).

¹⁰⁶ Meuser befragte nicht nur Verwaltungsleiter und Personalchefs, sondern auch Personalräte, da diese trotz einer untergeordneten Rolle bei der Programmimplementierung über andere Informationskanäle als die Verwaltungsspitze verfügten.

Die verbleibende Frage, ob mithilfe der ExpertInneninterviews auch die Deutungen und handlungsleitenden Orientierungen der Akteure erfasst werden können, konnte positiv beantwortet werden:

Im Unterschied zu anderen Formen des offenen Interviews bildet bei ExpertInneninterviews *nicht* [Hervorhebung im Original] die Gesamtperson den Gegenstand der Analyse, d.h. die Person mit ihren Orientierungen und Einstellungen im Kontext des individuellen oder kollektiven Lebenszusammenhangs. Der Kontext, um den es hier geht, ist ein organisatorischer oder institutioneller Zusammenhang, der mit dem Lebenszusammenhang der darin agierenden Personen gerade nicht identisch ist und in dem sie nur einen ‚Faktor‘ darstellen. (Meuser; Nagel 1991: 442)

Der bisher dargestellte Entscheidungskomplex berücksichtigte die Grundlagen der Datenerhebung, im Rahmen deren noch die Feingestaltung vorgenommen werden musste. Dies bezieht sich hauptsächlich auf die Erhebung von egozentrierten Daten. Nach eingehender Prüfung der zur Zeit der Erhebung (September 2011 - Juni 2012) vorhandenen Möglichkeiten sollte das Zeichnen der egozentrierten Netzwerke mithilfe des Auswertungsprogramms VennMaker erfolgen, das seit 2010 existiert. Die Netzwerkzeichnung sollte nicht ganz frei, sondern räumlich vorstrukturiert erfolgen. Die räumliche Vorstrukturierung wurde mit einem grafischen Schema umgesetzt (vgl. Abbildung 2), das „(...) aus einem inneren Kreis in der Mitte (...), der den Befragten oder die Befragte (‚ego‘) darstellen soll, und um den herum dann mehrere konzentrische Kreise mit unterschiedlichem Radius angeordnet sind“ (Diaz-Bone 2008: 324).

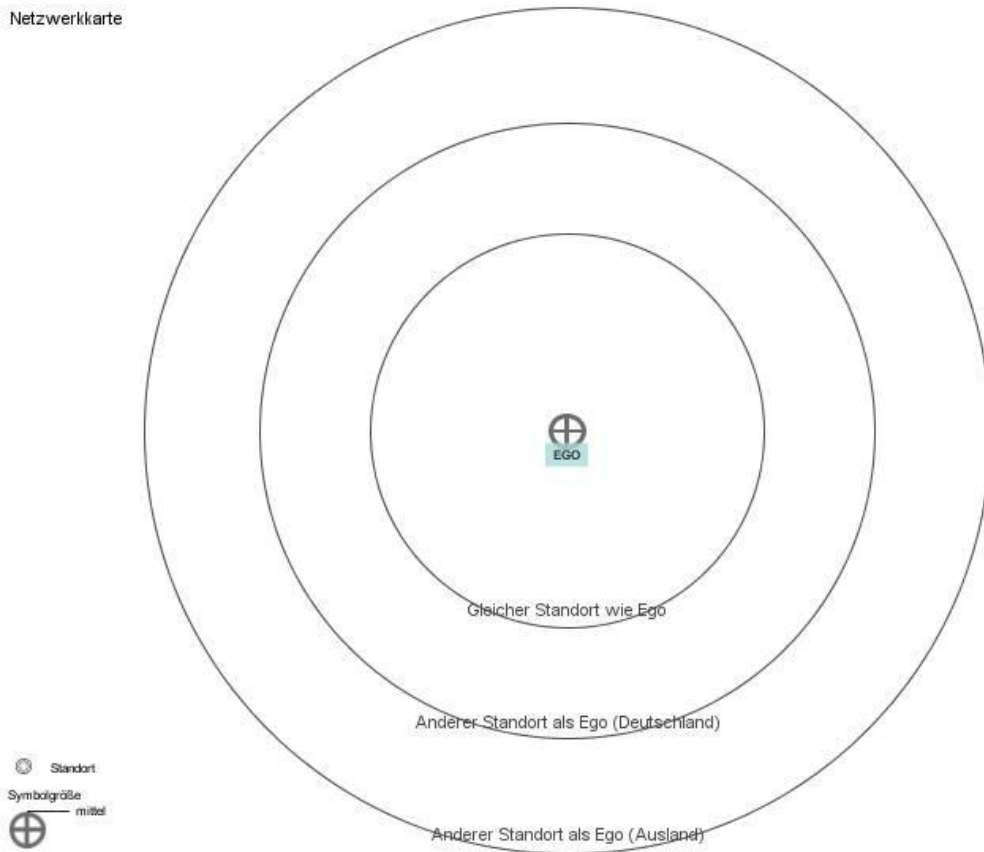


Abbildung 2 Digitale, räumlich vorstrukturierte Netzwerkkarte (Eigene Darstellung)

Nachdem den Befragten die Bedeutung der konzentrischen Kreise erläutert wurde (erster Kreis von innen nach außen = gleicher Standort wie die/der Befragte, zweiter Kreis = anderer Standort als die/der Befragte innerhalb Deutschlands, dritter Kreis = anderer Standort als die/der Befragte außerhalb Deutschlands), wurden sie darum gebeten, Personen oder Einrichtungen, mit denen sie im Rahmen der Programmumsetzung in Beziehung stehen (Alteri), innerhalb der konzentrischen Kreise zu platzieren. Um die Kooperations-, Informations- und Unterstützungsbeziehungen zwischen Ego und Alteri zu erheben, wurden zwei selbst formulierte Namensgeneratoren sowie das Burt-Instrument (1984: 314f) eingesetzt:

- Mit welchen Personen oder Einrichtungen, im Folgenden Akteur genannt, arbeiten Sie im Rahmen des Programms Europeanetzwerk Deutsch zusammen?
- Hin und wieder besprechen die meisten Menschen wichtige Angelegenheiten mit anderen. Wenn Sie an die letzten drei Monate denken: Mit wem haben Sie über Dinge gesprochen, die Ihnen im Bezug auf das Programm wichtig waren?
- Wenn Sie Unterstützung bei Fragen brauchen, die mit Ihrem Zuständigkeits-/Aufgabenbereich zusammenhängen, an wen wenden Sie sich?

Während die für Ego relevanten Alteri identifiziert werden konnten, wurden mithilfe der Namensinterpretatoren weitere Informationen über die Beziehungen zwischen Ego und Alteri (z.B. Enge und Häufigkeit der Beziehung, Art der besprochenen Themen), die

Eigenschaften der Alteri (z.B. Zuständigkeit/Aufgaben bei der Programmumsetzung) sowie die Alter-Alter-Beziehungen (z.B. Kennen sich die Alteri untereinander?) gesammelt, um die Perspektivenvielfalt der Befragten bzgl. der Kooperations-, Informations- und Unterstützungsbeziehungen möglichst breit einzufangen. Dazu wurden während der Netzwerkzeichnung offene Fragen sowie erzählgenerierende Kommunikationsformen (Jütte 2006: 45) eingesetzt. Die Befragten wurden darum gebeten, konkrete Fallbeispiele zu nennen: „Können Sie das an einem konkreten Beispiel erläutern?“, „Können Sie ein Beispiel dafür schildern?“. Wenn die Akteure signalisiert haben, dass sie mit keinen weiteren Akteuren in Beziehung stehen, wurden von der Interviewerin die Sektoren eingezeichnet, denen die genannten Akteure zugeordnet wurden, z.B. „Auswärtiges Amt“ (vgl. Abbildung 3). Diese Vorgehensweise erwies sich trotz des zusätzlichen zeitlichen und technischen Aufwands als förderlich für den Erhebungsprozess. Oft wurde während oder nach dem Einzeichnen der Sektoren der eine oder andere Akteur doch noch genannt, an den der/die Interviewte zuvor nicht gedacht hatte.

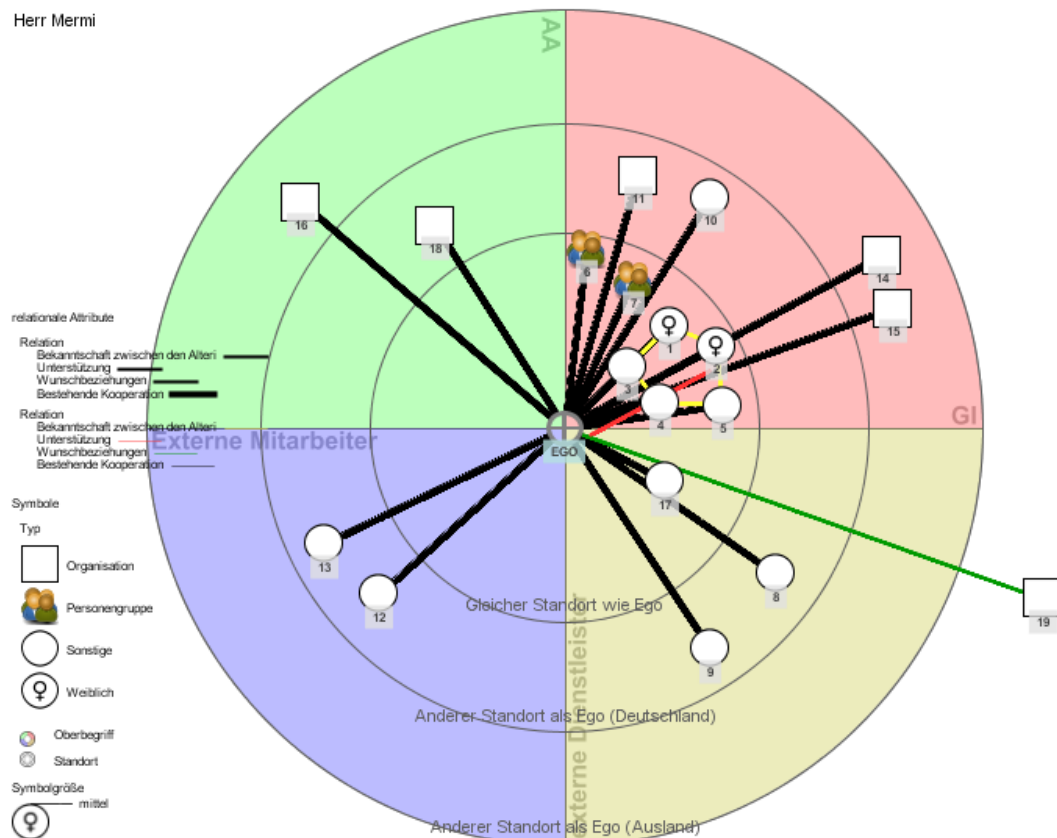


Abbildung 3 Beispiel eines Ego-Netzwerkes aus Interviewtensicht gezeichnet mit VennMaker¹⁰⁷

¹⁰⁷ Die Namen der Interviewpartner wurden in Anlehnung an das von Jütte (2002) verwendete Verfahren anonymisiert: Die Anfangsbuchstaben des Namen beziehen sich auf die Akteurskategorie (Frau/Herr P... = politischer Akteur, Frau/Herr M... = Mittlerorganisation,

(Eigene Darstellung)

Bevor der Leitfaden mit integrierter Netzwerkzeichnung im Forschungsfeld eingesetzt wurde, wurde ein Pretest mit einer Seminarleiterin durchgeführt: Die daraus gewonnenen Erkenntnisse und Verbesserungsvorschläge wurden vor dem ersten Interview umgesetzt. Im Zuge des weiteren Forschungsverlaufs ergaben sich weitere Anpassungen und Erweiterungen des Leitfadens, technische Schwierigkeiten führten in zwei Fällen dazu, dass die Netzwerkkarten nicht während des Interviews, sondern erst nachträglich gezeichnet werden konnten.

Die Kontaktaufnahme zu den Befragten erfolgte per Mail, Feinabsprachen bzgl. Interviewtermin und -ort wurden per Mail und/oder per Telefon vorgenommen. Insgesamt wurden 10 Interviews (vgl. Tabelle 11) in Deutschland (Berlin und München), Belgien (Brüssel) und Frankreich (Nancy) durchgeführt.

5.3 Datenaufbereitung

5.3.1 *Transkription der Interviews und Aufbereitung der Ego-Netzwerkkarten*

Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung konnten neun der zehn durchgeführten Interviews transkribiert werden (Tabelle 11). Ein Interview konnte aus technischen Gründen (starke Hintergrundgeräusche, die das Verständnis behindern) nicht mit in die Analyse einbezogen werden. Die Interviews wurden mit einem digitalen Diktiergerät aufgenommen und mit EXMARaLDA Partitur-Editor, nach den Regeln der halbinterpretativen Arbeitstranskription (HIAT), transkribiert:

Halbinterpretativ [Hervorhebung im Original] bedeutet dabei, dass Transkribenten beim Hören und beim Verschriftlichen des Perzipierten ihr muttersprachliches Sprachwissen aktualisieren, der Begriff *Arbeitstranskription* [Hervorhebung im Original] trägt den zahlreichen Korrekturfassungen eines Transkripts Rechnung. (Rehbein et al. 2004: 3)

Die mit den Ego-Netzwerkkarten gesammelten Daten wurden wie folgt aufbereitet. Im ersten Schritt wurden alle von den Befragten genannten Akteure identifiziert. Dafür wurden die in den Ego-Netzwerkkarten genannten Akteure in einer Tabelle zusammengeführt und mit den Interviewdaten abgeglichen, da einige Akteure nicht während der

Frau/Herr L... = Teamer/Lehrkraft), die Endungen des Namens geben Auskunft über das Angestelltenverhältnis (Frau/Herr ...le = Leiter/-in, Frau/Herr ...mi = fest angestellte/-r Mitarbeiter/-in, Frau/Herr ...ho = Mitarbeiter/-in auf Honorarbasis).

Den in den Interviews genannten Akteuren wurden zunächst (auf den mit VennMaker gezeichneten Netzwerkkarten) Zahlen vergeben. Im zweiten Schritt (Matrizen, Gesamtnetzwerk und Netzwerkvisualisierung mit Visonen) wurde ein Bezeichnungssystem aus Buchstaben und Zahlen entwickelt (MA1, MA2, ... = Akteure der Mittlerorganisation; PA1, PA2, ... = politische Akteure; TA1, TA2, ... = Teamer; SA1, SA2= sonstige Akteure).

Netzwerkzeichnung, sondern davor oder danach genannt wurden. Im zweiten Schritt wurden die Akteure kategorisiert, anonymisiert und in zwei Akteursets eingeteilt. Befragte Akteure (Tabelle 11) und ermittelte, nicht befragte Akteure (Tabelle 12).

Interview-ID	Befragte(r) (Kürzel)	Akteurskategorie	Funktion bzw. Aufgabenbereich im Programm ¹⁰⁸
END_I1	MA1	Akteur der Mittlerorganisation	Leitender Mitarbeiter im höheren Dienst (GI-Zentrale)
END_I2	MA2	Akteur der Mittlerorganisation	Mitarbeiter im gehobenen Dienst (GI-Zentrale)
END_I3	MA3	Akteur der Mittlerorganisation	Mitarbeiter im mittleren Dienst (GI-Zentrale)
END_I4	PA1	Politischer Akteur	Leitender Mitarbeiter im höheren Dienst (Arbeitseinheit des AA)
END_I5	TA1	Teamer	Seminarleitung <i>Europanetzwerk Deutsch</i>
END_I6 ¹⁰⁹	TA	Teamer	Seminar- und Organisationsleitung <i>Europanetzwerk Deutsch</i>
END_I7	TA2	Teamer	Seminarleitung <i>Europanetzwerk Deutsch</i>
END_I8	TA3	Teamer	Seminarleitung <i>Europanetzwerk Deutsch</i>
END_I9	PA2	Politischer Akteur	Mitarbeiter im höheren Dienst in einer Auslandsvertretung der BRD
END_I10	MA5	Akteur der Mittlerorganisation	Seminarleitung <i>Europanetzwerk Deutsch</i> mit Sonderaufgaben

Tabelle 11 Befragte Akteure
(Eigene Darstellung)¹¹⁰

¹⁰⁸ Die Zuordnungen basieren auf der Selbstausskunft der Befragten, die direkt nach den Interviews von der Interviewerin erbeten wurde (Fragebogen „Angaben zur Person“).

¹⁰⁹ Dieser Akteur konnte aufgrund schlechter Tonqualität des Interviews nicht in der Analyse berücksichtigt werden.

¹¹⁰ Die in der Tabelle verwendeten Farben beziehen sich auf die Kategorisierung der Akteure: Grün=Kategorie 1, Lila=Kategorie 2, Orange=Kategorie 3.

Bezeichnung	Akteur-kategorie	Funktion bzw. Aufgabenbereich im Programm¹¹¹
MA4	Akteur der Mittler-organisation	Leitender Mitarbeiter im höheren Dienst (GI-Zentrale)
MA6	Akteur der Mittler-organisation	ehemalige Projektmitarbeiter im gehobenen Dienst (GI-Zentrale)
MA7	Akteur der Mittler-organisation	Abteilung <i>Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit</i> (GI-Zentrale)
MA8	Akteur der Mittler-organisation	Bereich <i>Internet und Intranet</i> (GI-Zentrale)
MA9	Akteur der Mittler-organisation	Abteilung <i>Multimedia</i> (GI-Zentrale)
MA10	Akteur der Mittler-organisation	Verwaltungsleitungen an den GIs in Deutschland
MA11	Akteur der Mittler-organisation	Sprachabteilungsleitungen an den GIs im Ausland
MA12	Akteur der Mittler-organisation	Bereich <i>Buchhaltung</i> (GI-Zentrale)
MA13	Akteur der Mittler-organisation	Bereich <i>Haushalt</i> (GI-Zentrale)
MA14	Akteur der Mittler-organisation	Bereich 60 (GI-Zentrale)
MA15	Akteur der Mittler-organisation	Poststelle (GI-Zentrale)
MA16	Akteur der Mittler-organisation	Kollegen aus anderen Bereichen innerhalb einer Abt. (GI-Zentrale)
MA17	Akteur der Mittler-organisation	EDV-Abteilung (GI-Zentrale)
MA18	Akteur der Mittler-organisation	Sprachabteilungsleitungen an den GIs in Deutschland
MA19	Akteur der Mittler-organisation	Leitung des Fortbildungszentrums an einem GI in Deutschland

¹¹¹ Die Zuordnungen basieren auf den Aussagen der befragten Akteure.

Bezeichnung	Akteurs- kategorie	Funktion bzw. Aufgabenbereich im Programm¹¹²
MA20	Akteur der Mittler- organisation	Verwaltungsleitungen an den GIs im Ausland
MA21	Akteur der Mittler- organisation	Reisestelle (GI-Zentrale)
MA22	Akteur der Mittler- organisation	Praktikantin an einem GIA
MA23	Akteur der Mittler- organisation	GI an einem Standort in Deutschland
MA24	Akteur der Mittler- organisation	Bereich 03 (GI-Zentrale)
PA3	Politischer Akteur	Staatskanzlei eines Bundeslandes
PA4	Politischer Akteur	Bundesländer
PA5	Politischer Akteur	Deutsche Botschaft in einem europäischen Land
PA6	Politischer Akteur	Kulturabt. an dt. Botschaften in Ländern, wo es keine GIs gibt
PA7	Politischer Akteur	Europaabteilung des AA
PA8	Politischer Akteur	Abt. für Kultur und Kommunikation des AA
PA9	Politischer Akteur	politische Abteilung des AA
PA10	Politischer Akteur	Wirtschaftsabteilung des AA
PA11	Politischer Akteur	Bundespräsidialamt in Berlin
PA12	Politischer Akteur	Auslandsvertretungen der BRD
PA13	Politischer Akteur	Ansprechpartnerin in der EU-Kommission
PA14	Politischer Akteur	Koordinatoren für Weiterbildung in den EU- Institutionen
PA15	Politischer Akteur	Länderbüros in Brüssel
PA16	Politischer Akteur	Assistent des Mitarbeiters im höheren Dienst (Auslandsvertretung der BRD)
PA17	Politischer Akteur	Ehemaliger Mitarbeiter im höheren Dienst (Arbeitseinheit im AA)

¹¹² Die Zuordnungen basieren auf den Aussagen der befragten Akteure.

Bezeichnung	Akteurs-kategorie	Funktion bzw. Aufgabenbereich im Programm ¹¹³
TA4	Teamer	alle Seminarleitungen <i>Europanetzwerk Deutsch</i>
TA5	Teamer	alle Organisationsleitungen <i>Europanetzwerk Deutsch</i>
SA1	sonstiger Akteur	verschiedene Dienstleister, z. B. Spedition, Reisebüros und Hotels
SA2	sonstiger Akteur	ehemalige Teilnehmer der EU-Kurse

Tabelle 12 Ermittelte, nicht befragte Akteure
(Eigene Darstellung)¹¹⁴

Bevor die Rohdaten in eine Matrix eingegeben werden konnten, wurden die jeweilige Ego-Netzwerkgröße sowie die Verschiedenartigkeit der Akteure in Bezug auf ihre Zugehörigkeitskategorie (politischer Akteur, Akteur der Mittlerorganisation, Teamer, sonstiger Akteur) als Vergleichsmerkmale der sog. Streuung (Jansen 2006: 107) festgelegt. Danach wurden bimodale Akteur-Akteur-Matrizen pro befragtem Akteur und pro Relation (Tabelle 13) erstellt: Als Zeilenbeschriftung wurden der befragte Akteur, als Spaltenbeschriftung die im Ego-Netzwerk des Befragten ermittelten, nicht befragten Akteure eingegeben (1=zwischen den Akteuren besteht eine Relation, 0=zwischen den Akteuren besteht keine Relation).

	PA 1	PA 2	PA 14	PA 15	PA 16	MA 1	MA 2	MA 3	MA 5	MA 23	TA 1	TA 2	TA 3	TA 4	SA 2
M A1	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0

Tabelle 13 Bimodale Akteur-Akteur-Matrix zum Ego-Netzwerk von MA1 bezogen auf die Relation „Kooperation“
(Eigene Darstellung)

Die aufbereiteten Daten in Form von 27 Matrizen bilden eine Grundlage für die beschreibende und vergleichende Analyse der Eigenschaften von erhobenen Ego-Netzwerken. Um alle Akteure in einem Gesamtnetzwerk darzustellen und entsprechende Berechnungen durchzuführen, müssen die Ego-Netzwerke zu einem Gesamtnetzwerk zusammengeführt werden, was im nachfolgenden Kapitel behandelt wird.

¹¹³ Die Zuordnungen basieren auf den Aussagen der befragten Akteure.

¹¹⁴ Die in der Tabelle verwendeten Farben beziehen sich auf die hier vorgenommene Kategorisierung der Akteure: Grün=Kategorie 1, Lila=Kategorie 2, Orange=Kategorie 3, Türkis=Kategorie 4.

5.3.2 Zusammenführung der Ego-Netzwerke zum Gesamtnetzwerk unter Berücksichtigung der erhobenen Relationen

Während für die Datenerhebung die Ego-Netzwerke ein dem Forschungsgegenstand angemesseneres Verfahren darstellten als die Gesamtnetzwerke, trifft dies für die Datenauswertung nur bedingt zu. Bei jedem auszuwertenden Ego-Netzwerk, das als ein Fall betrachtet wird, können zwar die Perspektiven der einzelnen Akteure rekonstruiert und die Eigenschaften der Netzwerke (z.B. Zahl und Zugehörigkeitskategorie der genannten Alteri) mithilfe der gezeichneten Ego-Netzwerkkarten beschrieben und miteinander verglichen werden: Die strukturelle Einbettung von Ego in das Gesamtnetzwerk und die Ermittlung der für die Programmimplementierung zentralen Akteure bleibt dann aber ausgespart. Um die Netzwerkstrukturen und ihre Konsequenzen für die Umsetzung eines politischen Programms zu ermitteln, müssen die erhobenen Daten so aufbereitet werden, dass eine quantitative Analyse möglich wird, d.h. die Strukturdaten von Netzwerken müssen erst aus qualitativen Daten extrahiert werden (Hollstein 2008a: 3366). Dies ist allerdings mit einem Problem behaftet, denn obwohl eine formale quantitative Netzwerkanalyse an die qualitative Exploration von Netzwerken angeschlossen werden kann (Diaz-Bone 2008: 323), ist eine solche Vorgehensweise noch nicht ausgereift:

Ein bisher ungelöstes Problem der qualitativen Netzwerkanalyse besteht in der Zusammenführung unterschiedlicher Ego-Netzwerke zu einem Gesamtnetzwerk. Die fehlende Standardisierung ist dabei eher hinderlich. Allerdings kann eine Netzwerkanalyse die Dimension des Gesamtnetzwerks und damit die strukturelle Einbettung von Akteuren in ein soziales Netzwerk nicht vernachlässigen. (Lang; Leifeld 2008: 235)

Aufgrund fehlender Standardisierung sowie aus der Erkenntnis heraus, dass vorhandene, gelungene Kombinationen von qualitativer und quantitativer Netzwerkanalyse (Hollstein; Straus 2006) für die vorliegende Untersuchung nicht adaptiert werden konnten, wurde die Zusammenführung der Netzwerke wie folgt konzipiert: Pro erhobener Relation (Kooperation, Information und Unterstützung) wurde eine unimodale Akteur-Akteur-Matrix in Excel angelegt, die als Spalten die gleichen Entitäten wie Zeilen enthält (Akteure x Akteure) (Leifeld; Malang 2009: 371). In die Zellen der Matrix wurden die Relationen zwischen den befragten Akteuren eingegeben (0=zwischen den Akteuren besteht keine Relation, 1=zwischen den Akteuren besteht eine Relation). Anschließend wurde die Matrix symmetrisiert: „Beim Symmetrisieren wird sichergestellt, dass zwei Akteure nicht unterschiedliche Angaben zu ihrer gegenseitigen Beziehung machen“ (Marschall 2009: 122). Hat also der Akteur PA1 (Tabelle 14, zweite Spalte, erste Zeile) angegeben, dass er mit Akteur PA2 (zweite Spalte, dritte Zeile) kooperiert, wird in die Zelle eine Eins eingegeben. Die Symmetrisierung der Daten ist

deswegen sinnvoll und erlaubt, weil mit den verwendeten Namensgeneratoren Beziehungen erhoben werden, die stets auf Gegenseitigkeit beruhen (vgl. Kap. 5.4.2): Es kann also von symmetrischen Beziehungen ausgegangen werden und daher reicht es aus, wenn nur einer der Akteure (in diesem Fall Ego) die Beziehung erwähnt. Sind die Daten symmetrisiert, muss in der oberen Dreiecksmatrix das Gleiche herauszulesen sein: Akteur PA1 (erste Spalte, zweite Zeile) kooperiert mit Akteur PA2 (dritte Spalte, zweite Zeile).

	PA1	PA2	MA1	MA2	MA3	MA5	TA1	TA2	TA3
PA1	0	1	1	1	0	0	0	0	0
PA2	1	0	1	0	0	1	0	0	0
MA1	1	1	0	1	1	1	0	0	0
MA2	1	0	1	0	1	1	1	1	1
MA3	0	0	1	1	0	0	0	0	0
MA5	0	1	1	1	0	0	0	0	0
TA1	0	0	0	1	0	0	0	0	0
TA2	0	0	0	1	0	0	0	0	0
TA3	0	0	0	1	0	0	0	0	0

Tabelle 14 Symmetrisierte Matrix zum Kooperationsnetzwerk (Eigene Darstellung)

Die symmetrisierten Matrizen (Matrix zum Kooperations-, Informations- und Unterstützungsnetzwerk) bilden eine Grundlage für die Auswertungsschritte der quantitativen Analyse, die sich auf das Gesamtnetzwerk bezieht (Kap. 5.4.2).

5.4 Datenauswertung

5.4.1 Mikro-Ebene: motivationale Dimension des Handelns

Die Frage, welche Interessen die Akteure im Hinblick auf das Programm *Europanetzwerk Deutsch* verfolgen, dient der Ermittlung von Motiven, die das Handeln der Akteure bei der Programmimplementierung prägen und zu einem bestimmten Handlungstyp führen (vgl. Kap. 4.1):

(...) [D]er Blick auf das Handeln der (...) [Akteure soll] (...) einige der Motive [verdeutlichen], die Handelnde unter bestimmten Bedingungen haben können und aufgrund derer sie dann ein bestimmtes Handeln ausführen. (Schimank 2010: 21)

Durch die Typenbildung soll die politische Realität auf eine beschränkte Anzahl von Begriffen reduziert werden, um sie greif- und begreifbar zu machen (Kelle; Kluge 2010: 11). Diese Vorgehensweise wurde aus den folgenden Gründen gewählt. In Bezug auf die Sprachförderungs politik ist bisher nur ein Versuch unternommen worden, Interes-

sen als methodische Konstrukte zur Erklärung von Motiven heranzuziehen und Typen von Interessen zu nennen (Ammon 2003). Ammons Ansätze einer erklärenden Theorie können jedoch nicht auf die Implementierung von sprachpolitischen Programmen übertragen werden, da sie ausschließlich die strategisch-politische Ebene fokussieren und die operative ausblenden¹¹⁵. Unklar bleibt außerdem, auf welcher Datengrundlage die drei Interessentypen generiert worden sind. Dazu heißt es lapidar: „So beziehe ich mich gelegentlich auf Handlungen, vor allem Äußerungen, derart, als seien es Indikatoren von Interessen“ (Ammon 2000: 135). Wie wichtig die Berücksichtigung der Interessen und der Interessenkonstellationen für die Politikproduktion sind, zeigen die Erkenntnisse der policy- und Verbändeforschung:

Wenn Politikproduktion als Resultat der Interaktion einer Vielzahl von Akteuren aufgefasst wird, dann sind neben den staatlichen Akteuren die Interessengruppen wesentlicher Bestandteil des Policyprozesses. Die Struktur der Interessengruppenlandschaft, die Interessen, Wertorientierungen und Strategien von Verbänden und nicht-verbandlichen Akteuren addieren sich zu politikfeldspezifischen Interessen- und Konfliktkonstellationen, die entscheidenden Einfluss auf Politikergebnisse haben. Auf der anderen Seite schaffen Form und Inhalt politischer Entscheidungsprozesse Rahmenbedingungen für Struktur und Handeln von Interessengruppen, insbesondere Verbänden. (...) Interessenvermittlungsstrukturen sind somit auch ein Ergebnis von Rückkoppelungseffekten politischer Maßnahmen und institutioneller Grundentscheidungen.

Insgesamt führen wiederkehrende Interaktionen zur Herausbildung von politischen Beziehungsstrukturen, die den Charakter von Netzwerken annehmen, in denen staatliche und nichtstaatliche Akteure sozusagen quer zur institutionellen Struktur parlamentarisch-demokratischer Willensbildungsprozesse soziale Einheiten bilden. (von Winter; Willems 2009: 10).

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit sollen gleichermaßen Interessen und Interessenkonstellationen wie folgt ermittelt werden: Im ersten Analyseschritt wurden in den Interviews die Textpassagen identifiziert, in denen die Befragten sowohl von ihren eigenen Handlungsantrieben, als auch von den Handlungsantrieben aller von ihnen genannten Akteure bezogen auf die Implementierung des Programms *Europanetzwerk Deutsch* berichten. Im zweiten Analyseschritt sollen die Handlungsantriebe kodiert werden, um die Vielzahl der ermittelten Interessen auf eine überschaubare Typenvielzahl zu reduzieren. Im dritten Analyseschritt soll auf der Basis der identifizierten Handlungsantriebe ein Interessenprofil des Gesamtnetzwerks entstehen. Dabei kann die von Schneider (2003) umgesetzte Methode nicht übernommen werden, da auch diese nur die strategisch-politisch Ebene fokussiert:

¹¹⁵ Laut Ammon beruht die deutsche Sprachförderungspolitik auf den folgenden Interessen: Interesse an Expansion der eigenen Gesellschaft, Interesse an interner Sprachvereinheitlichung und Interesse an externer Sprachverbreitung (Ammon 2000: 135ff).

Die einfachste Darstellung einer *Interessenkonstellation* [Hervorhebung im Original] geht davon aus, dass die involvierten Akteure in Bezug auf verschiedene Politikoptionen jeweils unterstützende oder ablehnende Haltungen hinsichtlich der Politikoptionen einnehmen. Die Gesamtheit der Interessenpositionen eines Akteurs lässt sich dann als ein Interessenprofil darstellen. (Schneider 2003: 120)

Im Falle der Implementierung eines Programms wird angenommen, dass alle Akteure eine unterstützende Haltung hinsichtlich der politischen Ziele haben, sonst würden sie sich nicht involvieren. Die Tatsache allerdings, dass die involvierten Akteure auf unterschiedlichen Systemebenen agieren, könnte dazu führen, dass sie unterschiedliche Handlungsoptionen (Kap. 4.1) wahrnehmen, die bei der Implementierung aufeinander treffen. Um das Datenmaterial zu strukturieren, werden an dieser Stelle die vier Arten von Handlungswahlen nach Schimank (2010) als Heuristik einbezogen. Auf der Grundlage der ermittelten Handlungsantriebe können Aussagen darüber getroffen werden, welche Handlungswahlen bei der Implementierung des Programms *Europanetzwerk Deutsch* überwiegen (Perspektive des Gesamtnetzwerkes) sowie welche Akteure zu welchem Handeln eher tendieren: Was heißt es genau – aus der jeweiligen Akteursperspektive betrachtet – normkonform, nutzenverfolgend und identitätsbehauptend zu handeln?

Im vierten Analyseschritt sollte eine Verbindung zur Meso-Ebene geschaffen werden: Im Vordergrund steht die Frage danach, ob sich eine bestimmte Interessenvermittlungsstruktur erkennen lässt? Losgelöst von den aus der Verbändeforschung bekannten Strukturtypen wie z.B. Pluralismus oder Korporatismus und basierend auf der Netzwerkperspektive sollen am Ende Hypothesen zum Einfluss der Akteure auf die Programmimplementierung aufgestellt werden, die Aufschluss über die innere Differenzierung in der auswärtigen Sprachpolitik geben können:

Aus der Netzwerkperspektive weist die Struktur der Interessenvermittlung in Politikfeldern eine prinzipiell unbegrenzte Vielfalt auf, weil sowohl die Akteure, ihre Interessen, Ressourcen und Strategien als auch die Beziehungsmuster zwischen den verschiedenen Akteuren als variabel angesehen werden (Marsh 1998: 14). Es wird damit zu einer empirischen Frage, inwieweit in dieser Vielfalt bestimmte Strukturtypen erkennbar werden. Den empirischen Hintergrund für den Wandel der Analyseperspektive in der Policyforschung bildete die Beobachtung eines grundlegenden Wandels in den Formen der Interessenvermittlung. (...) Dadurch ergibt sich ein Bild der Interessenvermittlung, in dem nicht mehr die institutionell festgelegten Rollen von Staat, Parteien und Interessengruppen den Ausschlag geben, sondern in dem prinzipiell gleichrangige autonome Akteure durch ihre politikfeldspezifische Interessen miteinander vernetzt sind. (von Winter; Willems 2009: 14)

5.4.2 Meso-Ebene: relationale Dimension des Handelns

Zur Analyse der relationalen Dimension des Handelns gehören zwei Analyseschritte: Ein Verständnis der strukturellen Positionen von Akteuren im Gesamtnetzwerk, das sich aus den übergreifenden Systemebenen ergibt sowie die Beschreibung und der Vergleich von Eigenschaften der erhobenen Ego-Netzwerke.

Bezugnehmend auf die politischen Systemtheorien, mit denen eine spezifische Herangehensweise bei der Analyse politischer Phänomene verbunden ist (Czerwick 2011: 12), werden die Beziehungen zwischen drei in die Implementierung des Programms *Europanetzwerk Deutsch* involvierten Subsystemen als Teile von Systemebenen (Kap. 4.2.1 sowie 6.6) fokussiert:

Die politischen Systemtheorien stellen für die Analyse der politischen Systemebenen einen allgemeinen Referenz-, Beschreibungs- und Erklärungsrahmen dar, welche die Relevanzkriterien, Untersuchungsvariablen und Untersuchungshypothesen vorgeben. Ohne eine systematische Analyse der politischen Systemebenen fehlt eine wichtige Voraussetzung, um substantielle Aussagen über Politik und politische Systeme machen zu können. (ebd.: 67)

Da sich aus den politischen Systemtheorien selbst keine Hypothesen über die Beziehungen zwischen den Systemebenen ableiten lassen¹¹⁶, wird auf die Multilevel-Governance-Theorie nach Marks (1996) sowie Hooghe und Marks (2001) zurückgegriffen (vgl. Kap. 4.2.1), deren Aussagen sich auf den Forschungsgegenstand der vorliegenden Arbeit übertragen und auf folgende Hypothesen reduzieren lassen:

- H1: Das Auswärtige Amt spielt nicht die alles entscheidende Rolle bei der Implementierung des Programms *Europanetzwerk Deutsch*. Das Goethe-Institut und die Teamer/DaF-Lehrkräfte sind eigenständige Mitspieler in diesem Mehrebenensystem und keinesfalls nur die Ausführungsgehilfen („agents“) des Auswärtigen Amtes („principal“), erheblich.
- H2: Das Auswärtige Amt ist trotz der aus der rechtlichen Vereinbarung zwischen dem AA und GI hervorgehenden übergeordneten Position nicht in der Lage, die Umsetzung des Programms vollständig zu kontrollieren.

Zwecks Operationalisierung und Prüfung der Hypothesen wird das Konzept der Zentralität aus der Netzwerkforschung herangezogen:

Konzepte der Zentralität von Akteuren gehen davon aus, dass derjenige Akteur prominent im Netzwerk ist, der an vielen Beziehungen im Netzwerk beteiligt und deshalb sichtbar ist. Dahinter steht die Annahme, dass solche prominenten Akteure Zugang zu Netzwerkressourcen, Kontrollmöglichkeiten und Informationen haben. (Jansen 2006: 127ff)

¹¹⁶ Diesbezüglich fordert Czerwick, dass politische Systemtheorien sich intensiv mit Mehrebenenanalysen auseinandersetzen müssen und bspw. an Untersuchungen zur Politikverflechtung anknüpfen können (Czerwick 2011: 67).

Die Messung der Beteiligung im Netzwerk erfolgt entlang der erhobenen Relationen „Kooperation“, „Information“ und „Unterstützung“ und mittels drei Zentralitätsmaße: Degree (Nieminen 1974, Freeman 1978/79), Closeness (Bavelas 1950, Beauchamp 1965, Sabidussi 1966) und Betweenness (Bavelas 1948, Shimbel 1953, Anthonisse 1971, Freeman 1977). Während Degree und Closeness als radiale Maße die Aktivität und Effizienz der Akteure/Knoten im Netzwerk messen können (Mutschke 2008, 2010) und deshalb zur Überprüfung der ersten Hypothese eingesetzt werden, spielt Betweenness als mediales Maß zur Überprüfung der Kontrolle eine zentrale Rolle (ebd.).

Um die Degree-Zentralität zu berechnen, wird für jeden der neun befragten Akteure die Zahl seiner Beziehungen zu anderen Akteuren gezählt (Jansen 2006: 137ff):

$$C_D(n_i) = d_i$$

d_i ist der Degree des Akteurs i

$$d_i = \sum_j x_{ij} = \sum_j x_{ji}$$

$$i = j$$

Die Closeness-Zentralität „erfasst die Nähe (invers, dann die Entfernung) eines Punktes zu allen anderen Punkten des Netzes über die Pfaddistanzen“ (ebd.):

$$C_c(n_i) = \left(\sum_{j=1}^n d(n_i, n_j) \right)^{-1}$$

für $i \neq j$

$d(n_i, n_j)$ bezeichnet die Anzahl der Kanten zwischen dem betreffenden Punktepaar

Die Betweenness-Zentralität „erfasst die Anzahl der kürzesten Verbindungen (...) [Geodäten AP] zwischen Punktepaaren, die durch den betrachteten Punkt laufen“ (ebd.). Dadurch bietet sie ein Maß für die Kontrolle des Netzwerkflusses durch bestimmte Akteure.

$$C_B(n_i) = \sum_j \sum_{<k} b_{jk}(n_i)$$

für $i \neq j \neq k$

$$b_{jk}(n_i) = \frac{1}{g_{jk}} \cdot g_{jk}(n_i)$$

g_{jk} als Anzahl der Geodäten zw. n_j und n_k

$g_{jk}(n_i)$ als Anzahl der Geodäten durch n_i

Alle Berechnungen wurden auf der Grundlage von in Excel erstellten Adjazenzmatrizen (Kooperation, Information und Unterstützung) mit VISIONE¹¹⁷ durchgeführt. Um die Richtigkeit der von VISIONE generierten Ergebnisse zu überprüfen, wurden die Berechnungen außerdem syntax-basiert mit R¹¹⁸ durchgeführt.

Zusätzlich zu den Berechnungen wurden Netzwerkvisualisierungen mit VISIONE erstellt, um die jeweiligen Netzwerke besser miteinander vergleichen zu können und evtl. weitere Erkenntnisse zu gewinnen, die anhand reiner Zahlen nicht sofort sichtbar sind.

Die Analyse ausgewählter Eigenschaften der ego-zentrierten Netzwerke dient der Ermittlung sozialer Ressourcen der befragten Akteure. Als Vergleichsmerkmale der sog. Streuung (Jansen 2006: 107) können für die vorliegende Untersuchung die Netzwerkgröße sowie die Verschiedenartigkeit der Akteure in Bezug auf ihre subsystemische Zugehörigkeitskategorie herangezogen werden. Die Erkenntnisse aus der Analyse werden ergänzend zu den Ergebnissen der formalen Netzwerkanalyse herangezogen. Alle sich auf die Eigenschaften der ego-zentrierten Netzwerke beziehenden Aussagen wurden aus Gründen der Vereinheitlichung anhand von mit VISIONE erstellten Visualisierungen getroffen (Abbildung 4).

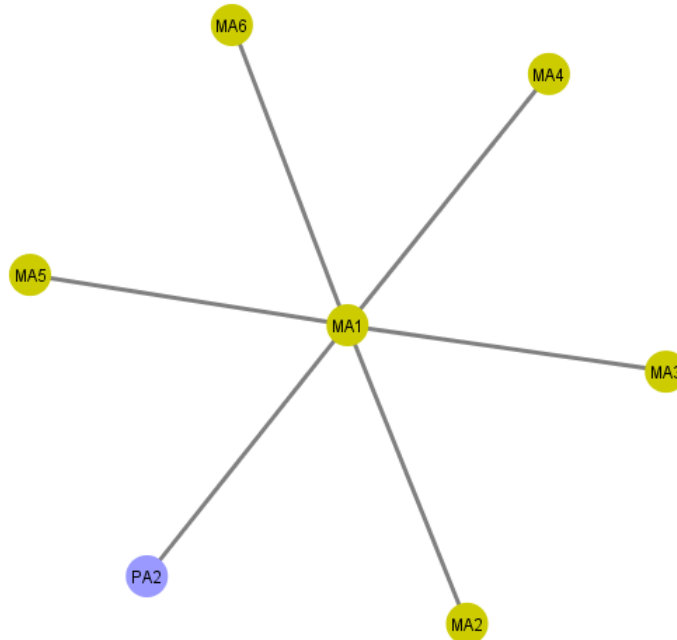


Abbildung 4 Beispiel für ein visualisiertes Ego-Netzwerk (Eigene Darstellung)

¹¹⁷ Visone ist eine an der Universität Konstanz entwickelte Software zur Analyse und Visualisierung von Netzwerken.

¹¹⁸ R ist ein opensource Programm, mit dem statistische Analysen jeder Art durchgeführt werden. Es wird oft in Netzwerkanalysen eingesetzt.

5.4.3 Makro-Ebene: systemische Dimension des Handelns

Die Analyse des Datenmaterials, das sich auf die systemische Dimension des Handelns bezog, wurde in Anlehnung an die Forschungsstrategie der Grounded Theory (GT) sowie den Analyserahmen nach Strauss und Corbin (1996, 1990) durchgeführt, wobei die einzelnen Schritte des Kodierprozesses nicht mit aller Konsequenz befolgt wurden, sondern gegenstandsbezogen gearbeitet wurde, was so manche Um- und Abwege mit sich brachte. Trotzdem wurde darauf geachtet, dass die drei zentralen Punkte des GTM-Forschungsstils beibehalten wurden:

Erstens die Art des Kodierens. Das Kodieren ist theoretisch, es dient also nicht bloß der Klassifikation oder Beschreibung der Phänomene. Es werden theoretische Konzepte gebildet, die einen Erklärungswert für die untersuchten Phänomene besitzen. Das Zweite ist das theoretische Sampling (...) d.h., dass es darauf ankommt, schon nach dem ersten Interview mit der Auswertung zu beginnen (...). Und das Dritte sind die Vergleiche, die zwischen den Phänomenen und Kontexten gezogen werden und aus denen erst die theoretischen Konzepte erwachsen. (Strauss im Gespräch mit Heiner Legewie und Barbara Schervier-Legewie 2011: 74)

Für jeden Interviewten wurde zunächst eine zusammenfassende Ansicht auf der Grundlage eines selbst entwickelten Themenrasters angefertigt (Spalte 1 in der Tabelle 15). In die zweite Spalte wurden die sogenannten In-vivo-Kodes, also „die Übernahmen von kennzeichnenden bzw. typisierenden Ausdrucks-, Redeweisen oder Bezeichnungen der Befragten bzw. Beobachteten“ (Breuer 2010: 78) eingetragen, die anschließend interpretiert wurden (Spalte 3). An die nun aufgebrochenen Daten wurde offen herangegangen. Die sich von allen Interviewten wiederholt angesprochenen Phänomene wurden fett hervorgehoben: Sie bildeten eine Grundlage für die Entwicklung von konzeptualisierenden Begriffen. Die gebildeten Kodes wurden mithilfe einer Mental Map zusammengefasst, um feststellen zu können, ob und wie sie sich zu Schlüsselkategorien bündeln (Berg; Millmeister 2011: 308). Nachdem die Schlüsselkategorien gebildet waren, wurden sie durch die Formulierung von Eigenschaften und Dimensionen angereichert. Die Betrachtung der Kategorien und ihren Merkmalsausprägungen ergab ein Gesamtmosaik, in dem die Kernkategorie der Daten immer deutlicher hervortrat und am Ende feststand. Die Kernkategorie sowie die dazu gehörigen Unterkategorien wurden nun mit den konzeptionellen Dimensionen des politischen Systems (Czerwick 2011) verglichen, was zur Formulierung von vier Beschreibungskategorien der systemischen Dimension des Handelns sowie drei subsystemischen Rationalitäten (Kap. 5.6) führte. Die anhand der Beschreibungskategorien ermittelten Zusammenhänge konnten schließlich zusammengefasst (Kap. 5.7) und mit den ermittelten Daten zu der motivationalen und relationalen Dimension des Handelns in Verbindung gebracht werden, um am Ende des Forschungsprozesses die Wechselwirkung zwischen

politischem Handeln (Implementierung eines Programms zur Förderung des Deutschen in der EU) und politischem System ermitteln zu können, bzw. – in der Terminologie des Grounded-Theory-Ansatzes ausgedrückt – eine gegenstandsbezogene Theorie zu Implementierungsprozessen in der Auswärtigen Sprachpolitik zu entwickeln (Kap. 6.8).

Interview 9 (END_19)		
Fokus bzw. ermitteltes Thema	Interviewpassage	Kodierung (Phänomene)
<p>1. Wie wird das Programm wahrgenommen, eingeschätzt, usw.? Was wird alles über das Programm gesagt?</p> <p>Subjektive Einschätzung des Programms (politische Ziele, Notwendigkeit, Zielgruppe, Wirkung...)</p>	<p>[80-94]</p> <p>[An der Zielgruppe] (...) hat sich nichts geändert, aber wir stellen fest, dass die Nachfrage nach dem Programm längst nicht DEM entspricht, was wir uns wünschen, insbesondere aus den EU-Institutionen und (...) dass mehr Leute sich dafür interessieren und echtes Interesse haben, aber je hochrangiger man kommt, desto weniger haben diese Personen Zeit, auch um eine Woche bspw. oder auch länger nach Deutschland zu fahren und sich einer Fremdsprache zu widmen. Das ist aber mal bei den hochrangigen Beamten die Ausnahme, insofern sind wir mit der Zeit dazu gekommen, auch Personen durchaus mitzunehmen in diesem Programm, an die man ursprünglich weniger gedacht hat. Ich mein', es war ja nicht GENAU festgelegt, aber solche Begriffe wie „hochrangig“ sind ja auslegungsfähig. (...) Ich denke mal von der Tendenz hat man das eher LIBERALER im Sinne AUCH mittelrangig zum Beispiel ausgelegt, als man sich das ursprünglich gedacht hat.</p>	<p>Wunschvorstellung in Bezug auf die Nachfrage des Programms verfehlt, trotz der „Liberalisierung“ der Zielgruppenbestimmung (nicht nur hochrangige aber auch „mittelrangige“ Beamte als TN)</p> <p>Reflexion des Programmziels: Wenn man hochrangige Beamte erreicht, kann man die Einstellung der Beamten zum Status des Deutschen beeinflussen, aber nicht die Verwendung von Deutsch in den EU-Institutionen</p>

Tabelle 15 Kodierung des Datenmaterials am Beispiel eines Interviews (Eigene Darstellung)

6. Empirische Ergebnisse

Das Ziel dieser Arbeit ist die Analyse der Umsetzung sprachpolitischer Ziele am Beispiel des Programms *Europanetzwerk Deutsch*. Da der akteur- und systemtheoretische Blickwinkel miteinander kombiniert werden soll, erfolgt die Analyse der erhobenen Daten mithilfe des dazu entwickelten dreidimensionalen Handlungs-System-Modells (vgl. Kapitel 5).

Nachdem die Datengrundlage vorgestellt wird, werden die Interessen der in das Programm *Europanetzwerk Deutsch* involvierten Akteure beschrieben und die Interessenkonstellation des Gesamtnetzwerkes dargestellt, womit die motivationale Dimension des Handelns erfasst wird. Zwecks Beschreibung der relationalen Dimension des Handelns werden erst die Ergebnisse der Netzwerkanalyse abgebildet und dann die einzelnen Ego-Netzwerke beschrieben. Erst nach der Berechnung, Visualisierung und Auswertung der Maßzahlen zu und Eigenschaften von Netzwerken erfolgt die Interpretation der Ergebnisse sowie die Prüfung von Hypothesen zu Verflechtungen zwischen den Subsystemen. Es folgt die systemische Dimension des Handelns. Am Beispiel von drei Subsystemen wird der Zusammenhang zwischen Handlungsbedingungen und Strukturen auf Basis der datenbasierten Kategorien beschrieben. Abschließend werden alle Teilergebnisse zusammengeführt, um das Wechselverhältnis zwischen Handeln der Implementationsakteure und Strukturen erklären zu können.

6.1 Akteurset

In den folgenden Kapiteln dient als Datengrundlage immer dasselbe Akteurset:

9	befragte Akteure
38	ermittelte, nicht befragte Akteure

Die 47 identifizierten Akteure lassen sich in vier Kategorien differenzieren:

Kategorie 1:	Akteure der Mittlerorganisation „Goethe-Institut“ (24 Akteure)
Kategorie 2:	politische Akteure (16)
Kategorie 3:	Akteure der Kategorie „Teamer“ (5)
Kategorie 4:	sonstige Akteure (z.B.: Alumni des Programms) (2)

Bei der formalen Netzwerkanalyse (Kap. 6.4) werden ausschließlich befragte Akteure berücksichtigt. Die ermittelten, nicht befragten Akteure werden hingegen bei der Beschreibung der ego-zentrierten Netzwerke berücksichtigt (Kap. 6.5). Als Akteure gelten sowohl individuelle als auch komplexe Akteure (Scharpf 2000: 95ff): Ein Beispiel für einen individuellen Akteur bzw. eine handelnde Einheit ist die Leitung der Abteilung „Sprache“ während unter einem komplexen Akteur eine aus vielen Individuen zusam-

mengesetzte Handlungseinheit zu verstehen ist, z.B. die Abteilung „Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit“ in der Zentrale des Goethe-Instituts in München.

Für die Bezeichnung von Akteuren werden in diesem Kapitel zwei Begriffe synonym verwendet: die „Akteurskategorie“ gem. der handlungsorientierten und „Subsysteme“ gem. der systemorientierten Analyse bzw. Lesart. Die drei für diese Untersuchung zentralen Akteurskategorien bzw. Subsysteme werden folgenden Systemebenen (Czerwick 2012: 64ff; vgl. Kap. 4.2.1) zugeordnet:

- Kategorie/Subsystem 1: Akteure der Mittlerorganisation sind Teil der Systemebene „Organisationen“
- Kategorie/Subsystem 2: politische Akteure sind Teil der Systemebene „nationale politische Subsysteme“
- Kategorie/Subsystem 3: Teamer/DaF-Lehrkräfte sind Teil der Systemebene „einfache Interaktionssysteme“

6.2 Interessen im Gesamtnetzwerk

Insgesamt wurden von den Befragten 39 Interessen genannt, die sich entweder auf die eigene Person („Welche Interessen verfolgen Sie im Programm?“ = Selbstzuschreibungen) oder die von den Befragten genannten Altri beziehen („Welche Interessen verfolgt Ihrer Meinung nach ...?“ = Fremdzuschreibungen). Sowohl die 19 auf die eigene Person bezogenen Interessen (vgl. Tabelle 16) als auch die 20 Interessen, die nach Meinung der Befragten von anderen Akteuren verfolgt werden (vgl. Tabelle 17), lassen sich acht Codes zuordnen: Aufgaben des Projektmanagements (C1), Aufgaben als DaF-Lehrkraft (C2), Durchsetzung politischer Ziele (C3), Implementierung politischer Vorgaben auf Kursebene (C4), Implementierung politischer Vorgaben auf Programmebene (C5), Nutzen für die „eigene“ Institution (C6), persönlicher Nutzen (C7) und Zusammenspiel von mehreren Motiven (C8).

Befragter Akteur	Nr.	Nennungen	Code
MA1	1	„das Netzwerk aufzubauen“	C5
	2	„Verbindungen zu den GIAs und den Ministerien im Ausland aufzubauen“	C1
MA2	3	„dass alles gut läuft“	C1
	4	„dass wir als GI sichtbar werden“	C6
MA3	5	„möglichst viele Menschen nach Deutschland einzuladen“	C1
	6	„mit dem Geld, was wir bekommen, möglichst viel zu machen“	C1
MA5	7	„Lobby-Arbeit“	C1
	8	„das Programm voranzutreiben“	C1
	9	„Leute zu finden, die Deutsch lernen wollen“	C1
PA1	10	„die große Linie zu sehen, die Richtung vorzugeben, inhaltlich“	C3
	11	„die Richtung vorzugeben, was die Auswahl der Teilnehmer angeht“	C5
PA2	12	„das Programm gut zu verkaufen“	C5
TA1	13	„einen guten Sprachkurs zu machen“	C4
TA2	14	„dass ein Kurs stattfindet“	C6
	15	„dass es genügend TN gibt“	C6
	16	„dass es TN gibt mit einem Niveau, was dem Kurs entspricht“	C7
	17	„dass nach Möglichkeit die TN auch anschließend letztlich im GI sich weiter investieren“	C6
TA3	18	„so zu unterrichten, dass die Teilnehmer gewisse Bedürfnisse befriedigen (z. B. Grammatik üben)“	C2
	19	„so zu unterrichten, dass die Teilnehmer ihre Kenntnisse erweitern und motiviert sind, weiter Deutsch zu lernen“	C2

Tabelle 16 Genannte Interessen: Selbstzuschreibungen

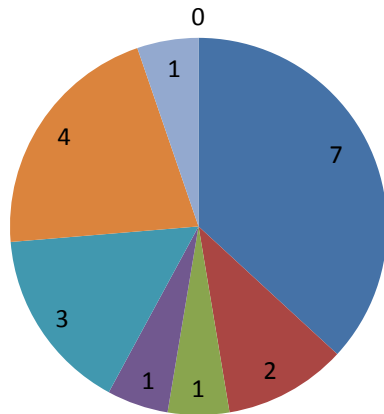
Wem zugeschrieben	Nr.	Nennungen	Von wem genannt?	Code
MA1	1	„dass der Kurs an einem GID durchgeführt wird“	TA1	C6
	2	„dass die Leute vielleicht danach noch weiter lernen, vielleicht noch mal einen Deutschkurs bei Goethe buchen“	TA3	C6
	3	„dass das AA weiterhin das Programm an Goethe gibt“	TA3	C6
MA2 und MA1	4	„guter Kurs“	TA1	C4
	5	„guter Einblick in Deutschlands Strukturen“	TA1	C4
	6	„Netzwerkbildung unter den TN“	TA1	C5
MA3		keine zugeschriebenen Interessen		
MA5	7	„Beziehungen zu den Beamten in der EU-Kommission und zu den Mitgliedern des europäischen Rates aufzubauen“	MA1	C1
	8	„das Programm gut zu verkaufen“	PA2	C1
PA1	9	„politisches Interesse an der Sache“	MA1	C3
	10	„Lobby-Arbeit“	MA1	C3
	11	„Vermittlung eines positiven Deutschlandbildes“	MA2	C3
	12	„möglichst viele Menschen nach Deutschland einzuladen“	MA3	C3
	13	„mit dem zugewiesenen Geld möglichst viel zu machen“	MA3	C6
	14	„ganz global daran interessiert, dass Deutsch einfach gefördert wird“	TA3	C3
	15	„auch wichtige Kontakte für später zu haben“	TA3	C7
	16	„darauf zu achten, dass tatsächlich die Zielgruppe, wie sie in der ursprünglichen Konzeption definiert ist, möglichst gut getroffen wird“	PA2	C5
PA2	17	„Kontakte zu erweitern“	PA1	C7
TA4 ¹¹⁹	18	„Sprache, einen richtig guten Sprachkurs zu machen“	MA2	C4
	19	„wirtschaftliches Interesse (Honorar)“	MA3	C7
	20	„vielleicht ist das Interesse etwas komplexer, gemischer“	MA3	C8

Tabelle 17 Genannte Interessen: Fremdzuschreibungen

¹¹⁹ Die Befragten beziehen ihre Aussagen auf alle und nicht einzelne Teamer (DaF-Lehrkräfte) im Programm „Europanetzwerk Deutsch“.

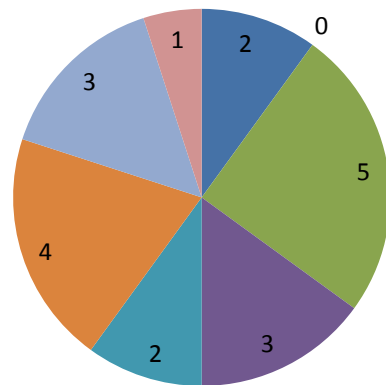
Die acht Codes können als acht Typen von Interessen betrachtet werden, die unterschiedliche Motive der Akteure im Gesamtnetzwerk ausdrücken. Vergleicht man die Selbst- mit den Fremdzuschreibungen, so werden außerdem einige Übereinstimmungen und Abweichungen deutlich (vgl. Diagramm 1). Sowohl bei den Selbst- als auch bei den Fremdzuschreibungen wird der Nutzen für die eigene Institution an zweiter Stelle genannt (je 4 Nennungen). An erster Stelle stehen je nach Perspektive entweder die Aufgaben des Projektmanagements (Selbstzuschreibungen = 7 Nennungen) oder die Durchsetzung politischer Ziele (Fremdzuschreibungen = 5 Nennungen), während an dritter Stelle die Implementierung politischer Vorgaben auf Programmebene (Selbstzuschreibungen = 3 Nennungen) oder die Implementierung politischer Vorgaben auf Kursebene und der persönliche Nutzen (Fremdzuschreibungen = je 3 Nennungen) aufgeführt werden. Dass die Durchsetzung politischer Ziele bei den Fremdzuschreibungen fünfmal, dafür bei den Selbstzuschreibungen nur einmal genannt wurde, könnte so interpretiert werden, dass die Befragten über die politischen Ziele des Programms nicht sprechen wollen. Dass die Aufgaben des Projektmanagements bei den Selbstzuschreibungen siebenmal und bei den Fremdzuschreibungen nur zweimal genannt wurden, mag daran liegen, dass es für die Akteure eine Selbstverständlichkeit ist, über die man nicht sprechen muss. Einig scheinen sich die Akteure darüber zu sein, dass durch ihr Handeln ein Nutzen für die Institution entstehen soll, für die sie tätig sind.

Selbstzuschreibungen



- Aufgaben des Projektmanagements
- Aufgaben als DaF-Lehrkraft
- Durchsetzung politischer Ziele
- Implementierung politischer Vorgaben auf Kursebene
- Implementierung politischer Vorgaben auf Programmebene
- Nutzen für die eigene Institution
- persönlicher Nutzen
- Zusammenspiel von mehreren Motiven

Fremdzuschreibungen



- Aufgaben des Projektmanagements
- Aufgaben als DaF-Lehrkraft
- Durchsetzung politischer Ziele
- Implementierung politischer Vorgaben auf Kursebene
- Implementierung politischer Vorgaben auf Programmebene
- Nutzen für die eigene Institution
- persönlicher Nutzen
- Zusammenspiel von mehreren Motiven

Diagramm 1 Interessenprofil des Gesamtnetzwerkes im Vergleich (Nennungen)

6.3 Handlungsantriebe und Handlungswahlen

Obwohl mit den im Kapitel 6.2 gebildeten Codes acht Typen von Interessen der an der Implementierung des Programms *Europanetzwerk Deutsch* beteiligten Akteure identifiziert worden sind, können damit noch keine Aussagen darüber getroffen werden, warum die Akteure so und nicht anders handeln. Um dies zu leisten, wird auf empirisch geprüfte Werkzeuge zurückgegriffen: die Akteurmodelle von Schimank (2010). Die Codes werden daher zunächst den Handlungsantrieben zugeordnet und anschließend aus der Akteursperspektive analysiert, um zu ermitteln, welche Handlungsalternativen von welchen Akteuren gewählt werden.

Ermittlung der Handlungsantriebe: Zuordnung der Kodes

Die Kodes „Aufgaben des Projektmanagements“ (C1), „Durchsetzung politischer Ziele“ (C3), „Implementierung politischer Vorgaben auf Kursebene“ (C4) und „Implementierung politischer Vorgaben auf Programmebene“ (C5) können dem normkonformen Handeln zugeordnet werden. Die Handlungsantriebe der Akteure liegen in der Erfüllung von Sollvorgaben; man könnte sagen, sie spielen ihre Rollen, die ihnen im Programm *Europanetzwerk Deutsch* zugewiesen wurden. Mit ihrem Handeln befolgen die Akteure institutionelle Normen und Regeln des Auswärtigen Amtes und/oder des Goethe-Instituts und erfüllen damit die an sie gerichteten Erwartungen hinsichtlich der Programmimplementierung.

Die Kodes „Nutzen für die eigene Institution“ (C6) und „persönlicher Nutzen“ (C7) lassen sich dem nutzenorientierten Handeln zuordnen. Die Akteure handeln zweckrational, indem sie sich überlegen, mit welchen Mitteln sie innerhalb der gegebenen Möglichkeiten ihre Ziele am besten erreichen können.

Der Kode „Aufgaben als DaF-Lehrkraft“ (C2) kann in die identitätsbehauptende Handlungswahl eingeordnet werden. Im Zentrum dieses Handelns stehen sog. evaluative Selbstansprüche (Schimank 2010: 144), also Vorstellungen eines Akteurs darüber, wie er sein und handeln will. Die Akteure müssen ihre Identität sowohl im DaF-Unterricht als auch gegenüber dem Auftraggeber behaupten, sie handeln zielgerichtet und lernerorientiert: Ihr Handlungsraum wird dabei aktiv-kognitiv konstruiert,

(...) die oft mehrdeutigen, rasch wandelbaren, teilweise unvorhersehbaren und immer kontextabhängigen Situationen, mit denen (...) [sie] im Unterrichtsprozess konfrontiert (...) werden, [werden] fortlaufend analysiert, interpretiert und in bestimmter Weise rekonstruiert, um schließlich eine subjektive Handlungslinie zu entwickeln, die durch ihre Realisierung wiederum neue Unterrichtssituationen schafft. (Witte; Harden 2010: 1329)

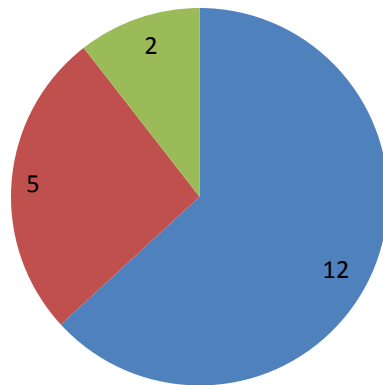
Auf diese Weise versuchen die DaF-Lehrkräfte immer wieder, die Unterrichtsrealität dem fremdsprachendidaktischen Ideal anzupassen.

Der Kode C8 („Zusammenspiel von mehreren Motiven“) lässt sich keiner Handlungswahl zuordnen.

Ausgehend von den absoluten Zahlen der Nennungen, die sich drei Handlungsantrieben zuordnen ließen, kann Folgendes konstatiert werden: Bei der Implementierung des Programms *Europanetzwerk Deutsch* überwiegt der normkonforme Handlungsantrieb, und zwar sowohl im Bereich der Selbst- als auch im Bereich der Fremdzuschreibungen (je 12 Nennungen), gefolgt vom nutzenorientierten (Selbstzuschreibungen = 5 Nennungen, Fremdzuschreibungen = 7 Nennungen) und identitätsbehauptenden Handlungsantrieb (Selbstzuschreibungen = 2 Nennungen (vgl. Diagramm 2).

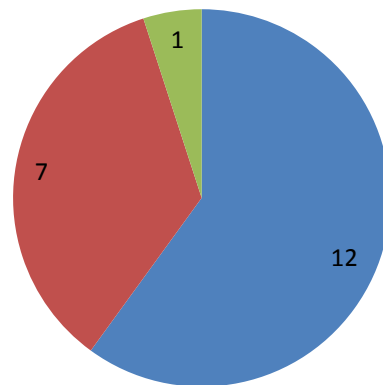
Unklar ist hingegen, zu welchem Handeln die jeweiligen Akteure eher tendieren. Dieser Frage wird im Folgenden nachgegangen.

Selbstzuschreibungen



- normkonform
- nutzenorientiert
- identitätsbehauptend

Fremdzuschreibungen



- normkonform
- nutzenorientiert
- sonstiges

Diagramm 2 Handlungsantriebe im Gesamtnetzwerk im Vergleich (Nennungen)

Handlungswahlen der Akteure der Mittlerorganisation

Die Akteure der Mittlerorganisation tendieren hauptsächlich zum normkonformen Handeln (Selbstzuschreibungen = 8 Nennungen, Fremdzuschreibungen = 5 Nennungen). Normkonformes Handeln bedeutet in diesem Kontext, dass die Aufgaben des Projektmanagements ausgeführt und politische Vorgaben sowohl auf der Programm- als auch auf der Kursebene implementiert werden. Ihr Handeln ist allerdings auch nutzenorientiert (Selbstzuschreibungen = 1 Nennung, Fremdzuschreibungen = 3 Nennungen), wobei der Nutzen nicht für die eigene Person, sondern für das Goethe-Institut entstehen soll, für das die Akteure arbeiten. Die Tatsache, dass der Nutzen bei den Fremdzuschreibungen häufiger als bei den Selbstzuschreibungen genannt wird, lässt vermuten, dass diese Handlungswahl eine größere Rolle spielen könnte, als von den Akteuren zugestanden wird. In Anbetracht dessen, dass die Nutzenmaximierung in diesem Rahmen eine zentrale Rolle spielt, was dazu führt, dass bei der Verfolgung mehrerer Ziele verschiedene Präferenzen gewichtet werden müssen, um am Ende jene Handlung zu wählen, die nach einer Gewichtung der Nützlichkeit der Folge mit der Erwartung ihres Eintretens die höchste Wertigkeit aufweist (Kron 2010: 19ff), könnte man vermuten, dass die Akteure dem Nutzen für die eigene Institution bereits Vorzug geben bzw. in absehbarer Zeit geben werden.

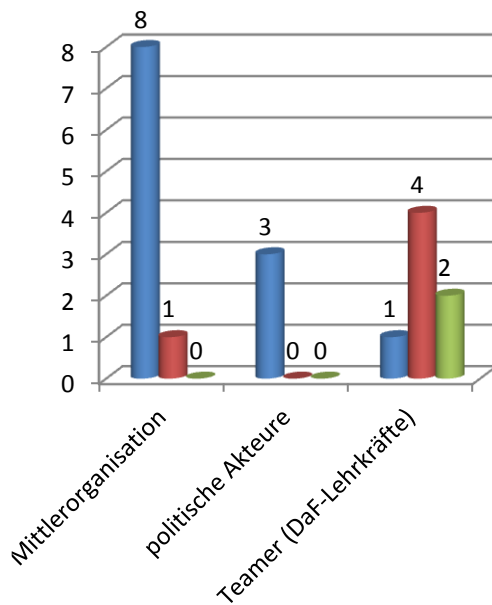
Handlungswahlen der politischen Akteure

Die politischen Akteure tendieren laut Selbstzuschreibungen nur zum normkonformen Handeln (3 Nennungen), während sie laut Fremdzuschreibungen sowohl normkonform (6 Nennungen) als auch nutzenorientiert (3 Nennungen) handeln würden. Das normkonforme Handeln umfasst die Implementierung politischer Vorgaben auf der Programmebene (Selbstzuschreibungen = 2 Nennungen) sowie die Durchsetzung politischer Ziele (Selbstzuschreibungen = 1 Nennung, Fremdzuschreibungen = 5 Nennungen). Diese Differenz hinsichtlich der Durchsetzung politischer Ziele könnte so gedeutet werden, dass die anderen Akteure (Akteure der Mittlerorganisation und die Teamer/DaF-Lehrkräfte) sich eine deutlich erkennbare Durchsetzung wünschen würden oder aber davon ausgehen, dass dies der einzige Handlungsantrieb der politischen Akteure ist. Bemerkenswert ist, dass die politischen Akteure ein nutzenorientiertes Handeln überhaupt nicht ansprechen, ihnen dieses aber von den anderen Akteuren zugeschrieben wird. Laut solcher Zuschreibungen versuchen politische Akteure, sowohl einen Nutzen für das Auswärtige Amt als auch für die eigene Person zu erzielen. Als Beispiel für Ersteres gilt die Aussage, man würde sich darum bemühen, die dem Auswärtigen Amt zugewiesenen Bundesmittel für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik möglichst voll auszuschöpfen. Als Beispiel für Letzteres kann die Aussage angeführt werden, dass politischen Akteuren sehr daran gelegen sei, ihre persönlichen Kontakte zu erweitern, wofür sie das Programm *Europanetzwerk Deutsch* nutzen würden.

Handlungswahlen der Teamer/DaF-Lehrkräfte

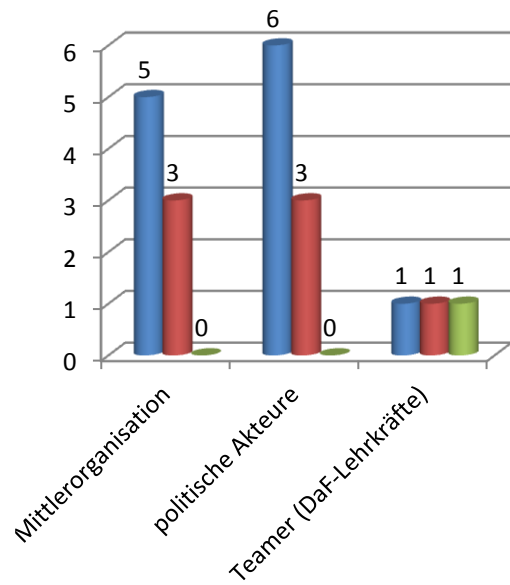
Laut Selbstzuschreibungen tendieren die Teamer/DaF-Lehrkräfte hauptsächlich zum nutzenorientierten Handeln (4 Nennungen), gefolgt vom identitätsbehauptenden (2 Nennungen) und normkonformen Handeln (1 Nennungen). Laut Fremdzuschreibungen hingegen handeln sie sowohl normkonform, als auch nutzenorientiert und identitätsbehauptend. Normkonformes Handeln bedeutet die Implementierung politischer Vorgaben auf der Kursebene (Selbst- und Fremdzuschreibungen = je 1 Nennung), nutzenorientiertes Handeln beinhaltet sowohl einen Nutzen für die eigene Institution (Selbstzuschreibungen = 3 Nennungen) als auch für die eigene Person (Selbst- und Fremdzuschreibungen = je 1 Nennung), während das identitätsbehauptende Handeln die Ausführung aller Aufgaben als DaF-Lehrkraft impliziert (Selbstzuschreibungen = 2 Nennungen).

Selbstzuschreibungen



- normkonformes Handeln
- nutzenorientiertes Handeln
- identitätsbehauptendes Handeln

Fremdzuschreibungen

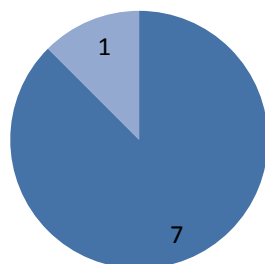


- normkonformes Handeln
- nutzenorientiertes Handeln
- sonstiges

Diagramm 3 Handlungswahlen der Akteure im Vergleich a) je Akteurskategorie (allgemein), b) Handlungswahlen je Akteurskategorie (detailliert)

Selbstzuschreibungen

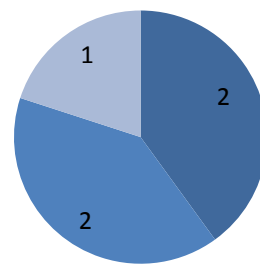
normkonformes Handeln der Mittlerorganisation



- Aufgaben des Projektmanagements
- Impl. pol. Vorgaben auf der Programmebene

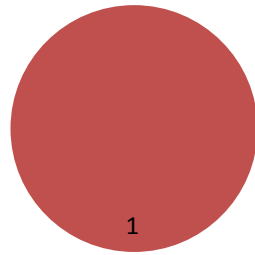
Fremdzuschreibungen

normkonformes Handeln der Mittlerorganisation



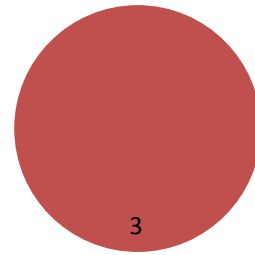
- Aufgaben des Projektmanagements
- Impl. pol. Vorgaben auf der Kursebene
- Impl. pol. Vorgaben auf der Programmebene

nutzenorientiertes Handeln der Mittlerorganisation



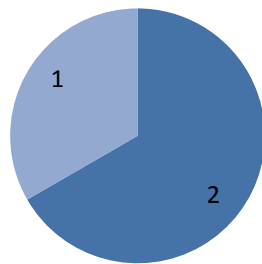
■ Nutzen für die "eigene" Institution

nutzenorientiertes Handeln der Mittlerorganisation



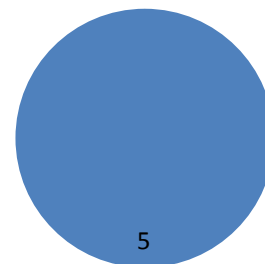
■ Nutzen für die "eigene" Institution

normkonformes Handeln der politischen Akteure



■ Impl. pol. Vorgaben auf der Programmebene
■ Durchsetzung politischer Ziele

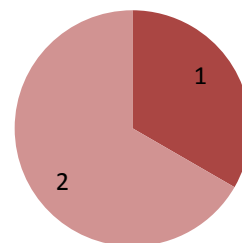
normkonformes Handeln der politischen Akteure



■ Durchsetzung politischer Ziele

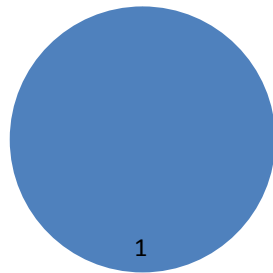
Keine Nennungen
bzgl. nutzenorientierten Handelns
der politischen Akteure

nutzenorientiertes Handeln der politischen Akteure



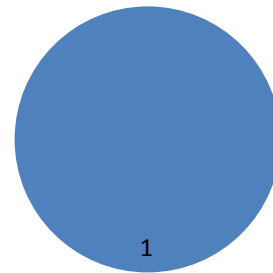
■ Nutzen für die "eigene" Institution
■ persönlicher Nutzen

normkonformes Handeln der Teamer (DaF-Lehrkräfte)



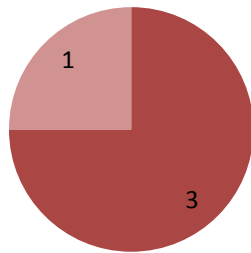
■ Impl. pol. Vorgaben auf der Kursebene

normkonformes Handeln der Teamer (DaF-Lehrkräfte)



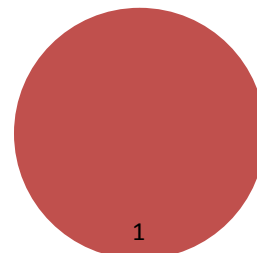
■ Impl. pol. Vorgaben auf der Kursebene

nutzenorientiertes Handeln der Teamer (DaF-Lehrkräfte)



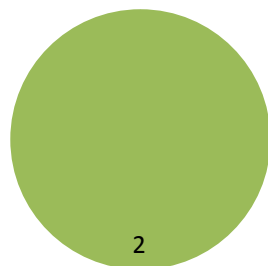
■ Nutzen für die "eigene" Institution
■ persönlicher Nutzen

nutzenorientiertes Handeln der Teamer (DaF-Lehrkräfte)



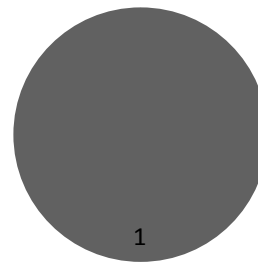
■ persönlicher Nutzen

identitätsbeh. Handeln der Teamer (DaF-Lehrkräfte)



■ Aufgaben als DaF-Lehrkraft

sonstiges Handeln der Teamer (DaF-Lehrkräfte)



■ Zusammenspiel von mehreren Motiven

Diagramm 4 Handlungswahlen der Akteure im Vergleich b) je Akteurskategorie (detailliert)

Als Fazit können folgende Übereinstimmungen festgehalten werden. Auf der Ebene des Gesamtnetzwerks und bezogen sowohl auf die Selbst- als auch auf die Fremdzuschreibungen orientieren sich die Akteure an Normen, die aus der Implementierung eines politischen Programms hervorgehen. Damit wird ihr Handeln in bestimmte vorstrukturierte Bahnen gelenkt. Trotz des normativen Zwangs wird das Handeln auch an den strukturellen Gegebenheiten so ausgerichtet, dass der Nutzen maximiert und der eigene Aufwand minimiert wird.

Neben den Übereinstimmungen lassen sich auch einige Abweichungen feststellen. Aus den Fremdzuschreibungen der politischen Akteure sowie der Teamer/DaF-Lehrkräfte geht hervor, dass die Akteure der Mittlerorganisation in ihrem normkonformen Handeln die Aufgaben des Projektmanagements und die Implementierung politischer Vorgaben auf der Kursebene zu gleichen Anteilen umsetzen, während die Implementierung politischer Vorgaben aus dieser Sicht auf der Programmebene an zweiter Stelle liegt. Für die Mittlerorganisation selbst haben jedoch die Aufgaben des Projektmanagements die oberste Priorität, gefolgt von der Implementierung politischer Vorgaben auf der Programmebene. In ähnlicher Weise liegen die Selbst- und Fremdzuschreibungen hinsichtlich des normkonformen Handelns der politischen Akteure auseinander. Während man ihnen ausschließlich die Durchsetzung politischer Ziele zuschreibt, sagen diese aus, dass ihr normkonformes Handeln von zwei Motiven geprägt ist: von der Implementierung politischer Vorgaben auf der Programmebene und von der Durchsetzung politischer Ziele. Der Nutzen scheint sowohl für die Mittlerorganisation als auch für die politischen Akteure eine größere Rolle zu spielen, als angegeben wird. Obwohl den Teamern/DaF-Lehrkräften das normative, nutzenorientierte und identitätsbehauptende Handeln gleichermaßen zugeschrieben wird, geben diese selbst an, erstens nutzenverfolgend, zweitens identitätsbehauptend und drittens normkonform zu handeln.

6.4 Zentrale Akteure nach Beziehungsarten

In den Kapiteln 6.4.1 bis 6.4.3 werden die Einzelergebnisse für die erhobenen Beziehungsarten im Gesamtnetzwerk präsentiert, die im Kapitel 6.5 um die individuelle Akteursperspektive ergänzt werden. Danach erfolgt im Kapitel 6.6 die Integration der Erkenntnisse, die aus der handlungs- und systemorientierten Perspektive interpretiert werden. Dort erfolgt die Prüfung von folgenden Hypothesen zur Verflechtung zwischen den Subsystemen:

- H1: Das Auswärtige Amt spielt nicht die alles entscheidende Rolle bei der Implementierung des Programms Europeanetzwerk Deutsch. Das Goethe-Institut und die Teamer/DaF-Lehrkräfte sind eigenständige Mitspieler in diesem Mehrebenensystem und keinesfalls nur die Ausführungshilfen („agents“) des Auswärtigen Amtes („principal“).
- H2: Das Auswärtige Amt ist trotz der aus der rechtlichen Vereinbarung zwischen dem AA und dem GI hervorgehenden übergeordneten Position nicht in der Lage, die Umsetzung des Programms vollständig zu kontrollieren.

6.4.1 Kooperation im Netzwerk

Die ermittelten Werte innerhalb der Verbindungsart „Kooperation“ zeigen, dass der Akteur MA 2 sowohl die höchste Degree- (26.9) als auch Closeness- (16.4) und Betweenness-Zentralität (74.3) hat, gefolgt von MA1 (Degree=19.2, Closeness=13.4 und Betweenness=14.1). Bei der weiteren Betrachtung der drei ermittelten Zentralitäten zeigt sich, dass die Akteure PA1 und MA5 jeweils dieselben Werte erzielen und mit deutlichem Abstand hinter MA2 und MA 1 stehen: Degree je 11.5, Closeness je 11.3 und Betweenness je 5.1. Ferner fällt auf, dass die Akteure MA3 und TA1 bis TA3 die kleinsten Werte im Bereich aller drei Zentralitäten erzielen. Die mit R durchgeführten Berechnungen bestätigen diese Ergebnisse (vgl. Tabelle 19).

Akteur	Degree-Zentralität	Closeness-Zentralität	Betweenness-Zentralität
MA1	19.2	13.4	14.1
MA2	26.9	16.4	74.3
MA3	7.6	10.5	0
MA5	11.5	11.3	5.1
PA1	11.5	11.3	5.1
PA2	11.5	9.2	1.2
TA1	3.8	9.2	0
TA2	3.8	9.2	0
TA3	3.8	9.2	0

Tabelle 18 Zentralitäten der Akteure im Netzwerk „Kooperation“ ermittelt mit VISIONE (in Prozent)

Das Programm VISIONE berechnet die Werte automatisch, sobald die Matrizen eingelesen werden. Werden die Berechnungen mit dem Programm R durchgeführt, müssen erst entsprechende Befehle eingegeben werden, damit die Daten entsprechend ausgewertet werden.

Akteur	Degree-Zentralität	Closeness-Zentralität	Betweenness-Zentralität
MA1	5	0	3,6
MA2	7	0,1	19,3
MA3	2	0	0
MA5	3	0	1,3
PA1	3	0	1,3
PA2	3	0	0,3
TA1	1	0	0
TA2	1	0	0
TA3	1	0	0

Tabelle 19 Zentralitäten der Akteure im Netzwerk „Kooperation“ berechnet mit R (absolute Zahlen)

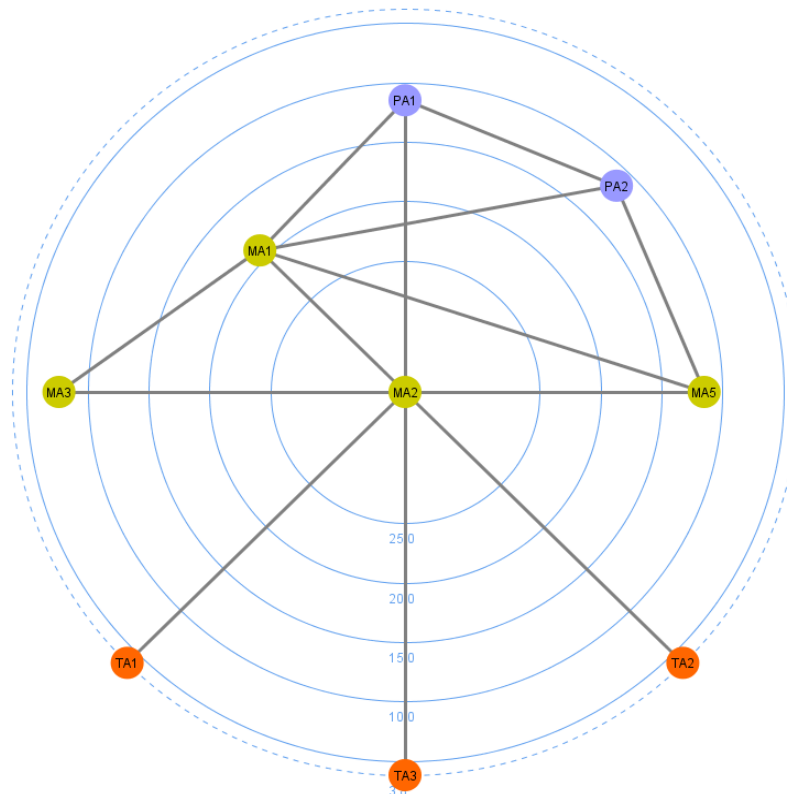
Auf der Grundlage der Visualisierungen lassen sich weitere Erkenntnisse formulieren. In Bezug auf die Degree-Zentralität (vgl. Diagramm 5, a) ist zu sagen, dass der Akteur MA2 als zentraler Knoten dargestellt wird, weil dieser die meisten Kontakte im Netzwerk hat. Bis auf die indirekte Verbindung zu PA 2, die nur über MA1 und/oder MA5 hergestellt werden kann, sind alle seine Kontakte direkt. Der Akteur MA2 hat sowohl direkte Verbindungen zu politischen Akteuren als auch zu den Akteuren der Mittlerorganisation und den Seminarleitern. Die Akteure MA1, MA3 und MA5 sind untereinander direkt (MA1 mit MA2, MA3 und MA5; MA3 mit MA1 und MA2; MA5 mit MA1 und MA2) und indirekt verbunden (MA3 mit MA5 über MA2). Darüber hinaus haben sie entweder eine direkte (MA1 zu PA1 und PA2, MA2 zu PA2) oder eine indirekte Verbindung zu politischen Akteuren (MA5 über MA1 und/oder MA2 zu PA1, MA3 über MA1 und/oder MA2 zu PA1 und MA3 über MA1 zu PA2). Zu den Akteuren TA1 bis TA3 bestehen hingegen keine Verbindungen. Die Akteure/Knoten TA1 bis TA3 sind untereinander nicht verbunden und haben bis auf die direkte Verbindung zu MA2 keine weiteren direkten Verbindungen im Netzwerk: Diese Akteure haben die geringste Bedeutung im Netzwerk.

In Bezug auf die Closeness-Zentralität (vgl. Diagramm 5, b) wird deutlich, dass der Akteur MA1 näher an den Akteuren MA3 und PA1 als der Akteur MA2 ist, wodurch dieser einerseits einen schnelleren Zugriff zu den Informationen von MA3 und PA1 hat und andererseits seine Informationen an diese Akteure schneller als der MA2 weitergeben kann. Allerdings ist die Summe der Pfaddistanzen zwischen dem Akteur MA2 und allen anderen Akteuren höher als die Summe der Pfaddistanzen zwischen dem Akteur MA1 und allen anderen Akteuren im, sodass der Akteur MA2 der wichtigste Knotenpunkt im Netzwerk bleibt.

In Bezug auf die Betweenness-Zentralität (vgl. Diagramm 5, c) lässt sich sagen, dass die Akteure MA1, PA1 und PA2 in kürzeren Verbindungen zwischen zwei Akteuren stehen, als dies bei MA2 der Fall ist. Man könnte annehmen, dass diese Akteure einen höheren interpersonellen Einfluss als MA2 haben. Allerdings ist MA2 der einzige Akteur, der die meisten Verbindungen zwischen zwei Akteuren im Netzwerk besitzt. Darüber hinaus ist er als Einziger im Netzwerk mit den TA1 bis TA3 verbunden und gewährleistet somit die Einbindung der TAs ins Netzwerk. Er ist somit der am stärksten ins Netzwerk eingebundene Akteur, was ihn zum zentralen Knoten im Netzwerk macht.

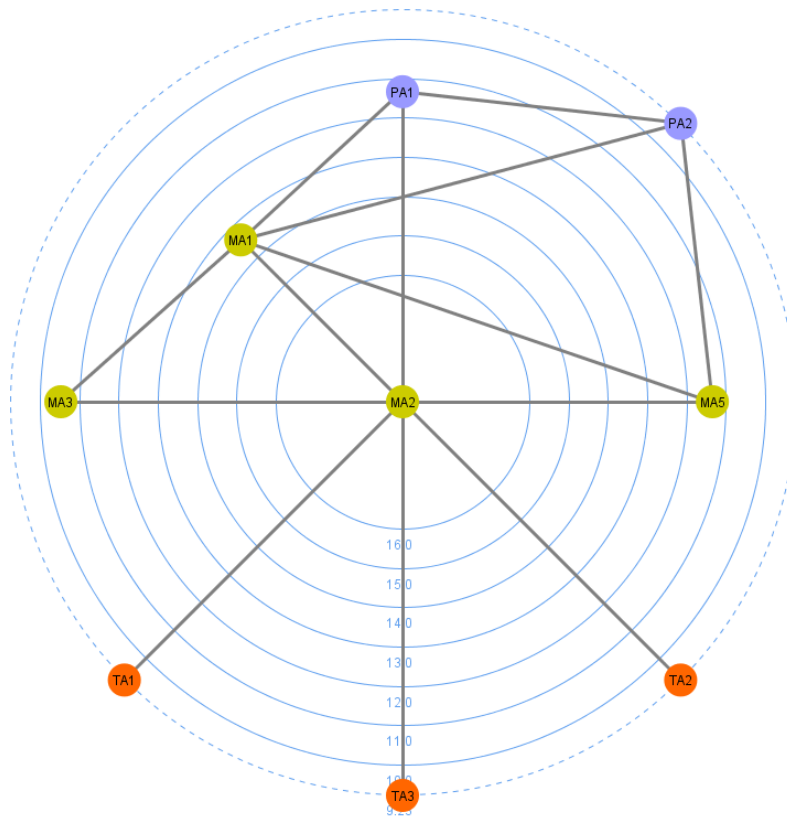
Nachfolgend wird stets dasselbe Netzwerk abgebildet. Die Lage im Diagramm bezieht sich hingegen auf die jeweilige Zentralität.

a) Degree-Zentralitäten



lila = politische Akteure
 grün = Akteure der Mittlerorganisation
 orange = Teamer (DaF-Lehrer)

b) Closeness-Zentralitäten



c) Betweenness-Zentralitäten

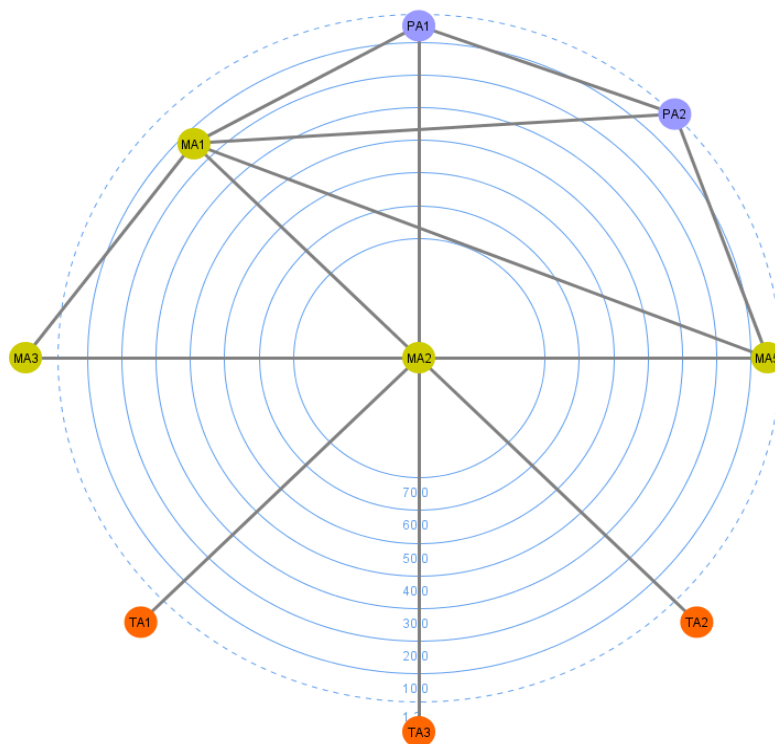


Diagramm 5 Zentralitäten im Kooperationsnetzwerk

6.4.2 Informationsaustausch im Netzwerk

Die ermittelten Werte innerhalb der Verbindungsart „Informationsaustausch“ zeigen, dass der Akteur MA 2 sowohl die höchste Degree- (31.8) als auch Closeness- (17.4) und Betweenness-Zentralität (80.0) besitzt. Die Akteure MA5 und PA1 erzielen dieselben Werte und nehmen mit deutlichem Abstand den zweiten Platz ein. (Degree je 13.1, Closeness je 12.0 und Betweenness je 10). Den dritten Platz belegen mit denselben Werten die Akteure MA1 und MA3 (Degree je 9.0, Closeness je 10.4 und Betweenness je 0). Die niedrigsten Werte erzielen die TAs (Degree je 4.5, Closeness je 9.7 und Betweenness je 0). Die mit R durchgeführten Berechnungen bestätigen diese Ergebnisse (vgl. Tabelle 20).

Akteur	Degree-Zentralität	Closeness-Zentralität	Betweenness-Zentralität
MA1	9.0	10.4	0
MA2	31.8	17.4	80
MA3	9.0	10.4	0
MA5	13.6	12.0	10
PA1	13.6	12.0	10
PA2	9.0	8.2	0
TA1	4.5	9.7	0
TA2	4.5	9.7	0
TA3	4.5	9.7	0

Tabelle 20 Zentralitäten der Akteure im Netzwerk „Informationsaustausch“ ermittelt mit VISIONE (in Prozent)

Akteur	Degree-Zentralität	Closeness-Zentralität	Betweenness-Zentralität
MA1	2	0	0
MA2	7	0,1	24
MA3	2	0	0
MA5	3	0	3
PA1	3	0	3
PA2	2	0	0
TA1	1	0	0
TA2	1	0	0
TA3	1	0	0

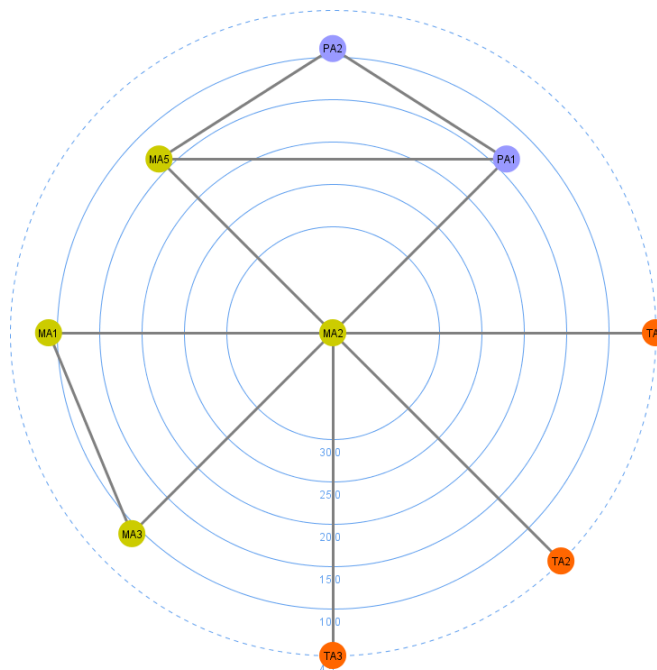
Tabelle 21 Zentralitäten der Akteure im Netzwerk „Informationsaustausch“ berechnet mit R (absolute Zahlen)

Auf Grundlage der Visualisierungen lassen sich folgende Erkenntnisse formulieren. In Bezug auf die Degree-Zentralität (vgl. Diagramm 6, a) lässt sich sagen, dass der Akteur MA2 als zentraler Knoten des Netzwerkes dargestellt wird, weil dieser die Informationen mit allen Akteuren des Netzwerkes außer mit PA2 direkt austauschen kann. Die Akteure MA5 und PA1 können Informationen mit je drei Akteuren direkt austauschen, während MA1, MA3 und PA2 dies mit je zwei Akteuren tun können. Alle TAs tauschen Informationen nur mit MA2 direkt aus. Untereinander findet kein Informationsaustausch statt.

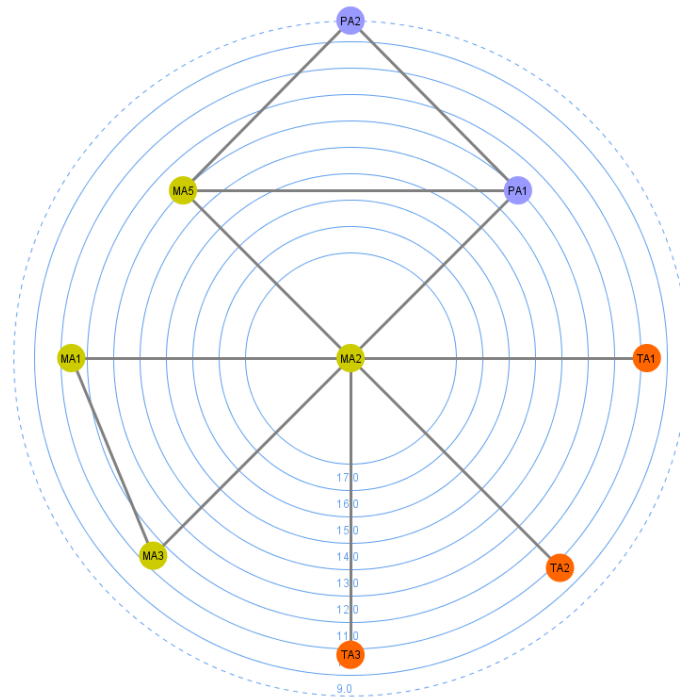
In Bezug auf die Closeness-Zentralität (vgl. Diagramm 6, b) wird deutlich, dass die größte Unabhängigkeit beim Austausch von Informationen MA2 zuteil wird, da er zu insgesamt sieben Punkten des Netzwerkes ungefähr gleiche Entfernungen hat. Dadurch hat dieser Akteur die besten Voraussetzungen, um auf kurzen Wegen Informationen zu verteilen und zu erhalten.

In Bezug auf die Betweenness-Zentralität (vgl. Diagramm 6, c) ist zu sagen, dass Akteur MA2 als „Informationsbroker“ angesehen werden kann, da er auf allen Geodäten zwischen den Akteuren liegt und die kürzesten Verbindungen zu den meisten Paaren im Netzwerk besitzt. Somit kann er den Informationsfluss zwischen den Akteuren am besten kontrollieren.

a) Degree-Zentralitäten



b) Closeness-Zentralitäten



c) Betweenness-Zentralitäten

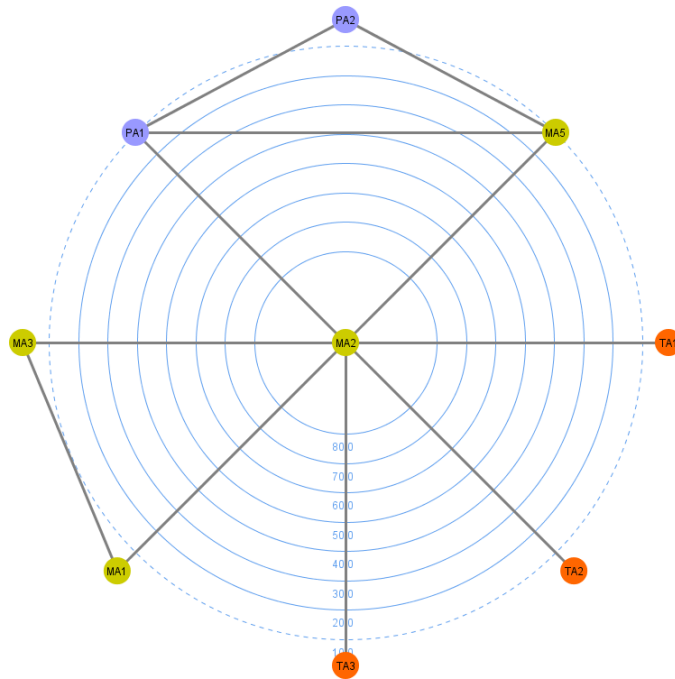


Diagramm 6 Zentralitäten im Netzwerk „Informationsaustausch“

6.4.3 Unterstützung im Netzwerk

Die ermittelten Werte innerhalb der Verbindungsart „Unterstützung“ zeigen, dass Akteur MA 1 den höchsten Degree- (35.714) und Betweenness-Zentralitätswert (58.333) erzielt, gefolgt von MA2 (Degree=28.571, Betweenness=41.667). Hinsichtlich des Closeness-Zentralitätswerts erzielen die Akteure MA1 und MA2 dieselben Werte (je 23.684), gefolgt von MA3 (21.053) sowie PA1 und TA1 (je 15.789). Es fällt auf, dass einige Akteure Null-Werte erzielen, was bedeutet, dass diese weder von anderen Akteuren unterstützt werden, noch andere unterstützen. Diese Ergebnisse werden von den mit R durchgeführten Berechnungen bestätigt (vgl. Tabelle 23).

Akteur	Degree-Zentralität	Closeness-Zentralität	Betweenness-Zentralität
MA1	35.7	23.6	58.3
MA2	28.5	23.6	41.6
MA3	7.1	21.0	0
MA5	0	0	0
PA1	14.2	15.7	0
PA2	0	0	0
TA1	14.2	15.7	0
TA2	0	0	0
TA3	0	0	0

Tabelle 22 Zentralitäten der Akteure im Netzwerk „Unterstützung“ ermittelt von VISIONE (in Prozent)

Akteur	Degree-Zentralität	Closeness-Zentralität	Betweenness-Zentralität
MA1	3	0	5
MA2	2	0	3
MA3	1	0	0
MA5	0	0	0
PA1	1	0	0
PA2	0	0	0
TA1	1	0	0
TA2	0	0	0
TA3	0	0	0

Tabelle 23 Zentralitäten der Akteure im Netzwerk „Unterstützung“ berechnet mit R (absolute Zahlen)

Bei der Betrachtung der Visualisierungen ist vorab zu sagen, dass es sich bei dieser Beziehungsart um einen gerichteten Graphen handelt, wodurch dargestellt werden

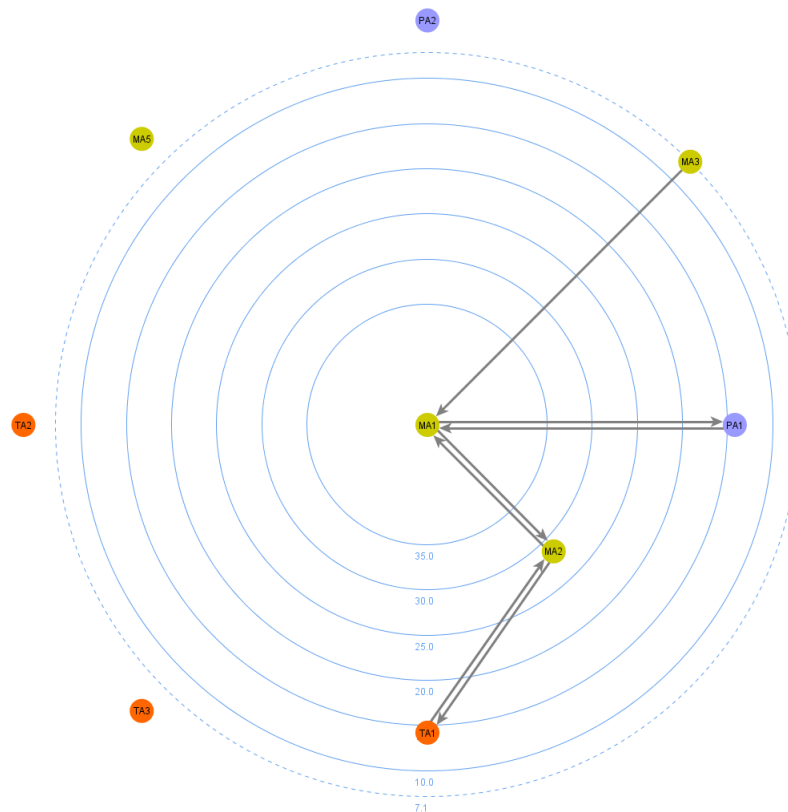
kann, wer wen unterstützt und wer von wem unterstützt wird. Auf der Grundlage der Visualisierungen lassen sich folgende Erkenntnisse formulieren: In Bezug auf die Degree-Zentralität lässt sich sagen, dass Akteur MA1 von den meisten Akteuren (3) Unterstützung erfährt und seinerseits die meisten (2) unterstützt. Die Akteure TA1 und MA2 unterstützen einander.

In Bezug auf die Closeness-Zentralität wird deutlich, dass die Unterstützungswege zwischen MA1 und MA2 die kürzesten sind, sodass hier am schnellsten auf gegenseitige Unterstützung zurückgegriffen werden kann.

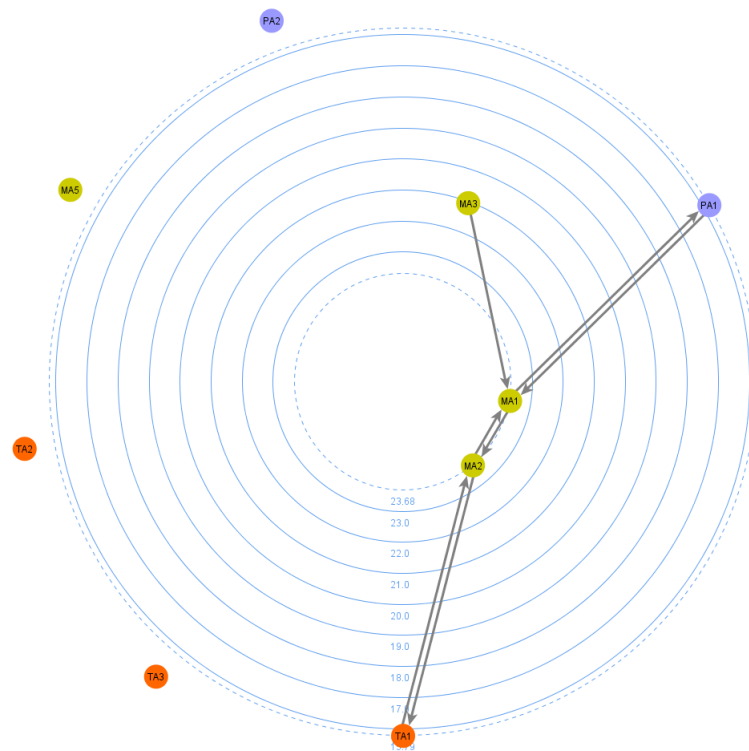
In Bezug auf die Betweenness-Zentralität ist zu sagen, dass MA1 als Mittler zwischen den meisten Paaren fungiert und am meisten von seiner Position profitiert.

Hinsichtlich aller drei Zentralitätswerte fällt außerdem auf, dass die Akteure TA2, TA3, MA5 und PA2 nicht in das Unterstützungsnetzwerk eingebunden sind. Sie erfahren keinerlei Unterstützung und unterstützen auch selbst niemanden.

a) Degree-Zentralitäten



b) Closeness-Zentralitäten



c) Betweenness-Zentralitäten

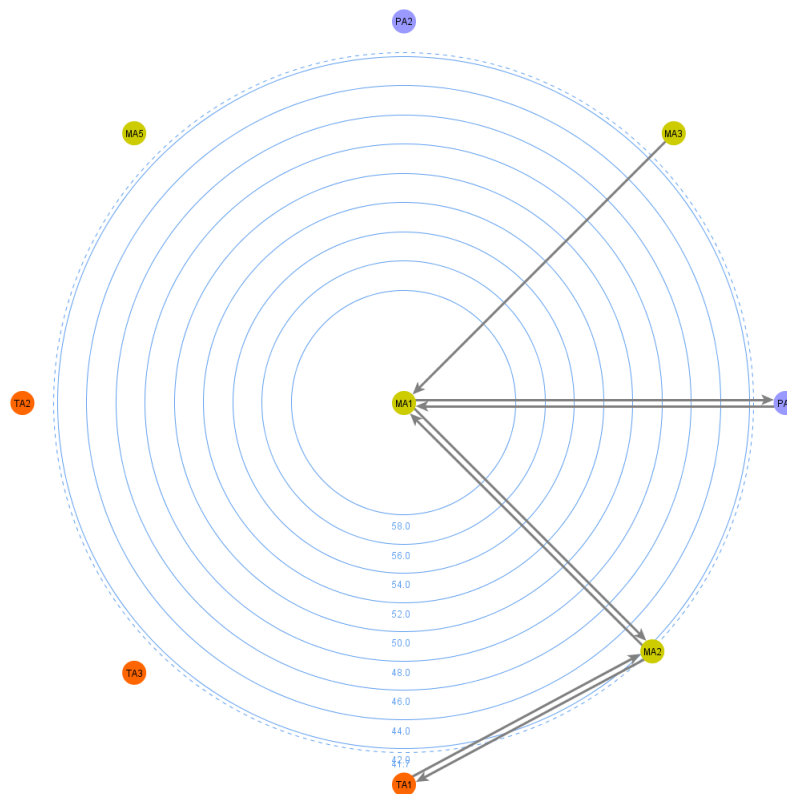
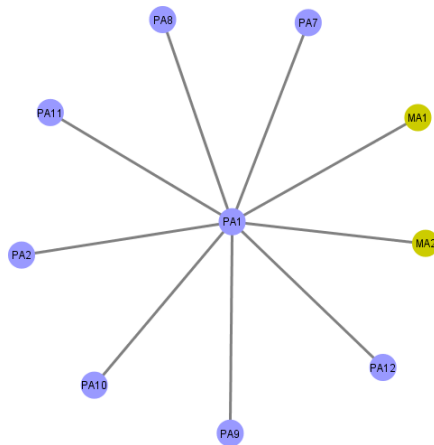


Diagramm 7 Zentralitäten im Netzwerk „Unterstützung“

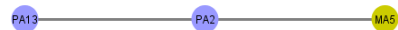
6.5 Eigenschaften der ego-zentrierten Netzwerke

Innerhalb der Beziehungsart „Kooperation“ lässt sich feststellen, dass Akteur MA2 die meisten Alteri genannt hat (N=22, gefolgt von MA3 (N=18), MA5 und PA2 (je N=9), MA1 (N=7), TA1 (N=4), PA1 und TA3 (je N=3) sowie TA2 (N=2). Hinsichtlich des zweiten Vergleichsmerkmals fällt auf, dass lediglich im Netzwerk von MA2 alle vier Akteurskategorien (11 Akteure der Mittlerorganisation, 5 politische Akteure, 5 Teamer und ein sonstiger Akteur) vertreten sind. Während in den Netzwerken der Akteure PA1, PA2, MA1, MA3, TA2 und TA3 die meisten Alteri derselben Akteurskategorie angehören wie Ego und damit auf eine Vernetzung unter ihresgleichen hindeuten, bestehen die Netzwerke von MA5 und TA1 aus je derselben Zahl zweier Akteurskategorien und sind somit heterogener.

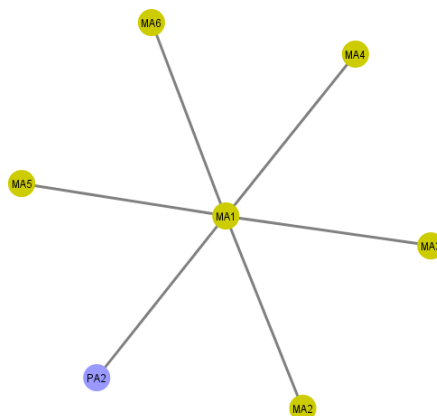
Ego-Netzwerk von PA1



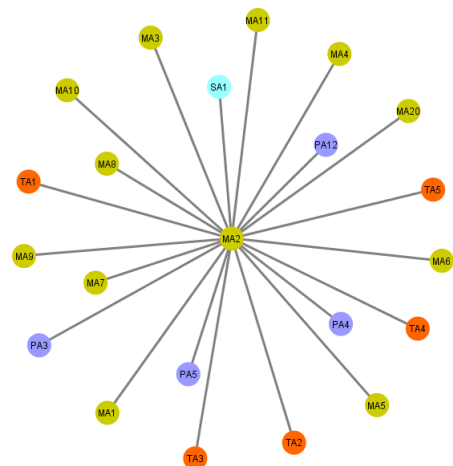
Ego-Netzwerk von PA2



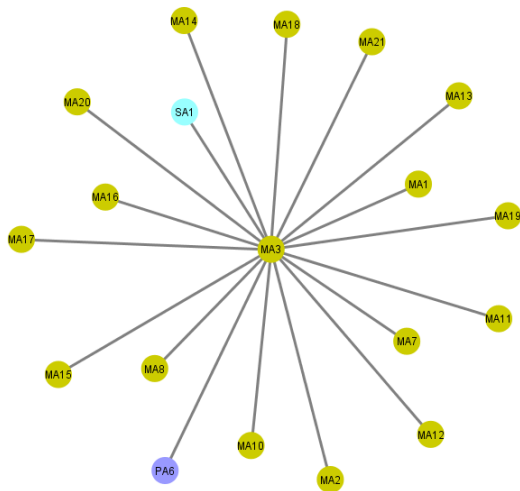
Ego-Netzwerk von MA1



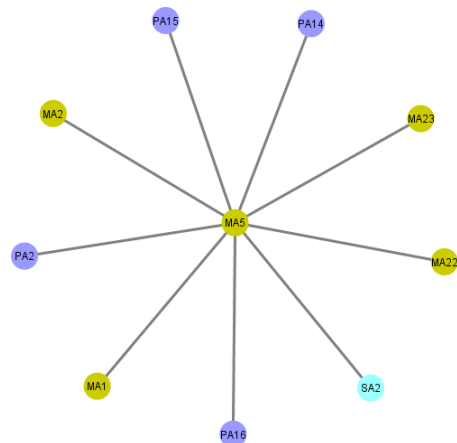
Ego-Netzwerk von MA2



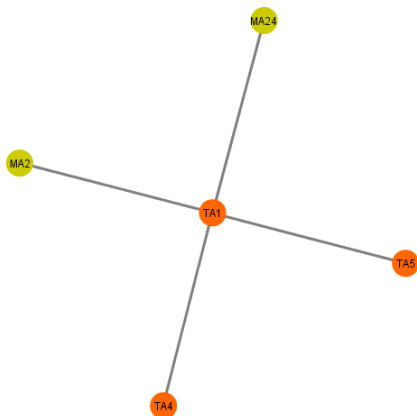
Ego-Netzwerk von MA3



Ego-Netzwerk von MA5



Ego-Netzwerk von TA1



Ego-Netzwerk von TA2



Ego-Netzwerk von TA3

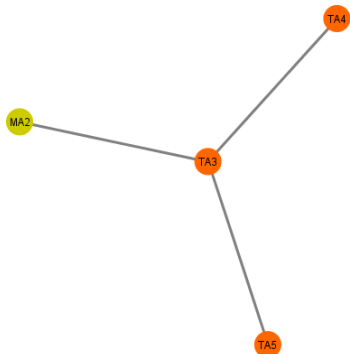
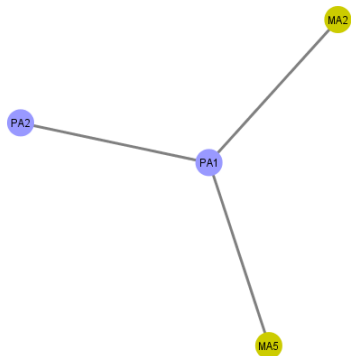


Diagramm 8 Ego-Netzwerke der befragten Akteure innerhalb der Beziehungsart „Kooperation“

Innerhalb der Beziehungsart „Informationsaustausch“ besitzt der Akteur MA5 das größte Netzwerk (N=7), gefolgt von MA2 (N=6) und PA1 (N=3). Hinsichtlich der Verschiedenartigkeit der Alteri fällt auf, dass lediglich im Netzwerk von MA5 drei Akteurskategorien vertreten sind, während die Netzwerke der meisten anderen Akteure (PA1, MA2, TA1, TA2, TA3) aus jeweils zwei Akteurskategorien bestehen. Je eine Akteurskategorie weisen die Netzwerke der Akteure PA2, MA1 und MA3 auf.

Ego-Netzwerk von PA1



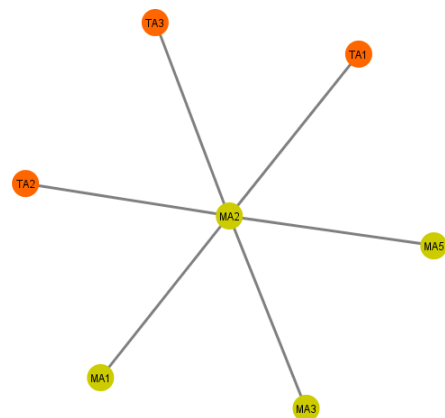
Ego-Netzwerk von PA2



Ego-Netzwerk von MA1



Ego-Netzwerk von MA2



Ego-Netzwerk von MA3



Ego-Netzwerk von MA5

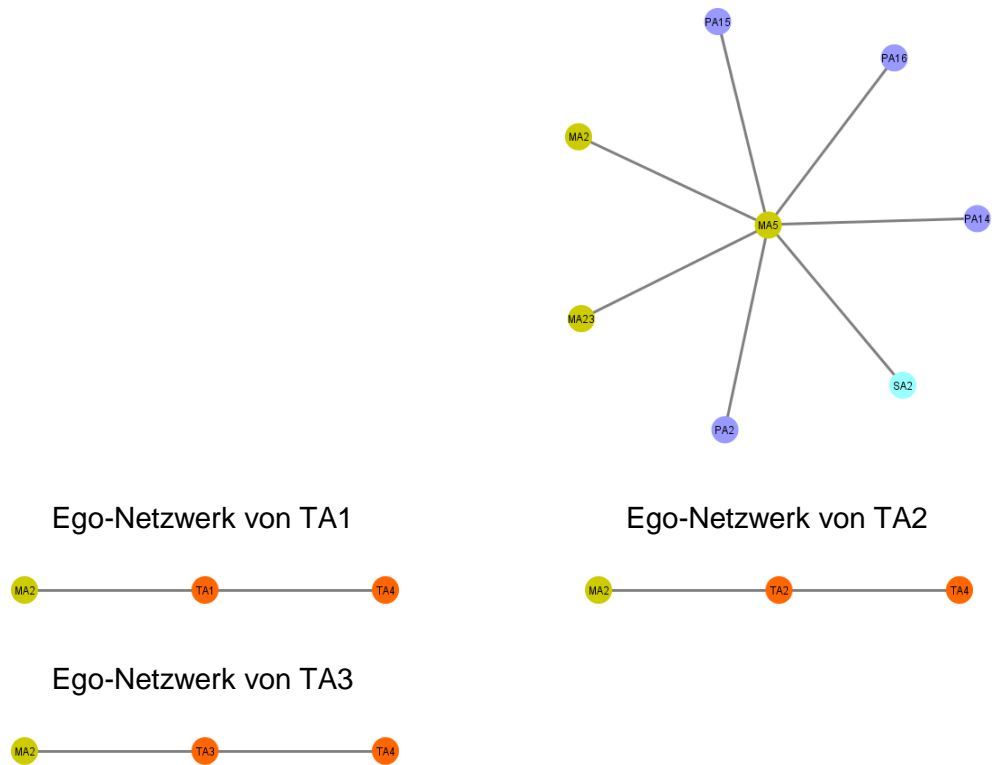


Diagramm 9 Ego-Netzwerke der befragten Akteure innerhalb der Beziehungsart „Informationsaustausch“

Innerhalb der Beziehungsart „Unterstützung“ besitzt der Akteur MA2 das größte Netzwerk (N=4), gefolgt von MA3 (N=3). Zwei Akteure haben je zwei Akteure genannt, von denen sie Unterstützung bekommen (PA1 und TA1), drei nannten jeweils einen (MA1, MA5 und TA2); zwei nannten gar keine Akteure (PA2 und TA3). Hinsichtlich der Verschiedenartigkeit der Alteri fällt auf, dass in den Netzwerken von PA1, MA2 und TA1 je zwei Akteurskategorien vertreten sind, während es bei den Akteuren MA1, MA3, MA5 und TA2 jeweils nur eine ist.

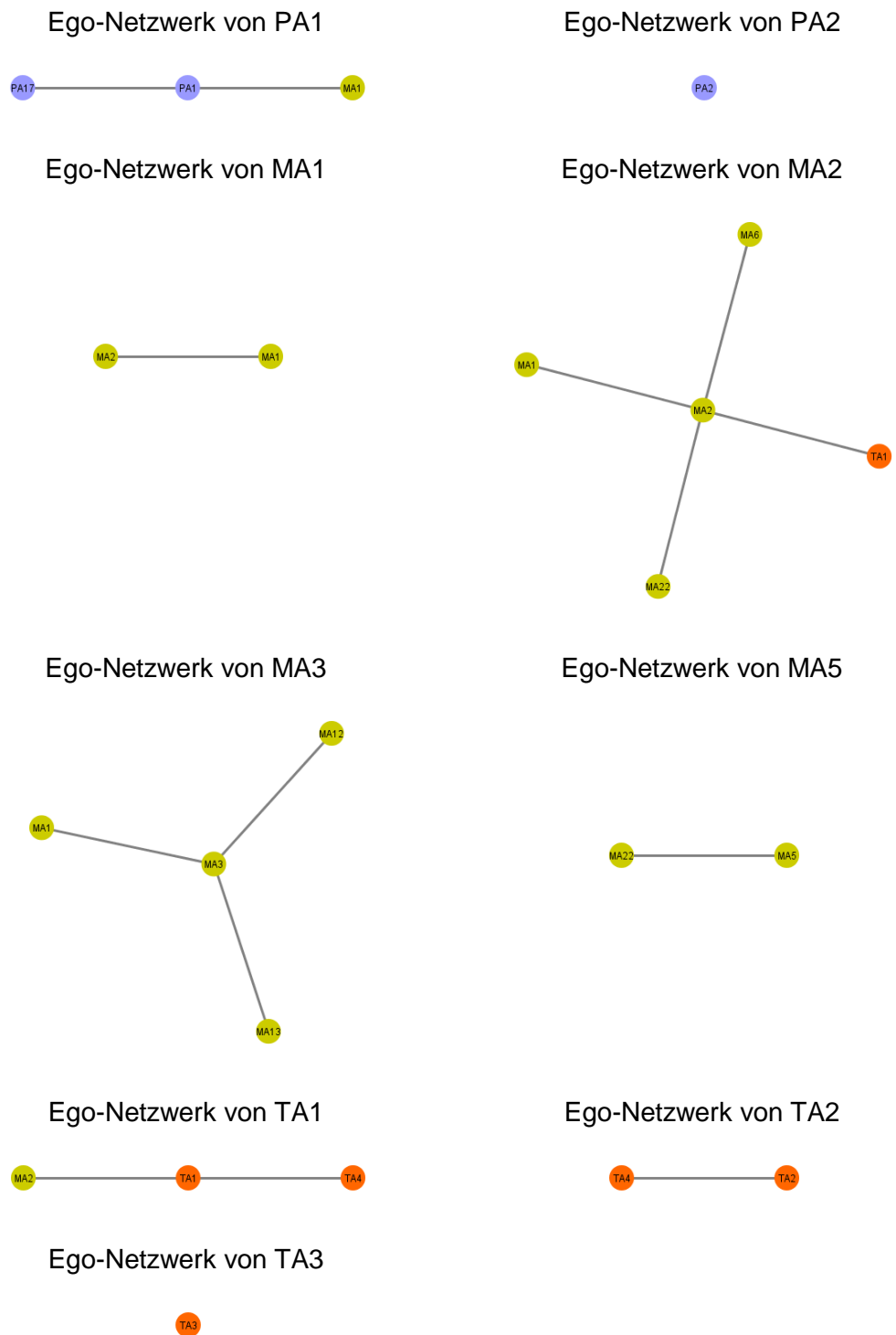


Diagramm 10 Ego-Netzwerke der befragten Akteure innerhalb der Beziehungsart „Unterstützung“

Basierend auf den ermittelten ego-zentrierten Netzwerken und ausgehend von der Annahme – je größer das Netzwerk und je verschiedenartiger die Alteri in Bezug auf ihre Zugehörigkeitskategorie, desto leistungsfähiger ist ein Ego-Netzwerk z.B. als Informationslieferant und desto größer ist die Ressourcenausstattung des Egos bezüg-

lich eines Informationspools (Burt 1983) – kann somit geschlussfolgert werden, dass die Akteure MA2 und MA5 die größten Gewinne hinsichtlich Kooperation und Informationsaustausch aus ihrer sozialen Einbettung ziehen können. Die beste Voraussetzung, um Unterstützung aus verschiedenen Quellen zu bekommen, hat dagegen nur der Akteur MA2.

Es lassen sich außerdem einige Regelmäßigkeiten hinsichtlich der Ego-Netzwerke feststellen. Sowohl die politischen Akteure als auch die Teamer/DaF-Lehrkräfte tendieren eher zu einer kleinen Netzwerkbildung unter ihresgleichen, Beziehungen zu anderen Akteurskategorien sind eher selten, während die Netzwerke der Mittlerorganisationsmitglieder größer sind und eine vergleichbar höhere Akteursheterogenität aufweisen. Innerhalb der Beziehungsart „Kooperation“ könnte dies durch die Rolle des Goethe-Instituts bei der Programmimplementierung verursacht sein, denn als Zuständiger für das Projektmanagement ist dieser Akteur das zentrale Glied des Netzwerks und muss somit die meisten Kooperationspartner haben. Überraschend ist es hingegen, dass innerhalb der Beziehungsarten „Information“ und „Unterstützung“ Gleiches feststellbar ist, denn hier haben die Akteure volle Gestaltungsfreiheit und könnten von einer heterogenen Vernetzung profitieren, wenn sie es wollten.

6.6 Teilfazit: Erstes Spannungsfeld bei der Programmimplementierung

Die auf der Handlungsebene angesetzte Analyse der Implementierung des Programms *Europanetzwerk Deutsch* hat das Vorhandensein von acht Interessentypen im Gesamtnetzwerk zum Ausdruck gebracht. Beim Vergleich dessen, was die Akteure als eigene Interessen angeben und Aussagen darüber, welche Interessen ihren Handlungen unterstellt werden, zeigt sich ein Spannungsfeld, innerhalb dessen die Ziele des Programms umgesetzt werden müssen. Man könnte sagen, dass die Realität nicht der Vorstellung oder sogar dem Wunschdenken entspricht, denn statt in erster Linie politische Ziele durchzusetzen, werden von den politischen Akteuren die politischen Vorgaben auf der Programmebene umgesetzt. Darüber hinaus sind für die Akteure der Mittlerorganisation nur die Aufgaben des Projektmanagements von oberster Priorität, während sie in der Vorstellung (oder im Wunschdenken) der in der vorliegenden Studie analysierten anderen Akteure gleichermaßen die Aufgaben des Projektmanagements wie auch die Implementierung politischer Vorgaben auf der Kursebene verfolgen (sollten). Schaut man auf die visualisierten Akteurskonstellationen innerhalb der Beziehungsarten „Kooperation“, „Informationsaustausch“ und „Unterstützung“, so wird deutlich, dass die Teamer/DaF-Lehrkräfte völlig isoliert im Netzwerk agieren und keinerlei Einflusspotential besitzen: Dadurch können ihre auf den Sprachkurs bezogenen Wün-

sche keinerlei Resonanz finden. Es stellt sich unumwunden die Frage, was vom Auswärtigen Amt als dem Initiator und Auftraggeber des Programms *Europanetzwerk Deutsch* zur Förderung der deutschen Sprache tatsächlich definiert wird und wie diese Ziele umgesetzt werden sollen, wenn die politischen Akteure nicht als zentrale Akteure der Programmimplementierung gelten. Als solche sind einzig und allein die Akteure der Mittlerorganisation zu nennen. Die Akteure MA2 und MA1 besitzen die meisten direkten Kontakte im Netzwerk, haben den besten Zugriff auf die personellen Ressourcen im Netzwerk und können am schnellsten mit allen anderen befragten Akteuren in Kontakt treten, wodurch sie den Informationsfluss zwischen ihnen am stärksten beeinflussen können. Der Blick auf die ausgewählten Eigenschaften der ego-zentrierten Netzwerke zeigt außerdem, dass sich dem Akteur MA5 aufgrund seiner persönlichen Netzwerkgröße und der Verschiedenartigkeit der Akteure bessere Handlungsmöglichkeiten eröffnen, als dies bei der Analyse der Gesamtnetzwerke anzunehmen wäre.

Bezieht man nun die gewonnenen Erkenntnisse auf das Konzept der Policy-Netzwerke, so können die ermittelten Akteurskonstellationen erklären, welche Interessen sich letztlich durchsetzen. Auf der Grundlage des Einflusspotentials der Mittlerorganisation Goethe-Institut ist anzunehmen, dass ihre Interessen sich bei der Implementierung des Programms *Europanetzwerk Deutsch* durchsetzen werden. Hingegen scheint das Einflusspotenzial der politischen Akteure äußerst begrenzt zu sein, um ihre Interessen im Netzwerk durchzusetzen und wenn dies ansatzweise gelingen sollte, dann werden die politischen Vorgaben auf der Programmebene fokussiert. Völlig unbedeutend sind die Interessen der Teamer (DaF-Lehrkräfte), die isoliert handeln und keinerlei Einflusspotential besitzen.

Die aus der Netzwerkanalyse gewonnenen Erkenntnisse können folgendermaßen in die systemorientierte Lesart übersetzt werden. Zwischen den drei identifizierten Subsystemen bestehen Wechselbeziehungen, die sowohl strukturell innerhalb des politischen Systems verankert als auch über Akteursinteraktionen verlinkt sind. Als Beleg für die strukturell verankerten Beziehungen gelten alle formalen Entscheidungsprozesse innerhalb der Umsetzung des Programms *Europanetzwerk Deutsch*, die in der handlungsorientierten Lesart als Kooperation bezeichnet wurden. Als Beleg für die über informelle Akteursinteraktionen verlinkten Beziehungen, die erst durch die strukturelle Verankerung ermöglicht und von den Subsystemen selbst gestaltet werden können, gelten die innerhalb der Netzwerkanalyse untersuchten Beziehungen „Information“ und „Unterstützung“.

Abschließend können die aus der Multilevel-Governance-Theorie abgeleiteten Hypothesen zur Verflechtung zwischen den Subsystemen geprüft werden.

Hypothese H1 besagt, dass das Auswärtige Amt nicht die alles entscheidende Rolle bei der Implementierung des Programms *Europanetzwerk Deutsch* spielt und die anderen Subsysteme als Teile der Systemebenen eigenständige Mitspieler und keinesfalls nur Ausführungshilfen sind. Diese Hypothese gilt als teilweise bestätigt. Die ermittelten Degree- und Closeness-Zentralitäten zeigen, dass das Auswärtige Amt kein zentraler Akteur im Netzwerk ist, da es nicht das größte Einflusspotenzial besitzt. Dieses besitzt dagegen das Goethe-Institut, wobei daraus nicht abgelesen werden kann, wie eigenständig es bei der Implementierung ist. Als Hinweis für die Eigenständigkeit des Goethe-Instituts kann die Tatsache gelten, dass es nicht nur programmkonforme, sondern auch eigene Interessen verfolgt, die es aufgrund seiner starken Position im Netzwerk durchsetzen kann. Die Teamer/DaF-Lehrkräfte sind hingegen eher als Ausführungshilfen zu betrachten, da sie keinerlei Einflusspotenzial besitzen und nur mit ihrem direkten Auftraggeber, dem Goethe-Institut, über den Mitarbeiter im gehobenen Dienst (MA2) vernetzt sind.

In Hypothese 2 wurde die fehlende Kontrolle der Programmumsetzung durch das Auswärtige Amt postuliert, die in der Tat mit den ermittelten Betweenness-Zentralitäten nachgewiesen werden konnte. Folgt man den zentralen Prämissen des Multilevel-Governance-Ansatzes, so könnte die fehlende Kontrolle die Unvorhersehbarkeit des Implementierungsergebnisses sowie die Unbestimmtheit der Programmziele begünstigen. Diese Annahmen sollen im Kapitel 6.9 vor dem Hintergrund der Erkenntnisse zur systemischen Dimension des Handelns diskutiert werden.

6.7 Eigenleben und Handlungsorientierungen der Subsysteme

In diesem Kapitel wird die Implementierung des Programms *Europanetzwerk Deutsch* als ein Ausschnitt der politischen Realität aus der gesellschaftlichen Realität abgegrenzt und in einem Analyserahmen zusammengefasst, um folgende Fragen beantworten zu können:

- Welche Funktionen erfüllen die Subsysteme in der Selbst- und Fremdwahrnehmung?
- Durch welche externen Ereignisse und inneren Strukturen wird das Eigenleben der Subsysteme beeinflusst?
- Sind bei den in die Implementierung involvierten Akteuren spezifische Eigenschaften und Handlungslogiken feststellbar, die nur innerhalb dieses Systems auftreten?

Zwecks Bearbeitung dieser Fragen wurden aus den Kernstellen der erhobenen Interviews vier Kategorien entwickelt, anhand deren die einzelnen Subsysteme beschrieben werden.

1. Selbstwahrnehmung und Rollenzuschreibung

Durch die Beschreibung der Rollen, d.h. der kleinsten Handlungseinheiten innerhalb der politischen Subsysteme, werden die Kompetenzen der Akteure (Rollenhierarchie) sowie ihre auf allgemeinverbindliches Entscheiden ausgerichtete Funktion (Czerwick 2011) deutlich. Innerhalb der Entscheidungsfunktion sollen all die Aufgaben/Teilfunktionen und Leistungen identifiziert werden, die von den Akteuren in den politischen Subsystemen arbeitsteilig wahrgenommen werden und mit dem politischen System untrennbar verbunden sind (ebd.).

2. Externe und interne Umwelt der Subsysteme

Die Ereignisse in der Umwelt der Akteure müssen insofern berücksichtigt werden, als sie von ihnen wahrgenommen und in ihren Subsystemen entsprechend interpretiert werden. Als externe Umwelt wird dabei all das verstanden, was nicht zum politischen System gehört und keinerlei Bezüge zum politischen Entscheidungsprozess aufweist (ebd.). Als interne Umwelt werden dagegen die inneren Strukturen der Subsysteme verstanden, die als Regeln, Normen, Akteure und Prozesse zum Vorschein kommen (ebd.).

3. Kommunikation innerhalb des Subsystems sowie zwischen den Subsystemen

Zur Rekonstruktion des kommunikativen Handelns im Implementationsnetzwerk werden zunächst die Kommunikationskontexte identifiziert, die als unmittelbare oder mittelbare Geflechte zwischen Handelnden (Knoblauch 1995) zu verstehen sind. Im zweiten Analyseschritt wird folgenden Fragen nachgegangen: Welche sozialen Situationen (Veranstaltungen, Vorführungen und/oder Mikromilieus) des unmittelbaren Kontextes lassen sich identifizieren und in welchem Verhältnis stehen sie zueinander? Wodurch wird die face-to-face Kommunikation zwischen den institutionellen Rollenträgern geprägt und welche Formen und Bereiche weist sie auf? Als „Formen“ werden dabei spezifische kommunikative Repertoires, die einem institutionellen „Bereich“, einer Domäne zugerechnet werden (ebd.).

4. Rationalitäten der Subsysteme

Ausgehend von den Annahmen politischer Systemtheorien weist das politische System eine typische Rationalität bzw. Logik auf, die es von anderen Systemen innerhalb der Klasse sozialer Systeme deutlich unterscheidet. Wird der analytische Blick auf die Subsysteme des politischen Systems gerichtet, so gilt es, die jeweiligen Subsystem-Rationalitäten zu identifizieren, mit denen die zu analysierenden Subsysteme operieren. Die Frage danach, ob die Teil-Rationalitäten sich in verschiedene Rationalitätskriterien – auf die Durchsetzung von konkreten Zielen gerichtete Handlungsorientierungen

gen (Czerwick 2011: 126, zitiert nach Lepsius 1991) – zerlegen lassen, kann weitere Rückschlüsse auf die Eigenschaften und Verhaltensweisen der Subsysteme geben. Sind die Rationalitätskriterien der Subsysteme einmal benannt, kann vergleichend darauf geschaut werden, in welchem Verhältnis sie zueinanderstehen.

6.7.1 Subsystem 1: Förderung von DaF als politische Legitimations- und Brückenkopfstrategie

Selbstwahrnehmung und Rollenzuschreibung

In der Selbstwahrnehmung des Auswärtigen Dienstes ist das Auswärtige Amt der Lenker und Beurteilender, Ideen- und Geldgeber sowie zuständig für legislatives Marketing. Das Programm wird vom Auswärtigen Dienst offiziellisiert, für die Bekanntmachung des Programms durch die Auslandsvertretungen bedarf es „normalerweise einer Weisung aus dem Auswärtigen Amt“ [END_I9, Z. 66]. Es wird darüber hinaus als eine „aktive Maßnahme“ [END_I9, Z. 11] zur Förderung des Deutschen in der EU bezeichnet, während zu den passiven Maßnahmen die Beobachtung und Verteidigung des Status des Deutschen [END_I9, Z. 4-9] gezählt werden, z.B. wenn etablierte Traditionen hinsichtlich der Verwendung von Arbeitssprachen in den EU-Institutionen zuungunsten des Deutschen „verändert werden sollen“ [END_I9, Z. 221-223].

Das Goethe-Institut wird vom Auswärtigen Amt als Exekutive, als zentraler Akteur des Marketings und Hauptverantwortlicher für das Konzept angesehen, der sich vor dem Auswärtigen Amt zu rechtfertigen hat. Wenn davon berichtet wird, dass dem Auswärtigen Amt vom Goethe Institut die Möglichkeit gegeben wird, sich bei den Programmen „ein bisschen einzuklinken“ [END_I4, Z. 286], dann wird damit indirekt die Kontrollfunktion gegenüber dem Auswärtigen Amt zum Ausdruck gebracht. Zwischen den Zeilen wird deutlich, dass dem eigenen Subsystem eine höhere Gestaltungs- und Handlungsmacht, und somit eine höhere Hierarchiestufe zugeschrieben wird. Während das Auswärtige Amt über die strategische und operative Ausrichtung des Programms entscheidet, sind dem Goethe-Institut lediglich Entscheidungen auf Detailebene vorbehalten.

Externe und interne Umwelt der Subsysteme

Zu den vom Auswärtigen Dienst beobachteten Entwicklungen in der externen Umwelt zählt das verstärkte Aufkommen sozialer Netzwerke wie Facebook und Twitter, die als „Riesenvorteil für die auswärtige Kulturpolitik“ [END_I4, Z. 91-92] angesehen werden, da man

(...) in Echtzeit mit Leuten auf der ganzen Welt kommunizieren [kann], das möchte man ausnutzen, und das ist (...) auch ein richtiger Gedanke, denn beim Europa-Sprachkurs geht es ja auch NICHT darum, Grammatik (...) zu vermitteln, sondern den Teilnehmern Kenntnisse über Deutschland, aber auch eben einen stärkeren Bezug zu Deutschland zu geben und eben auch da Kenntnis von Deutsch als Fremdsprache als ein Vorteil für ihr berufliches Leben ihnen vorzuführen. [END_I4, Z. 93-101]

In diesem Zusammenhang wird der Netzwerkgedanke als ein wesentliches Element in der Konzeption der Kurse erwähnt,

(...) das heißt, dass man eben überall mit derartigen Maßnahmen auch andere Kollegen kennenlernt, aus anderen Mitgliedstaaten, mit denen man dann auch in Kontakt bleiben kann, auch unabhängig von der Veranstaltung. [END_I4, Z. 102-105]

In der internen Umwelt des Auswärtigen Amtes werden insgesamt drei Phänomene angesprochen, die unterschiedlich wahrgenommen werden. Wenn von der Sparten- tendenz in den Haushalten der Ressorts berichtet wird, dann wird betont, dass diese weniger den Kulturhaushalt des Auswärtigen Amtes trifft, da das Programm aus politischen Gründen als unverzichtbar angesehen wird, und zwar trotz der eher peripheren Lage der Sprachpolitik als einem Bereich der Europapolitik „mit gewisser Bedeutung, der jetzt nicht jeden Tag Schlagzeilen macht. DAS sicherlich nicht“ [END_I9, Z. 273-274]. Wenn zur Nachfrage nach EU-Kursen mit Bedauern konstatiert wird, diese würde längst nicht dem entsprechen „was wir uns wünschen“ [END_I9, Z. 82] und sei „eher schleppend“ [END_I9, Z. 369], so werden einerseits die hochrangigen Beamten in Schutz genommen, denn

(...) je hochrangiger man kommt, desto weniger haben diese Personen Zeit, auch um eine Woche bspw. oder auch länger nach Deutschland zu fahren und sich einer Fremdsprache zu widmen. [END_I9, Z.84-87]

Andererseits wird die Handlungs- und Anpassungskompetenz des Auswärtigen Dienstes positiv hervorgehoben, denn

(...) wir [sind] mit der Zeit dazu gekommen, auch Personen durchaus mitzunehmen in dieses Programm, an die man ursprünglich weniger gedacht hat. (...) Von der Tendenz her hat man das eher LIBERALER im Sinne AUCH mittelrangig (...) ausgelegt. [END_I9, Z. 88-94]

Wenn das Auswärtige Amt als „sehr große Verwaltung“ [END_I4, Z. 304] definiert wird, dann wird in diesem Zusammenhang die Rotation positiv hervorgehoben, dank der man im Laufe der Dienstjahre zwar nicht alle aber viele Kollegen persönlich kennen- lernt, was die Zusammenarbeit begünstigt.

Kommunikation innerhalb des Subsystems und zwischen den Subsystemen

Die Strukturen, in denen die Kommunikation innerhalb des Subsystems Auswärtiger Dienst stattfindet, sind mittelbar. Der Informationsaustausch mit den Auslandsvertretungen, an die die Ausschreibung gesandt wird, läuft per Mail – „das ist immer der Weg“ [END_I4, Z. 176-177], aber „[m]an kann natürlich auch telefonieren“ [END_I4, Z. 167]. An einigen Aussagen zeigt sich eine informelle Verhaltensregelmäßigkeit, die darin besteht, dass die Akteure selbst überlegen, wie sie „die Information steuern“ [END_I4, Z. 166-167] und an wen sie diese weitergeben, damit „die Informationen (...) richtig verbreitet werden“ [END_I4, Z. 187-188].

Etwas anders ist die Kommunikation zwischen den Subsystemen geartet. Hier sind die Strukturen, in denen die Kommunikation zwischen den Subsystemen „Auswärtiger Dienst und Goethe-Institut stattfindet, sowohl unmittelbar als auch mittelbar. Der unmittelbare Kommunikationsstrom zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Goethe Institut wird durch den jährlichen Zyklus der Programmimplementierung beeinflusst und beginnt und endet mit einem persönlichen Treffen, einer sozialen Veranstaltung, die strukturierte, räumlich und zeitlich eingegrenzte sowie institutionalisierte Handlungsfolgen aufweist (Knoblauch 1995). Zu Beginn der Programmimplementierung wird die Planung und am Jahresende das Ergebnis der Evaluierung durchgesprochen. Zwischendurch läuft die Kommunikation hauptsächlich mittelbar „es (...) ist also nicht so konzipiert, dass man sich da immer zu Besprechungen trifft.“ [END_I4, Z. 337-338] Als zentrale Informationspartner werden die Akteure der Mittlerorganisation MA5 und MA2 genannt „sie informieren mich sehr eng, also per Mail im Allgemeinen.“ [END_I4, Z. 283-284]

Rationalitäten des Subsystems

Aus den Aussagen der befragten Akteure des Subsystems Auswärtiger Dienst lassen sich zwei durchgängige Rationalitäten herausarbeiten, die sich in der Förderung von DaF als politische Legitimations- und Brückenkopfstrategie manifestieren.

Die legitimatorische Rationalität wird deutlich, wenn das Programm *Europanetzwerk Deutsch* als ein „Alibi-Paket“ dargestellt wird – eine klare Antwort auf „[die] Kritik in Deutschland (...), die Regierung täte zu wenig für die deutsche Sprache in der EU (...)“ [END_I9, Z. 249-250]. Dafür sei das Programm als „sehr konkretes und leicht verstehbares Mittel“ [END_I9, Z. 256] ideal geeignet.

Die Brückenkopf-Rationalität lässt sich an den Stellen erkennen, wo das Programm *Europanetzwerk Deutsch* als eine „Geste gegenüber den EU-Beamten“ [END_I9, Z. 243-244] dargestellt oder wenn die ursprüngliche Wirkung des Programms angezweifelt wird: „das Programm [ist] schon vom Volumen her zu klein, um einen statistisch

messbaren Einfluss auf die Zahl der Deutschsprechenden in den EU-Institutionen zu haben.“ [END_I9, Z. 205-207] Die Wunschvorstellung des Auswärtigen Amtes, dass von den Beamten Deutsch häufiger als Arbeitssprache in den EU-Institutionen gewählt wird, weil sie ein entsprechendes Förderprogramm absolviert haben, scheint längst nicht mehr durchsetzbar zu sein, denn es wird von „andere[n] Entwicklungen zufälliger Art oder systematischer Art“ [END_I9, 213-214] gesprochen, die eine größere Rolle bei der Wahl einer Fremdsprache spielen „als jetzt nur dieses Programm.“ [END_I9, Z. 215] Wenn von den Akteuren konstatiert wird, dass das Programm aufgrund einer ganz kleinen Zielgruppe „außerhalb der sonstigen Thematik des Fremdsprachlichen“ liegt [END_I4, Z. 70-71] und einen Doppelcharakter hat – „Deutsch zu lernen (...) und auf der anderen Seite (...) den Kontakt zu anderen insgesamt verbessern“ [END_I9, Z. 192-196] – dann wird sichtbar, dass die Förderung der beruflichen und politischen Netzwerke immer mehr Raum bei der Programmimplementierung einnimmt. An einer Stelle wird dies sogar direkt formuliert: Es ist der Netzwerkaspekt, den es zu verstärken gilt, „daran arbeiten wir“ [END_I4, Z. 107-108].

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich die Rationalitäten des Subsystems Auswärtiger Dienst in folgende Rationalitätskriterien zerlegen lassen: Orientierung an der deutschen Öffentlichkeit, Orientierung an Veränderungen in Brüsseler EU-Institutionen hinsichtlich Verwendung von Arbeitssprachen, Sympathiewerbung für Deutschland, Netzwerkbildung zwischen deutschen und europäischen Beamten sowie Netzwerkbildung unter deutschsprachigen europäischen Beamten.

6.7.2 Subsystem 2: Netzwerk - vor DaF-Förderung und Verwaltungsapparat

Selbstwahrnehmung und Rollenzuschreibung

Die Wahrnehmung der eigenen Rolle im Programm ist beim Goethe-Institut sehr ambivalent, und zwar überwiegend auf der kollektiven Ebene. Dort wird zunächst der Status des Auswärtigen Amtes als Auftrag- und Geldgeber anerkannt, denn „ohne das Geld könnten wir GAR nichts machen und nicht nur das Geld (...)“ [END_I3, Z. 405-406]: Die Kursplanung „muss mit dem AA abgestimmt werden“ [END_I3, Z. 85], „die haben das mitBESTIMMUNGSrecht“ [END_I3, Z. 408]. Hier sieht sich das GI als reiner Dienstleister:

[D]as Prinzip ist folgendes: die Seminare werden von uns geplant und wir geben dann die Durchführung der Seminare (...) in Auftrag, die werden also in unserem Auftrag durchgeführt, und wenn die Kurse dann fertig sind, dann werden (...) die Kurse mit uns abgerechnet, also die ganzen Kosten werden dann uns in Rechnung gestellt und wir zahlen dann aus Mitteln, die wir vom AA bekommen, aus den zugewiesenen Projektmitteln. [END_I3, Z. 102-109]

In vielerlei Hinsicht sieht sich das GI jedoch als ebenbürtiger Partner des Auswärtigen Amtes, der nicht nur bei der Teilnehmerauswahl mitentscheidet, sondern ohne Rücksprache mit dem AA alleine entscheidet: „Wir nominieren die Organisationsleiter, die Seminarleiter und die Assistenten“ [END_I3, Z. 91-92], die Teamer-Honorare werden nach einer GI-internen Honorarordnung festgelegt und die einzelnen Goethe-Institute geben selbst die Fortbildungsseminare in Auftrag, denn „das ist eine Goethe-Entwicklung, in die sich das AA auch nicht einmisch“ [END_I3, Z. 139-141]. Diese Vorgehensweise hat sich auch durchgesetzt:

Wir haben 2007 das erste Mal ein Alumnitreffen gemacht und DAMALS war das AA noch strikt dagegen (...). DA haben wir ein bisschen REDEN müssen, bis das AA da drauf eingestiegen ist, also DIE werden wahrscheinlich jetzt sagen, dass es IHRE Idee war und in der Tat war der NAME Netzwerk, Europanetzwerk Deutsch, DER war aus dem Auswärtigen Amt. (...) Die Idee, dass man daraus stärker ein NETZWERK machen muss, ist eher von uns. Und ist VORHER gewesen. [END_I1, Z. 464-490]

Es wird jedoch der Wunsch nach mehr Autonomie formuliert „(...) dass (...) unsere Einflussnahme (...) nach wie vor bedeutend bleibt, ja, dass man sich dann auf unsere Meinungen verlässt und dass man vom Auswärtigen Amt aus sich in Geschäfte, die wir in erster Linie führen, also nicht SEHR stark einmisch“ [END_I3, Z. 625-629] und einer „gemeinsamen Linie“ [END_I3, Z. 629-630] folgt, denn es gibt manchmal

(...) andere Vorstellungen im Auswärtigen Amt (...) [bezüglich der Teilnehmerauswahl], das sind also politische Gedanken, ja strategische, wo man nur die Spitze fördern möchte, das ist dann ja ne Auslegungssache, wir denken, das muss nicht immer so sein, also es müssen nicht nur die Abteilungsleiter aus dem Ausland kommen. [END_I3, Z. 636-644]

Auf der individuellen Ebene wird die Verhinderungs- und Durchsetzungsmacht des leitenden GI-Mitarbeiters im höheren Dienst betont, wenn etwa davon berichtet wird, dass der Vorschlag des AA, die Zielgruppe auf eine den höheren Beamten nicht mehr zugehörige Dezernentengruppe auszudehnen, von ihm abgelehnt wurde: „(...) also da habe ich eigentlich eine Veränderung VERHINDERT“ [END_I1, Z. 428]. Während der leitende GI-Mitarbeiter im höheren Dienst sich als Schlüsselfigur des Programms positioniert, der neben der Durchsetzungs- und Verhinderungsmacht auch die Gestaltungsmacht besitzt und darüber hinaus mitentscheidet, repräsentiert, bei Konflikten vermittelt und die Projektmittel überwacht, bezeichnet sich der GI-Mitarbeiter im gehobenen Dienst als „die Schnittstelle zu den Goethe Instituten im Ausland, die (...) [ihm] die Bewerbungen einreichen für die EU-Kurse [und] zu den Teamern, die die Kurse dann durchführen.“ [END_I2, Z. 9-12] Zu den Kernaufgaben, zu denen auch „(...) die Absprache mit dem Auswärtigen Amt [und] (...) den Ministerien“ [END_I2, Z. 15-16] gehört, zählt zusätzlich „einfach dieses ganze Serviceangebot auch drum rum“

[END_I2, Z. 19], mit dem er „die Alumni-Arbeit, Plattform, Newsletter als auch (...) die Nachbetreuung (...) der ehemaligen Teilnehmer“ [END_I1, Z. 16-18] meint.

Das Auswärtige Amt wird vom Goethe Institut als klarer Auftrag- und Geldgeber gesehen: „sie sind ja Auftraggeber des Ganzen und auch Geldgeber und werden natürlich über alle wichtigen grundlegenden Schritte [in Kenntnis gesetzt], also wenn Änderungen anstehen, geplant sind (...)“ [END_I2, Z. 169-171]. Die Aussagen zum Mitbestimmungsrecht des Auswärtigen Amtes bzgl. der Teilnehmersauswahl sind jedoch nicht immer konsistent, wie sich an folgenden drei Aussagen illustrieren lässt: „die haben das mitBESTIMMUNGSrecht“ [END_I3, Z. 408], „die bestimmen gerne MIT“ [END_I3, Z. 407], „(...) das sind auch SACHEN zum Beispiel die Auswahl der Teilnehmer, wo das Auswärtige Amt sehr gerne mitentscheiden MÖCHTE.“ [END_I3, Z. 96-98] Neben dem Thema scheint das des Nutzens des e-learning unterschiedlich wahrgenommen zu werden. Die Behauptung: „die wollen, dass die Leute sich persönlich kennenlernen und denen sind die online-Kurse GAR nicht geheuer, weil die finden, dass die Leute dann nur eine virtuelle Verbindung haben, aber keine echte“ [END_I1, Z. 452-455] steht klar im Widerspruch zu dem vom Auswärtigen Amt deklarierten „Riesenvorteil“ [END_I4, Z. 91-92] der sozialen Netzwerke wie Facebook und Twitter „für die auswärtige Kulturpolitik“ [END_I4, Z. 91-92].

Neben dem Auswärtigen Amt werden einigen weiteren Akteuren Rollen zugeschrieben, wodurch neue Aspekte in die Aufgaben und Leistungen der Implementierungsakteure hineingebracht werden (vgl. Tabelle 7 im Kap. 3.4.3):

- Der Funktion des AA-Mitarbeiters im höheren Dienst wird eine hohe Gestaltungsmacht und die Schlüsselfunktion bei der Programmimplementierung zugeschrieben, die aus der Implementierungsstruktur des Programms in keinster Weise hervorgeht: „der zuständige [Mitarbeiter im gehobenen Dienst] im AA entscheidet über die GRUNDSÄTZLICHE Ausrichtung des Programms in Abstimmung mit dem zuständigen [GI-Mitarbeiter im höheren Dienst] in der ZENTRALE (...). [END_I1, Z. 59-63]
- Ein früherer Stelleninhaber sagt über die GI-Stelle im gehobenen Dienst: „Da war eigentlich die Möglichkeit relativ STARK, das zu gestalten“ [END_I1, Z. 496] und nennt diesen als einflussstärksten Akteur im Netzwerk: „(...) weil ER in der Tat dieses Programm umsetzt.“ [END_I1, Z. 378]
- Der GI-Mitarbeiter mit Sonderaufgaben (MA5) wird in der Implementierungsstruktur überhaupt nicht erwähnt, er gehört aber offensichtlich neben dem GI-Mitarbeiter im gehobenen Dienst zu den Schlüsselakteuren der Programmimplementierung: „(...) da gibt es zwei Personen, ohne die das nicht funktionieren würde, hier in der Zentrale [ist es] Akteur MA2 (...) und genauso am GI [im Land x], der Akteur MA5, wenn man den Akteur MA2 herausnehmen würde, (...) DANN würde das Ganze nicht funktionieren“ [END_I1, Z. 380-387], „[MA5] ist ganz wichtig (...) der hat einfach, der stellt den Kontakt zu allen Institutionen her, ist da unglaublich aktiv vor Ort, um eben die Teilnehmer aus [Land x] zu akquirieren (...) der ist einfach auch so'n richtiger Ideengeber.“ [END_I2, Z. 175-180]

Externe und interne Umwelt der Subsysteme

Generell wird von den Akteuren des GI wenig bis gar nichts über die Ereignisse in der externen Umwelt berichtet. Es konnten nur zwei Aussagen identifiziert werden, in denen erstens bedauert wird, dass seitens der skandinavischen und südeuropäischen Länder wenig Interesse für das Programm besteht und zweitens die britischen Vorschriften für Ministerialbeamte als Hinderungsgrund für deren Teilnahme am Programm *Europanetzwerk Deutsch* erwähnt werden: „(...) die werden einfach nicht zwei Wochen freigestellt, die werden maximal EINE Woche freigestellt und das scheitert DARAN.“ [END_I1, Z. 446-447]

In der internen Umwelt des Subsystems Goethe-Institut wird über die mangelnde Wahrnehmung des Programms in der Zentrale berichtet, deren Abteilungen „sich (...) kaum dafür [interessieren].“ [END_I1, Z. 511-512] Auch für den GI-Mitarbeiter im höheren Dienst hat das Programm anscheinend keine herausragende Bedeutung, denn er selbst sagt, dass „[i]n diesem Bereich (...) ZWANZIG verschiedene Programme [laufen], das Europeanetzwerk Deutsch ist EINES davon. Das ist ein WICHTIGES, (...) mit nem großen ETAT versehen, ABER es ist eines von zwanzig verschiedenen Projekten. [END_I1, Z. 65-69] Die geringe Bedeutung des Programms für das Subsystem Goethe-Institut wird auch von einem anderen GI-Akteur bestätigt:

Es wäre schön, wenn's kein Projekt mehr wär, sondern eine Linienaufgabe, weil's dann auch anders gewichtet wird. Der Unterschied ist einfach, also es gibt ja oft die Stellenwechsel, was daran liegt, dass es ein Projekt (...) [ist], wenn es halt eine feste Stelle ist, [dann könnte man] dadurch auch eine Anerkennung im Haus für das Programm steigern. Ein anderer Grund wäre mehr Geld, mehr Bewerber, noch größer machen, noch mehr Außenwirkung erzielen, was sich dann ja auch positiv auswirkt (...) auf die Bewerberzahlen. [END_I2, Z. 559-569]

Kommunikation innerhalb der Subsysteme sowie zwischen den Subsystemen

Innerhalb des Subsystems Goethe-Institut ist die Kommunikation laut Darstellung des Mitarbeiters im gehobenen Dienst hauptsächlich unmittelbar:

(...) mit Akteur MA1 spreche ich wichtige übergeordnete Dinge ab, weil er is ja letztlich der Projektverantwortliche hier im GI(...). Akteur MA4 wird informiert über wichtige Entwicklungen, Bewerberzahlen, etc., alles, was für das Präsidium interessant sein könnte. Mit dem Multimediabereich spreche ich über Moodle, über Fortbildungen eben auch der Tutoren, etc. (...). Dann Bereich 21, Kommunikation, alles, was Öffentlichkeitsarbeit, Auftritte z.B. auch Erwähnung des Netzwerks im Jahrbuch betrifft, also dass man da also auch präsent ist. (...) dann Akteur MA3, ganz unmittelbare Zusammenarbeit, (...) das ist eben (...) der wichtigste Ansprechpartner (...) [für] Finanzierung, Organisation, etc. Mit den Akteuren MA6a und MA6b als ehemalige Inhaber meiner Stelle einfach alles, was Wissen anbelangt, was in den vergangenen Jahren Ersparungen, genau die Entwicklungen, warum bestimmte Dinge so sind, eben die Umbenennung (...). [END_I2, Z. 310-328]

Zwischen einigen Akteuren in der Zentrale des Goethe-Instituts – „(...) mit Leuten, mit denen man hier täglich sozusagen auf dem GANG zusammen ist (...)“ [END_I1, Z.

254-255] – haben sich sog. Mikromillieus herausgebildet, die sich vor allem durch feste und dauerhafte Sozialbeziehungen sowie gewohnheitsmäßige Orte der Interaktion und Kommunikation auszeichnen (Knoblauch 1995: 184ff), z B.: „[man] fragt, wie war dein Urlaub oder (...) [man gratuliert] jemandem zum GEBURTSTAG.“ [END_I1, Z. 258-259]

Zwischen den Subsystemen ist das kommunikative Handeln der Akteure hauptsächlich mittelbar und mediatisiert: „95 Prozent ist per Mail und die restlichen fünf sind Telefonate (...)“. [END_I1, Z. 152] Darüber hinaus „(...) gibt es dieses EINE Treffen“ [END_I1, Z. 153], eine soziale Veranstaltung (Knoblauch 1995),

(...) wo ALTES Jahr, AKTUELLES Jahr und nächstes Jahr immer unter den gleichen Fragen gestellt wird, nämlich wie ist die BEWERBERlage, welche Leute konnten wir (...) NEHMEN, (...) waren alle qualifiziert, die sich beworben haben, machen wir ab nächstes Jahr bestimmte FACHsprachenkurse, also die gesamte PLANUNG dieses Netzwerkes wird in dieser Sitzung gemacht und diese Sitzung findet immer abwechselnd in [Land y] und [Land x] statt. [END_I1, Z. 130-137]

Als Teil der Planung können dann noch die Gespräche zwischen dem GI-Mitarbeiter im gehobenen Dienst und den Landesministerien klassifiziert werden, in denen dieser versucht herauszufiltern, „(...) was sie gerne, welche Termine für sie gut passen würden, ob sie Vorschläge für ein Thema haben, die man natürlich schon mit dem Auswärtigen Amt abgesprochen hat oder besprochen hat.“ [END_I2, Z. 84-87]

Rationalitäten des Subsystems

Die vorherrschende, dem Goethe-Institut vom Auswärtigen Amt angetragene Handlungslogik ist die Netzwerkförderung:

(...) ich denke (...), dass man weniger sozusagen diesen Schwerpunkt auf Deutschland als Land der Ideen oder Sprache setzen wollte, sondern wirklich eben mehr diesen Netzwerkgedanken stärken, das heißt, dass (...) das Projekt (...) dazu beiträgt, dass eben Netzwerke entstehen zwischen den Ministerien in Deutschland [und] den Teilnehmern im Ausland, die sich dann einfach vernetzen. [END_I2, Z. 48-54]

Die Vernetzung wird dabei definiert als

- Arbeit und Kontakte, also dass man quasi Arbeit und äquivalente Partner dann (..) in den Ministerien oder Institutionen findet, eben jemand, der im Außenwirtschaftsministerium in Ungarn ist und dann vielleicht einen Ansprechpartner hier in Deutschland auch kennt, der in etwa das macht, was er auch, womit er sich auch beschäftigt (...). [END_I2, Z. 55-60]
- ein Netzwerk aus Ministerialbeamtinnen und Ministerialbeamten aus verschiedenen Stellen in den Hauptstädten in Europa (...), die alle auf sehr gutem Niveau DEUTSCH können, die sich ALLE irgendwie mit demselben Thema beschäftigen und die unterEINANDER und mit der DEUTSCHEN Seite verNETZT sind und das sowohl FACHLICH als auch in Beziehungen, persönlich, ja. [END_I1, Z. 103-109]

Die zu fördernde Vernetzung betrifft allerdings längst nicht mehr nur die Programmteilnehmer: Es sind auch „die ganzen MITARBEITER im Ausland und in Deutschland, die mit dem Programm zu tun haben“ [END_I3, Z. 46-48] und das Goethe-Institut bekennt sich auch dazu, dass es „(...) in erster Linie [daran] interessiert (...) [sei] (...), diese Verbindung zu (...) [seinen] AUSLANDSInstituten und den Ministerien AN den DIVERSEN [Standorten aufzubauen]“ [END_I1, Z. 341-343]. Es wird betont, dass dieses Interesse vom eigenen Subsystem strategisch verfolgt wird: „(...) der Name [des Programms] ist vom Auswärtigen Amt, die Idee, dass man daraus stärker ein NETZWERK machen muss, ist eher von uns. Und ist VORHER gewesen“ [END_I1, Z. 487-490]. Spätestens an dieser Stelle wird deutlich, dass die Netzwerkförderung auf zwei Ebenen umgesetzt wird, und zwar sowohl auf der Auftrags- als auch auf der Subsystemebene. Die Netzwerkförderung auf der Subsystemebene ist von klaren wirtschaftlichen Prinzipien geleitet und zielt auf

- Kundengewinnung: „(...) die Goethe-Institute im Ausland haben eben die Möglichkeit, interessante Partner vor Ort zu fördern, (...) in den Ministerien, das ist auch gerade eine interessante Zielgruppe für das Goethe-Institut.“ [END_I2, Z. 495-498]
- Kundenbindung: Die Teilnehmer sollen sich „ANSCHLIESSEND letztlich im Goethe-Institut (...) weiter investieren [bzw. rentieren].“ [END_I7, Z. 244-245] sowie
- bessere Sichtbarkeit des Goethe-Instituts als Ansprechpartner für qualifizierten Deutschunterricht: „[D]ass wir als Goethe-Institut sichtbar werden.“ [END_I2, Z. 499-500]

Auch die zweite Subsystem-Rationalität, die als verwaltungstechnische Handlungslogik bezeichnet werden kann, weist eine Dualität auf: Gegenüber dem Auftraggeber bemüht sich das Goethe-Institut die ihm angetragenen Projektmanagement-Aufgaben optimal umzusetzen – „(...) von uns ist das Hauptinteresse, dass einfach alles gut läuft“ [END_I2, Z. 493-494] – während innerhalb des eigenen Subsystems die Akteure sich an deren komplexen Regeln orientieren. Ihre persönliche Identität scheint in den Hintergrund zu geraten (Luckmann 1980), wodurch eine gewisse Depersonalisierung des eigenen Handelns entsteht. Nachfolgende Aussagen, in denen die Akteure ihre Verwaltungstätigkeit bei der Programmimplementierung beschreiben, illustrieren beides:

- (...) [Hier] ein Beispiel für die Zusammenarbeit mit der Region Deutschland HIER, mit der Verwaltung: Da werden MITTELpläne gemacht für die Seminare (...), nach denen abgerechnet wird und dann machen wir für die Mittelpläne Vorgaben, indem wir SAGEN, wie viele, wie viele TEAMER wir im Kurs haben, dabei (...) [werden die Honorare] nach einer Goethe-internen Honorarordnung, festgelegt oder auch Infrastrukturkosten, Beispiel KOPIER-, Internetkosten, ja, also DA machen wir unsere Vorlagen, die werden dann, solche Beträge in Mittelplänen verankert und so ergibt sich dann der SEMINARpreis, der uns dann am Ende eines Seminars in Rechnung gestellt wird, da werden dann auch die DURCHlaufenden Gelder, das sind die REISEkostenzuschüsse, die wir dann immer auszahlen lassen, während der Kursdurchführung, auch DIE werden uns dann von der Region Deutschland in Rechnung gestellt, also DA ist eine ZUSAMMENARBEIT mit der

Verwaltung, der Region Deutschland, ich sags mal SO in der Goethe Straße notwendig, ja. [END_I3, Z. 191-207]

- (...) wir [sind] eine Verwaltung, also [es gibt] eine GESCHÄFTSverteilung und es spielt einfach keine Rolle, was ein MITARBEITER im gehobenen Dienst oder ein Mitarbeiter im mittleren Dienst da für persönliche ZIELE mit verknüpft (...). Ich verknüpfe KEINE persönlichen Ziele (...), das sind EINFACH dienstliche ZIELE, das gehört zu meinem ARBEITSbereich und das MACHE ich. [END_I1, Z. 359-365]

Neben der zunehmenden Bürokratisierung, die als Störfaktor angesehen wird

(...) [wir wünschen uns], dass wir nicht abgelenkt werden durch irgendwelche Verwaltungsaufgaben, die mit dem EU-Kursprogramm nichts zu tun haben, also das ist dann die Verwaltung hier, die selbstgemachten [Aufgaben] im Hause (...), weil die Verwaltung entwickelt sich ja von Jahr zu Jahr (...) und wird immer komplizierter [END_I3, Z. 607-612],

wird die Rotation des Personals negativ bewertet

(...) es ist ein eingespieltes Team und wenn es dann nicht zu vielen ROTATIONEN kommt... Das ist nämlich genau das, was Schwierigkeiten MACHT, wenn wir neue Mitarbeiter haben in diesen Kreisen, die müssen natürlich zunächst EINGearbeitet werden (...) und das ist manchmal MÜHSAM (...), es dauert. [END_I3, Z. 381-386]

Die beiden zentralen Rationalitäten des Subsystems Goethe-Institut – Netzwerkförderung und verwaltungstechnische Handlungslogik – lassen sich abschließend in folgende Rationalitätskriterien zergliedern: Orientierung am Auftrag des Auswärtigen Amtes sowie an den verwaltungsinternen Regeln, zunehmende Bürokratisierung und Komplexität, Depersonalisierung und Sachbezogenheit. Eine Frage bleibt dabei offen, nämlich warum die Förderung der Sprache bei einem Programm, dessen Ziel ausdrücklich darin liegen soll, so deutlich in den Hintergrund geraten ist, dass es in den jeweiligen Subsystem-Rationalitäten unauffindbar bleibt.

6.7.3 Subsystem 3: abgekoppeltes professionelles Handeln

Selbstwahrnehmung und Rollenzuschreibung

Die DaF-Lehrkräfte sehen sich als Alleinzuständige für den „(...) Sprachteil (...), die anderen haben weniger ANTEIL dran (...)“ [END_I8, Z. 262-263] und sie empfinden sich als reine Dienstleister im Programm, dessen Netzwerkfunktion sie zwar wahrnehmen, aber für sich nicht nutzen:

Für mich persönlich habe ich die Netzwerkfunktion bisher wenig genutzt und auch wenig so empfunden, also ich hab mich eher als Dienstleister in diesem Programm gesehen: Ich liefere eben den SprachkursTEIL und bin Ansprechpartner, was aktuelle Informationen aus Deutschland oder EINSchätzungen oder LANDESkundliche Informationen angeht und eben den sprachlichen Zuwachs, ich hatte aber auch nicht den Eindruck, dass ich als NETZwerkpfeiler gesehen werde, sondern eher als Seminarleiter und Teil des Programms, aber nicht Teil (...) dieser Kontakte. [END_I5, Z. 45-54]

Es scheint an Eigeninitiative zu fehlen, von den DaF-Lehrkräften wird erwartet, dass eine solche Vernetzung vom Goethe-Institut initiiert und gepflegt wird, was aber möglicherweise nicht in seinem Interesse liegt:

Es gab ja jetzt in der Fortbildung (...) auch die Frage [nach dem] NETZwerk, also (...), ob WIR nicht besser vernetzt sein können, ja, aber ich denke mal, dass das nicht im Sinne von Goethe, oder von WEM auch immer ist, weiß ich nicht, ob die ein großes Interesse daran haben. [END_I8, Z. 63-67]

Dass die Vernetzung unter den DaF-Lehrkräften möglicherweise auch gar nicht funktionieren könnte, würde vor allem daran liegen, dass

(...) [die] Seminarleiter (...) immer neu zusammengewürfelt werden in neuen Teams, an neuen Orten und natürlich das lag sicher auch daran, dass wir freie Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sind und dann halt zu dem Programm KOMMEN und wieder gehen. [END_I8, Z. 59-63]

Für die Netzwerkbildung hinderlich erweist sich das Zusammenwürfeln jedoch als eine gute Strategie des Goethe-Instituts, die sich positiv auf die Zusammenarbeit zwischen den DaF-Lehrkräften im Rahmen des DaF-Unterrichts auswirkt, denn

(...) man (...) [kann] qualitativ gute Kurse durchführen (...), weil die Teammitglieder SO ausgewählt werden und auch auf ihre anderen beruflichen Tätigkeiten so gute Qualifikation haben, dass wir den Kurs halt so gut MEISTERN können. [END_I5, Z. 363-366]

Man muss einmal in ein gutes TEAM reinkommen und dann läuft's! [END_I8, Z. 128]

Als einflussstärkste Akteure werden mit unterschiedlicher Begründung der GI-Mitarbeiter im gehobenen Dienst und das Auswärtige Amt eingeschätzt. Während der Einfluss des GI-Mitarbeiters im gehobenen Dienst sich auf die Handlungsebene der Programmimplementierung bezieht, auf der er „(...) natürlich auch nur so souverän agieren kann, weil das Umfeld die Beamten dafür liefert“ [END_I5, Z. 361-362], wird der Einfluss des Auswärtigen Amtes allein dadurch erklärt, dass „(...) das Programm ja DURCH das Auswärtige Amt (...) direkt finanziert wird, insofern ist es der wichtigste Akteur, ohne dass es nicht gehen würde.“ [END_I5, Z. 378-380] Bezogen auf die Handlungsebene ist noch hinzuzufügen, dass der GI-Mitarbeiter im gehobenen Dienst als Qualitätssicherer der Seminardurchführung wahrgenommen wird:

Der Akteur MA2 hat uns ja sogar BESUCHT im Seminar und das ist (...) einfach eine Art, um mal zu gucken, was (...) da los [ist], (...) das heißt, er macht schon ein wenig Qualitätskontrolle. Ich glaube, er hat auch mit den Teilnehmern gesprochen, er war auch in den KURSEN mit drin, er war im Büro mit drin und er ist auch mal MITgelaufen, also ich glaub, er macht das schon ganz gut, dass er guckt. [END_I8, Z. 192-200]

Wenn über die Organisation des Programms gesprochen wird, dann werden in diesem Kontext die Zentrale und die Organisationsleiter der jeweiligen Kurse erwähnt, während das Auswärtige Amt außen vor gesehen wird: „(...) ich vermute mal Auswärtiges Amt hat da gar nicht so Finger mit drin“ [END_I8, Z. 264-265]. Weitere Akteure, über deren Rollen die DaF-Lehrkräfte kurz berichten, sind die Bundesländer und die Teilnehmer des Programms. Die Erstgenannten, zu denen oft z.B. Staatskanzleien zählen, werden als Ansprechpartner der Organisationsleiter genannt und als „(...) sehr sehr stark involviert (...)“ [END_I5, Z. 383] wahrgenommen,

(...) auch INDIREKT natürlich, weil das im Aufgabenbereich des Organisationsleiters lag, aber die haben Teile des Programms für uns organisiert, das Besuchs- und Begleitprogramm und auch finanziert, wichtige Besichtigungsfahrten und Abendessen, die dann AUCH, das habe ich gemerkt, sehr viel luxuriöser ausgefallen sind, als die Programmpunkte, die wir auch sonst so im Programm hatten mit unserem normalen Budget. [END_I5, Z. 383-389]

Eine mögliche Begründung für diese freiwillige Leistung der Bundesländer wird von den DaF-Lehrkräften nicht genannt. Anders verhält es sich bei den Programmteilnehmern: Hier wird gemutmaßt, dass sich hinter ihrer Teilnahme eine gezielte instrumentelle Strategie verbirgt, denn man

(...) merkt (...) immer wieder, dass die Teilnehmer den Kurs nutzen wollen, um Netzwerke AUFzubauen oder ihre bestehenden Netzwerke zu erweitern. Ich hatte das Gefühl, dass DEUTSCHLAND und das Programm, an dem sie teilnehmen, als Sprungbrett oder ja als TÜR zu Europa und europäischen Kontakten in die europäischen Institutionen oder auch in die Ministerien anderer Länder genutzt werden, also DIESEN Aspekt spüre ich ganz stark bei den Teilnehmern und ich finde das merkt man auch in den Pausengesprächen immer ganz gut, (...) [es] geht (...) im Vergleich zu anderen INTENSIVkursen (...) viel viel mehr um berufliche Hintergründe, weniger um Privates, also man bewegt sich schon (...) immer wieder auf dieser dienstlichen Ebene und (...) das PROGRAMM ist dann Mittel zum Zweck. Also ich empfinde es eher als Mittel zum Zweck zur EU und nicht unbedingt zur stärkeren Bindung an Deutschland, also das Interesse an Deutsch und (...) an [dem Programm] ist auf jeden Fall DA, aber der Kontakt [ist] schon gegeben, die Sprache in der Regel schon sehr gut beherrscht und deswegen ist es eher so 'ne Möglichkeit nach Neuem, also, was die Kursteilnehmer oder die Seminarteilnehmer des Programms betrifft. [END_I5, Z. 26-45]

Externe und interne Umwelt der Subsysteme

Im Bereich der externen Umwelt wird von den DaF-Lehrkräften der Mangel an berufsbezogenen sowie fachsprachlichen Lernmaterialien für die Zielgruppe der EU-Beamten sowie Beamten der europäischen Verwaltung mit EU-Bezug konstatiert:

(...) es wäre angebracht, dass irgendwann spezifisches Material FÜR diese Gruppe entwickelt wird, (...) es wäre durchaus lobenswert, wenn sich da eine ARBEITSgruppe mit beschäftigt und richtig adäquate UNTERRICHTSmaterialien für diese Zielgruppe entwickelt. (END_I5, Z. 575-580)

Im Bereich der internen Umwelt werden mehrere Phänomene angesprochen, die sich entweder auf die Ebene der Programmimplementierung oder die Ebene der Unter-

richtsdurchführung beziehen. Hinsichtlich der Programmimplementierung wird die fehlende Vernetzung zwischen den Kursleitern und allen Implementierungsakteuren, insbesondere dem Auswärtigen Amt, wahrgenommen:

Also ich würde gerne mit ANDEREN Teamern kooperieren, Austausch verstärken, vielleicht könnte man diese Gruppe, andere Teamer auch noch ergänzen durch eben Experten oder Vertreter, offizielle Vertreter des Programms. Also einerseits die Ebene in der Zentrale, den Mitarbeiter im gehobenen Dienst oder vielleicht auch der Mitarbeiter im höheren Dienst, dem er ja irgendwie unterstellt ist, also die Seite INPUT des Goethe Instituts, dass DIE stärker hervortritt und in den KURSEN stärkere konzeptionelle Einheit bietet. Das ist die EINE Hälfte der offiziellen Vertreter und dann DER offizielle Vertreter Auswärtiges Amt. Kooperation kann ja auch AUSTAUSCH von Informationen sein, dass man über den Stellenwert und den Erfolg des Programms auf dem LAUFENDEN gehalten wird und dass man SEINE Information aus ERSTER Hand (...) hat, dass man involviert ist in konkretes KURSgeschehen, dass man DIE auch weiterbringt oder merkt, dass sie zur Kenntnis genommen werden. [END_I5, Z. 512-529]

Die fehlende Vernetzung mit den Implementierungsakteuren führt dazu, dass keine

(...) RÜCKKOPPLUNG (...) statt[findet], „(...) man [bekommt] als GLIED der OPERATIVEN Ebene [wenig] mit (...), man [kann nicht] strategisch AUSwirkung geben (...) [und man kann] (...) selbst strategische ZIELE, die sich vielleicht ändern aufgrund des operativen Geschehens [nicht] beHERZigen(...) oder verändert durchführen (...). [END_I5, Z. 530-535]

Seitens des Goethe-Instituts gibt es zwar Bemühungen, die DaF-Lehrkräfte auf dem Laufenden zu halten, indem ihnen Einweisungen in das Programm in Form eines Workshops geboten werden, doch diese Maßnahmen finden nicht in regelmäßigen Abständen statt:

SONST ist aber, seit ich jetzt angefangen habe und die erste Einweisung in [Jahr] bekommen habe, die war drei oder vier Tage, also ne sehr umfassende Einweisung mit UNTERSchiedlichen Aspekten, (...) Hintergrund über das PROGRAMM, Zielpublikum, didaktische Zielsetzung, SEITDEM dann keine weitere Auffrischung der Ursprungseinweisung gehabt, was die Präsenzkurse angeht und die NEUERUNG, die dann noch wirklich dazukam, das waren ja die blended-learning Elemente und dafür gab's auch nochmal AUSSERgewöhnliche Einweisungen, aber der Standardbetrieb, da bin ich jetzt noch auf diesem Stand von [Jahr] und ich VERMUTE, dass sich das Programm irgendwie geändert hat, weil sich der Name geändert hat, aber da wurden wir jetzt als Kursleiter oder zumindest ich nicht als Kursleitung informiert (...). [END_I5, Z. 96-108]

Die fehlende Information bezieht sich nicht nur auf den Standardbetrieb der DaF-Kurse. Die DaF-Lehrkräfte verfügen über keinerlei Informationen, „wie sich das PROJEKT entwickelt, ob sich das IRGENDWIE vergrößert hat, erfolgreich LÄUFT oder nicht, davon bekommt man jetzt zumindest so als Kursleiter eigentlich nichts mit“ [END_I5, Z. 117-119], was auch deswegen mit Bedauern hingenommen wird, „(...) weil die Seminarteilnehmer das ERFRAGEN. Die fragen dann, was ist das GENAU und WARUM gibt's das und gibt es das in ANDEREN Ländern AUCH und da weiß ich dann nicht exakt Bescheid“. [END_I5, Z. 201-204] Eine zweite Entwicklung, die auf der

Ebene der Programmimplementierung wahrgenommen wird, ist die zunehmende Strukturierung der Verwaltungsabläufe:

Also (...) die Abläufe wirken strukturierter, also es ist alles spitzhaltiger geworden: Die Ausschreibungen sind spitzhaltiger, die Zusage oder Absageinformation kommt AUCH sehr zeitnah, ja der administrative Teil hat mehr Vorlauf, das hab ich auf jeden Fall gemerkt. [END_I5, Z. 91-96]

Auf der Ebene der Kursdurchführung werden konkret ausformulierte Vorgaben in Form eines Curriculums oder „(...) zumindest eine stärkere konzeptionelle Vereinheitlichung der Kurse“ [END_I5, Z. 221-222] vermisst, an der sich die Lehrkräfte und die für das Programm zuständige Abteilung in der Zentrale des Goethe-Instituts beteiligen könnten:

Also wir haben ja theoretische GRUNDlagen, nach denen wir die Kurse HALTEN sollen, die lassen aber sehr viel Spielraum in der Umsetzung. Im LEITfaden steht schon drin, dass (...) [die Kurse] auf die ARBEITSpraxis des Zielpublikums ausgerichtet sein sollen und ihren, ja ihren beruflichen Hintergrund AUFgreifen, AUFFangen und ERWEITERN sollen, VERHANDLUNGSSprache und solche Beispiele, aber es gibt kein Curriculum für diese Kurse, insofern ist die konkrete Umsetzung immer dem TEAM überlassen und das Team besteht ja aus der Seminarassistentin, dem ORGANISATIONSLeiter und der SPRACHLehrkraft und vielleicht ZWEI Sprachlehrkräften je nach Konstellation und ich habe es bisher SO erlebt, dass von PERSÖNLICHKEITEN abhängig ist, also wie stark sich der Organisationsleiter einbringt in das INHALTLICHE Kursgeschehen und wie stark sich dann auch der KURSleiter davon beeinflussen lässt oder eben aufgreift oder eben NICHT und dann, das habe ich bisher SO erlebt, das war wirklich abhängig, welche Persönlichkeiten da und mit welchem UNTERSCHIEDLICHEN Hintergrund aufeinander treffen, also ob der Organisationsleiter AUCH Lehrkraft ist, in anderen Kontexten oder das schon mal gemacht hat im EU-Kurs, dann hat er in der Regel einen ANDEREN (...) Anspruch, will zumindest sehr viel mehr vom INHALT kennen und dann oftmals DETAILLIERTER absprechen, als wenn es ein (...) Organisationsleiter (...) ist, der didaktisch weniger Erfahrung hat und dann halt nur so grob den Plan kennen möchte, also wirklich sehr unterschiedlich, nicht vorgegeben. [END_I5, Z. 123-148]

Die konkrete Umsetzung in der Phase der Kursvorbereitung ist eng verbunden mit der Weiterleitung entsprechender Informationen zum zeitlichen und inhaltlichen Rahmen der Kurse durch die Zentrale an die Seminarteams:

(...) also wichtig: Von der Zentrale erstmal zu wissen, also der KURS, der SCHWERpunkt, dass man weiß, wenn es ein FACHLICHER Schwerpunkt ist, wie zum Beispiel MEDIEN oder BILDUNG, dass man DA schon mal sich vorbereitet und Texte SUCHT ODER dass man bestimmte Sachen einfach VORbereitet. [END_I8, Z. 130-135]

Bei der Kursvorbereitung steht den DaF-Lehrkräften und den Organisationsleitern die sog. Tankstelle – eine für alle Teamer zugängliche Internet-Plattform – zur Verfügung:

Es gibt eine INTERNETseite von den EU-Kursen und die ist jetzt umfangreich, Handreichungen, die beiden Leitfäden (...) und UNTERRICHTSmaterialien (...), also da FINDET man viel für die Kurse, viele VORlagen, die aktuellen Kopiervorlagen, also man ist jetzt nicht ganz auf sich ALLEIN gestellt. [END_I5, Z. 109-116]

Die Tankstelle und der Austausch mit der Organisationsleitung sind die Grundlage, um

(...) ein bisschen was zu Hause VOR[zubereiten]: (...) [In] WAHRheit [findet das MEISTE von der Planung (...) dann aber DOCH vor Ort statt, wenn man merkt, »Oh, (...) [die Kursteilnehmer] haben ganz andere Interessen« oder »Da ist ein ganz anderes Sprachniveau als wir dachten«, also man muss immer bisschen MEHR mitnehmen und dann da ein wenig, recht flexibel reagieren (...). [END_I8, Z. 81-87]

Die recht flexible Unterrichtsgestaltung wird vom Goethe-Institut vorausgesetzt: „Ich finde, dass die Sprachleitung das ziemlich selber leistet, es gibt jetzt nicht so Vorgaben von der Zentrale. Also es wird erwartet, dass man den Sprachunterricht gut MACHT (...). Die gehen einfach davon aus, dass man das leisten kann.“ [END_I8, Z. 135-114] Bei alledem, was hier von den DaF-Lehrkräften geschildert wird – fehlendes Curriculum, keine Vereinheitlichung der Kurse, keine inhaltliche Zusammenarbeit zwischen den Lehrkräften und der Zentrale, flexible Unterrichtsgestaltung, von den Persönlichkeiten der Teamer abhängiges Kursgeschehen und die spontane Bezeichnung der Lerner als „Schüler“ – stellt sich die Frage, ob in den EU-Kursen, „[wo der] Schwerpunkt (...) Sprachunterricht [ist] und nebenher halt noch ein bisschen eingehen auf AKTUELLES, Politik, Zeitgeschehen und so weiter“ [END_I8, Z. 139-140] tatsächlich so berufsbezogen unterrichtet wird, dass damit am Ende das Deutsche als dritte Arbeitssprache der EU maßgeblich gefördert werden kann. Im Prinzip scheint diese Frage ja auch schon längst beantwortet zu sein, denn die Lehrkräfte merken spätestens am neuen Namen des Programms, dass es eine Verschiebung vom Sprachförderungs- zum instrumentellen Netzwerkgedanken hin gegeben haben muss:

Es ist jetzt aber neu dazu gekommen, diese neue Definition, früher war das nicht Netzwerk, ne? Und JETZT ist das umbenannt worden, das ist mir ehrlich gesagt auch JETZT erst klar geworden. Ich wusste nicht, dass... also über diese ganzen Dinge (...) sind wir nicht aufm Laufenden (...), aber NETZwerk, ich stelle mir das SO vor, dass die Leute, die Teilnehmer an diesen Kursen später vernetzt werden sollen, siehe dieses Alumni-Portal und so weiter, also dass man praktisch in ganz EUROPA versucht, ein Netzwerk aufzubauen, von interessanten Leuten, die irgendwie später was mit Deutsch oder mit deutscher..., oder mit Politik zu tun haben, und die einfach gute Ansprechpartner sind. [END_I8, Z. 43-54]

Dass diese Verschiebung möglicherweise erst vor Kurzem stattgefunden hat, zeigt sich am Beispiel eines klassischen Netzwerkinstruments, das noch nicht ganz ausgereift ist: „(...) diese Alumni-Pflege, die ja im Moment schon EXISTIERT, die aber zumindest wie ich das mitbekomme, eher nebenher läuft oder VERSCHLAFEN läuft. [END_I5, Z. 554-556]

Kommunikation innerhalb des Subsystems sowie zwischen den Subsystemen
Innerhalb des Subsystems läuft die Kommunikation zu 99 Prozent mittelbar und ausschließlich im Zuge der Kursvorbereitung:

(...) wenn man seine Partner kennt, da nimmt man ja Kontakt AUF, ohne dass dieser Kontakt aber dazu führt, dass man schon gemeinsame Schritte plant. Die gemeinsamen Schritte sind meistens, oder waren BISHER, sieht man von heutigem Tag ab, DIE in der Vorbereitungsphase. [END_I7, Z. 101-105]

Mit „dem heutigen Tag“ meint die Interviewte den Workshop für alle Teamer, der von der Zentrale organisiert wurde und alle paar Jahre stattfindet: Dann findet die Kommunikation im informellen und formellen Rahmen, den man als „kommunikative Veranstaltung“ bezeichnen könnte. Von dieser Ausnahme mal abgesehen, läuft

[d]ie Kommunikation im Seminarteam im Vorfeld [des Kurses] in der Regel per Mail und zwischen den Kursleitern dann mit ein oder zwei Telefongesprächen auch im Vorfeld. (...) Im TEAM handelt es sich um KURSplanung, einerseits auf ORGANISATORISCHER Ebene, also was die BESUCHstermine zum Beispiel angeht und ob es je nach SPIELraum, der dann überhaupt noch BLEIBT, welche Termine jetzt zu verrücken sind und WANN dann die SPRACHkurseinheiten stattfinden können, das läuft im VORfeld ab und auch die Erwartungen der KURSteilnehmer werden ja im Vorfeld abgefragt, wenn sie sich anmelden, die bekommt die Organisationsleitung zugesandt und nach Sichtung dieser ERWARTUNGShaltung wird dann in der Regel im TEAM nochmal vorher darüber gesprochen, dass man das Programm noch ein bisschen anpasst, also (...) Zusammensetzung der Gruppe (...) und ja organisatorische Fragen (...). [END_I5, Z. 152-177]

Generell wird in allen Teams sehr wenig untereinander kommuniziert: „Ich hab es ja jetzt schon ein paar Mal geMACHT deswegen [kann ich sagen, es] läuft ÜBERHAUPT nicht viel Kommunikation“. [END_I8, Z. 115-116] Während bei einigen Lehrkräften der Wunsch besteht, mehr zu kommunizieren und den Austausch bezüglich selbst erstellter und verwendeter Lehrmaterialien zu verstärken, sind andere demgegenüber eher skeptisch eingestellt und fänden mehr Kommunikation gar nicht erstrebenswert:

Ich befürchte eher nicht, weil ich vielleicht auch ein wenig EINZELkämpfer bin mit Materialien, (...) die eventuell von ANDEREN erstellt worden sind, möglicherweise NICHT so gut umgehen kann, wie mit meinen EIGENEN, oder es glaube ich nicht zu können. Insofern ist die FEHLENDE Kommunikation im VORfeld nicht, für mich nicht störend. [END_I7, Z. 106-111]

Was die Kommunikation zwischen den Subsystemen betrifft, so findet diese hauptsächlich zwischen den DaF-Lehrkräften und dem Mitarbeiter im gehobenen Dienst in der Zentrale des Goethe-Instituts statt, und zwar ebenfalls zum Großteil mittelbar:

Zwischen mir als KURSLEITER und der Verwaltungsebene des GI, also dem Mitarbeiter im gehobenen Dienst ja hauptsächlich (...) per Mail oder per Telefon, hauptsächlich aber per Mail. [END_I5, Z. 155-158]

Die Kommunikation läuft „[r]ein schriftlich. Ich bewerbe mich ja (...), sage vielleicht, welche [ausgeschriebenen Kurstermine und -orte] mehr aus zeittechnischen Gründen die EINFACHSTE[n] (...) [für mich sind], aber WENN dann einmal diese Bewerbung ABGEGEBEN ist, warte ich auf die ZULASSUNG sozusagen und freue mich, wenn sie erfolgt ist. [END_I7, Z. 88-92]

Die Möglichkeit, mit dem GI-Mitarbeiter im gehobenen Dienst unmittelbar zu kommunizieren, besteht im Rahmen des von der Zentrale organisierten Workshops für alle Teamer oder aber sie ergibt sich spontan:

Der Akteur MA2 hat uns ja sogar BESUCHT im Seminar und das ist (...) einfach eine Art, um mal zu gucken, was (...) da los [ist], (...) das heißt er macht schon ein wenig Qualitätskontrolle. Ich glaube, er hat auch mit den Teilnehmern gesprochen, er war auch in den KURSEN mit drin, er war im Büro mit drin und er ist auch mal MITgelaufen (...). [END_I8, Z. 192-199]

Mit dem Auswärtigen Amt haben die DaF-Lehrkräfte „(...) eigentlich nichts zu tun“ [END_I8, Z. 190],

(...) das einzige Mal, WO ich damit zu tun hatte, (...) als ich einen Kurs geMACHT hatte, der in BERLIN stattfand, zweimal und wir dann natürlich dort eingeladen waren, ne, aber in ANDEREN Kursen, die jetzt nicht in Berlin stattfinden, hat man dann außerdem, also so wirklich konkret jeden Tag, außer dem LOGO, das man auf allen Arbeitsblättern hat, kommt man mit dem Auswärtigen AMT nicht in Berührung. [END_I5, Z. 205-211]

Dies wird mit Bedauern hingenommen, denn die Information aus erster Hand wäre wichtig, weil „(...) man [dann] über den Stellenwert und den Erfolg des Programms auf dem LAUFENDEN gehalten wird (...).“ [END_I5, Z. 524-525]

Rationalität des Subsystems

Die Handlungslogik der bei der Programmimplementierung agierenden DaF-Lehrkräfte hat sich zwar zu einem sozialen Gebilde verdichtet, aber institutionell (noch) nicht verfestigt ist (Mayntz 1997: 15):

(...) wir [sind] freie Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (...) und [kommen] dann halt zu dem Programm (...) und [gehen] wieder (...). [END_I8, Z. 62-63]

(...) ich arbeite fürs Goethe-Institut, aber das Problem ist, als freier Mitarbeiter darfst du nicht nur einen Arbeitgeber haben, sonst könntest du ja einen Arbeits-PLATZ einklagen und Goethe ist eben mein Hauptarbeitgeber, aber ich musste mir noch andere Arbeitgeber SUCHEN (...). [END_I8, Z. 27-31]

Dennoch lässt sich eine Gemeinsamkeit ihres Handelns ausmachen, die mit dem Attribut „professionell“ versehen werden kann. Die Professionalität des Handelns zeigt sich zum Beispiel daran, dass die Handlungsabläufe bzgl. Kursvorbereitung und -durchführung nicht standardisierbar sind (Schanne 2009), keiner Struktur folgen und je nach Lehrpersönlichkeit unterschiedlich ausfallen:

(...) [die] Seminarleiter [werden] (...) immer neu zusammengewürfelt (...) in neuen Teams, an neuen Orten (...). [END_I8, Z. 60-61]

(...) man (...) [kann] qualitativ gute Kurse durchführen (...), weil die Teammitglieder SO ausgewählt werden und auch auf ihre anderen beruflichen Tätigkeiten so gute Qualifikation haben, dass wir den Kurs halt so gut MEISTERN können. [END_I5, Z. 363-366]

(...) die konkrete Umsetzung [ist] immer dem TEAM überlassen. [END_I5, Z. 131]

Man muss einmal in ein gutes TEAM reinkommen und dann läuft's! [END_I8, Z. 128]

(...) also ich habe bisher IMMER gemerkt, dass das Ziel (...) ein guter im Sinne von auf die Bedürfnisse der Zielgruppe abgestimmter Kurs oder Deutschlandaufenthalt für sie SEIN [soll] mit dem ANSPRUCH eben wirklich Hintergrundinformation, viele landeskundliche Feinheiten auch viel Deutschland ERLEBEN und nahezubringen, also sie wirklich POSITIV auf Deutschland einzustimmen, das war so das HAUPTZIEL aller Akteure, sodass wirklich unterschiedliche Typen sowohl vom LEHRERverhalten als auch vom ORGANISATIONSverhalten her wirklich SEHR unterschiedliche Typen aufeinander getroffen sind (...). [END_I5, Z. 346-355]

Alle Entscheidungen, die in der Funktion einer DaF-Lehrkraft zu treffen sind, werden „im Augenblick des Entscheidens autonom getroffen“ (Schanne 2009: 74):

(...) in WAHRheit [findet] das MEISTE von der Planung (...) dann aber DOCH vor Ort statt, wenn man merkt »Oh, (...) [die Kursteilnehmer] haben ganz andere Interessen« oder »Da ist ein ganz anderes Sprachniveau als wir dachten«, also man muss immer bisschen MEHR mitnehmen und dann da ein wenig, recht flexibel reagieren. [END_I8, Z. 83-87]

(...) Im ERSTEN Seminar von mir, das war in [Jahr], da habe ich schon gedacht, dass der Anspruch im Sprachkurs höher war, also MEHR Grammatik, MEHR offizielle Texte, in allem ein größerer ANSPRUCH und die letzten Jahre, hat man sich glaub ich immer mehr der Realität angepasst, dass man nämlich denkt, man darf auch ein wenig mehr Spaß haben, mehr SPIELE machen (...). Die Teilnehmer sind auch K.O., das Programm ist auch anstrengend und die freuen sich dann auch, wenn sie mal irgendwie ne NETTE Aktivität machen, wo sie SPASS haben können, die auch sozial ist (...). Wir haben damals was Interessantes gemacht, (...) Statistiken über Deutsche, wo sie so einen Vortrag gehalten haben und das waren keine langen FACHtexte, sondern das war einfach was Kurzes, wo DIE selber was Lustiges draus machen konnten, also auch, dass man von seinem hohen Ross etwas abgestiegen ist und jetzt GUCKT, dass die Teilnehmer da auch ein bisschen Spaß haben dürfen, denke ich mir jetzt. [END_I8, Z. 341-358]

Also die Ausschreibung erfolgt eben meistens am Ende des Vorjahres und ich hab dann zwischen meiner BEWERBUNG und der Zusage zwischen dem einen oder anderen Kurs (...), eigentlich sehr wenig mit anderen Akteuren zu tun. Wenige Wochen vor Kursstart nimmt man dann innerhalb des TEAMS Kontakt auf und bespricht vielleicht grob Vorbereitungsdetails (...). [END_I5, Z. 72-79]

Wenn man seine Partner kennt, da nimmt man ja Kontakt AUF, ohne dass dieser Kontakt aber dazu führt, dass man schon gemeinsame Schritte plant. [END_I7, Z. 101-103]

Obwohl innerhalb der Professionsgemeinschaft Differenzen auf der Handlungs- und Rollenebene feststellbar sind, teilen ihre Mitglieder „eine gemeinsame Perspektive der Welterfahrung, sie arbeiten in einem von der alltäglichen Laienwelt sowie von anderen Expertensinnwelten abgegrenzten Orientierungs- und Handlungsbereich, der sich auf spezifische ethische, aber auch wissenschaftliche und methodische Sinnressourcen begründet“ (Schanne 2009: 74):

Ich liefere eben den SprachkursTEIL und bin Ansprechpartner, was aktuelle Informationen aus Deutschland oder EINSchätzungen oder LANDESkundliche Informationen angeht und eben den sprachlichen Zuwachs. [END_I5, Z. 48-51]

(...) was aber IMMER sehr gut verlaufen ist, durch viel Disziplin und viel Engagement und eben dieses Bewusstsein, man arbeitet, ja man arbeitet als Botschafter für diese Gäste. [END_I5, Z. 355-358]

WIR wollen natürlich, dass die Schüler, ach nicht Schüler, dass unsere LERNER ein bisschen weiterkommen, dass sie ihre Fertigkeiten verbessern, dass sie nachher ein gutes Gefühl haben und denken «Ja, ich bin motiviert, weiter Deutsch zu lernen», wir wollen, dass es abwechslungsreich ist, dass die SPASS haben, oder dass auch gewisse Bedürfnisse da befriedigt werden, wie jetzt im letzten Kurs der eine, der unbedingt noch Grammatik machen wollte und die andere, die da auch noch mal was GESCHRIEBEN hat (...). [END_I8, Z. 275-283]

Bei der ganzheitlichen Betrachtung des Programms und insbesondere seiner Ziele fällt auf, dass die DaF-Lehrkräfte ihr Fach- und Erfahrungswissen nur in die Implementierung auf der Sprachkurs- und nicht auf der Programmebene einbringen können, was sie auch zu bedauern scheinen: „Mein Beitrag ist leider nicht bei der Planungsphase, sondern allein bei der Phase, wo man sich auf MÖGLICHE Seminare bewerben kann“ [END_I7, Z. 66-68]. Ihr Handeln ist auf die Unterrichtstätigkeit beschränkt und weist keine Rückkopplung mit den restlichen Implementationsakteuren auf. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass ihre professionelle Handlungslogik sich in folgende Teil-Rationalitäten zergliedern lässt: Orientierung am Auftrag des Goethe-Instituts, Orientierung an den Bedürfnissen der Kursteilnehmer, Orientierung am straffen Begleitprogramm sowie selbständige Kurskonzeption.

6.8 Teilfazit: Zweites Spannungsfeld bei der Programmimplementierung

Die auf der Systemebene angesetzte Analyse der Implementierung des Programms *Europanetzwerk Deutsch* zeigt vordergründig ein Spannungsfeld zwischen Diskurs und Praxis, das aus den Rationalitätswidersprüchen der Subsysteme resultiert.

Für die politischen Akteure ist die Förderung von DaF als politische Brückenkopfstrategie ein Ausdruck der Zielverschiebung in der auswärtigen Sprachpolitik, die zwischen 2009 und 2010 stattgefunden haben muss. Während es in dem *Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2008/2009* noch heißt:

Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, den Status der deutschen Sprache in den europäischen Institutionen strukturell zu verbessern, damit sich die von der EU-Kommission proklamierte Mehrsprachigkeit auch in der Sprachpraxis der EU-Institutionen widerspiegelt. (Bundesregierung o.J.: 30)

wird in dem *Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik 2010/2011* eine klare Strategie vorgestellt, die mit der identifizierten Brückenkopfstrategie übereinstimmt:

Zur erfolgreichen Deutschförderung gehört auch eine gezielte Lobbyarbeit. Um Deutsch in Europa stärker zu verankern, müssen Entscheidungsträger in Schlüsselpositionen gewonnen werden, dazu gehören auch Mitarbeiter in EU-Institutionen. Im Auftrag des Auswärtigen Amts führt das Goethe-Institut im Rahmen des Stipendienprogramms *Europanetzwerk Deutsch* Sprachkurse für EU-Bedienstete und Ministerialbeamte durch, die sich ständig steigender Nachfrage erfreuen. (Bundesregierung o.J.: 34)

Möglicherweise ist die zweite identifizierte Handlungslogik – Förderung von DaF als politische Legitimationsstrategie – ein Relikt aus früheren Zeiten, in denen die Bundesregierung die Sprachförderung ausschließlich als Mittel zur Festigung der Stellung der deutschen Sprache in den europäischen Institutionen definierte (Auswärtiges Amt 2000: 11) und darüber Rechenschaft ablegen musste. Auf die Frage einiger interessierter Abgeordneten und der Fraktion FDP aus dem Jahr 2006:

(...) mit welchen Maßnahmen (...) die Bundesregierung die Verwendung von Deutsch als Arbeitssprache in der Europäischen Kommission, im Europäischen Gerichtshof und im Ratssekretariat vor dem Hintergrund [fördert], dass die EU-Beamten immer noch Deutsch als Fremdsprache sehr viel weniger sprechen und verstehen als Englisch und Französisch? (Deutscher Bundestag 2006: 4ff),

wird die Erfolgsgeschichte des Programms *Europanetzwerk Deutsch*, damals *EU-Sprachkurse* genannt, an wachsenden Teilnehmerzahlen und steigendem Haushaltsvolumen dargestellt.

Keine der beiden Rationalitäten ist in der Handlungslogik des Goethe-Instituts vollständig erkennbar. Zwar spielt die Netzwerkförderung für das Goethe-Institut eine wichtige Rolle, doch diese wird teils wunschgemäß umgesetzt und teils ganz eigen interpretiert, nämlich dann, wenn u.a. von besserer Sichtbarkeit des Instituts als Partner für qualifizierten Deutschunterricht gesprochen wird, zu denen die EU-Kurse gehören. Von der politischen Legitimationsstrategie spricht hingegen keiner der befragten Akteure. Als einziges Subsystem, das der ursprünglichen Deutschförderung verpflichtet bleibt, sind die Teamer (DaF-Lehrkräfte) zu nennen. Warum dies aber so ist, kann hier nur gemutmaßt werden: Möglicherweise resultiert diese Positionierung aus der Selbstverpflichtung der DaF-Lehrer, einen auf einen klar definierten Bedarf orientierten Sprachkurs zu liefern, der in den *Handreichungen für Kursleiter/innen und Mitarbeiter/innen des Goethe-Instituts* 2003 und 2012 definiert ist. Dort heißt es nämlich eindeutig, dass das Ziel des Programms in der „Förderung der deutschen Sprache in europäischen Institutionen und Organisationen sowie Erweiterung der Kenntnisse über deutsche Institutionen sowie allgemeine deutsche Landeskunde“ (Goethe-Institut e.V. 2012: 6) besteht.

Insgesamt lässt sich konstatieren, dass die Handlungsorientierungen der Akteure, die aus ihren Aussagen indirekt herausgelesen werden konnten, weitestgehend mit den

ermittelten Handlungswahlen übereinstimmen (vgl. Kap. 6.3). Die Legitimationsstrategie des Auswärtigen Amtes entspricht dem normkonformen Handeln, während an seiner Brückenkopfstrategie ein klarer Nutzen erkennbar wird. Die Netzwerkförderung des Goethe-Instituts ist sowohl normkonform als auch nutzenorientiert. Das professionelle Handeln der DaF-Lehrkräfte hingegen bestätigt das Zusammenspiel von identitätsbehauptenden, normorientierten und nutzenorientierten Antrieben des Handelns. Die herausgearbeiteten Handlungsorientierungen und -wahlen machen die systemische Prägung des Handelns deutlich, wobei mit dieser Identifizierung noch nicht eindeutig festgestellt werden kann, ob die Prägung von einem oder von mehreren Systemen gleichzeitig ausgeht. Hier hilft ein Blick auf die Funktionen der einzelnen Subsysteme und ihrer Bedeutung für das Gesamtsystem. Diesbezüglich kann bestätigt werden, dass jedes Subsystem eine spezifische Funktion innerhalb der Implementierung übernimmt, die mit verschiedenen Zielen verknüpft ist (vgl. Tabelle 24) und an verschiedenen Rollen festgemacht werden kann. Auch wenn von den Befragten unterschiedliche Teilfunktionen genannt wurden, so können diese in folgende Hauptfunktionen zusammengefasst werden: Das Auswärtige Amt sieht sich als Lenker der Implementierung, der über die strategisch-operative Ausrichtung des Programms entscheidet und somit versucht ein politisches Problem zu lösen, das in der Unterrepräsentierung der deutschen Sprache in den EU-Institutionen besteht. Sowohl das Goethe-Institut als auch die DaF-Lehrkräfte wirken dabei mit. Das Goethe-Institut erfüllt die durch das Auswärtige Amt vorgegebenen Projektmanagement-Aufgaben, während die DaF-Lehrkräfte den EU-bezogenen DaF-Unterricht nach allgemein formulierten Vorgaben des Goethe-Instituts vorbereiten und durchführen. Mit Rekurs auf die systemtheoretische Politikdefinition sind alle drei Subsysteme als Teil des politischen Systems zu betrachten, da ihre Handlungen auf die Implementation einer politischen Entscheidung – Förderung von DaF in der europäischen Verwaltung – gerichtet sind.

Subsystem	Funktion	Ziel(e)
	für das Programm Europanetzwerk Deutsch	
Auswärtiger Dienst	strategisch-operative Implementierung sowie Rechtfertigung politischer Entscheidung vor der deutschen Öffentlichkeit	Problemlösung
Goethe-Institut	Mitwirkung an der Implementierung auf Detailebene (Projektmanagement)	Sicherung der Funktionserfüllung der Politik
Teamer/DaF-Lehrkräfte	Mitwirkung an der Implementierung auf pädagogischer Ebene (DaF-Unterricht)	

Tabelle 24 Funktionen und Ziele der Subsysteme
(Eigene Darstellung)

Aus den verschiedenen Funktionen der einzelnen Subsysteme ergibt sich ihre unterschiedliche Bedeutung für das politische System, die jeweils als Hinweis für die funktionale Differenzierung gewertet werden kann. Zwischen den Subsystemen besteht eine klar definierte Arbeitsteilung, die Leistungen, die innerhalb des Implementierungsprozesses vom Goethe-Institut und den DaF-Lehrkräften erbracht werden, werden vom Auswärtigen Amt genutzt, die Aktivitäten der einzelnen Subsysteme sind dabei ebenso verschieden, wie ihre Interessen.

Als weitere Erkenntnis gilt der hybride Charakter (Czerwick 2011: 110) von zwei Subsystemen. Während das Auswärtige Amt ausschließlich politische Funktionen erfüllt und somit nur als Subsystem des politischen Systems zu betrachten ist, werden von den Subsystemen Goethe-Institut und Teamer/DaF-Lehrkräfte neben den politischen noch weitere nichtpolitische Funktionen erfüllt, was als Beleg für ihre Zugehörigkeit zu anderen Systemen als dem politischen gedeutet werden kann. Die Tatsache, dass das Goethe-Institut sich selbst als Dienstleister sieht und sein Handeln nach klaren wirtschaftlichen Prinzipien wie Kundenorientierung und -bindung ausrichtet, spricht dafür, dass es zum Wirtschaftssystem gehört. Die inhaltliche Entwicklung von Rahmenrichtlinien für die DaF-Kurse ist hingegen ein Beispiel dafür, dass das Goethe-Institut auch dem Bildungssystem zuzurechnen ist. Dem gehören auch die Teamer/DaF-Lehrkräfte an, was an ihrer im Vordergrund stehenden Lehrerrolle zu erkennen ist.

6.9 Fazit

Die Ausführungen in den vorangegangenen Kapiteln haben erstens die Motive der in die Implementierung des Programms *Europanetzwerk Deutsch* involvierten Akteure verdeutlicht, die zu bestimmten Handlungswahlen führen. Zweitens konnten empirisch begründete Aussagen über die Beziehungen zwischen den Subsystemen als Teil von Systemebenen gemacht werden. Drittens wurde der Zusammenhang zwischen den Handlungsbedingungen, die auf die Akteure einwirken und den Akteuren, die diese Bedingungen wahrnehmen und für sich interpretieren (Schimank 2010: 21), in Form von unterschiedlichen Rationalitäten aufgezeigt. Zentrale Ergebnisse, die dabei produziert worden sind, sollen nun noch einmal zusammengefasst werden.

Die handlungsorientierte Betrachtung der motivationalen Dimension des Handelns führte zur Ermittlung von acht Interessentypen im Gesamtnetzwerk der untersuchten Akteure. Durch die auf der Systemebene fortgesetzte Analyse konnten drei Handlungsantriebe im Gesamtnetzwerk identifiziert und Aussagen darüber gemacht werden, welche Handlungsalternativen von welchen Akteuren gewählt werden. Trotz der Abweichungen zwischen Selbst- und Fremdzuschreibungen, die höchstwahrscheinlich dem Bias gewünschte bzw. politisch korrekte Antworten geschuldet sind, konnte der Zusammenhang zwischen Handeln und Struktur verdeutlicht werden. Als zentrale Erkenntnis gilt: Bei der Implementierung des Programms *Europanetzwerk Deutsch* handeln die Akteure normkonform, nutzenorientiert und identitätsbehauptend.

Die auf der Handlungsebene angesetzte Analyse der relationalen Dimension des Handelns führte zu der Erkenntnis, dass das Auswärtige Amt nicht der zentrale Akteur der Programmimplementierung ist. Den größten Einfluss und die besten sozialen Ressourcen im Netzwerk der untersuchten Akteure besitzt das Goethe-Institut, die Teamer/DaF-Lehrkräfte (TAs) sind hingegen in beiderlei Hinsicht unbedeutend. Die Ergebnisse der Netzwerkanalyse zeigen, dass die TAs kaum untereinander vernetzt sind. Diese Tatsache belegen einige Aussagen der Teamer/DaF-Lehrkräfte, in denen bspw. von fehlender Kommunikation gesprochen oder wenn festgestellt wird, dass man als freier Mitarbeiter lediglich zwecks Erteilung von DaF-Unterricht kommt und dann wieder geht. In die systemorientierte Lesart übersetzt heißt dies, dass die Teamer/DaF-Lehrkräfte nur als Ausführungshilfen des Auswärtigen Amtes zu betrachten sind, während das Goethe-Institut als eigenständiger Mitspieler trotz Abhängigkeit von Mittelzuweisungen agiert. Als Hinweis für die Eigenständigkeit des Goethe-Instituts kann erstens die Tatsache gelten, dass es eigennützige Interessen verfolgt und aufgrund seiner Position im Netzwerk gute Chancen besitzt, diese durchzusetzen. Ein zweites Indiz lässt sich in den Daten zur systemischen Dimension des Handelns finden: In einem der

Interviews wird von sog. Verhinderungsmacht des Goethe-Instituts gesprochen, mit der die Entscheidungen des Auswärtigen Amtes blockiert werden können. Darüber hinaus sagt ein Interviewter, dass sich das Goethe-Institut noch mehr Autonomie wünscht, weswegen angenommen werden kann, dass es diese - in welchem Maße auch immer – grundsätzlich bereits besitzt. Die Ergebnisse der Netzwerkanalyse bestätigten außerdem, dass das Auswärtige Amt nicht in der Lage ist, die Umsetzung des Programms vollständig zu kontrollieren. Aus den Daten zur systemischen Dimension des Handelns lässt sich der Zusammenhang zwischen der fehlenden Kontrolle des Auswärtigen Amtes und der Unbestimmtheit der Programmziele herauslesen: Bei der Programmimplementierung geht es nicht mehr um das ursprünglich deklarierte Ziel „Förderung der deutschen Sprache in europäischen Institutionen und Organisationen sowie Erweiterung der Kenntnisse über Deutschland und seine Menschen“, das in den Handreichungen für Kursleiter/innen und Mitarbeiter/innen des Goethe-Instituts formuliert wurde (Goethe-Institut e.V. 2003). Im Vordergrund scheinen interne Ziele des Auswärtigen Amtes und des Goethe-Instituts zu stehen, denn das Programm wird von den beiden Subsystemen instrumentalisiert. Für das Auswärtige Amt bzw. die Bundesregierung ist es ein politisches Aushängeschild, für das Goethe-Institut ein Mittel für socialnetworking, Kundenbindung sowie bessere Sichtbarkeit der eigenen Institution auf dem europäischen Markt für qualifizierten Deutschunterricht. In Anbetracht dessen, dass die Umsetzung jedes Jahr neu geplant wird und die Verantwortlichen sowohl im Auswärtigen Amt als auch im Goethe-Institut aufgrund der Personalrotation wechseln, könnte man annehmen, dass diese Faktoren tatsächlich die Unvorhersehbarkeit des Implementationsergebnisses begünstigen. So bitter es auch scheinen mag: Die echte Umsetzung der DaF-Förderung liegt nur den Teamern/DaF-Lehrkräften am Herzen. Da sie allerdings weder untereinander organisiert, noch mit anderen Systemebenen vernetzt sind, haben sie gar keine Chance, ihre Interessen und Wünsche durchzusetzen und somit das Programm mit seinen ursprünglichen Zielen aktiv voranzutreiben.

Die mithilfe von vier aus den Daten generierten Kategorien durchgeführte Analyse der systemischen Dimension des Handelns ergänzt die bisher formulierten Erkenntnisse um weitere Aspekte. Es wird deutlich, dass die drei untersuchten Subsysteme sowohl politische als auch nicht politische Funktionen innerhalb der Implementierung des Programms *Europanetzwerk Deutsch* erfüllen. Betrachtet man nur die politischen Funktionen, so wird deutlich, dass jedes Subsystem aufgrund einer vom Auswärtigen Amt als Programminitiator klar definierten Arbeitsteilung unterschiedliche Funktionen erfüllt, was als Hinweis für die funktionale Differenzierung gedeutet werden kann. Durch die Betrachtung der nichtpolitischen Funktionen der Subsysteme Goethe-Institut und Teamer/DaF-Lehrkräfte konnte ihr hybrider Charakter festgestellt werden. Das Goethe-

Institut kann den gesellschaftlichen Teilsystemen Politik, Wirtschaft und Bildung zugeordnet werden, während die Teamer/DaF-Lehrkräfte sowohl dem Teilsystem Politik als auch dem Teilsystem Bildung zuzuordnen sind. Daraus ergeben sich die für die Subsysteme unterscheidenden Merkmale, die anhand der Analyse kategorien Selbstwahrnehmung/Rollenzuschreibung, Einfluss der externen und internen Umwelt, Kommunikation und Rationalitäten festgestellt werden konnten. Die größten Unterschiede zwischen den Subsystemen, die in Form von Rationalitätswidersprüchen herausgearbeitet werden konnten, verdeutlichen das zentrale Spannungsfeld bei der Implementierung des Programms *Europanetzwerk Deutsch*. Für die politischen Akteure ist das Programm ein Legitimationsmittel der deutschen Politik zur Förderung von DaF in den EU-Institutionen und ein Instrument zur Gewinnung von europäischen Entscheidungsträgern in Schlüsselpositionen. Die Akteure der Mittlerorganisation nutzen das Programm, um mehr Kunden zu gewinnen und um sich als Sprachkursanbieter im europäischen Ausland noch stärker zu positionieren. Für die Teamer/DaF-Lehrkräfte ist das Programm hingegen ein klarer Auftrag für die DaF-Vermittlung.

Das Zusammenspiel der motivationalen, relationalen und systemischen Dimension des Handelns (re-)produziert laut dem im Kapitel 5 vorgestellten Analysemodell neue Strukturen, die das politische System als Handlungskontext verändern. Als wichtigste Erkenntnis diesbezüglich kann die veränderte Rolle des Goethe-Instituts im politischen System angeführt werden, das nicht mehr als Ausführungshilfe des Auswärtigen Amtes, sondern als sein eigenständiger Mitspieler identifiziert werden konnte.

Neben den Erkenntnissen, die diesen spezifischen Fall in der AKP fokussieren, lassen sich fallübergreifende Aussagen machen, die einige Phänomene in Bezug auf das politische System sowie in Bezug auf die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik bestätigen oder deutlich machen.

Bei der Programmimplementierung konnte eine Steuerungsform identifiziert werden, die in der politischen Fachliteratur als Politiknetzwerk bezeichnet wird und sich dadurch auszeichnet, dass

(...) auf der einen Seite das für Märkte typische Vorhandensein einer Vielzahl von autonom Handelnden (oder Subjekten) [auftritt] und auf der anderen Seite die für Hierarchien typische Fähigkeit [festgestellt werden kann], gewählte Ziele durch koordiniertes Handeln zu verfolgen. (Mayntz 1997: 246)

Das für die Außenpolitik postulierte komplexe Akteursspektrum (Colschen 2010: 113ff) lässt sich insofern bestätigen, als die Kompetenzen auf verschiedene Ebenen verteilt und von mehreren Akteuren ausgeübt werden. Obwohl die Gestaltung von Außenpolitik eine Domäne der Regierung ist, hat diese nicht mehr die alles entscheidende Rolle und muss damit rechnen, dass die Entscheidungsprozesse von eigenständigen Mitspielern beeinflusst werden können. Als eigenständiger Mitspieler des Auswärtigen Amtes konnte in der vorliegenden Untersuchung das Goethe-Institut identifiziert werden, das

(...) weniger denn je als bloße[r]»nationale[r] Zuarbeiter« für die außenpolitische Entscheidungsträger zu begreifen (...) [ist], sondern mehr und mehr selbst grenzüberschreitend tätig (...) [ist], (...) eigene Netzwerke (...) [unterhält und sich] (...) zunehmend in nationalen und internationalen Netzwerken organisiert.. (ebd., sowie die Aussagen der politischen Akteure, der Mittlerorganisation sowie der Teamer/DaF-Lehrkräfte in den durchgeführten Interviews)

Als weiteres Phänomen der AKP kann die Informalisierung (ebd.) genannt werden. Trotz hochgradig bürokratischer Verfahren im Auswärtigen Dienst und im Goethe-Institut, die die Befragten nicht mit Begeisterung vernehmen, gewinnt die informelle Kommunikation immer mehr an Bedeutung. Ein Beispiel hierfür ist die Tätigkeit des GI-Mitarbeiters mit Sonderaufgaben (MA5), der in der Implementationsstruktur des Programms zwar nicht auftaucht, aber von einigen Befragten als Schlüsselfigur der Programmimplementierung angesehen wird. Neben der Informalisierung kann eine starke Mediatisierung festgestellt werden. Laut Aussagen der Befragten verläuft die Kommunikation im Rahmen der Programmimplementierung zu 95 Prozent mediatisiert (per Mail). Die restlichen fünf Prozent sind Telefonate, persönliche Treffen sind mit einigen wenigen Ausnahmen gar nicht vorgesehen.

Schließlich kann konstatiert werden, dass die AKP den Einflüssen ihrer Umwelt unterliegt. Neue Themen drängen sich immer schneller in den Vordergrund und führen zur kontinuierlichen Anpassung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Dies zeigt sich beispielsweise an der Mehrsprachigkeit und dem Netzwerkgedanken. Die Mehrsprachigkeit im Kontext der EU-Institutionen spielt seit 2001, der Netzwerkgedanke seit 2007 bzw. 2008 (die Netzwerkbildung wird in den Berichten der Bundesregierung zum ersten Mal unter *Strategien* erwähnt, siehe unten) eine Rolle für die AKP:

Die Mehrsprachigkeit in den europäischen Institutionen sicherzustellen ist ein Ziel der Bundesregierung. Sie verfolgt dieses Ziel gemeinsam mit Frankreich. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass der Status der deutschen Sprache in den europäischen Institutionen zumindest gehalten wird. (Bundesregierung 2003: *Bericht zur AKP 2002*, 22)

Für die Auswärtige Kulturpolitik immer wichtiger werden Alumni-Netzwerke. (Bundesregierung o.J.: *Bericht zur AKP 2007/2008*, 5)

Um Nachhaltigkeit zu garantieren, müssen in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik verstärkt Netzwerke gebildet werden. (...) Im Spannungsfeld von *Kontinuität und Wandel* [Hervorhebung im Original] müssen sich Netzwerke allerdings stets neu positionieren. Personelle und virtuelle Netzwerke müssen verbunden werden. Wichtige Faktoren für Netzwerke sind klare Ziele, eindeutige Zielgruppen, ein erkennbarer Mehrwert für alle Beteiligten, Übersichtlichkeit und Aktualität. Darüber hinaus ist wichtig, zwischen *emotionaler Bindung und fachlichem Interesse* eine Balance herzustellen. (Bundesregierung o.J.: *Bericht zur AKP 2008/2009*: 9)

Beide Themen sind mittlerweile feste Bestandteile der AKP-Strategie.

7. Schlussbemerkungen und Ausblick

(...) Sprachpolitik (...) verbindet in besonderer Weise die soziale Geschichte einer gegebenen Gesellschaft mit der Geschichte ihrer Sprache (Gessinger 1981: 33)

In diesem Kapitel wird eine kritische Rückschau auf den Forschungsprozess und die vorgestellten Ergebnisse gehalten, um eine Grundlage für deren objektive Einschätzung und ihre Übertragbarkeit zu schaffen. Gleichzeitig werden die Ergebnisse gesamtgesellschaftlich reflektiert, um neue Herausforderungen für das Fach DaF/DaZ zur Diskussion zu stellen, die mit veränderten Rahmenbedingungen eng gekoppelt sind (Fandrych et al. 2010: 1).

Reflexion des Forschungsprozesses

Da sowohl auf der theoretischen als auch auf der methodischen Ebene eigene Wege beschritten worden sind, wäre die Anwendung der klassischen Trias des quantitativen Paradigmas (Objektivität, Reliabilität und Validität) als „spezifische Standards der Qualitätssicherung“ (Reichertz 2005: 576) in der qualitativen Forschung einengend wie ein Korsett gewesen. Zur Anwendung kamen stattdessen diejenigen Gütekriterien nach Mayring (2002), Reichertz (2005) und Steinke (2008), die für die Fragestellung und den Gegenstand dieser Arbeit als relevant erachtet wurden.

Jede Phase des Forschungsprozesses profitierte von den Vorteilen der *Triangulation* (Mayring 2002). In der theoretischen Annäherung an den Forschungsgegenstand ermöglichte die Berücksichtigung mehrerer handlungs- und systemtheoretischer Konzepte, Modelle und Theorien trotz einiger begrifflicher Überschneidungen und Inklusion¹²⁰ eine ganzheitliche Sicht auf das Handeln im politischen System. So konnten mithilfe der handlungstheoretischen Perspektive drei Dimensionen herausgearbeitet werden, die eine zentrale Rolle für die Beschreibung des Handelns von Akteuren spielen. Die systemtheoretische Perspektive ermöglichte es dabei, das Wechselverhältnis zwischen Handeln und Strukturen zu verdeutlichen (vgl. Kap. 4.1). Aus dem in den Sozialwissenschaften bereits erkannten aber noch selten umgesetzten Potenzial der

¹²⁰ Zu begrifflichen Überschneidungen kommt es laut Terminologielehre, wenn Begriffe in einem Teil ihrer Merkmale konvergieren und in anderen Merkmalen divergieren (Arntz; Picht 1995: 160). Dies trifft bspw. auf die Begriffe „Handlungsimpulse“ und „Handlungsorientierungen“ zu. Die begriffliche Inklusion liegt vor, wenn ein Begriff weiter gefasst ist als ein anderer und ihn einschließt. Bezogen auf die vorliegende Arbeit ergibt sich dieser Fall der begrifflichen Äquivalenz aus den zwei sich zwar ergänzenden aber deutlich voneinander abhebenden Blickwinkeln und trifft auf „Verflechtungsformen“ zwischen den Systemebenen des politischen Systems in der systemorientierten Lesart zu, die in der handlungsorientierten Lesart als „Politiknetzwerke“ bezeichnet werden.

Kombination von Perspektiven (vgl. Kap. 4.4) ist das dreidimensionale Handlungs-System-Analysemodell erwachsen, mit dem die motivationale, relationale und systemische Dimension des Handelns konzeptualisiert werden konnte (vgl. Kap. 5). Unter Rückgriff auf das systemtheoretisch begründete Ebenenkonzept (vgl. Kap. 4.2.1) wurden bei der Datenerhebung die Perspektiven aller in den Umsetzungsprozess involvierten Akteure berücksichtigt, wodurch in der Datenauswertung differenzierte Aussagen zu Handlungsantrieben, -wahlen und -orientierungen der Akteure bzw. der Subsysteme gemacht werden konnten (Selbst- und Fremdzuschreibungen im Kap. 6.2 sowie 6.7). Ferner sind durch die Kombination der quantitativen und qualitativen Auswertungsmethoden einander ergänzende Ergebnisse zu Politiknetzwerken bzw. Verflechtungen zwischen den Subsystemen generiert worden (Netzwerkpositionen der Akteure im Kap. 6.4 sowie ihre Rollen und Funktionen in den Kap. 6.7 und 6.9). Schließlich ermöglichte der Einsatz der systemtheoretischen Perspektive eine gesellschaftstheoretische Reflexion der generierten Erkenntnisse, die den auf der Handlungsebene angesetzten Analysen oft fehlt:

Das Forschungsprogramm der Netzwerkanalyse hat sich lange Zeit im toten Winkel der Gesellschaftstheorie bewegt. Umgekehrt haben auch Netzwerkforscher nicht allzu intensiv versucht, ihre Konzepte und Ergebnisse gesellschaftstheoretisch zu reflektieren. (Holzer 2008: 155)

Die *intersubjektive Nachvollziehbarkeit* (Steinke 2008) konnte in dieser Studie durch die Dokumentation des Forschungsprozesses (Methoden der Datenerhebung, -aufbereitung und -auswertung, Probleme und Entscheidungen, bspw. Zusammenführung der Ego-Netzwerke zum Gesamtnetzwerk dargestellt im Kap. 5.3.2) sowie die Anwendung kodifizierter (GTM) und statistischer Verfahren (formale Netzwerkanalyse mit VISIONE und R) realisiert werden. Zur Diskussion gestellt bleibt die Frage nach der Aussagekraft von Zentralitätsmaßen, insbesondere der Betweenness-Zentralität, die wie im folgenden Zitat dargestellt, zu gewissen Plausibilitätsproblemen führen können:

Das Betweenness-Modell ist ein konzeptionell einleuchtendes und auch theoretisch fundiertes Konzept, das in den meisten Fällen erstaunlich gute Resultate liefert. Doch hin und wieder wundert man sich: der zentralste Akteur in den deutschen Sozialwissenschaften – ein Diplom-Ingenieur am Fraunhofer-Institut für Produktionstechnik und Automatisierung? Auch in anderen Disziplinen kennt man diese (gelegentliche) Verwunderung: Anchorage – der zentralste Flughafen im weltweiten Flugverbindungsnetzwerk? (Mutschke 2008: 262)

So mag es zunächst verwundern, dass der GI-Mitarbeiter im gehobenen Dienst (MA2) als zentraler Akteur des Implementierungsnetzwerkes in den Beziehungsarten „Koope-ration“ und „Information“ gilt. Werden allerdings die individuellen Akteure zu einer Akteurskategorie bzw. zu einem Subsystem zusammengefasst und die Ergebnisse der Netzwerkanalyse mit den Aussagen der Akteure in der systemischen Dimension des

Handelns in Beziehung gesetzt, so wird deutlich, dass es sich nicht um einen statistischen Ausreißer, sondern um den tatsächlichen Einfluss des Goethe-Instituts bei der Implementierung eines sprachpolitischen Programms handelt, der aus seiner veränderten Rolle im politischen System resultiert.

Das oben angeführte Beispiel zeigt, dass die Überprüfung der *Gültigkeit* von Generalisierungen (Reichertz 2005) mithilfe der sog. Sequenzanalyse erfolgte. Obwohl nur einige wenige Repräsentanten der jeweiligen Akteurskategorie bzw. des jeweiligen Subsystems befragt wurden (vgl. Tabelle 11) und damit nicht das vollständige Implementierungsnetzwerk abgebildet werden konnte, wurden die Aussagen zur motivationalen und relationalen Dimension des Handelns um passende systemische Lesarten (Reichertz 2005: 577) ergänzt (vgl. Kap. 6.9) und können so als verifiziert gelten. Trotz dieser Validierungsstrategie lässt sich aus den in der vorliegenden Arbeit formulierten Generalisierungen keine absolute Gewissheit hinsichtlich ihrer Gültigkeit ableiten.

Die Frage der *Relevanz* (Steinke 2008) ist zunächst auf das entwickelte dreidimensionale Handlungs-System-Modell zu beziehen. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit gelang es mit dem selbst entwickelten Analysemodell Erkenntnisse zu generieren, die eine Erklärung für den Wandel eines sprachpolitischen Instrumentes liefern. Somit kann behauptet werden, dass das Modell für weitere sprach(en)politische Themen geeignet ist, insbesondere dann, wenn es darum geht, den Einfluss von Akteuren auf sprach(en)politische Entscheidungen und Instrumente zu ermitteln. Neben der methodischen Relevanz besteht eine inhaltliche: Die herausgearbeiteten Rationalitäten der Subsysteme, die sich primär auf die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik beziehen, regen zur Diskussion im Fach DaF/DaZ an. Gemeint ist damit die in der Einleitung dieser Arbeit aufgeworfene Frage nach einer geschickten und erfolgreichen Sprachpolitik (Fandrych et al. 2010: 10), die nachfolgend kurz diskutiert wird.

Geschickte und erfolgreiche Sprachpolitik?

Was die vorliegende Arbeit verdeutlichen konnte, sind zwei Spannungsfelder zwischen Subsystemen des politischen Systems, die sich auf die Implementierung eines sprachpolitischen Programms auswirken. Diese liegen in den divergierenden Handlungsantrieben und -orientierungen der Akteure begründet, die unterschiedlichen Einfluss auf sprachpolitische Entscheidungen haben. Resultiert daraus aber der Erfolg bzw. Misserfolg der auswärtigen Sprachpolitik? So bestechend ein solches Fazit wäre – die Betrachtung von Daten, in denen die Akteure von ihren externen und internen Umwelten berichten sowie die Geschichte der auswärtigen Sprachpolitik zeigen, dass möglicherweise mehrere Faktoren darüber entscheiden. Zugleich muss aber reflektiert werden welche Konsequenzen daraus wachsen, wenn das Goethe-Institut die sprachpoli-

tischen Entscheidungen immer mehr beeinflusst und die DaF-Lehrkräfte als Ausführungshilfen des Auswärtigen Amtes (und des Goethe-Instituts) kaum etwas zu sagen haben.

Es mag zum Teil am unzureichenden Informationsmanagement liegen, dass die DaF-Lehrkräfte sich nicht so einbringen, wie sie es könnten und wollten. Dafür gibt es in den im Rahmen dieser Studie durchgeführten Interviews sowohl direkte als auch indirekte Hinweise: Die DaF-Lehrkräfte verfügen über keinerlei Informationen, „wie sich das PROJEKT entwickelt, ob sich das IRGENDWIE vergrößert hat, erfolgreich LÄUFT oder nicht, davon bekommt man jetzt zumindest so als Kursleiter eigentlich nichts mit.“ [END_I5, Z. 117-119] Die Zielsetzung des Programms wird von den Lehrkräften lediglich vermutet, da ihre Informationslage sehr dünn ist:

Es ist jetzt aber neu dazu gekommen, diese neue Definition, früher war das nicht Netzwerk, ne? Und JETZT ist das umbenannt worden, das ist mir ehrlich gesagt auch JETZT erst klar geworden. Ich wusste nicht, dass... also über diese ganzen Dinge (...) sind wir nicht aufm Laufenden (...), aber NETZwerk, ich stelle mir das SO vor, dass die Leute, die Teilnehmer an diesen Kursen später vernetzt werden sollen, siehe dieses Alumni-Portal und so weiter, also dass man praktisch in ganz EUROPA versucht, ein Netzwerk aufzubauen, von interessanten Leuten, die irgendwie später was mit Deutsch oder mit deutscher..., oder mit Politik zu tun haben, und die einfach gute Ansprechpartner sind. [END_I8, Z. 43-54]

Dieser Tendenz steht der ausdrückliche Wunsch der DaF-Lehrkräfte gegenüber, sich stärker in die Implementierung einzubringen:

Also ich würde gerne mit ANDEREN Teamern kooperieren, Austausch verstärken, vielleicht könnte man diese Gruppe, andere Teamer auch noch ergänzen durch eben Experten oder Vertreter, offizielle Vertreter des Programms. Also einerseits die Ebene in der Zentrale, den Mitarbeiter im gehobenen Dienst oder vielleicht auch der Mitarbeiter im höheren Dienst, dem er ja irgendwie unterstellt ist, also die Seite INPUT des Goethe-Instituts, dass DIE stärker hervortritt und in den KURSEN stärkere konzeptionelle Einheit bietet. Das ist die EINE Hälfte der offiziellen Vertreter und dann DER offizielle Vertreter Auswärtiges Amt. Kooperation kann ja auch AUSTAUSCH von Informationen sein, dass man über den Stellenwert und den Erfolg des Programms auf dem LAUFENDEN gehalten wird und dass man SEINE Information aus ERSTER Hand (...) hat, dass man involviert ist in konkretes KURSgeschehen, dass man DIE auch weiterbringt oder merkt, dass sie zur Kenntnis genommen werden. [END_I5, Z. 512-529]

Für eine stärkere Einbindung der Lehrkräfte müssten jedoch erst Voraussetzungen geschaffen werden: Sie müssten sich besser untereinander organisieren und ihre Rolle im Programm müsste vom Auswärtigen Amt neu definiert werden, denn

(...) [momentan findet keine] RÜCKKOPPLUNG (...) statt, „(...) man [bekommt] als GLIED der OPERATIVEN Ebene [wenig] mit (...), man [kann nicht] strategisch AUSwirkung geben (...) [und man kann] (...) selbst strategische ZIELE, die sich vielleicht ändern aufgrund des operativen Geschehens [nicht] beHERZigen(...) oder verändert durchführen (...). [END_I5, Z. 530-535]

Eine stärkere Einbindung der Lehrkräfte würde ihrer realen Schlüsselstellung bei der Wahrnehmung der jeweiligen Implementierung entsprechen, denn „(...) [ihre] Aufgabe beruht darin, (...) [ihrer] Zielgruppe die korrekte Perspektive der Implementierung zu verdeutlichen“ (Sixt 1989: 113). Schließlich können „(...) Entwürfe oder Konzepte (...) falsche Vorstellungen ins Leben rufen. Policy-Entscheidungen erfahren oft dasselbe Los. Die Gewichtung einzelner Variablen kann von verschiedenen Gesichtspunkten aus gesehen werden“ (ebd.: 112f). Es sind die DaF-Lehrkräfte, die den Aspekt der Verwendung des Deutschen in EU-Institutionen am ehesten einschätzen können, weil sie die diesbezügliche Vorstellung der EU-Beamten im Unterricht erfahren und wissen, dass für eine gezielte Förderung des Deutschen als Arbeitssprache z.B. zuerst Lernmaterial und später auch ein Curriculum für die Zielgruppe *EU-Beamte bzw. Beamte mit EU-bezogener Tätigkeit* vonnöten wäre:

(...) es wäre angebracht, dass irgendwann spezifisches Material FÜR diese Gruppe entwickelt wird, (...) es wäre durchaus lobenswert, wenn sich da eine ARBEITSgruppe mit beschäftigt und richtig adäquate UNTERRICHTSmaterialien für diese Zielgruppe entwickelt. [END_I5, Z. 575-580]

Also wir haben ja theoretische GRUNDlagen, nach denen wir die Kurse HALTEN sollen, die lassen aber sehr viel Spielraum in der Umsetzung. Im LEITfaden steht schon drin, dass (...) [die Kurse] auf die ARBEITSpraxis des Zielpublikums ausgerichtet sein sollen und ihren, ja ihren beruflichen Hintergrund AUFgreifen, AUFFangen und ERWEITERN sollen, VERHANDLUNGSSprache und solche Beispiele, aber es gibt kein Curriculum für diese Kurse, insofern ist die konkrete Umsetzung immer dem TEAM überlassen. [END_I5, Z. 123-131]

Ohne die beiden Komponenten – zielspezifisches Unterrichtsmaterial und Curriculum – könnte die Förderung von DaF in den EU-Institutionen einer Dümpelfahrt ähneln.

Darf die außenpolitische Förderung von DaF mit der Legitimations-, Brückenkopf- und/oder Netzwerkstrategie gleichgesetzt werden? Diese Frage möchte ich zur Diskussion stellen.

Gesamtgesellschaftliche Reflexion

Inwieweit verbindet die auswärtige Sprachpolitik die soziale Geschichte einer Gesellschaft mit der Geschichte ihrer Sprache?

Nimmt man die Geschichte der internationalen Stellung des Deutschen in den Blick, so wird man unvermeidbar mit der in allen Handlungsfeldern der globalen Sprachenkonstellation¹²¹ herrschenden Vormachtstellung des Englischen konfrontiert. Im Kontext dieser Arbeit, für die u.a. systemtheoretische Ansätze herangezogen wurden, löst diese Tatsache nicht die Frage nach den Gründen dieser Entwicklung aus, sondern

¹²¹ Die Begriffe „Handlungsfeld“ und „globale Sprachenkonstellation“ gehen auf Ammon (2015a) zurück.

danach, ob die globale Sprachenkonstellation mit einem Organismus verglichen werden kann¹²². Angenommen, dieser Sprachen-Organismus unterliegt wie alle Organismen einem Evolutionsprozess, dann wäre die entstandene Sprachenvielfalt als Folge eines Differenzierungsprozesses zu sehen, dem eine natürliche Auslese folgte - mit bekanntem Ausgang: Weltsprache Nummer eins und Lingua franca ist Englisch.

Aus der handlungsorientierten Perspektive kann die auswärtige Sprachpolitik dann als ein Versuch unter Staatsgesellschaften interpretiert werden, dem Mechanismus der Auslese, also der Verdrängung durch das Englische, aus vordergründig politischen und wirtschaftlichen Gründen entgegen zu wirken. In Deutschland hat dieser Versuch konkrete Formen angenommen, als 1967 der Bericht über *Die Situation der deutschen Sprache in der Welt* veröffentlicht und die Notwendigkeit erkannt wurde, sich rascher und energischer um die Stellung des Deutschen in der Welt zu bemühen (Bundesregierung 1985). Mitte der 1970er Jahre wurde die Stärkung des Deutschen in internationalen Organisationen und Konferenzen als fester Bestandteil der Sprachförderung proklamiert; 1977 kündigte die Bundesregierung die Koordination der Förderungsmaßnahmen zwischen den Mittlerorganisationen und mit dem Auswärtigen Amt zwecks Verstärkung und Verbesserung der Sprachförderung im Ausland an (Bundesregierung 1977).

Bei der systemtheoretischen Betrachtung der auswärtigen Sprachpolitik muss darauf hingewiesen werden, dass Deutschland seit Gründung der Kulturabteilung im Auswärtigen Amt 1920 mit Mittlerorganisationen arbeitete (Maaß 2015) und damit politische Funktionen und Aufgaben auf Andere übertrug. Damit begann eine funktionale Differenzierung im Teilsystem *Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik* und früher oder später musste damit gerechnet werden, dass eine Diskrepanz zwischen Interessen und Perspektiven der Subsysteme (also der vordergründigen Mittler) entsteht, die Anlässe für Konflikte¹²³ (Luhmann 2005) schaffen kann. Somit können die in dieser Arbeit aufgedeckten Spannungen zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Goethe-Institut in Form von divergierenden Interessen und abweichenden Handlungsorientierungen als ein Folgeproblem der funktionalen Differenzierung interpretiert werden, das insofern universell relevant ist, als es sich auf andere Teilsysteme übertragen lässt.

¹²² Dieser Vergleich wurde in Bezug auf das Zusammenspiel der Sprachen der Welt von Dalby (1999/2000) unternommen. Die Bezeichnung der Sprache als Organismus ist allerdings nicht neu und wurde (auch wenn nicht im Kontext mehrerer Sprachen) bereits von Wilhelm von Humboldt und Johann Gottlieb Fichte verwendet.

¹²³ „Konflikte durch Rückkommunikation von Verweigerungen (...) und (...) Konflikte als laufende Angelegenheit zu ertragen und in kritischen Fällen zu entscheiden“ (Luhmann 2005: 20).

8. Literaturverzeichnis

- Alix, Christian (1989): „Pakt mit der Fremdheit?“ *Interkulturelles Lernen als dialogisches Lernen im Kontext internationaler Schulkoooperationen*. Frankfurt a. M.: Verlag für interkulturelle Kommunikation.
- Almond, Gabriel A. (1965): A Development Approach to Political System. *World Politics* 17, 183-214.
- Ammon, Ulrich (1991): *Die internationale Stellung der deutschen Sprache*. Berlin/New York: de Gruyter.
- Ammon, Ulrich (2000): Auf welchen Interessen beruht Sprachförderungspolitik? Ansätze einer erklärenden Theorie. In: Ammon, Ulrich (Hrsg.): *Sprachförderung. Schlüssel auswärtiger Kulturpolitik*. Frankfurt a. M. u.a.: Lang. 135-150.
- Ammon, Ulrich (2001): *Sprache als Politikum*. Konferenz „Auswärtige Kulturpolitik – ein Stiefkind der Forschung? 27./28. September 2001 in Stuttgart / Diskussionsbeiträge. http://cms.ifa.de/fileadmin/content/informationsforum/dossiers/downloads/akp_ammon.pdf (01.05.2015).
- Ammon, Ulrich (2002): Die Stellung der deutschen Sprache in Europa und Modelle der Mehrsprachigkeit. In: Kelz, Heinrich P. (Hrsg.): *Die sprachliche Zukunft Europas. Mehrsprachigkeit und Sprachenpolitik*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 19-35.
- Ammon, Ulrich (2003a): Die internationale Verbreitung der deutschen Sprache. In: Wierlacher, Alois; Bogner, Andrea (Hrsg.): *Handbuch Interkulturelle Germanistik*. Stuttgart/Weimar: Metzler, 344-355.
- Ammon, Ulrich (2003b): Sprachenpolitik in Europa unter dem vorrangigen Aspekt von Deutsch als Fremdsprache (I). *Deutsch als Fremdsprache* 40, 195-209.
- Ammon, Ulrich (2004): Sprachenpolitik in Europa unter dem vorrangigen Aspekt von Deutsch als Fremdsprache (II). *Deutsch als Fremdsprache* 41, 3-10.
- Ammon, Ulrich (2005): Umkämpftes Privileg – Die deutsche Sprache. In: Maaß, Kurt-Jürgen (Hrsg.): *Kultur und Außenpolitik. Handbuch für Studium und Praxis*. Baden-Baden: Nomos, S. 85-94.
- Ammon, Ulrich (2007): Die Folgen der EU-Erweiterung für die deutsche Sprache – mit Hinweisen auf die Sprachenpolitik der deutschsprachigen Länder. *Sociolinguistica* 21, 128-137.
- Ammon, Ulrich (2010): Die Verbreitung des Deutschen in der Welt. In: Krumm, Hans-Jürgen; Fandrych, Christian; Hufeisen, Britta; Riemer, Claudia: *Deutsch als Fremd- und Zweitsprache. Ein internationales Handbuch. 1. Hbd*. Berlin u.a.: De Gruyter Mouton, 89-107.
- Ammon, Ulrich (2015a): *Die Stellung der deutschen Sprache in der Welt*. Berlin u.a.: de Gruyter.
- Ammon, Ulrich (2015b): Denken, Sprechen, Verhandeln – Die deutsche Sprache im internationalen Wettbewerb. In: Maaß, Kurt-Jürgen (Hrsg.): *Kultur und Außenpolitik. Handbuch für Wissenschaft und Praxis*. 3., vollständig überarb. und erw. Aufl., Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 101-113.
- Andersen, Uwe; Wichard, Woyke (Hrsg.) (2013): *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. 7., aktual. Aufl. Heidelberg: Springer VS.
- Anderson, James E. (1975): *Public Policymaking*. New York: Praeger.
- Andrei, Verena (2000): *Die auswärtige Sprachförderungspolitik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Staaten Mittel- und Osteuropas. Eine Außenpolitikanalyse*. Magisterarbeit, Univ. Tübingen (unveröff.).
- Andrei, Verena (2008): *Die auswärtige Sprachpolitik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Staaten Mittel- und Südosteuropa und in der Europäischen Union. Eine theoriegeleitete Außenpolitikanalyse*. Tübingen: Diss., Univ., im Internet unter https://hsbiblio.uni-tuebingen.de/xmlui/bitstream/handle/10900/47578/pdf/Dissertation_Verena_Andrei_fuer_Tobias_lib.pdf?sequence=1&isAllowed=y (03.05.2013).

- Andrei, Verena; Rittberger, Volker (2015): Macht, Interessen und Normen: Auswärtige Kulturpolitik und Außenpolitiktheorien illustriert am Beispiel der deutschen auswärtigen Sprachpolitik. In: Maaß, Kurt-Jürgen (Hrsg.): *Kultur und Außenpolitik. Handbuch für Wissenschaft und Praxis*. 3., vollständig überarb. und erw. Aufl., Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 13-38.
- Anthonisse, Jac M. (1971): *The rush in a graph*. Amsterdam: Mathematisch Centrum mimeo.
- Archer, Margaret S. (1995): *Realist social theory: the morphogenetic approach*. Cambridge u. a.: Cambridge Univ. Press.
- Arntz, Reiner; Picht, Heribert (1995): *Einführung in die Terminologearbeit*. 3. Aufl. Hildesheim u.a.: Olms.
- Auer, Claudia; Srugies, Alice; Löffelholz, Martin (2015): Schlüsselbegriffe der internationalen Diskussion – Public Diplomacy und Soft Power. In: Maaß, Kurt-Jürgen (Hrsg.): *Kultur und Außenpolitik. Handbuch für Wissenschaft und Praxis*. 3., vollständig überarb. und erw. Aufl., Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 39-46.
- Auswärtiges Amt (1970): *Leitsätze für die auswärtige Kulturpolitik*. http://www.ifa.de/fileadmin/pdf/aa/akbp_leitsaetze1974.pdf (01.05.2015).
- Auswärtiges Amt (1972): *Die Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland*. Köln: Verl. Wiss. und Politik.
- Auswärtiges Amt (1979): *Sprachatlas*. Material für die Presse Nr. 2043 B/ 79.05.09.79.
- Auswärtiges Amt (1982): *Zehn Thesen zur kulturellen Begegnung und Zusammenarbeit mit Ländern der Dritten Welt*. http://www.ifa.de/fileadmin/pdf/aa/akbp_10thesen1982.pdf (01.05.2015).
- Auswärtiges Amt (2000): *Auswärtige Kulturpolitik – Konzeption 2000*. http://www.ifa.de/fileadmin/pdf/aa/akbp_konzeption2000.pdf (01.05.2015).
- Auswärtiges Amt (2002): *Sprachenpolitik in europäischen Organisationen, Sachstände und Dokumentensammlung*. Unveröff.
- Auswärtiges Amt (2011): *Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik in Zeiten der Globalisierung – Partner gewinnen, Werte vermitteln, Interessen vertreten*. <http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/595030/publicationFile/161964/AKBP-Konzeption-2011.pdf> (01.05.2015).
- Auswärtiges Amt (o.J.): *Auswärtige Kultur und Bildungspolitik. Ziele und Aufgaben*. http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/KulturDialog/ZieleUndPartner/ZielePartner_node.html (10.05.2015).
- Auswärtiges Amt (o.J.): *Deutsch als Fremdsprache weltweit*. Datenerhebung 2015. <https://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/364458/publicationFile/204449/PublStatistik.pdf> (01.03.2017).
- Auswärtiges Amt (o.J.): *Förderung der deutschen Sprache*. http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/KulturDialog/Sprache/DeutscheSprache_node.html (19.02.2012).
- Auswärtiges Amt (o.J.): *Förderung der deutschen Sprache*. http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/KulturDialog/Sprache/DeutscheSprache_node.html (01.05.2015)
- Auswärtiges Amt (o.J.): *Organisationsplan*. <http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/373560/publicationFile/206206/Organisationsplan.pdf> (01.07.2015)
- Bardach, Eugene (1977): *The Implementation Game: what happens after a bill becomes a law*. MIT studies in American politics and public policy 1. Cambridge, Mass. u.a.: MIT Press.
- Bartsch, Sebastian (1998): »Politische Stiftungen: Grenzgänger zwischen Gesellschafts- und Staatenwelt«. In: Eberwein, Wolf-Dieter (Hg.): *Deutschlands neue Außenpolitik*. Bd. 4, Institutionen und Ressourcen. München: Oldenbourg, 185-198.
- Bauer, Gerd Ulrich (2015): Kein Stiefkind mehr – Die Auswärtige Kulturpolitik in Forschung und Lehre. In: Maaß, Kurt-Jürgen (Hrsg.): *Kultur und Außenpolitik. Handbuch für*

- Wissenschaft und Praxis*. 3., vollständig überarb. und erw. Aufl., Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 409-415.
- Bausch, Karl-Richard (1978): Fremdsprachenbedarf in Wirtschaft und Verwaltung: Bericht über eine Umfrage der Assoziierten Wissenschaftlergruppe „Neuere Fremdsprachen“. In: Bausch, Karl-Richard; Bliesener, Ulrich; Christ, Herbert; Schröder, Konrad; Weisbrod, Ulrich (Hrsg.): *Beiträge zum Verhältnis von Fachsprache und Allgemeinsprache im Fremdsprachenunterricht der Sekundarstufe II. Bochum/Heidelberg: Seminar für Sprachlehrforschung der Ruhr-Univ.*
- Bausch, Karl-Richard (Hrsg.) (1992): *Fremdsprachenunterricht und Sprachenpolitik als Gegenstand der Forschung. Arbeitspapiere der 12. Frühjahrskonferenz zur Erforschung des Fremdsprachenunterrichts*. Bochum: Brockmeyer.
- Bavelas, Alex (1948): A mathematical model for group structure. *Applied Anthropology* 7, 16-30.
- Bavelas, Alex (1950): Communication patterns in task oriented groups. *Journal of the Acoustical Society of America* 22, 271-282.
- Beauchamp, Murray A. (1965): An improved index of centrality. *Behavioral Science* 10, 161-163.
- Becker, Peter; Primova, Radostina (2009): *Die Europäische Union und die Bildungspolitik. Diskussionspapier der FG 1, SWP Berlin*. http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/Bildungspolitik_M_rz09endg_KS.pdf (01.05.2015).
- Benz, Arthur (2002): Akteure und Interaktionsstrukturen im Staat. In: Benz, Arthur (Hrsg.): *Der moderne Staat*. München: Oldenbourg, 139-181.
- Berg, Charles; Milmeister, Marianne (2011): Im Dialog mit den Daten das eigen Erzählen der Geschichte finden: Über die Kodiervverfahren der Grounded-Theorie-Methodologie. In: Mey, Günter; Mruck, Katja (Hrsg.): *Grounded Theory Reader*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 303-332.
- Bernardi, Laura; Keim, Sylvia; Lippe, Holger von der (2006): Freunde, Familie und das eigene Leben. Zum Einfluss sozialer Netzwerke auf die Lebens- und Familienplanung junger Erwachsener in Lübeck und Rostock. In: Hollstein, Betina; Straus, Florian (Hrsg.): *Qualitative Netzwerkanalyse. Konzepte, Methoden, Anwendungen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 359-390.
- Beyme, Klaus von (1991): *Theorie der Politik im 20. Jahrhundert: von der Moderne zur Postmoderne*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Blum, Sonja; Schubert, Klaus (2009): *Politikfeldanalyse*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bode, Christian (2002): Die kulturellen Mittlerorganisationen. In: Bertram, Christoph; Däuble, Friedrich (Hrsg.): *Wem dient der Auswärtige Dienst?* Opladen: Leske und Budrich, 149-161.
- Bogumil, Jörg; Jann, Werner (2009): *Verwaltung und Verwaltungswissenschaft in Deutschland*. 2., völlig überarb. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Böhret, Carl; Jann, Werner; Kronenwett, Eva (1982): *Handlungsspielräume und Steuerungspotential der regionalen Wirtschaftsförderung: eine empirische Untersuchung anhand von Programmen in zwei Bundesländern*. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges.
- Böll, Winfried (1973): Überlegungen. In: Freund, Wolfgang; Simson, Uwe (Hrsg.): *Aspekte auswärtiger Kulturbeziehungen in Entwicklungsländern*. Meisenheim am Glan: Hein, 248.
- Born, Joachim; Schütte, Wilfried (1995): *Eurotexte: Textarbeit in einer Institution der EG*. Tübingen: Gunter Narr Verlag Tübingen.
- Bosch-Roig, Gloria (1999): *Sprachenpolitik und Deutschunterricht in Spanien. Ein Beitrag zu einem empirisch begründeten sprachpolitischen Konzept*. Bielefeld: Univ., Diss.
- Brandes, Ulrik; Schneider, Volker (2009): Netzwerkbilder: Politiknetzwerke in Metaphern, Modellen und Visualisierungen. In: Schneider, Volker; Janning, Frank; Leifeld, Philip; Malang, Thomas (Hrsg.): *Politiknetzwerke. Modelle, Anwendungen und Visualisierungen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 31-58.

- Braun, Dietmar (2000): Politische Gesellschaftssteuerung zwischen System und Akteur. In: Lange, Stefan; Braun, Dietmar (Hrsg.): *Politische Steuerung zwischen System und Akteur*. Opladen: Leske + Budrich, 99-176.
- Braun, Dietmar; Giraud, Olivier (2009): Politikinstrumente im Kontext von Staat, Markt und Governance. In: Schubert, Klaus; Bandelow, Nils C. (Hrsg.): *Lehrbuch der Politikfeldanalyse*. München/Wien: R. Oldenbourg Verl., 147-173.
- Bredow, Wilfried von (2006): *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Breuer, Franz (2010): *Reflexive Grounded Theory. Eine Einführung für die Forschungspraxis*. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Brewer, Garry (1974): The Policy Sciences Emerge: To Nurture and Structure a Discipline. *Policy Sciences*, 5, 239-244.
- Bundesfinanzministerium (2015): *Bundeshaushalt 2015*. http://www.bundeshaushalt-info.de/fileadmin/de.bundeshaushalt/content_de/dokumente/2015/soll/epl05.pdf (01.05.2015).
- Bundesrechnungshof (o.J.): *Auswärtiges Amt (Einzelplan 05)*. <https://www.bundesrechnungshof.de/de/veroeffentlichungen/bemerkungen-jahresberichte/jahresberichte/2011/teil-iii-einzelplanbezogene-entwicklung-und-pruefungserkenntnisse/auswaertiges-amt/langfassungen/2011-bemerkungen-nr-14-entwicklung-des-einzelplans-05> (01.05.2015).
- Bundesregierung (1967): *Die Situation der deutschen Sprache in der Welt*. Bundestagsdrucksache 5/2344. Deutscher Bundestag.
- Bundesregierung (1977): *Stellungnahme der Bundesregierung zu dem Bericht der Enquete-Kommission „Auswärtige Kulturpolitik“ des Deutschen Bundestages – Drucksache 7/4121*. Bundestagsdrucksache 8/927. Deutscher Bundestag.
- Bundesregierung (1978): *Rahmenplan für die auswärtige Kulturpolitik im Schulwesen, Auslandsschulen, Sprachförderung und internationale Zusammenarbeit*. Bundestagsdrucksache 8/2013. Deutscher Bundestag.
- Bundesregierung (1985): *Die Stellung der deutschen Sprache in der Welt. Bericht der Bundesregierung*. Auswärtiges Amt.
- Bundesregierung (1986a): *Stand der Auswärtigen Kulturbeziehungen mit den europäischen RGW-Staaten. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage (...) der Fraktion der CDU/CSU sowie (...) der Fraktion der FDP – Bundestagsdrucksache. 10/4110*, Bundestagsdrucksache 10/5017.
- Bundesregierung (1986b): *Bericht der Bundesregierung über die Integration in die Europäischen Gemeinschaften (Berichtszeitraum April bis September 1986)*. Bundestagsdrucksache 10/6380.
- Bundesregierung (1990): *Bericht der Bundesregierung über die Integration in die Europäischen Gemeinschaften (Berichtszeitraum 1.4.-31.12.1989)*. Bundestagsdrucksache 11/6855.
- Bundesregierung (1991): *Bericht der Bundesregierung über die Integration in die Europäischen Gemeinschaften (Berichtszeitraum 1.7.-31.12.1990)*. Bundestagsdrucksache 12/217.
- Bundesregierung (1992a): *49. Bericht der Bundesregierung über die Integration in die Europäischen Gemeinschaften (Berichtszeitraum 1.7.-31.12.1991)*. Bundestagsdrucksache 12/2218.
- Bundesregierung (1992b): *50. Bericht der Bundesregierung über die Integration in die Europäischen Gemeinschaften (Berichtszeitraum 1.1.-30.6.1992)*. Bundestagsdrucksache 12/3255.
- Bundesregierung (1993a): *51. Bericht der Bundesregierung über die Integration in die Europäischen Gemeinschaften (Berichtszeitraum 1.7.-31.12.1992)*. Bundestagsdrucksache 12/4678.
- Bundesregierung (1993b): *52. Bericht der Bundesregierung über die Integration in die Europäischen Gemeinschaften (Berichtszeitraum 1.1.-30.6.1993)*. Bundestagsdrucksache 12/5682.

- Bundesregierung (1994): 53. *Bericht der Bundesregierung über die Integration in die Europäische Union (Berichtszeitraum 1.7.-31.12.1993)*. Bundestagsdrucksache 12/7132.
- Bundesregierung (1995): 55. *Bericht der Bundesregierung über die Integration der Bundesrepublik in die Europäische Union (Berichtszeitraum 1.7.-31.12.1994)*. Bundestagsdrucksache 13/1070.
- Bundesregierung (1996a): *Bericht der Bundesregierung zur auswärtigen Kulturpolitik 1994/95*. Berlin: Drucksache 13/3823. http://www.ifa.de/fileadmin/pdf/aa/akbp_bericht1994-95.pdf (01.05.2015).
- Bundesregierung (1996b): 56. *Bericht der Bundesregierung über die Integration der Bundesrepublik in die Europäische Union (Berichtszeitraum 1.1.-31.12.1995)*. Bundestagsdrucksache 13/4176.
- Bundesregierung (1997a): 57. *Bericht der Bundesregierung über die Integration der Bundesrepublik in die Europäische Union (Berichtszeitraum 1.1. bis 31.12.1996)*. Bundestagsdrucksache 13/7168.
- Bundesregierung (1997b): *10 Thesen zur Auswärtigen Kulturpolitik. Botschafterkonferenz zur Auswärtigen Kulturpolitik*. Bundestagsdrucksache 13/9999.
- Bundesregierung (1998a): 58. *Bericht der Bundesregierung über die Integration der Bundesrepublik in die Europäische Union (Berichtszeitraum 1.1.-31.12.1997)*. Bundestagsdrucksache 13/10109.
- Bundesregierung (1998b): *Bericht der Bundesregierung zur auswärtigen Kulturpolitik 1996/1997*. Berlin: Drucksache 13/9999. http://www.ifa.de/fileadmin/pdf/aa/akbp_bericht1996-97.pdf (01.05.2015).
- Bundesregierung (2000): 4. *Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik (1999)*. Berlin: Drucksache 14/4312. http://www.ifa.de/fileadmin/pdf/aa/akbp_bericht1999.pdf (01.05.2015).
- Bundesregierung (2003a): *Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2002*. Berlin. http://www.ifa.de/fileadmin/pdf/aa/akbp_bericht2002.pdf (01.05.2015).
- Bundesregierung (2003b): *Deutsch als Arbeitssprache der Europäischen Union. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Günter Nooke, ... und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 15/250*. Bundestagsdrucksache 15/330. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/15/003/1500330.pdf> (01.05.2015).
- Bundesregierung (2004): *Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2003*. http://www.ifa.de/fileadmin/pdf/aa/akbp_bericht2003.pdf (01.05.2015).
- Bundesregierung (2005): *Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2004*. Berlin. http://www.ifa.de/fileadmin/pdf/aa/akbp_bericht2004.pdf (01.05.2015).
- Bundesregierung (2006): *Gebrauch der deutschen Sprache in den Institutionen der Europäischen Union. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Markus Löning, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP*. Drucksache 16/2910. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/029/1602910.pdf> (01.05.2015).
- Bundesregierung (2012): *Paradigmenwechsel im Konzept zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik des Auswärtigen Amtes vom September 2011. Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Ulla Schmidt (Aachen), Rainer Arnold, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 17/9839*. Bundestagsdrucksache 17/11981.
- Bundesregierung (o.J.): 17. *Bericht der Bundesregierung. Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik*. https://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/670488/publicationFile/189752/AKBP-Bericht_2012-2013.pdf (01.05.2015).
- Bundesregierung (o.J.): 18. *Bericht der Bundesregierung. Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik 2013/2014. Grenzen überbrücken – Werte teilen – Wissen schaffen – die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik in globaler Verantwortung*. http://www.ifa.de/fileadmin/pdf/aa/akbp_bericht2013-14.pdf (01.05.2015).
- Bundesregierung (o.J.): 5. *Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik (2000)*. Berlin. http://www.ifa.de/fileadmin/pdf/aa/akbp_bericht2000.pdf (01.05.2015).

- Bundesregierung (o.J.): *6. Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik (2001)*. Berlin. http://www.ifa.de/fileadmin/pdf/aa/akbp_bericht2001.pdf (01.05.2015).
- Bundesregierung (o.J.): *Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik. Bericht der Bundesregierung 2010/2011*. http://www.ifa.de/fileadmin/pdf/aa/akbp_bericht2010-11.pdf (01.05.2015).
- Bundesregierung (o.J.): *Auswärtige Kulturpolitik 2007/2008*. http://www.ifa.de/fileadmin/pdf/aa/akbp_bericht2007-08.pdf (01.05.2015).
- Bundesregierung (o.J.): *Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2005/2006*. http://www.ifa.de/fileadmin/pdf/aa/akbp_bericht2005-06.pdf (01.05.2015).
- Bundesregierung (o.J.): *Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2006/2007*. http://www.ifa.de/fileadmin/pdf/aa/akbp_bericht2006-07.pdf (01.05.2015).
- Bundesregierung (o.J.): *Bericht der Bundesregierung zur auswärtigen Kulturpolitik 2008/2009*. http://www.ifa.de/fileadmin/pdf/aa/akbp_bericht2008-09.pdf (01.05.2015).
- Bundesregierung (o.J.): *Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik 2009/2010*. http://www.ifa.de/fileadmin/pdf/aa/akbp_bericht2009-10.pdf (01.05.2015).
- Bundesregierung (o.J.): *Bericht der Bundesregierung zur auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik 2010/2011*. Berlin. http://cms.ifa.de/fileadmin/pdf/aa/akbp_20102011.pdf (01.05.2015).
- Bundesregierung (o.J.): *Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik 2011/2012*. http://www.ifa.de/fileadmin/pdf/aa/akbp_bericht2011-12.pdf (01.05.2015).
- Burt, Ronald S. (1983): Range. In: Burt, Ronald S.; Minor, Michael J. (Hrsg.): *Applied Network Analysis. A methodological introduction*. Beverly Hills: Sage, 176-194.
- Burt, Ronald S. (1984): Network items and the general social survey. *Social Networks* 6, 293-339.
- Burt, Ronald S. (1992): *Structural Holes*. Cambridge: Harvard University Press.
- Bury, Hans Martin (2003): *Deutsch als dritte Arbeitssprache auf europäischer Ebene – Verstärkte Förderung der deutschen Sprache im Ausland. Rede von Staatsminister Hans Martin Bury im Deutschen Bundestag am 22. Mai 2003*. http://unsere.de/eu_sprachen.htm (01.05.2015).
- Candelier, Michel (1996): Sprachenpolitik und Didaktik: eine berufsethische Fragestellung. In: Kornbeck, Jacob (Hrsg.): *Sprachpolitik und Interkulturalität*. Trier: Univ. Trier, 27-38.
- Carpenter, Daniel P.; Esterling, Kevin M.; Lazer, David M.J. (1998): The Strength of Weak Ties in Lobbying Networks – Evidence from Health-Care Politics in the United States. *Journal of Theoretical Politics* 10, 417-444.
- Carpenter, Daniel P.; Esterling, Kevin M.; Lazer, David M.J. (2004): Friends, brokers, and transitivity: Who informs whom in Washington politics? *The Journal of Politics* 66, 224-246.
- CDU; CSU; FDP (1994): *Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP*. <http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Koalitionsvertraege/Koalitionsvertrag1994.pdf> (01.05.2015).
- CDU; CSU; FDP (2009): *Wachstum. Bildung. Zusammenhalt. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP*. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Ministerium/koalitionsvertrag.pdf?__blob=publicationFile (01.05.2015).
- CDU; CSU; SPD (2005): *Gemeinsam für Deutschland. Mit Mut und Menschlichkeit. Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD*. 17. Legislaturperiode. <http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Koalitionsvertraege/Koalitionsvertrag2005.pdf> (01.05.2015).
- CDU; CSU; SPD (2013): *Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD*. <https://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/koalitionsvertrag.pdf> (01.05.2015).
- Christ, Herbert (1991): *Fremdsprachenunterricht für das Jahr 2000*. Tübingen: Narr.

- Christ, Herbert (2007): Sprachenpolitik und das Lehren und Lernen fremder Sprachen. In: Bausch, Karl-Richard; Christ, Herbert; Krumm, Hans-Jürgen (Hrsg.): *Handbuch Fremdsprachenunterricht*. 5., gegenüber der 4. unver. Aufl. Tübingen und Basel: A. Francke Verlag, 102-110.
- Christ, Herbert (Hrsg.) (1980): *Fremdsprachenpolitik in Europa. Homburger Empfehlungen für eine sprachenteilige Gesellschaft*. Augsburg: Univ. Augsburg.
- Cillia, Rudolf de (1995): Österreichs Schulsprachenpolitik – eine 'Sprachenpolitik für das Jahr 2000'? In: Wodak, Ruth; de Cillia, Rudolf (Hrsg.): *Sprachenpolitik in Mittel- und Osteuropa*. Wien: Passagen-Verl., 37-52.
- Coleman, James Samuel (1990): *Foundations of Social Theory*. Cambridge, Mass: Belknap Press of Harvard University Press.
- Colschen, Lars (2010): *Deutsche Außenpolitik*. Paderborn: Wilhelm Fink.
- Coulmas, Florian (1985): *Sprache und Staat. Studien zur Sprachplanung und Sprachpolitik*. Berlin/New York: De Gruyter.
- Coulmas, Florian (1991b): Die Sprachenregelung in den Organen der EG als Teil einer europäischen Sprachenpolitik. *Sociolinguistica* 5, 24-36.
- Coulmas, Florian (1992): *Die Wirtschaft mit der Sprache. Eine sprachsoziologische Studie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Coulmas, Florian (2005): *Sociolinguistics. The Study of Speakers' Choices*. Cambridge u.a.: Cambridge University Press.
- Coulmas, Florian (2010): Eine Lingua Franca für die Wissenschaft ist eine Bereicherung. *NZZ* 19.01.,13.
- Coulmas, Florian (Hrsg.) (1991a): *A Language Policy for the European Community. Prospects and Quanderies*. Berlin/ New York: de Gruyter.
- Czerwick, Edwin (2011): *Politik als System. Eine Einführung in die Systemtheorie der Politik*. München: Oldenbourg Verl.
- Dalby, David (1999/2000): *The Linguasphere Register of the World's Languages and Speech Communities*. (Volume 1 & 2). Wales-Hebron: Linguasphere Press.
- Darquennes, Jeroen (2012): Kleines Kompendium sprachminderheitenrelevanter Begriffe. In: *Kompendium Sprachplanung*. Flensburg: RML2future – Netzwerk für Mehrsprachigkeit und sprachliche Vielfalt in Europa unter Leitung der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV), 1-12. http://www.witaj-sprachzentrum.de/files/3_4_1_Sprachplanung-Kompendium.pdf (01.04.2015).
- Denzin, Norman (1970): *The research act*. Chicago: Aldine.
- Deutsch, Karl W. (1963): *Nerves of Government*. New York: Free Press.
- Deutsch, Karl W. (1973 [1963]): *Politische Kybernetik. Modelle und Perspektiven*. 3. Aufl. Freiburg im Breisgau: Rombach.
- Deutsch, Karl W. (1976): *Staat, Regierung, Politik. Eine Einführung in die Wissenschaft der vergleichenden Politik*. Freiburg im Breisgau: Rombach.
- Deutscher Bundestag (2012): *Große Anfrage der Abgeordneten Ulla Schmidt (Aachen), ... und der Fraktion der SPD. Paradigmenwechsel im Konzept zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik des Auswärtigen Amtes vom September 2011*. Bundestagsdrucksache 17/9839. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/098/1709839.pdf> (01.05.2015).
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (1989): *Gleichstellung der deutschen Sprache als Amtssprache in europäischen Gremien. Antrag der Abgeordneten Bohl, ... und der Fraktion der FDP*. Drucksache 11/5953. <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/11/059/1105953.pdf> (01.05.2015).
- Deutscher Naturschutzring (DNR) (o.J.): *Rechtsakte und Soft Law*. <http://www.eu-koordination.de/bruessel/rechtsakte-und-soft-laws?showall=1> (01.05.2015).
- Diaz-Bone, Rainer (2008): Gibt es eine qualitative Netzwerkanalyse? *Historical Social Research* 4, 311-343. http://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/19168/ssoar-hsr-2008-no_4_no_126-rez-diaz-bone.pdf?sequence=1 (01.05.2015).

- Diedrichs, Udo; Wessels, Wolfgang (2002): Europäische Union. In: Weidenfeld, Werner; Wessels, Wolfgang (Hrsg.): *Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration*. 8. Aufl. Bonn: Europa Union Verlag GmbH, 166-175.
- Doka, Carl (1956): *Kulturelle Außenpolitik*. Zürich: Verl. Berichthaus.
- Doreian, Patrick; Albert, Louis H. (1989): Partitioning Political Actor Networks: Some Quantitative Tools for Analyzing Qualitative Networks. *Journal of Quantitative Anthropology* 1, 279-291.
- Düwell, Kurt (1976): *Deutschlands auswärtige Kulturpolitik: 1918 – 1932; Grundlinien und Dokumente*. Köln: Böhlau-Verlag.
- Dye, Thomas R. (1966): *Politics, Economics, and the Public: Policy Outcomes in the American States*. Chicago: Rand Mc Nally.
- Easton, David (1953): *The Political System. An Inquiry into the State of Political Science*. New York: Knopf.
- Easton, David (1957): An Approach to the Analysis of Political Systems. *World Politics* 9, 383-400.
- Easton, David (1965a): *A Framework for Political Analysis*. Englewood Cliffs: Prentice-Hall.
- Easton, David (1965b): *A System Analysis of Political Life*. New York: John Wiley & Sons.
- Easton, David (1966): Categories for the Systems Analysis of Politics. In: Ders. (Hrsg.): *Varieties of Political Theory*. Englewood Cliffs: New York, 143-154.
- Eberlei, Walter (2001): Globalisierte Politikfelder mitgestalten: Das Auswärtige Amt vor neuen Herausforderungen, in: Fues, Thomas; Hamm, Brigitte (Hrsg.): *Die Weltkonferenzen der 90er Jahre: Baustellen für Global Governance*. Bonn: Dietz, 225-261.
- Edmondson, Willis J.; House, Juliane (2006): *Einführung in die Sprachlehrforschung*. 3., akt. und erw. Aufl. Tübingen und Basel: A. Francke Verlag.
- Ehlich, Konrad (2010): Die deutsche Sprache in der Sprachenpolitik europäischer Institutionen. In: Krumm, Hans-Jürgen; Fandrych, Christian; Hufeisen, Britta; Riemer, Claudia: *Deutsch als Fremd- und Zweitsprache. Ein internationales Handbuch*. 1. Hbd. Berlin u.a.: De Gruyter Mouton, 124-132.
- Els, T[heo], J. M. van (2001): The European Union, its Institutions and its Languages. Some Language Political Observations. Current Issues. *Language Planning* 2, 311-360.
- Elster, Jon (1981): *Logik und Gesellschaft: Widersprüche und mögliche Welten*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Elster, Jon (1987): *Subversion der Rationalität*. Frankfurt a.M.: Campus-Verlag.
- Emge, Richard Martinus (1965): *Auswärtige Kulturpolitik. Eine soziologische Analyse einiger ihrer Funktionen, Bedingungen und Formen*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Engler, Steffani (1997): Zur Kombination von qualitativen und quantitativen Methoden. In: Friebertshäuser, Barbara; Prengel (Hrsg.): *Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft*. Weinheim: Juventa, 118-130.
- Enquête-Kommission (1975): *Bericht der Enquete-Kommission „Auswärtige Kulturpolitik“ des Deutschen Bundestages vom 7. Oktober 1975*. (BT-Drs. 7/4121). Bonn: Deutscher Bundestag.
- Esser, Hartmut (1999): *Soziologie. Allgemeine Grundlagen*. 3. Aufl. Frankfurt a. M. u.a.: Campus-Verlag.
- Europäische Kommission (o.J.): Strategischer Rahmen. http://ec.europa.eu/languages/policy/strategic-framework/index_de.htm (01.05.2015).
- Europäische Union (2000): *Charta der Grundrechte der Europäischen Union*. 2000/C 364/01, Art. 22) http://www.europarl.europa.eu/charter/pdf/text_de.pdf (01.05.2015).
- Europäische Union (2004): *Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften und die Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Beschäftigten (in Kraft seit dem 01.05.2004)*. http://ec.europa.eu/civil_service/docs/toc100_de.pdf (24.11.2015)
- Europäische Union (2014): *Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften vom 01.05.2014*. http://ec.europa.eu/civil_service/docs/toc100_de.pdf (01.05.2015).

- Europäische Union (o.J.): *Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend*.
http://europa.eu/pol/educ/index_de.htm (01.05.2015).
- Europäische Union (o.J.): *Sprachenfrage für die Organe der Europäischen Union*.
<http://publications.europa.eu/code/de/de-370204.htm> (01.05.2015).
- Europäische Union (o.J.): *Zusammenfassungen der EU-Gesetzgebung. Glossare von Zusammenfassungen*. <http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary.html> (01.05.2015).
- Europaparlament (1958): *Verordnung Nr. 1 zur Regelung der Sprachenfrage für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft*. Amtsblatt Nr. 017 vom 6. Oktober 1958, 0385–0386.
http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/media/Basis/Legislative/Pdf/VO_Nr_1.pdf (01.05.2015).
- Europaparlament (o.J.): *Definition Supranational*.
<http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/media/Definitionen/Pdf/Supranational.pdf> (01.05.2015).
- Europarat (1992): *Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen*.
<https://rm.coe.int/CoERMPublicCommonSearchServices/DisplayDCTMContent?documentId=090000168007c089> (01.05.2015).
- Fandrych, Christian; Hufeisen, Britta; Krumm, Hans-Jürgen; Riemer, Claudia (2010):
Perspektiven und Schwerpunkte des Faches Deutsch als Fremd- und Zweitsprache.
In: Krumm, Hans-Jürgen; Fandrych, Christian; Hufeisen, Britta; Riemer, Claudia
(Hrsg.): *Deutsch als Fremd- und Zweitsprache. Ein internationales Handbuch*. 1. Hbd.
Berlin u.a.: De Gruyter Mouton, 1-18.
- Fischer, Gero (1993): Zum gegenwärtigen Stand der österreichischen Sprachenpolitik
angesichts gesamteuropäischer Veränderungen. *Schulheft* 68, 8-20.
- Fishman, Joshua A. (1965): Who speaks what language to whom and when? *La Linguistique* 2,
67-88.
- Flick, Uwe (2003): Triangulation. In: Bohnsack, Ralf; Marotzki, Winfried; Meuser, Michael
(Hrsg.): *Hauptbegriffe qualitativer Sozialforschung. Ein Wörterbuch*. Opladen: Leske +
Budrich, 161-162.
- Flick, Uwe (2004): *Triangulation. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für
Sozialwissenschaften.
- Flick, Uwe; Kardoff, Ernst von; Keupp, Heiner; Rosenstiel, Lutz von; Wolff, Stephan (Hrsg.)
(1995): *Handbuch Qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und
Anwendungen*. 2. Aufl. Weinheim: Beltz, Psychologie-Verl.-Union.
- Frank, Ove; Snijders, Tom, A. B. (1994): Estimating the size of hidden populations using
snowball sampling. *Journal of Official Statistics* 10, 53-67.
- Franke, Karola; Wald, Andreas (2006): Möglichkeiten der Triangulation quantitativer und
qualitativer Methoden in der Netzwerkanalyse. In: Hollstein, Betina; Straus, Florian
(Hrsg.): *Qualitative Netzwerkanalyse. Konzepte, Methoden, Anwendungen*.
Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 153-176.
- Freeman, Linton C. (1977): A set of measures of centrality based on betweenness. *Sociometry*
40, 35-41.
- Freeman, Linton C. (1978/79): Centrality in social networks: Conceptual clarification. *Social
Networks* 1, 215-239.
- Friedrich, Hajo (1999): Englisch ist auf dem Weg zur Gemeinschaftssprache. *Frankfurter
Allgemeine Zeitung* 6.7.1999, 29. www.afaz.gbi.de (01.05.2015).
- Frietman, J[os]; Buis, T[heo]; van Broekhoven, S. (1999): *Bedarf an Fremdsprachenkenntnissen
in niederländischen Unternehmen im deutsch-niederländischen Grenzgebiet.
Kurzbericht einer im Auftrag der EURES-Euregio Rhein-Waal und euregio rhein-
maas-nord durchgeführten Studie*. Nijmegen: ITS.
- Gamper, Markus; Reschke, Linda (Hrsg.) (2010): *Knoten und Kanten. Soziale Netzwerkanalyse
in Wirtschafts- und Migrationsforschung*. Bielefeld: transcript.
- Garrett, Geoffrey (1998): *Partisan politics in the global economy*. Cambridge: Cambridge
University Press.

- Garvin, Paul L (1981): Linguistics as a Resource in Language Planning. In: Glück, Helmut (Hg.): *Sprachtheorie und Sprach(en)politik*. Osnabrück: Univ. Osnabrück, 17-31.
- Gellert-Novak, Anne (1993): *Europäische Sprachenpolitik und Euroregionen. Ergebnisse einer Befragung zur Stellung der englischen und deutschen Sprache in Grenzgebieten*. Tübingen: Narr.
- Gellner, Winand; Hammer, Eva-Maria (2010): *Policyforschung*. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- Gerhards, Jürgen (2012): Plädoyer für die Förderung der Lingua franca Englisch. *ApuZ* 4, 51-57.
- Gessinger, Joachim (1981): Linguistik als Nachbarwissenschaft. In: Glück, Helmut (Hrsg.): *Sprachtheorie und Sprachpolitik*. Osnabrück: Universität Osnabrück, 32-41.
- Giese, Michael (2003): Das Politikfeld Außenpolitik. In: Grunow, Dieter (Hg.): *Politikfeldbezogene Verwaltungsanalyse*. Opladen: Leske + Budrich, 273-307.
- Giles, Howard (Hrsg.) (1977): *Language, Ethnicity and Intergroup Relations*. London: Academic Press.
- Glagow, Manfred; Schimank, Uwe (1986): *Rationalitätsstrukturen politischer Entscheidungsproduktion*. Materialien: Arbeitsschwerpunkt Handlungsbedingungen und Handlungsspielräume für Entwicklungspolitik 12: Bielefeld: Fakultät f. Soziologie, Univ.
- Gläser, Jochen; Laudel, Grit (2010): *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen*. 4. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Glück, Helmut (1981): Sprachtheorie und Sprach(en)politik. Bemerkungen zur gegenwärtigen Lage und zu diesem Heft. In: Glück, Helmut (Hg.): *Sprachtheorie und Sprach(en)politik*. Osnabrück: Univ. Osnabrück, I-XIV.
- Glück, Helmut (1997): Sensibilität im sprachpolitischen Alltag. In: Ders. (1998): *Deutsch weltweit? Aufsätze zur deutschen auswärtigen Kultur- und Sprachpolitik 1992-1997*. Bamberg: Colibri-Verlag, 107-108.
- Goethe-Institut (2009): *SATZUNG vom 21. September 2000 i. d. F. vom 20. November 2000*. https://www.goethe.de/resources/files/pdf11/Vereinssatzung_Goethe-Institut.pdf (10.05.2015).
- Goethe-Institut (o.J.): *Europanetzwerk Deutsch. EU-Kurse*. <https://www.goethe.de/de/spr/eng/eur.html> (01.05.2015).
- Goethe-Institut (o.J.): *Rahmenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister des Auswärtigen und dem Goethe-Institut e.V.*. https://www.goethe.de/resources/files/pdf11/Rahmenvetrag_Goethe-Institut.pdf (10.05.2015).
- Goethe-Institut e.V. (2003): *Deutsch/Land Deutsche Sprache in Deutschland. Fortbildungsprogramm für höhere Bedienstete der Europäischen Union und höhere Ministerialbeamte aus neuen EU-Mitglieds- sowie EU-Beitrittsländern. Handreichungen für Kursleiter/innen und Mitarbeiter/innen des Goethe-Instituts*. München: Goethe-Institut e.V.
- Goethe-Institut e.V. (2012): *Inhaltliche Einführung in das Programm Europeanetzwerk Deutsch (EU-Kurse)*. München: Goethe-Institut e.V.
- Goethe-Institut e.V. (2013): *Rechenschaftsbericht 2012/2013*. <http://www.goethe.de/uun/pro/jb13/Rechenschaftsbericht2012-2013.pdf> (01.05.2015).
- Goethe-Institut e.V. (2014): *Inhaltliche Einführung in das Programm Europeanetzwerk Deutsch (EU-Kurse)*. Überarb. u. aktualisiert von Carin Hebel-Araya. München: Goethe-Institut e.V.
- Greve, Jens; Schnabel, Annette; Schützeichel, Rainer (Hrsg.) (2008): *Das Mikro-Makro-Modell der soziologischen Erklärung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Grote, Jürgen R. (2008): Persistent Divergence? Chemical Business Associations in Britain and Germany. In: Grote; Jürgen R.; Lang, Achim; Schneider, Volker (Hg.): *Organized Business Interests in Changing Environments: The Complexity of Adaptation*. New York: Palgrave Macmillan, 65-87.

- Grotjahn, Rüdiger (2006): Zur Methodologie der Fremdsprachenerwerbsforschung. In: Scherfer, Peter; Wolff, Dieter (Hg.): *Vom Lehren und Lernen fremder Sprachen. Eine vorläufige Bestandsaufnahme*. Frankfurt a. M.: Lang, 247-270.
- Haarmann, Harald (1973): *Grundfragen der Sprachenregelung in den Staaten der Europäischen Gemeinschaft*. Hamburg: Stiftung Europa-Kolleg.
- Haarmann, Harald (1974): *Sprachpolitische Organisationsfragen der Europäischen Gemeinschaft*. Hamburg: Stiftung Europa-Kolleg.
- Habermas, Jürgen (1981): *Theorie des kommunikativen Handelns. Bd. I u. II*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1984): *Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1996): *Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Halbherr, Verena (2009): Zwischen Hierarchie, Pluralismus und Netzwerk: Die Beziehungen zwischen Regierung und Verwaltung am Beispiel der amerikanischen Gesundheitspolitik. In: Schneider, Volker; Janning, Frank; Leifeld, Philip; Malang, Thomas (Hrsg.): *Politiknetzwerke. Modelle, Anwendungen und Visualisierungen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 159-176.
- Hall, Peter A.; Soskice, David W. (2001): *Varieties of Capitalism: the Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford: Oxford University Press.
- Hamm-Brücher, Hildegard (1981): *Kulturbeziehungen weltweit. Ein Werkstattbericht zur Auswärtigen Kulturpolitik*. 2. Aufl. München/Wien: Carl Hanser Verlag.
- Harnischfeger, Horst (2007): Auswärtige Kulturpolitik. In: Schmidt, Siegmund; Hellmann, Gunther; Wolf, Reinhard (Hrsg.): *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 713-723.
- Haselhuber, Jakob (1991): Erste Ergebnisse einer empirischen Untersuchung zur Sprachensituation in der EG-Kommission. *Soziolinguistica* 5, 37-50.
- Haselhuber, Jakob (2012): *Mehrsprachigkeit in der Europäischen Union. Eine Analyse der EU-Sprachenpolitik, mit besonderem Fokus auf Deutschland. Umfassende Dokumentation und Perspektiven für die Zukunft*. Frankfurt a.M. u.a.: Peter Lang.
- Haugen, Einar (1966): Linguistics and language planning. *Bright*, 50-71.
- Haugen, Einar (1987): Language planning. In: Ammon, Ulrich; Dittmar, Norbert; Mattheier, Klaus J. (Hrsg.) *Sociolinguistics. An International Handbook of the Science of Language and Society*. 2 Bde. Berlin/ New York: de Gruyter, 626-637.
- Hayden, Craig (2012): *The Rhetoric of Soft Power. Public Diplomacy in Global Contexts*. Lanham, Md.: Lexington Books.
- Heinelt, Hubert; Weck, Michael (1998): *Arbeitsmarktpolitik: Vom Vereinigungskonsens zur Standortdebatte*. Opladen: Leske + Budrich.
- Heintz, Bettina (2004): Emergenz und Reduktion. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 56, 1-31.
- Helfferich, Cornelia (2004): *Die Qualität qualitativer Daten. Manual für die Durchführung qualitativer Interviews*. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hellmann, Gunther; Wagner, Wolfgang; Baumann, Rainer (2014): *Deutsche Außenpolitik: Eine Einführung*. 2., überarb. Aufl. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Hernig, Marcus (2005): *Deutsch als Fremdsprache. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hibbs, Douglas A. (1977): Political parties and macroeconomic policy. *American Political Science Review* 71, 1467-1487.
- Hippler, Jochen (2012): Perspektiven der internationalen Politik im 21. Jahrhundert. Rahmenbedingungen deutscher Außenpolitik. *APuZ* 62, 27-33.
- Hoffmann, Christian (2014): *Interessen deutscher auswärtiger Kultur- und Bildungspolitik im südlichen Afrika: am Beispiel der Sprachförderungsinitiative „Schule: Partner der Zukunft. PASCH“*. Hamburg: Kovač.

- Hoheisel, Reinhard (2004): Die Rolle der deutschen Sprache in der Zukunft der EU aus der Sicht der Europäischen Union. In: Lohse, Christian (Hrsg.): *Die deutsche Sprache in der Europäischen Union. Rolle und Chancen aus rechts- und sprachwissenschaftlicher Sicht*. Baden-Baden: Nomos, 73-84.
- Hohgräwe, Uwe (1992): *Implementation der Arzneimittelsicherheitspolitik durch das Bundesgesundheitsamt*. Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges.
- Hollstein, Betina (2006): Qualitative Methoden und Netzwerkanalyse – ein Widerspruch? In: Hollstein, Betina; Straus, Florian (Hrsg.): *Qualitative Netzwerkanalyse. Konzepte, Methoden, Anwendungen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 11-36.
- Hollstein, Betina (2008a): Netzwerke, Akteure und Bedeutungen: zur Integration qualitativer und quantitativer Verfahren in der Netzwerkforschung. In: Rehberg, Karl-Siegbert; Deutsche Gesellschaft für Soziologie (Hrsg.): *Die Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Teilbd. 1 und 2*. Frankfurt a. M.: Campus Verlag, 3359-3370.
<http://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/18631/ssoar-2008-hollstein-netzwerke.pdf?sequence=1> (01.05.2015).
- Hollstein, Betina (2008b): Strukturen, Akteure, Wechselwirkungen. Georg Simmels Beiträge zur Netzwerkforschung. In: Stegbauer, Christian (Hrsg.): *Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie. Ein neues Paradigma in den Sozialwissenschaften*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 91-103.
- Hollstein, Betina (2010): Qualitative Methoden und Mixed-Method-Designs. In: Stegbauer, Christian; Häußling, Roger (Hrsg.): *Handbuch Netzwerkforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hollstein, Betina; Straus, Florian (Hrsg.) (2006): *Qualitative Netzwerkanalyse. Konzepte, Methoden, Anwendungen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Holzer, Boris (2008): Netzwerke und Systeme. Zum Verhältnis von Vernetzung und Differenzierung. In: Stegbauer, Christian (Hrsg.): *Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie. Ein neues Paradigma in den Sozialwissenschaften*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 155-164.
- Hooghe, Liesbet; Marks, Gary (2001): *Multi-Level Governance and European Integration*. Lanham: Rowman & Littlefield.
- Hoyer, Werner (1998): Nationale Entscheidungsstrukturen deutscher Europapolitik. In: Eberwein, Wolf-Dieter; Kaiser, Karl (Hrsg.): *Deutschlands neue Außenpolitik. Bd. 4: Institutionen und Ressourcen*. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag, 75-86.
- Hunstiger, Agnieszka (2010): Die EU hautnah erleben: Die Adaptation eines EU-Planspiels für den berufsbezogenen DaF-Unterricht. *Info DaF* 37, 452-469.
- Immergut, Ellen M. (1992): *Health Politics. Interests and Institutions in Western Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Jachtenfuchs, Markus; Kohler-Koch, Beate (2003): Regieren und Institutionenbildung. In: Jachtenfuchs, Markus; Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): *Europäische Integration*. 2. Aufl. Opladen: UTB, 11-46.
- Jann, Werner (1981): *Kategorien der Policy-Forschung*. Speyerer Arbeitshefte 37. Speyer: Hochschule für Verwaltungswiss.
- Jann, Werner; Wegrich, Kai (2003): Phasenmodelle und Politikprozesse: Der Policy Cycle. In: Schubert, Klaus; Bandelow, Nils C. (Hrsg.): *Lehrbuch der Politikfeldanalyse*. München/Wien: R. Oldenbourg Verl., 71-104.
- Janning, Josef (2007): Europäische Union und deutsche Europapolitik. In: Schmidt, Siegmund; Hellmann, Gunther; Wolf, Reinhard (Hrsg.): *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 747-762.
- Jansen, Dorothea (2006): *Einführung in die Netzwerkanalyse. Grundlagen, Methoden, Forschungsbeispiele*. 3., überarb. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jansen, Dorothea; Diaz-Bone, Rainer (2014): Netzwerkstrukturen als soziales Kapital. In: Weyer, Johannes (Hrsg.): *Soziale Netzwerke. Konzepte und Methoden der sozialwissenschaftlichen Netzwerkforschung*. 3., üb. Aufl. München: Oldenbourg Verlag, 73-108.

- Jenkins, William I. (1978): *Policy-Analysis: A Political and Organisational Perspektive*. London: Robertson.
- Jensen, Michael; Meckling, William H. (1976): Theory of the firm: Managerial behavior, agency costs and ownership structure. *Journal of Financial Economics* 3, 305-360.
- Jung, Magnus (2004): *Kommunale Sozialpolitik zwischen Resignation und Reform: Kinder- und Jugendhilfe und Sozialhilfe in Zeiten der kommunalen Finanzkrise. Eine vergleichende Politikfeldanalyse*. Berlin: Univ., Diss. http://www.diss.fu-berlin.de/diss/receive/FUDISS_thesis_000000001194 (01.04.2015).
- Jütte, Wolfgang (2002): *Soziales Netzwerk Weiterbildung. Theorie und Praxis der Erwachsenenbildung*. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag.
- Jütte, Wolfgang (2006): Netzwerkvisualisierung als Traingulationsverfahren bei der Analyse lokaler Weiterbildungslandschaften. In: Hollstein, Betina; Straus, Florian (Hrsg.): *Qualitative Netzwerkanalyse. Konzepte, Methoden, Anwendungen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 199-220.
- Kaiser, Karl; Mildenerger, Markus (1998): »Gesellschaftliche Mittlerorganisationen« In: Eberwein, Wolf-Dieter (Hg.): *Deutschlands neue Außenpolitik*. Bd. 4. Institutionen und Ressourcen. München: Oldenbourg, 199-214.
- Kathe, Steffen R. (2005): *Kulturpolitik um jeden Preis. Die Geschichte des Goethe-Instituts von 1951 bis 1990*. München: Martin Meidenbauer.
- Kearney, Kerri S.; Hyle, Adrienne E. (2004): Drawing out Emotions: the Use of Participant Produced Drawings in Qualitative Inquiry. *Qualitative Research* 4: 361-382.
- Kevenhörster, Paul (2008): *Politikwissenschaft. Band 1: Entscheidungen und Strukturen der Politik*. 3. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Klöti, Ulrich; Hirschi, Christian; Serdült, Uwe; Widmer, Thomas (2005): *Verkannte Aussenpolitik. Entscheidungsprozesse in der Schweiz*. Chur/Zürich: Rüegger.
- Klöti, Ulrich; Serdült, Uwe; Widmer, Thomas (2000): *Aussenpolitik von innen: Entscheidungsprozesse der schweizerischen Aussenpolitik in den achtziger und neunziger Jahren. Studie im Rahmen des NFP „Aussenpolitik“*. NFP 42 Synthesis, 51. Bern: Programmleitung NFP 42.
- Knapp, Karlfried (1997): Das Englische als Fachsprache in internationalen Institutionen des 20. Jahrhunderts. In: Hoffmann, Lothar; Kalverkämper, Hartwig; Wiegand, Herbert Ernst Wiegand (Hrsg.): *Fachsprachen. Ein internationales Handbuch*. Bd. 1. Berlin: de Gruyter, 840-849.
- Knill, Christoph; Schäfer, Ansgar (2014): Policy-Netzwerke. In: Weyer, Johannes (Hrsg.): *Soziale Netzwerke. Konzepte und Methoden der sozialwissenschaftlichen Netzwerkforschung*. 3., üb. Aufl. München: Oldenbourg Verlag, 189-218.
- Knoblauch, Hubert (1995): *Kommunikationskultur: die kommunikative Konstruktion kultureller Kontexte*. Berlin u.a.: de Gruyter.
- Knodt, Michèle; Große Hüttmann, Martin (2006): Der Multi-Level Governance Ansatz. In: Bieling, Hans-Jürgen; Lerch, Monika (Hrsg.): *Theorien der europäischen Integration*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 223-247.
- Knoke, David; Pappi, Franz Urban; Broadbent, Jeff; Tsujinaka, Yutaka (1996): *Comparing Policy Networks: Labor Politics in the U. S., Germany and Japan*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kohl, Helmut (1993): *Regierungserklärung in der 4. Sitzung des Deutschen Bundestages*. Plenarprotokoll 10/4, 56-74. <http://www.helmut-kohl-kas.de/index.php?msg=1948> (01.05.2015).
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2005): *Mitteilung für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates - Zusammenarbeit für Wachstum und Arbeitsplätze - Ein Neubeginn für die Strategie von Lissabon - Mitteilung von Präsident Barroso im Einvernehmen mit Vizepräsident Verheugen* {SEC(2005) 192} {SEC(2005) 193} /* KOM/2005/0024 endg. */ <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex:52005DC0024> (01.05.2015).
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2008): *Mehrsprachigkeit: Trumpfkarte Europas, aber auch gemeinsame Verpflichtung*. KOM 2008/566 endg.. Brüssel.

<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX:52008DC0566>
(01.05.2015).

- Konopka, Melitta (1999): *Akteure und Systeme. Ein Vergleich der Beiträge handlungs- und systemtheoretischer Ansätze zur Analyse zentraler sozialtheoretischer Fragestellungen unter besonderer Berücksichtigung der Luhmannschen und der post-Luhmannschen Systemtheorie*. Frankfurt a. M. u.a.: Peter Lang.
- Konrad, Holger (2003): Entwurf einer „europäischen Sprachenordnung“. In: Baumgarten, Nicole; Böttger, Claudia; Motz, Markus; Probst, Julia (Hrsg.): Übersetzen, Interkulturelle Kommunikation, Spracherwerb und Sprachvermittlung - das Leben mit mehreren Sprachen. Festschrift für Juliane House zum 60. Geburtstag. *Zeitschrift für Interkulturellen Fremdsprachenunterricht [Online]* 8(2/3), 1-19.
<http://www.ualberta.ca/~german/ejournal/Konrad1.htm> (01.04.2015).
- Korpi, Walter (1985): Power Resources Approach vs. Action and Conflict: On Causal and Intentional Explanations in the Study of Power. *Sociological Theory* 3, 31-45.
- Kron, Thomas (2010): *Zeitgenössische soziologische Theorien. Zentrale Beiträge aus Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Krumm, Hans-Jürgen (1992): Sprach(en)politik als Dimension von Fremdsprachenunterricht und Sprachlehrforschung. In: Bausch, Karl-Richard; Christ, Herbert; Krumm, Hans-Jürgen (Hrsg.): *Fremdsprachenunterricht und Sprachenpolitik als Gegenstand der Forschung*. Bochum: Brockmeyer, 97-107.
- Krumm, Hans-Jürgen (1996): ABCD – der Beitrag des Goethe-Institutes zur Zusammenarbeit der deutschsprachigen Länder im Bereich Deutsch als Fremdsprache. In: Sartorius, Joachim (Hrsg.): *In dieser Armut - welche Fülle! Reflexionen über 25 Jahre auswärtige Kulturarbeit des Goethe-Instituts*. Göttingen, 166-172.
- Kruse, Jan (2012): *Das Barcelona-Prinzip. Die Dreisprachigkeit der Europäer als sprachenpolitisches Ziel der EU*. Frankfurt a. M.: Peter Lang.
- Kruse, Jan (2013): I don't understand the EU-Vorlage. Folgen der sprachenpolitischen Praxis in den Institutionen der EU für den Deutschen Bundestag - Ergebnisse einer quantitativen Untersuchung. In: Schneider-Wiejowski, Karina; Kellermeier-Rehbein, Birte; Haselhuber, Jakob (Hrsg.): *Vielfalt, Variation und Stellung der deutschen Sprache*. Berlin: de Gruyter, 309-324.
- Lamnek, Siegfried (2005): *Qualitative Sozialforschung. Lehrbuch*. Weinheim: Beltz.
- Lang, Achim (2006): *Die Evolution sektoraler Wirtschaftsverbände. Informations- und Kommunikationsverbände in Deutschland, Großbritannien und Spanien*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Lang, Achim (2009) Wirtschaftsverbände zwischen Kooperation und Wettbewerb: Ein Vergleich deutscher, britischer und spanischer Verbandsökologien im I&K- Sektor. In: Schneider, Volker; Janning, Frank; Leifeld, Philip; Malang, Thomas (Hg.): *Politiknetzwerke. Modelle, Anwendungen und Visualisierungen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaft, 201-223.
- Lang, Achim; Leifeld, Philip (2008): Die Netzwerkanalyse in der Policy-Forschung: Eine theoretische und methodische Bestandsaufnahme. In: Janning, Frank; Töns, Katrin (Hrsg.): *Die Zukunft der Policy-Forschung. Theorien, Methoden, Anwendungen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 223-241.
- Lang, Achim; Ronit, Karsten; Schneider, Volker (2008): From Simple to Complex: An Evolutionary Sketch of Theories of Business Associations. In: Grote, Jürgen R.; Lang, Achim; Schneider, Volker (Hg.): *Organized Business Interests in Changing Environments: The Complexity of Adaptation*. New York: Palgrave Macmillan, 17-41.
- Lasswell, Harold D. (1956): *The Decision Process: Seven Categories of Functional Analysis*. College Park, Maryland: University of Maryland Press.
- Laumann, Edward O.; Knoke, David (1987): *The Organizational State: Social Choice in National Policy Domains*. Madison, Wis. u.a.: Univ. of Wisconsin Pr.
- Laumann, Edward O.; Knoke, David; Yong-Hak, Kim (1987): An Organisational Approach to State Policy Formation. A Comparative Study of Energy and Health Domains. *American Sociological Review* 50, 1-19.

- Laumann, Edward O.; Marsden, Peter; Prensky, David (1983): The boundary specification problem in network analysis. In: Burt, Ronald S.; Minor, Michael J. (Hrsg.): *Applied Network Analysis. A methodological introduction*. Beverly Hills: Sage, 18-34.
- Laumann, Edward O.; Pappi, Franz Urban (1976): *Networks of Collective Action: A Perspective on Community Influence Systems*. New York: Academic Press.
- Leifeld Philip; Malang, Thomas (2009): Glossar der Politiknetzwerkanalyse. In: Schneider, Volker; Janning, Frank; Leifeld, Philip; Malang, Thomas (Hrsg.): *Politiknetzwerke. Modelle, Anwendungen und Visualisierungen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 371-389.
- Lenk, Hans (Hrsg.) (1977-1984): *Handlungstheorien – interdisziplinär*. 6 Bände. München: Wilhelm Fink Verlag.
- Lepsius, Mario Rainer (1991): Die Europäische Gemeinschaft. Rationalitätskriterien der Regimebildung. In: Zapf, Wolfgang (Hrsg.): *Die Modernisierung moderner Gesellschaften*. Frankfurt a. M./New York, 309-317.
- Limbach, Jutta (2012): Plädoyer für die Mehrsprachigkeit in der Europäischen Union. *ApuZ* 4, 48-51.
- Lipsky, Michael (1980): *Street-Level Bureaucracy. Dilemmas of the Individual in Public Services*. New York: Russell Sage Foundation.
- Loh, Ning-ning (1977): Schriftreform in der Volksrepublik China. *Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie* 4, 23-35.
- Luckmann, Thomas (1980): *Lebenswelt und Gesellschaft*. Paderborn u.a.: Schöningh.
- Luhmann, Niklas (2005): *Soziologische Aufklärung 2. Aufsätze zur Theorie der Gesellschaft*. 5. Auflage. Springer Fachmedien Wiesbaden
- Maaß, Kurt-Jürgen (2015 [2005]): *Kultur und Außenpolitik: Handbuch für Studium und Praxis*. 3., vollst. überarb. u. erw. Aufl. Baden-Baden: Nomos.
- Marks, Gary (1992): Structural Policy and 1992. In: Sbragia, Alberta (Hrsg.): *Euro-Politics. Institutions and Policymaking in the „New“ European Community*. Washington: The Brookings Institution, 181-224.
- Marks, Gary (1993): Structural Policy and Multilevel Governance in the EC. In: Cafruny, Alan W.; Rosenthal, Glenda G. (Hrsg.): *The State of the European Community. The Maastricht Debates and Beyond*. Boulder, Colo.: Lynne Rienner, 391-410.
- Marks, Gary; Hooghe, Liesbet; Blank, Kermit (1996): European Integration since the 1980s: State-Centric vs. Multi-Level Governance. *Journal of Common Market Studies* 34, 341-378.
- Marschall, Nicolas (2009): Zur Validität in der Netzwerkanalyse. In: Schneider, Volker; Janning, Frank; Leifeld, Philip; Malang, Thomas (Hrsg.): *Politiknetzwerke. Modelle, Anwendungen und Visualisierungen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 115-136.
- Marsh, David (1998): The Development of the Policy Network Approach. In: Marsh, David (Hrsg.): *Comparing Policy Networks*. Buckingham Philadelphia: Open University Press, 3-17.
- Massing, Peter (2012): Politisches Handeln – Versuch einer Begriffsklärung. In: Weißeno, Georg; Buchstein, Hubertus (Hrsg.): *Politisch Handeln. Modelle, Möglichkeiten, Kompetenzen*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 257-270.
- May, Judith P.; Wildavsky, Aaron (Hrsg.) (1978): *The Policy Cycle. Sage yearbooks in politics and public policy* 5. Beverly Hills, Calif.: Sage Publ.
- Mayer, Franz C. (2006): *Europäisches Sprachenverfassungsrecht*. Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht, Paper 1/06. Erstmals erschienen in *Der Staat* 2005, Band 44. <http://www.whi-berlin.de/sprachen.htm> (01.04.2015).
- Mayntz, Renate (1977): Die Implementation politischer Programme: Theoretische Überlegungen zu einem neuen Forschungsgebiet. *Die Verwaltung* 10, 51-66.
- Mayntz, Renate (1997): Funktionelle Systeme in der Theorie sozialer Differenzierung (1988). In: Ders.: *Soziale Dynamik und politische Steuerung. Theoretische und methodologische Überlegungen*. Frankfurt a. M.; New York: Campus Verlag, 38-69.

- Mayntz, Renate (Hrsg.) (1980): *Implementation politischer Programme. Empirische Forschungsberichte*. Königstein: Athenäum.
- Mayntz, Renate (Hrsg.) (1983): *Implementation politischer Programme II. Ansätze zur Theoriebildung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Mayntz, Renate; Scharpf, Fritz (1995): Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus. In: Mayntz, Renate; Scharpf, Fritz (Hg.): *Gesellschaftliche Selbstregulung und politische Steuerung*. Frankfurt a. M.; New York: Campus Verlag.
- Mayring, Philipp (2002): *Einführung in die qualitative Sozialforschung: eine Anleitung zu qualitativem Denken*. Weinheim: Beltz.
- Mead, George Herbert (1983): *Gesammelte Aufsätze. Bd. 2*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Mead, George Herbert (1987): Die Genesis der Identität und die soziale Kontrolle. In: Joas, Hans (Hrsg.): *George Herbert Mead. Gesammelte Aufsätze. Bd. 1*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 299-328.
- Meißner, Franz-Joseph (1993): *Schulsprachen zwischen Politik und Markt: Sprachenprofile, Meinungen, Tendenzen, Analysen*. Frankfurt a. M.: Diesterweg.
- Metzger Christian (1995): *Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages*. Frankfurt a. M.: Lang.
- Meuser, Michael (1989): *Gleichstellung auf dem Prüfstand. Frauenförderung in der Verwaltungspraxis*. Pfaffenweiler: Centaurus-Verl.-Ges.
- Meuser, Michael; Nagel, Ulrike (1991): ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht: ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: Garz, Detlef; Kraimer, Klaus (Hrsg.): *Qualitativ-empirische Sozialforschung: Konzepte, Methoden, Analysen*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 441-471.
- Mey, Günter; Mruck, Katja (2011): Grounded-Theory-Methodologie: Entwicklung, Stand, Perspektiven. In: Mey, Günter; Mruck, Katja (Hrsg.): *Grounded Theory Reader*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 11-48.
- Miebach, Bernhard (2014): *Soziologische Handlungstheorie: Eine Einführung*. 4., überarb. u. erw. Aufl. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Miegel, Meinhard (2005): *Epochenwende. Gewinnt der Westen die Zukunft?* Berlin: Propyläen Verlag.
- Mohr, Annette; Schneider, Ulrike (1994) Die Situation der deutschen Sprache in internationalen Organisationen. *Info DaF* 21, 612-631.
- Müller, Caroline (2011): *Kommunale Bildungslandschaften als Entwicklungsraum früher Bildung, Betreuung und Erziehung. Eine empirische Studie*. Münster: Waxmann.
- Mutschke, Peter (2008): Zentralitätsanomalien und Netzwerkstruktur. Ein Plädoyer für einen „engeren“ Netzwerkbegriff und ein community-orientiertes Zentralitätsmodell. In: Stegbauer, Christian (Hrsg.): *Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie. Ein neues Paradigma in den Sozialwissenschaften*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 261-272.
- Mutschke, Peter (2010): Zentralitäts- und Prestigemaße. In: Stegbauer, Christian; Häußling, Roger (Hrsg.): *Handbuch Netzwerkforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 365-378.
- Nagel, Alexander-Kenneth (2006): *Der Bologna-Prozess als Politiknetzwerk. Akteure, Beziehungen, Perspektiven*. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.
- Nieminen, Juhani (1974): On centrality in a graph. *Scandinavian Journal of Psychology* 15, 322-336.
- Nolte, Helmut (1999): Annäherungen zwischen Handlungstheorien und Systemtheorien. *Zeitschrift für Soziologie* 28, 93-113.
- Nossiter, Vivian; Biberman, Gerald (1990): Projective Drawings and Metaphor: Analysis of Organisational Culture. *Journal of Managerial Psychology* 5, 13-16.
- Nullmeier, Frank (1993): Wissen und Policy-Forschung. Wissenspolitik und rhetorisch-dialektisches Handlungsmodell. In: Héritier, Adrienne (Hrsg.): *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung*. Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 24. Opladen: Westdeutscher Verlag, 175-196.

- Nullmeier, Frank (1997): Interpretative Ansätze in der Politikwissenschaft. In: Benz, Arthur; Seibel, Wolfgang (Hrsg.): *Theorieentwicklung in der Politikwissenschaft – eine Zwischenbilanz*. Baden-Baden: Nomos, 101-144.
- Nullmeier, Frank; Pritzlaff, Tanja; Wiesner, Achim (2003): *Mikro-Policy-Analyse. Ethnographische Politikforschung am Beispiel Hochschulpolitik*. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Nye, Joseph S. (2008): Foreward. In: Yasushi, Watanabe; McConnell, David L. (Hrsg.): *Soft Power Superpowers. Cultural and National Assets of Japan and the United States*. Armonk, NY: Sharp, IX-XIV.
- Oppermann, Thomas (2001): Das Sprachregime der Europäischen Union – reformbedürftig? *ZEuS* 4, 1ff.
- Orlowski, Matthias (2009): Gut beraten? Das interorganisationale Netzwerk um die innovationspolitischen Gremien der Bundesregierung. In: Schneider, Volker; Janning, Frank; Leifeld, Philip; Malang, Thomas (Hrsg.): *Politiknetzwerke. Modelle, Anwendungen und Visualisierungen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 177-197.
- Ostrom, Elinor (1999): Institutional Rational Choice, An Assessment of the Institutional. Analysis and Development Framework. in: Sabatier, Paul A. (Hrsg.): *Theories of the Policy Process*. Boulder: Westview Press, 35-71.
- Pappi, Franz Urban (1993): Policy-Netze: Erscheinungsformen moderner Politiksteuerung oder methodischer Ansatz? In: Windhoff-Héritier, Adrienne (Hg.): *Policy-Analyse: Kritik und Neuorientierung*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 84-96.
- Pappi, Franz Urban; König, Thomas; Knoke David (1995): *Entscheidungsprozesse in der Arbeits- und Sozialpolitik: der Zugang der Interessengruppen zum Regierungssystem über Politikfeldnetze, ein deutsch-amerikanischer Vergleich*. Frankfurt a. M. u.a.: Campus-Verl.
- Parsons, Talcot (1959): 'Voting' and the Equilibrium of the American Political System. In: Burdick, Eugene; Brodbeck, Arthur (Hrsg.): *American Voting Behavior*. Glencoe Ill: Free Press, 80-120.
- Peisert, Hansgert (1978): *Die auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Sozialwissenschaftliche Analysen und Planungsmodelle*. Stuttgart: Ernst Klett.
- Pennock, Roland J. (1979): *Democratic Political Theory*. Princeton: New York.
- Peuschel, Kristina; Pietzuch, Jan P. (Hg.) (2009): *Kaleidoskop der jungen DaF-/DaZ-Forschung. Dokumentation zur zweiten Nachwuchstagung des Fachverbandes Deutsch als Fremdsprache 29. und 30. Mai 2007 am Herder-Institut der Universität Leipzig*. Göttingen: Univ.-Verl. Göttingen.
- Pfetsch, Frank R. (2012): *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Adenauer zu Merkel. Eine Einführung*. 2., akt. Aufl. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
- Pleines, Jochen (1980): Überlegungen zur Fremdsprachenpolitik vor dem Hintergrund der westeuropäischen Integration. *Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie* 14, 80-110.
- Pogorelskaja, Swetlana W. (2015): Stimmgewaltige Zivilgesellschaft – Die Nichtregierungsorganisationen. In: Maaß, Kurt-Jürgen (Hrsg.): *Kultur und Außenpolitik. Ein Handbuch für Wissenschaft und Praxis*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 278-287.
- Praxenthaler, Martin (2000): Förderung von Deutsch durch die DDR. In: Ammon, Ulrich (Hrsg.): *Sprachförderung. Schlüssel auswärtiger Kulturpolitik*. Frankfurt a.M. u.a.: Lang, 51-60.
- Pressmann, Jeffrey L.; Wildavsky, Aaron B. (1973): *Implementation. How Great Expectations in Washington are Dashed in Oakland*. Berkeley: University of California Press.
- Rehbein, Jochen; Schmidt, Thomas; Meyer, Bernd; Watzke, Franziska; Herkenrath, Annette (2004): *Handbuch für das computergestützte Transkribieren nach HIAT*. Arbeiten zur Mehrsprachigkeit/Working Papers in Multilingualism 56. http://www1.uni-hamburg.de/exmaralda/Daten/6D-HIAT/AzM_56.pdf (01.04.2012)
- Reichertz, Jo (2005): Gütekriterien qualitativer Sozialforschung. In: Mikos, Lothar; Wegener, Claudia (Hrsg.): *Qualitative Medienforschung. Ein Handbuch*. Konstanz: UVK, 571-579.

- Renn, Joachim (2006): *Übersetzungsverhältnisse: Perspektiven einer pragmatischen Gesellschaftstheorie*. Weilerswist: Velbrück Wiss.
- Riemer, Claudia; Settiniert, Julia (2010): Empirische Forschungsmethoden in der Zweit- und Fremdsprachenwerbeforschung. In: Krumm, Hans-Jürgen; Fandrych, Christian; Hufeisen, Britta; Riemer, Claudia: *Deutsch als Fremd- und Zweitsprache. Ein internationales Handbuch*. 1. Hbd. Berlin u.a.: De Gruyter Mouton, 764-781.
- Rinke, Andreas (2010): Kanzleramt entreisst Westerwelle Europapolitik. *Handelsblatt* 22. <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/kanzleramt-entreisst-westerwelle-europapolitik/3374752.html> (01.04.2014).
- Rittberger, Volker; Andrei, Verena (2005): Macht, Profit und Interessen – Auswärtige Kulturpolitik und Außenpolitiktheorien. In: Maaß, Kurt-Jürgen (Hrsg.): *Kultur und Außenpolitik*. Baden-Baden: Nomos, 31-52.
- Rossmann, Robert (2014): In German please. *Süddeutsche Zeitung* 74, Samstag/Sonntag, 29./30. März 2014, 7.
- Sabatier, Paul A. (1988): An advocacy coalition framework of policy change and the role of policy-oriented learning therein. *Policy Sciences* 21, 129-168.
- Sabatier, Paul A. (1993): Advocacy-Koalitionen, Policy-Wandel und Policy-Lernen, Eine Alternative zur Phasenheuristik. In: Héritier, Adrienne (Hrsg.): *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung*. Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 24. Opladen: Westdeutscher Verlag, 116-148.
- Sabidussi, Gert (1966): The centrality index of a graph. *Psychometrika* 31, 581-603.
- Sattar, Majid (2010): Stühlerücken am Werderschen Markt. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 14.12.2010.
- Schanne, Sita (2009): *Organisationsentwicklung im Spannungsfeld von ‚Organisation‘ und ‚Profession‘: Qualitative Untersuchung der Handlungslogiken interner Organisationsentwickler und der Chancen ihrer Institutionalisierung*. Heidelberg: Diss., Univ. http://archiv.ub.uni-heidelberg.de/volltextserver/10087/1/Diss_heidok_17_11_2009_final.pdf (01.04.2015).
- Scharpf, Fritz W. (1994): *Optionen des Föderalismus in Deutschland und Europa*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Scharpf, Fritz W. (1997): *Games Real Actors Play. Actor-Centered Institutionalism in the Policy Research*. Boulder: Westview Press.
- Scharpf, Fritz W. (2000): *Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung*. Opladen: Leske + Budrich.
- Scheibelhofer, Elisabeth (2006): Migration, Mobilität und Beziehung im Raum: Egozentrierte Netzwerkzeichnungen als Erhebungsmethode. In: Hollstein, Betina; Straus, Florian (Hrsg.): *Qualitative Netzwerkanalyse. Konzepte, Methoden, Anwendungen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 311-332.
- Schimank, Uwe (2005): *Differenzierung und Integration der modernen Gesellschaft: Beiträge zur akteurzentrierten Differenzierungstheorie* 1. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schimank, Uwe (2006): *Teilsystemische Autonomie und politische Gesellschaftssteuerung: Beiträge zur akteurzentrierten Differenzierungstheorie* 2. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schimank, Uwe (2007): *Theorien gesellschaftlicher Differenzierung*. 3. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schimank, Uwe (2010 [2000]): *Handeln und Strukturen. Einführung in die akteurtheoretische Soziologie*. 4., völlig überarb. Aufl. Weinheim/München: Juventa Verlag.
- Schimank, Uwe (2013): *Gesellschaft*. Bielefeld: transcript.
- Schindler, Peter (Hrsg.) (1999): *Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949-1999*. Bd. 1-3, Baden-Baden (CD-Rom).
- Schloßmacher, Michael (1994): Die Arbeitssprachen in den Organen der Europäischen Gemeinschaft. Methoden und Ergebnisse einer empirischen Untersuchung. *Sociolinguistica* 8, 101-122.

- Schloßmacher, Michael (1997): *Die Amtssprachen in den Organen der Europäischen Gemeinschaft. Status und Funktion. 2.*, durchges. Aufl. Frankfurt a. M. u.a.: Peter Lang.
- Schmid, Michael (2006): *Die Logik mechanistischer Erklärungen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schmidt, Manfred G. (1982): *Wohlfahrtsstaatliche Politik unter bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen: ein internationaler Vergleich*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Schmidt, Manfred G. (2003): Vergleichende Policy-Forschung. In: Dirk, Berg-Schlosser; Ferdinand, Müller-Rommel (Hrsg.): *Vergleichende Politikwissenschaft*. 4. Aufl. Opladen: Leske + Budrich, 261-276.
- Schneider, Axel (2000): *Die auswärtige Sprachpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Eine Untersuchung zur Förderung der deutschen Sprache in Mittel- und Osteuropa, in der Sowjetunion und in der GUS 1982 bis 1995*. Bamberg: Colibri.
- Schneider, Gerald; Schiller, Julia (2000): Goethe ist nicht überall. Eine empirische Analyse der Standortentscheidungen in der Auswärtigen Kulturpolitik. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 7, 5-32.
- Schneider, Volker (1988): *Politiknetzwerke der Chemikalienkontrolle. Eine Analyse einer transnationalen Politikentwicklung*. New York/Berlin: de Gruyter.
- Schneider, Volker (2003): Akteurkonstellationen und Netzwerke in der Politikentwicklung. In: Schubert, Klaus; Bandelow, Nils C. (Hrsg.): *Lehrbuch der Politikfeldanalyse*. München/Wien: R. Oldenbourg Verl., 107-146.
- Schneider, Volker (2009): Die Analyse politischer Netzwerke: Konturen eines expandierenden Forschungsfeldes. In: Schneider, Volker; Janning, Frank; Leifeld, Philip; Malang, Thomas (Hrsg.): *Politiknetzwerke. Modelle, Anwendungen und Visualisierungen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 7-27.
- Schneider, Volker; Janning, Frank (2006): *Politikfeldanalyse. Akteure, Diskurse und Netzwerke in der öffentlichen Politik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schneider, Volker; Kenis, Patrick (1996): Verteilte Kontrolle. Institutionelle Steuerung in modernen Gesellschaften. In: Kenis, Patrick; Schneider, Volker (Hg.): *Organisation und Netzwerk. Institutionelle Steuerung in Wirtschaft und Politik*. Frankfurt a.M.: Campus, 7-41.
- Schneider, Volker; Leifeld, Philip (2009): Überzeugungssysteme, Diskursnetzwerke und politische Kommunikation: Ein zweiter Blick auf die deutsche Chemikalienkontrolle der 1980er Jahre. In: Schneider, Volker; Janning, Frank; Leifeld, Philip; Malang, Thomas (Hrsg.): *Politiknetzwerke. Modelle, Anwendungen und Visualisierungen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 139-158.
- Schreiner, Patrick (2008): *Auswärtige Kulturarbeit zwischen Konzeption und Umsetzung. Steuerungsprobleme in einem schwierigen Politikfeld*. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik. http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2008_S12_srp_ks.pdf (01.05.2015).
- Schreiner, Patrick (2011): *Semiotik der Außenkulturpolitik. Sport, Künste, Wissenschaft & Personenaustausch in der Staatenwelt*. Bielefeld: transcript.
- Schröder, Konrad (1995): Auf dem Wege zu einem Generalverkehrsplan Fremdsprachen. Sprachenpolitische Reflexionen. *Die Neueren Sprachen* 91, 342-516.
- Schubert, Klaus (2003): Pragmatismus, Pluralismus, Policy Analysis. In: Schubert, Klaus; Bandelow, Nils C. (Hrsg.): *Lehrbuch der Politikfeldanalyse*. München/Wien: R. Oldenbourg Verl., 37-70.
- Schubert, Klaus; Bandelow, Nils C (2003): Politikdimensionen und Fragestellungen der Politikfeldanalyse. In: Schubert, Klaus; Bandelow, Nils C. (Hrsg.): *Lehrbuch der Politikfeldanalyse*. München/Wien: R. Oldenbourg Verl., 1-22.
- Schulte, Karl-Sebastian (2000): *Auswärtige Kulturpolitik im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Konzeptionsgehalt, Organisationsprinzipien und Struktureuralgien eines atypischen Politikfeldes am Ende der 13. Legislaturperiode*. Berlin: Verlag für Wissenschaft und Forschung.

- Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK) (1994): *Überlegungen zu einem Grundkonzept für den Fremdsprachenunterricht mit Gutachten zum Fremdsprachenunterricht in der Bundesrepublik Deutschland*. Bonn.
- Shimbel, Alfonso (1953): Structural parameters of communication networks. *Bulletin of Mathematical Biophysics* 15, 501-507.
- Siedentopf, Heinrich; Speer, Benedikt (2003): *Auslandserfahrung und Fremdsprachenkenntnisse in der Einstellungs- und Entsendepraxis des deutschen höheren Ministerialdienstes*. Berliner Initiative Robert Bosch Stiftung GmbH. http://www.toennissteiner-kreis.de/pdf/2004_studie_siedentopf.pdf (01.05.2015).
- Singer, Otto (2004): *Der Deutsche Bundestag und die Auswärtige Kulturpolitik*. Berlin: *Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages*. Ausarbeitung WF X-075/04. https://www.bundestag.de/blob/194096/530cd0f36a6776a9225c008321821d94/der_deutsche_bundestag_und_die_auswaertige_kulturpolitik-data.pdf (01.03.2015).
- Singer, Otto (2015): Die Meinung des Souveräns – Der Bundestag. In: Maaß, Kurt-Jürgen (Hrsg.): *Kultur und Außenpolitik. Handbuch für Wissenschaft und Praxis*. 3., vollständig überarb. und erw. Aufl., Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 229-236.
- Sixt, Dietlinde (1989): *Entwurf einer neuen Form von Sprachpolitik, illustriert am Beispiel des Deutschen als Fremdsprache in einem internationalen Kontext*. Hamburg: Univ., Diss.
- Sokolowsky, Celia (2004): *Sprachenpolitik des deutschen Kolonialismus: Deutschunterricht als Mittel imperialer Herrschaftssicherung in Togo (1884-1914)*. Stuttgart: ibidem-Verlag.
- SPD; Bündnis 90/Die Grünen (1998): *Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert. Koalitionsvertrag zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen*. https://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_de/stiftung/1998_Koalitionsvertrag.pdf (01.05.2015).
- SPD; Bündnis 90/Die Grünen (2002): *Koalitionsvertrag zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Berlin?* <https://www.nachhaltigkeit.info/media/1248173898php7wc9Pc.pdf> (01.05.2015).
- Stark, Franz (2002): Sprache als Instrument der Außenpolitik. Die Praxis der Bundesrepublik Deutschland. In: Kelz, Heinrich P. (Hrsg.): *Die sprachliche Zukunft Europas: Mehrsprachigkeit und Sprachenpolitik*. Baden-Baden: Nomos Verlag, 37-61.
- Stegbauer, Christian (Hg.) (2008): *Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie. Ein neues Paradigma in den Sozialwissenschaften*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Steinbrink, Malte; Schmidt Jan-Berent; Aufenvenne, Philipp (2013): *Soziale Netzwerkanalyse für HumangeographInnen. Einführung in UCINET und NetDraw in fünf Schritten*. Universitätsverlag Potsdam. <https://publishup.uni-potsdam.de/opus4-ubp/files/6336/pgp05.pdf> (10.05.2012).
- Steinke, Ines (2008): Gütekriterien qualitativer Forschung. In: Flick, Uwe; Kardorff, Ernst von; Steinke, Ines (Hrsg.): *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*. Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt, 319-331.
- Sternagel, Peter (1984): *Kann auswärtige Kulturpolitik in Entwicklungsländern Selbstbestimmung stimulieren? Vom Dilemma des Goethe-Instituts*. Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie 25, 10-23.
- Stickel, Gerhard (2002): Eigene und fremde Sprachen im vielsprachigen Europa. In: Ehlich, Konrad; Schubert, Venanz (Hrsg.): *Sprachen und Sprachenpolitik in Europa*. Tübingen: Stauffenburg, 15-32.
- Straus, Florian (2002): *Netzwerkanalysen. Gemeindepsychologische Perspektiven für Forschung und Praxis*. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.
- Strauss, Anselm L. im Gespräch mit Heiner Legewie und Barbara Schervier-Legewie (2011): „Forschung ist harte Arbeit, es ist immer ein Stück Leiden damit verbunden. Deshalb muss es auf der anderen Seite Spaß machen“. In: Mey, Günter; Mruck, Katja (Hrsg.): *Grounded Theory Reader*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 68-78.
- Strauss, Anselm L.; Corbin, Juliet M. (1996 [1990]): *Grounded Theory. Grundlagen qualitativer Sozialforschung*. Weinheim: Beltz/PVU.

- Swaan, Abram de (1999): The European Language Constellation. In: Bos, N. (Hg.): Which Languages for Europe? Amsterdam: European Cultural Foundation, 13-23.
- Swank, Duane (2002): *Global capital, political institutions, and policy change in developed welfare states*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Timm, Johannes-Peter; Vollmer, Helmut J. (1993): Fremdsprachenforschung: Zu Konzeption und Perspektiven eines Wissenschaftsbereichs. *Zeitschrift für Fremdsprachenforschung* 4, 1-47.
- Trabant, Jürgen (2008): *Was ist Sprache?* München: Beck.
- Tsebelis, George (2002): *Veto Players. How Political Institutions Work*. Princeton: Princeton University Press.
- Vandermeeren, Sonja (1999): Fremdsprachengebrauch in europäischen Unternehmen: Sprachwahlstrategien. *Wirtschaftsdeutsch International* 1, 120-131.
- Vandermeeren, Sonja (2002): Der betriebliche Bedarf an Deutschkenntnissen in Europa. *Materialien Deutsch als Fremdsprache* 65, 31-44.
- Vandermeeren, Sonja (2003): Der Bedarf an DaF-Kenntnissen und Unterricht in der Diplomatie: Eine Befragung ausländischer Botschaften in Deutschland. *Jahrbuch DaF* 29, 333-371.
- Volz, Walter (1994): Englisch als einzige Arbeitssprache der Institutionen der Europäischen Gemeinschaft? Vorzüge und Nachteile aus der Sicht eines Insiders. *Sociolinguistica*, 8, 88-100.
- Waldburg-Zeil, Alois Graf von (1998): Vorwort. In: Glück, Helmut (Hrsg.): *Deutsch weltweit? Aufsätze zur deutschen auswärtigen Kultur- und Sprachpolitik 1992-1997*. Bamberg: Colibri-Verlag, 5.
- Weible, Christopher M.; Sabatier, Paul A. (2005): Comparing Policy Networks: Marine Protected Areas in California. *Policy Studies Journal* 33, 181-201.
- Wigger, Arndt (1977): Sprachenpolitik und Sprachenplanung im nachkolonialen Irland. *Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie* 4, 106-133.
- Wilensky, Harold L. (1975): *The Welfare State and Equality: Structural and Ideological Roots of Public Expenditures*. Berkeley: University of California Press.
- Willemyns, Roland (1977): Sprachpolitische und sprachsoziologische Betrachtungen zur Lage des Niederländischen in Belgien. *Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie* 4, 6-22.
- Windhoff-Héritier, Adrienne (1980): *Politikimplementation: Ziel und Wirklichkeit politischer Entscheidungen*. Königstein/Ts.: Hain.
- Winter, Thomas von; Willems, Ulrich (2009): Zum Wandel der Interessenvermittlung in Politikfeldern. Zentrale Befunde aus der Verbände- und der Policy-Forschung. In: Rehder, Britta; Winter, Thomas von; Willems, Ulrich (Hrsg.): *Interessenvermittlung in Politikfeldern. Vergleichende Befunde der Policy- und Verbändeforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 9-29.
- Witte, Arnd; Harden, Theo (2010): Die Rolle des Lehrers / der Lehrerin im Unterricht des Deutschen als Zweit- und Fremdsprache. In: Krumm, Hans-Jürgen; Fandrych, Christian; Hufeisen, Britta; Riemer, Claudia (Hrsg.): *Deutsch als Fremd- und Zweitsprache. Ein internationales Handbuch*. 1. Hbd. Berlin u.a.: De Gruyter Mouton, 1324-1339.
- Witte, Barthold C. (1993): Politik, Kultur und die Mittler. Die deutsche Auswärtige Kulturpolitik und ihre Träger In: Düwell, Kurt; Link, Werner (Hg.): *Deutsche Auswärtige Kulturpolitik seit 1871*. Köln/Wien: Böhlau, 295-359.
- Wollmann, Hellmut (Hrsg.) (1980): *Politik im Dickicht der Bürokratie. Beiträge zur Implementationsforschung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Zafonte, Mathew; Sabatier, Paul A. (2004): Short-Term versus Long-Term Coalitions in the Policy Process: Automotive Pollution Control, 1963-1989. *Policy Studies Journal* 32, 75-107.
- Zimmer, Dieter E. (1996): Von Deutsch keine Rede. Ein Plädoyer für nationale Zurückhaltung im Dienst der Verständigung. *DIE ZEIT* 30, 29-30.